



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Rolle von Insularität bei der Urbanisierung von Edo“

verfasst von / submitted by

Ludwig Gerhard Geist, B.Sc.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna, 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Friedrich Edelmayer, MAS

Abstract:

The first half of Japan's Edo period (1603-1868) was characterized by an extraordinary phase of pre-industrial urbanization. In particular, the urbanization of Edos, today Tokyo, as the capital of the Tokugawa Shogunate at that time, is due to its speed and absolute size, which the city reached even before the industrialization of the country, as one of the most extraordinary urbanization phases in history. As an archipelago, Japan offers a special approach to the study of the causes and contexts that led to the urbanization of Edo. The scientific approach of the Insular Studies is characterized by analyzing the different political, economic, ecological and social conditions of islands and island states on the basis of the characteristics related to their insularity. Thus, Insular Studies offers itself as a new analytical perspective on the urbanization of Edo. Based on the literature review, the aim of this master's thesis is to highlight how the geographical features and other characteristics of Japan's insularity affected the early and intensive urbanization of Japan during the Edo period. It also examines the extent to which features of insular urbanization are reflected in the earliest stages of urbanization in what is currently the world's largest metropolitan region, Tokyo (then Edo).

Zusammenfassung:

Die erste Hälfte der Edo-Periode Japans (1603-1868) war durch eine außergewöhnliche Phase präindustrieller Urbanisierung charakterisiert. Insbesondere die Urbanisierung Edos, heute Tokio, als damalige Hauptstadt des Tokugawa-Shogunats gilt aufgrund ihrer Geschwindigkeit und absoluten Größe, die die Stadt bereits vor der Industrialisierung des Landes erreichte, als eine der außergewöhnlichsten Urbanisierungsphasen der Geschichte. Als Archipel bietet Japan dafür einen besonderen Ansatz bei der Untersuchung der Ursachen und Zusammenhänge, die dazu geführt hatten. Der wissenschaftliche Ansatz der Insular Studies zeichnet sich darin aus, die unterschiedlichen politischen, ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Bedingungen von Inseln und Inselstaaten auf Basis der Eigenschaften zu analysieren, die mit ihrer Insularität zusammenhängen. So bieten sich die Insular Studies als eine neue analytische Perspektive für die Urbanisierung von Edo an. Ziel dieser Masterarbeit ist es, auf Basis der Literaturrecherche herauszustellen, wie sich die geographischen Besonderheiten und weitere Eigenschaften der Insellage Japans auf die frühzeitige und intensive Urbanisierung Japans während der Edo-Periode auswirkten. Außerdem wird untersucht, inwiefern sich Besonderheiten insularer Urbanisierung in den frühesten Phasen der Urbanisierung der derzeit größten Metropolregion der Welt, Tokio (damals Edo), wiederfinden.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Wissenschaftlicher Rahmen und Vorgehen	5
3. Historischer Kontext der isolationistischen Politik und politischen Zentralisierung Japans in der Edo-Periode	12
3.1. Die ersten beiden Shogunate und das <i>sengoku-jidai</i>	12
3.2. Die Zeit der drei Reichseiniger: Azuki-Momoyama-Zeit (1568-1603)	15
3.3. Die <i>sakoku</i> -Edikte.....	22
4. Urbane Entwicklungen vor der Tokugawa-Periode	31
5. Edo als Regierungssitz des Tokugawa Shogunats	36
6. Politische Maßnahmen zum Machterhalt des Tokugawa-Shogunats	41
7. Die insulare Ökonomie der Edo-Periode	49
7.1. Grundlegende Strukturen der Wirtschaft.....	49
7.2. Entwicklungen der Landwirtschaft und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ..	57
7.3. Wirtschaft und Bürgertum in Edo-Japan	65
8. Kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen	68
8.1. Einführung in die Kultur Japans und die Rolle Chinas	68
8.2. Ideologisches Fundament des Tokugawa-Regimes: Der Konfuzianismus und die Prinzipien der Samurai	71
8.3. Die Edo-Kultur	76
9. Auswirkungen der urbanen Strukturen auf das Wachstum Edos	81
10. Gesellschaftspolitische Implikationen des Tokugawa-Regimes.....	95
11. Ergebnis.....	103
12. Fazit	111
13. Literaturverzeichnis.....	113
14. Anhang	118

1. Einleitung

Die Assoziation von Großstädten mit Inseln findet derzeit noch wenig Anerkennung und das Forschungsfeld der „Island Studies“ mit ihrem Fokus auf dem Verständnis von „Islands on their own term“ hat dieses Thema lange Zeit nur am Rande behandelt (Grydehøj 2015: S. 430).

Japan ist ein Inselstaat, der circa 200 Kilometer vor der Küste des Eurasischen Kontinents, genauer der koreanischen Halbinsel, liegt (siehe Abbildung 1 im Anhang). Er besteht aus 6.852 Inseln mit einem Umfang von mindestens 100 Metern bei Hochwasser. Insgesamt ergeben diese Inseln eine Fläche von 378.000 Quadratkilometern, was in etwa der Fläche Simbabwe oder Deutschlands entspricht. Die fünf größten und damit die Hauptinseln Japans sind der Fläche nach absteigend geordnet: Honshū, Hokkaidō, Kyūshū, Shikoku und Okinawa¹ (Statistics Bureau of Japan 2021a).

Heute leben 126,2 Millionen Menschen auf den japanischen Inseln, wobei zu beachten ist, dass bis zu 80 Prozent der Inseln als Gebirge klassifiziert werden und 91 Prozent der Bevölkerung in den Großstädten der wenigen Ebenen des Landes leben (Statistics Bureau of Japan 2021b; Masai et al. 2021). Das Klima der japanischen Inseln ist monsunal, was sich auf die verschiedenen Seiten der japanischen Gebirgsketten unterschiedlich auswirkt. Die sibirischen Winde, die im Winter in Richtung der japanischen Inseln wehen, überqueren die japanische See und nehmen viel Feuchtigkeit auf, bevor sie auf die Westseite der japanischen Gebirgsketten treffen. Das Ergebnis sind heftige Schnee- und Regenfälle in den Wintermonaten an der Westküste Japans und heitere, aber dennoch kalte Winter an der Pazifikküste. Im Sommer wehen die Winde aus der Pazifikrichtung, was klares Wetter an der Westküste und heißes, feuchtes Wetter besonders in den südlichen und östlichen Abschnitten der Pazifikküste bedeutet. Die Bauweise der traditionellen japanischen Holzhäuser, die mehr auf Belüftung als Isolation bedacht ist, deutet daraufhin, dass die JapanerInnen in der Regel die Hitze der Sommermonate unangenehmer als die Kälte des Winters empfanden. Neben den kurzen, aber intensiven monsunalen Regenfällen liegen die japanischen Inseln innerhalb der Pfade des pazifischen Taifuns, die neben heftigen Winden und Wellen ebenfalls starke Regenfälle mit sich bringen. Diese erschweren die Kontrolle der ohnehin schon kurzen und steilen Flussläufe der Inseln (Dunn 1969: S. 1). Auf der positiven Seite sind die Winter kurz und die jährliche Anbausaison lang. In Verbindung mit den warmen und feuchten Sommern machen ihre fruchtbaren Böden die Inseln sehr reich an Nutzpflanzen und Nahrungsmitteln. Das Land ist

¹ Zählt man die von Russland und Japan beanspruchte Insel Iturup zu den japanischen Inseln, wäre Okinawa nur noch die sechstgrößte Insel Japans, was nichts an ihrem Status als eine der Hauptinseln Japans ändern würde (Statistics Bureau of Japan 2020a).

sehr gebirgig, die Hügel dieser Gebirgszüge sind jedoch mit dichten Wäldern bewachsen, deren Hölzer seit je her eine wertvolle heimische Rohstoffquelle waren (ebd.: S. 2).

Die Metropolregion Tokio-Yokohama, die mit ihren 39,1 Millionen Einwohnern die größte Metropolregion der Welt ist, liegt in der größten japanischen Tiefebene, der Kantō-Ebene, an der Pazifikküste der größten japanischen Hauptinsel Honshū (Demographia World Urban Areas 2021: S. 20; Encyclopedia Britannica 2020a). Auch wenn Tokio diesen Titel nicht durchgehend hielt, wurde die Stadt, die damals noch den Namen Edo trug und die Hauptstadt des über Japan herrschenden Tokugawa-Shogunats war, bereits während der gleichnamigen Edo-Periode (1603-1868) erstmals als die weltgrößte Stadt gehandelt. Besonders während des 17. Jahrhunderts durchlebten die japanischen Inseln und allen voran Edo eine außergewöhnliche Phase der Urbanisierung, die als für diese Zeit rasant und intensiv charakterisiert wird. Diese Arbeit setzt sich mit dieser außergewöhnlichen und frühen Urbanisierung Edos auseinander und untersucht die Auswirkungen der Insellage auf ihren Aufstieg zur womöglich größten Stadt der Welt. Dementsprechend soll die Frage beantwortet werden, welche Rolle Insularität für die Urbanisierung von Edo spielte.

Dafür wird das folgende Kapitel zunächst einmal die Prämisse dieser Forschungsfrage und die Vorgehensweise für ihre Beantwortung genauer ausführen. Anschließend dienen die beiden Kapitel drei und vier dazu, den Beginn der Urbanisierung von Edo in den damaligen historischen und urbanen Kontext der japanischen Inseln zu setzen. Die Kapitel fünf bis zehn bilden den Hauptteil der Arbeit und beschreiben anhand unterschiedlicher Schwerpunkte die Entwicklungen der Edo-Periode und deren Auswirkungen auf die Urbanisierung des Landes mit besonderem Fokus auf dessen Regierungssitz Edo. Dabei werden die Zusammenhänge dieser Entwicklungen mit der Insularität des Landes und der Urbanisierung von Edo herausgearbeitet. Die dafür betrachteten Schwerpunktthemen beinhalten die geographischen Eigenschaften von Edo und dessen Umland, das politische System und die Maßnahmen des Tokugawa-Shogunats zum Erhalt seiner Herrschaft, die wirtschaftlichen sowie kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die urbanen Strukturen Edos und die gesellschaftlichen Implikationen der politischen und urbanen Strukturen. Insularität zeichnet sich als eine Eigenschaft aus, deren Auswirkungen auf die Entwicklung einer Insel oder Inselnation in Abhängigkeit von dessen individuellen geographischen, historischen, kulturellen, politischen und ökonomischen Kontext sehr unterschiedlich ausfallen kann (Baldacchino 2004: S. 278f.). Die Kapitel drei bis zehn untersuchen aus diesem Grund neben den Auswirkungen der Insularität auch den allgemeinen japanischen Kontext, um dessen Einfluss auf die Rolle von Insularität bei der Urbanisierung von Edo miteinzubeziehen. In den letzten beiden Kapiteln

werden die Ergebnisse des Hauptteils nochmals mit Fokus auf die zu Beginn erläuterte Prämisse der Forschungsfrage diskutiert und elaboriert, sowie ein abschließendes Fazit gezogen.

2. Wissenschaftlicher Rahmen und Vorgehen

Nach der Einführung zu den japanischen Inseln und ihrer Hauptstadt Tokio, die bis 1868 Edo hieß, besteht im Hinblick auf den Titel „Rolle von Insularität bei der Urbanisierung von Edo“ noch Erklärungsbedarf bei den Begriffen der Insularität und der Urbanisierung sowie den Zusammenhängen, die zwischen ihnen theoretisiert werden. Manuela Deidda definiert Insularität durch drei wechselwirkende Dimensionen: Kleinheit, Abgelegenheit und Vulnerabilität. Wie von der dritten Dimension impliziert, folgert sie für eine „insulare“ Ökonomie aus diesen Eigenschaften eine geringe inländische Nachfrage, geographische Hürden für den Handel und eine größere Anfälligkeit für externe, ökonomische oder ökologische Schocks (Deidda 2016: S. 112-115). Grydehøj und Swaminathan räumen ein, dass Insularität zwar häufig mit einem gewissen Grad an Abgelegenheit oder Isolation einhergeht, aber es dennoch ein Fehler wäre, Insularität ausschließlich in Abhängigkeit von Abgelegenheit zu definieren. Dabei weisen sie auf die einfache, nicht übertheoretisierte Definition der *Encyclopædia Britannica* hin, die eine Insel als „eine Landmasse, die kleiner ist als ein Kontinent, umgeben von Wasser“ definiert. Solch simple und direkte Definitionen bieten wenig argumentatorische Angriffsflächen und finden innerhalb der Inselforschung breite Zustimmung (Grydehøj & Swaminathan 2018: S. 312). Bei der Untersuchung der vorliegenden Fragestellung wird in dieser Arbeit auf die zweite, offene Definition von Insularität oder einer „Insel“ zurückgegriffen, da diese die Berücksichtigung der unglaublichen Vielfalt an Umständen und Begebenheiten, die mit unterschiedlichen Inselgeographien einhergehen, ermöglicht. Darüber hinaus wird in dieser Arbeit gezeigt werden, dass Dimensionen wie Abgelegenheit und in gewissem Grad auch Kleinheit (im Sinne begrenzter nutzbarer Fläche) auch im Falle der japanischen Inseln und der frühen Urbanisierung ihrer Hauptstadt eine Rolle spielten, die schlussendlichen Auswirkungen dieser aber stets von der Summe aller Aspekte der vorliegenden individuellen Insellage abhängig und nicht universal sind.

Greift man für die Definition des Begriffs der Urbanisierung ebenfalls auf die *Encyclopædia Britannica* zurück, bezeichnet dieser „den Prozess, bei dem eine große Anzahl an Menschen dauerhaft auf kleinem Raum konzentriert siedeln und dadurch Städte gründen“ (Encyclopædia Britannica 2021b). Urbanisierung bezieht sich dabei primär auf die Verbreitung einer städtischen Lebensweise. Das rein physische Wachstum einer Stadt wird stattdessen als

Verstädterung bezeichnet. Hierzu sollte angemerkt werden, dass im Japan der Edo-Periode beides stattfand. Es wurde eine große Anzahl neuer Städte gegründet, die ebenso wie viele der bereits existierenden Städte sowohl in Fläche als auch Einwohnerzahl ein enormes Wachstum vorweisen konnten. Gleichzeitig entwickelte sich in diesen Städten, im Zusammenhang mit der relativen Isolation der Bevölkerung durch Japans Insellage, eine einzigartige, eigene japanische urbane Kultur und Lebensweise.

„Inseln und Großstädte auf regionaler, nationaler und globaler Ebene gehen Hand in Hand“ (Grydehøj 2015: S. 429). Drei der vier größten Metropolregionen, Tokio, Jakarta und Manila, befinden sich auf Inseln. Verschiedenen AutorInnen der Urban Island Studies zufolge bilden sich Großstädte häufig auf Inseln, da ihre geographischen Eigenschaften diverse Vorteile mit sich bringen. Grydehøj et al. benennen Territorialität, Verteidigung und Transport als drei Aspekte insularer Urbanisierung, die Inseln zu bevorzugten Siedlungsplätzen machen können. Weiterhin trägt der vierte Aspekt der Landknappheit in Verbindung mit anderen räumlichen Eigenschaften von Inseln dazu bei, dass sich die dort gegründeten Siedlungen häufig zu großen Städten entwickeln (Grydehøj 2015: S. 429; Grydehøj et al. 2015: S. 2).

Die natürlichen Grenzen einer Insel gehen auf politischer Ebene auch mit natürlicher Territorialisierung einher. Durch die maritime Abgrenzung schaffen Inseln einen unangefochtenen politischen Einflussraum, in dem die vorherrschende Autorität eine absolute Hoheit konsolidieren kann. Gerade in Gebieten oder Zeiten, in denen keine klaren Konzeptionen von Territorialität existierten, waren Inseln außergewöhnliche Verkörperungen eines „Ortes“ (Grydehøj 2015: S. 431). Die längste Zeit der Geschichte war der Transport von Personen und Waren über Wasser mit Abstand der effizienteste und ist auch heute noch die erste Wahl, wenn es darum geht, große Mengen an Waren über eine weite Strecke zu transportieren. Kontinentale Küstenstädte bieten natürlich ebenfalls Zugang zum Meer, die geographischen Eigenschaften von Inseln führen jedoch darüber hinaus dazu, dass beinahe die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in Küstennähe stattfindet, da ein bewirtschaftbares Hinterland meist nicht existiert (Baldacchino 2006: S. 46f.). Mindestens vier der fünf Hauptinseln Japans sind wesentlich größer als die typischen „small island states“, mit denen sich ein großer Teil der Literatur im Bereich Insular Studies beschäftigt. Dennoch kommen dort, selbst auf der größten der Inseln Honshū, aufgrund der gebirgigen Topographie des Landes, wodurch gerade einmal 20% der Fläche großflächig bewohn- und bewirtschaftbar sind, Auswirkungen einer entsprechenden Landknappheit zum Tragen (Woolley 2005: S. 11; siehe Abbildung 2 im Anhang).

Die Landknappheit führt zu einer sehr hohen Bevölkerungsdichte und wirtschaftlichen Agglomeration in den wenigen Hoch- oder Tiefebene des Archipels. Damals wie heute wachsen den Inselstädten in ihrer Funktion als Zentren politischer Macht und wirtschaftlicher Aktivität und damit ihren Bevölkerungen, Gewerben und Regierungsapparaten daraus Effizienzvorteile, durch die Häufung von administrativer, industrieller und kommerzieller Funktionen, sowie Dienstleistungs- und Transportfunktionen. Negative Externalitäten, wie Verstopfung, die stetig wachsende Belastung der Versorgungskapazitäten und steigende Lebenserhaltungskosten, die häufig Treiber einer wirtschaftlichen Streuung sind, sind zwar ebenso vorhanden, zeigen jedoch weniger Wirkung, da Ausweichmöglichkeiten häufig nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen und die aquatischen Transportwege die Versorgung erleichtern (Grydehøj 2015: S. 433). So kann die insulare Geographie in Kombination mit der begrenzten Verfügbarkeit von Land zu einer zirkulären Verstärkung der städtischen Agglomeration führen (Grydehøj & Swaminathan 2018: S. 320).

Sean Fox (2012: S. 291) kommt in seiner Untersuchung von Urbanisierung als globaler Prozess der Geschichte ebenfalls zu dem Schluss, dass die vorliegende natürliche Geographie einen „tiefgreifenden und langanhaltenden Einfluss auf die Muster der Urbanisierung“ hat. Wirtschaftshistoriker begründen das geringe Ausmaß der globalen Urbanisierung vor dem 19. Jahrhundert damit, dass Städte nur dort existieren können, wo ein Überschuss an Nahrung und Energie (im Sinne von Brennstoffen) vorhanden ist und dadurch das Bevölkerungswachstum die Mortalitätsrate übertreffen kann. Fox betont die Rolle der regionalen Geographie für diesen Überschuss, der für den Urbanisierungsprozess benötigt wird. Dieser hat zur Folge, dass das Bevölkerungswachstum von Städten von der landwirtschaftlichen Produktivität des Umlands und den Transportkosten für Waren aus weiter entfernten Regionen abhängig ist. Darin liegt auch begründet, dass die frühen Städte der Menschheitsgeschichte beinahe ausschließlich an sehr fruchtbaren Standorten, wie beispielsweise Flussauen oder Standorten mit natürlich bedingten geringen Transportkosten, das heißt, an der Küste oder befahrbaren Flüssen, entstanden sind (ebd.). Die quantitative Untersuchung der Auswirkungen dieser Faktoren zeigt, dass diese selbst im Jahr 1960, welches nach Fox das erste Jahr mit einem ausreichenden Datensatz ist, noch eine hohe Signifikanz aufweisen:

TABLE 2 Effect of geographic characteristics on proportions urban and urban population size, 126 countries, 1960

	Percent urban	Urban population size
	(1)	(2)
Log of coastline (km)	.058** (.030)	.055*** (.016)
Log of waterways (km)	.049** (.024)	.034** (.014)
Soil quality	.026*** (.110)	.013*** (.004)
Log of GDP per capita	1.794*** (.095)	.678*** (.050)
Log of national population		.975*** (.035)
R-squared	.801	.941
Observations	126	126

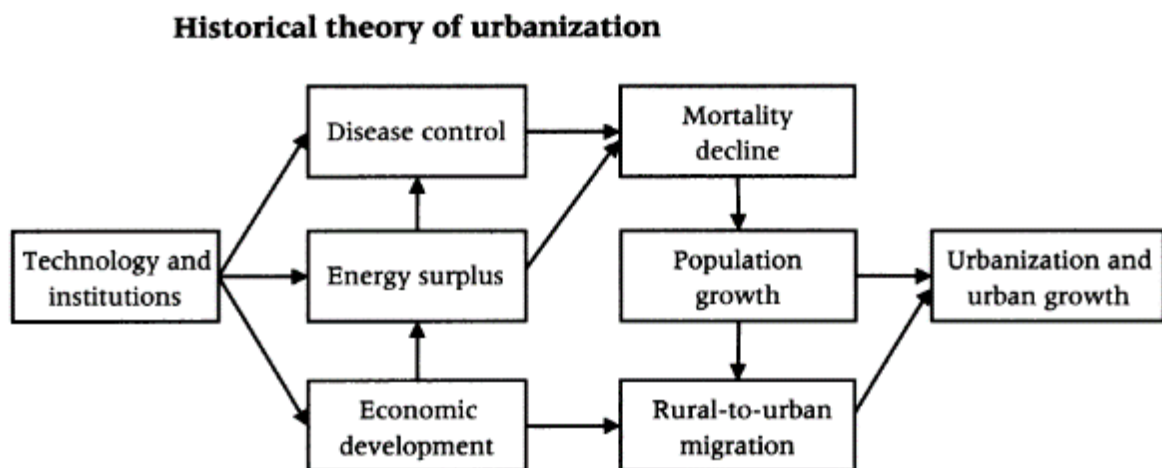
NOTES: Standard errors in parentheses. Significance at the 1, 5, and 10 percent levels is indicated by ***, **, * respectively.

(Fox 2012: S. 291).

Die Regressionsanalyse von 126 Ländern zeigt die Auswirkungen der unabhängigen Variablen des dekadischen Logarithmus‘ der Küstenlänge und der Länge befahrbarer Wasserwege in Kilometern, sowie der Bodenqualität (gemessen als Anteil der Landfläche eines Staates, die sich gut oder moderat für den Anbau von sechs essenziellen Agrarprodukten des Regenfeldbaus eignen) auf den Anteil der urbanen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung und der absoluten Größe der urbanen Bevölkerung des Landes. Die Kontrollvariablen des Pro-Kopf Bruttoinlandsprodukts und der Gesamtbevölkerung, wurden ebenfalls hinzugefügt, damit der Einfluss, den diese auf die abhängigen Variablen haben, das Ergebnis nicht verfälschen. Die Analyse zeigt, dass alle drei eine Signifikanz auf dem ein- oder fünf-Prozent-Level aufweisen. Folglich wiesen, noch im Jahr 1960, Länder mit einer höheren Bodenqualität und längeren „natürlichen“ Transportwegen ein höheres Maß an Urbanisierung auf. Der Datensatz stützt die Theorie der Relevanz der natürlichen Geographie für die Urbanisierung allgemein, sowie des Transportaspekts der insularen Urbanisierung (ebd.: S. 292).

Bei der Untersuchung der Urbanisierung von Edo ist neben der insularen Urbanisierung noch ein weiteres Konzept von Relevanz, und zwar die Theorien der Urbanisierung ohne Wachstum. Innerhalb ihres Diskurses wird Urbanisierung in der Regel als Ergebnis wirtschaftlicher Entwicklungen gesehen, da diese auf globalem Level seit dem Neolithikum miteinander korrelieren. Der Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und Urbanisierungsprozessen lässt sich nicht von der Hand weisen. Auch bei der Urbanisierung von Edo spielen

die wirtschaftlichen Entwicklungen der Azuchi-Momoyama-Zeit (1568-1603) und der Edo-Zeit (1603-1886) eine wichtige Rolle, dennoch sind Zusammenhänge von Wachstum und Urbanisierung nur eine Art der vielen Treiber des außergewöhnlichen Wachstums, den die Stadt zu dieser Zeit erfuhr, weshalb die strikt ökonomische Theorie der Urbanisierung in diesem Fall nicht ausreicht. Die Urbanisierung ohne Wachstum geht von einer Vielzahl an möglichen Ursachen des Urbanisierungsprozesses aus und erweitert diese um nicht-wachstumsbezogene Bevölkerungsdynamiken, die mit technologischen oder institutionellen Änderungen zusammenhängen (Jedwab & Vollrath 2015: S. 2; Fox 2012: S. 285). Beispiele wären die Verbesserung städtischer Infrastrukturen, die der Überfüllung oder Verbreitung von Krankheiten entgegenwirken, der „Urban bias“, welcher die politische Bevorzugung der Stadtbevölkerung aufgrund ihrer geographischen und gesellschaftlichen Nähe zur Regierung bezeichnet, oder Skaleneffekte beim Konsum, wo der größere Absatzmarkt ein wesentlich vielfältigeres Angebot an Waren, Dienstleistungen und Arbeit ermöglicht und den Lebensstandard über den auf dem Land hebt (Jedwab & Vollrath 2015: S. 16). Das Verständnis der Ursachen von Urbanisierung, welches für diese Arbeit herangezogen wird, geht also über einen linearen Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und Urbanisierung hinaus. Sean Fox skizziert diese „historisch gestützte Theorie der Urbanisierung“ folgendermaßen:



(Fox 2012: S. 294).

Ziel der Arbeit ist, auf Basis der Literaturrecherche herauszustellen, wie die geographischen Besonderheiten und Vor- beziehungsweise Nachteile der Insellage sich auf die frühzeitige und für diese Zeit intensive Urbanisierung Japans während der Tokugawa-Zeit auswirkten. Außerdem wird untersucht, ob Besonderheiten insularer Urbanisierung in den frühesten Phasen

der Urbanisierung der derzeit größten Metropolregion der Welt, Tokio (damals Edo), wiederzufinden sind.

Die Geographie einer Insel hat einen starken Einfluss auf die Kultur und das politische System ihrer Bewohner. Um nachzuvollziehen, wie die japanischen Inseln eine distanzierte außenpolitische Haltung und insulare Kultur entwickelten, kommt man deshalb nicht umhin, die Entfernung zum eurasischen Kontinent sowie die Größe und Zusammensetzung Japans mit in Betracht zu ziehen, dessen Inselgeographie es erlaubte, ungehindert eine homogene, selbständige Kultur mit einem ausgeprägten Selbstverständnis der Einzigartigkeit zu entwickeln (Walker 2015: S. 201).

Da sich die Aspekte der Insularität bei jeder Insel und Inselnation innerhalb des dortigen historischen, gesellschaftlichen und geographischen Kontexts unterschiedlich auf die allgemeine Entwicklung und somit auch auf ihre Urbanisierung auswirken, kann bei der Untersuchung der Rolle der Insularität für die Urbanisierung von Edo nicht auf eine genauere Betrachtung und Miteinbeziehung des japanischen Kontexts verzichtet werden.

Das zunächst folgende Kapitel beginnt deshalb mit einem Überblick über die von Japans Insellage geprägte japanische Geschichte bis hin zur Zeit des japanischen Bürgerkrieges, dessen Ende die Edo-Periode einläutete. Anschließend wird untersucht, wie die drei Reichseiniger Japan durch den Import ausländischer Technologien wieder unter die Herrschaft einer zentralen Autorität stellten und administrative Reformen durchführten, die den Grundstein für das politische System des Tokugawa-Regimes legten, welches großen Einfluss auf die Entwicklung der japanischen Inseln während der Edo-Periode nahm. Das dritte Unterkapitel dieses Kapitels beleuchtet die Ereignisse und Beweggründe, die die frühen Shogune der Tokugawa-Dynastie dazu bewegten, die Insellage Japans zu nutzen, um die folgenschwere politische und ökonomische Isolation des Landes durchzusetzen. Das vierte Kapitel handelt von den urbanen Strukturen und Entwicklungen innerhalb Japans in der Zeit vor und während des Beginns der Urbanisierung Edos, die der Wahl Tokugawa Ieyasus folgte, Edo zu seinem Hauptsitz zu machen.

Das fünfte Kapitel beleuchtet die strategischen, infrastrukturellen und verkehrstechnischen Vorteile, die mit Edos geographischer Lage zusammenhingen und sich positiv auf das Wachstum der Stadt auswirkten. Außerdem wird darauf eingegangen, wie die frühen Shogune des Tokugawa-Shogunats ihre politische Vormachtstellung auf den japanischen Inseln nutzten, um den Ausbau der Stadt voranzutreiben. Das sechste Kapitel untersucht anhand diverser politischer Maßnahmen und Gesetze, wie sich das Tokugawa-Shogunat die Insularität Japans zu Nutze machte, um seine politische Hegemonie über die Fürsten des Landes zu sichern und

weiter auszubauen. Das siebte Kapitel setzt sich damit auseinander, wie die Wirtschaft Japans während der Edo-Periode von der Inselgeographie des Landes und dem politischen System der Tokugawa-Regimes geprägt wurde, sowie die Auswirkungen dieser Inselökonomie auf die japanische Gesellschaft und die Urbanisierung Edos. Kapitel acht bietet Einblick in diverse Eckpfeiler japanischer Kultur und den Einfluss den Japans Insellage auf diese nahm. Zusätzlich wird gezeigt, wie das Tokugawa-Regime, die durch Japans Insularität ermöglichte Isolation der japanischen Bevölkerung nutzte, um die Verbreitung von politischem, philosophischem und religiösem Gedankengut zu regulieren und was für eine wichtige Rolle der Konfuzianismus aus diesem Grund für die Gesellschaft der Edo-Periode spielte. Das dritte Unterkapitel des achten Kapitels beschäftigt sich mit der urbanen Kultur, die die Großstadt im Verlauf der Edo-Periode hervorbrachte und die sie zum kulturellen Zentrum des Landes machte, eine Eigenschaft, die die Vormachstellung Edos im Städtesystem der japanischen Inseln weiter ausbaute und einen Sogfaktor für neue EinwohnerInnen darstellte. Das Kapitel 9 „Auswirkungen der urbanen Strukturen auf das Wachstum Edos“ untersucht, wie die physischen und administrativen Strukturen der Stadt, die unter anderem durch die Nutzung ihrer insularen geographischen Eigenschaften das Wachstum und die absolute Größe der Stadt ermöglichten. Das zehnte Kapitel führt aus, wie das Tokugawa-Regime die von der relativen geographischen und gesellschaftlichen Isolation geprägten Institutionen Japans nutzte, um die Zivilgesellschaft politisch zu schwächen und der Entstehung eines gemeinsamen politischen Bewusstseins der BewohnerInnen Edos vorzubeugen. Zusätzlich wird erläutert, wie die Überbürokratisierung durch die vielen Samurai in den Städten und die administrative Fragmentierung der Stadtbevölkerung ein hohes Maß an öffentlicher Ordnung sicherstellten, die sich positiv auf das Wachstum der Stadt auswirkten.

In den letzten beiden Kapiteln wird die Rolle von Insularität bei der Urbanisierung von Edo anhand der in diesem Kapitel eingeführten Aspekte insularer Urbanisierung, der „historisch gestützten Theorie der Urbanisierung“ und der Theorie der „Urbanisierung ohne Wachstum“ noch einmal zusammengefasst und rekapituliert. Abschließend wird ein allgemeines Fazit gezogen.

3. Historischer Kontext der isolationistischen Politik und politischen Zentralisierung Japans in der Edo-Periode

3.1. Die ersten beiden Shogunate und das *sengoku-jidai*

Dieses Unterkapitel erstellt einen Überblick über die Geschichte Japans bis zum Beginn des Zeitalters der drei Reichseiniger (1568-1603). Dabei wird gezeigt, wie das politische System der japanischen Inseln schon früh vom Import chinesischer Staatstheorie beeinflusst wurde, sich nach der ursprünglichen Adaption und Anpassung an den japanischen Kontext jedoch, aufgrund der geographischen Isolation, unabhängig von dieser entwickelte und eine völlig eigene Gestalt annahm. Teil dieses Herrschaftssystems waren die Militärregierungen der ersten beiden Shogunate, deren Herrschaft einen hundertjährigen Bürgerkrieg beendete.

Mit der Einführung des Reisanbaus, durch eine Migrationswelle vom asiatischen Festland vor ungefähr 5000 Jahren, entstand innerhalb der Dörfer auf den japanischen Inseln die Notwendigkeit für die koordinierte Verwaltung von Arbeit und Erzeugnissen, das Ergebnis war die Entstehung einer gesellschaftlichen Ordnung. Diese Kooperationen wuchsen im Laufe der Zeit immer weiter, und aus den Dorfverbänden wurden eine Art Zwergstaaten, die von unterschiedlichen militärischen und religiösen Führern regiert wurden. Nach vielen Jahrhunderten gegenseitiger Kriege, über die aufgrund fehlender schriftlicher Quellen nichts genaues bekannt ist, konnte die Herrscherfamilie des Yamato-Region eine Vormachtstellung erringen, und die erste politische Einigung Japans gelang um das 4. Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Es existierten dennoch weitere *uji* („Klans“), die sich aus den Herrscherfamilien der verschiedenen Territorien entwickelt hatten und die Regierenden und die Politik beeinflussten. Erst im 7. Jahrhundert gelang es der kaiserlichen Familie, durch die Ermordung mächtiger Klanführer und der Schaffung eines zentralen Verwaltungs- und Steuerapparates nach chinesischem Vorbild, ihre Herrschaft zu zementieren (Ohno 2018: S. 11f.; Hane 2014: S. 16f.).

Zu dieser Zeit wurde innerhalb Japans die Vorstellung etabliert, dass die kaiserliche Familie von göttlicher Abstammung sei und ihre Herrschaft über die japanischen Inseln damit ihr göttliches Recht. Die Bezeichnung des Kaisertitels als „*tennō*“ (göttliche_r KaiserIn), anstelle von „*o-kimi*“ (großer König/ große Königin²) kommt ebenfalls aus dieser Zeit (Morishima 1984: 23f.).

² Ein Glossar japanischer Begriffe befindet sich im Anhang auf S. 137f.

Schlussendlich wurde die Hauptstadt nach Kyoto (damals Heian-kyo genannt) verlegt, was die Heian-Periode (794-1185) einläutete³, welche die einzige Periode der japanischen Geschichte war, in der der Kaiser tatsächliche politische und militärische Macht innehatte. Da der kaiserliche Hof jedoch kein stehendes Heer zu Verfügung hatte und sich nur wenig für Angelegenheiten außerhalb der Hauptstadt interessierte, war er bei der Lösung von Problemen und Konflikten je nach Fall auf lokale Autoritäten oder Söldnergruppen angewiesen. Diese wurden wiederum häufig mit steuerfreien Ländereien entlohnt, was die Autorität der Zentralregierung nur noch weiter schwächte. Aus den Söldnern entwickelte sich ein Kriegerstand mit eigenem Grund und Boden, die ersten *bushi* oder Samurai⁴. Im 11. Jahrhundert hatten sich innerhalb dieses Standes Hierarchien entwickelt und die *bushi* gruppierten sich zunehmend unter militärischen Anführern (*tōryō*). Als Mitte des 12. Jahrhunderts einer dieser militärischen Führer mit dem Namen Taira Kiyomori durch die Ränge des Hofadels aufstieg, wurde er so mächtig, dass er begann, die Macht des Kaisers an sich zu reißen. Die zentrale Regierung Japans hatte jedoch im Laufe der Heian-Periode (974-1185) stark an Autorität und Einfluss verloren, weshalb die beginnende Machtübernahme Taira Kiyomoris die anderen militärischen Führer des Landes dazu drängte zu intervenieren und sich gegen ihn zu erheben. Minamoto Yoritomo war es, der die Taira schlussendlich zu Fall brachte und als Belohnung übertrug der Kaiser seiner Militärregierung (*bakufu*, wörtlich „Zeltregierung“) in Kamakura im Jahr 1185 die politische Ermächtigung zur Befriedung und Überwachung des Landes. Das Ergebnis war, dass der Kaiser aufgrund seiner praktischen Schwäche die aktive Regierung des Landes an Minamoto Yoritomos *bakufu* abtrat, dessen Herrschaft nun durch kaiserliche Autorität legitimiert war. Sieben Jahre später wurde Yoritomo zum Shogun, dem Anführer aller Samurai, ernannt und Japan stand nun unter der Herrschaft des ersten Shogunats (Fukuzawa 2008: S. 11-14; Ohno 2018: S. 13).

Durch gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen, wie Fortschritte in der Landwirtschaft oder die zunehmende Monetarisierung der Wirtschaft, sank der Einfluss des kommerziell inaktiven *bakufu* relativ zu anderen Institutionen und Teilen der Gesellschaft, da die Loyalität der *bushi* nun einmal größtenteils von ihrem Sold abhängig war. Dieses Problem spitzte sich Ende des 13. Jahrhunderts zu, als die Mongolen in den Jahren 1274 und 1281

³ In der Periodisierung der japanischen Geschichte von der Asuka-Periode (circa 538-710) bis zur Edo-Periode (1603-1868) ist es üblich, die unterschiedlichen Perioden nach den Regierungssitzen der jeweiligen Machthaber zu benennen, da diese meist synonym für deren Herrschaft waren (Ohno 2018: S. 15f.).

⁴ Der Begriff des „*bushi*“ stammt aus der Nara-Periode (710-784) und bedeutet „edler Mensch der Waffe“. Als „*samurai*“, was sich vom Verb *saburau* (dienen) ableitet, wurden ursprünglich nur diejenigen *bushi* bezeichnet, die im Dienst der zentralen Regierung (erst des Kaisers, später des Shoguns) standen. Schlussendlich hat sich die Bezeichnung des Samurai für alle Mitglieder des *bushi*-Standes durchgesetzt (Fukuzawa 2008: S. 6f.). In dieser Arbeit werden die Begriffe als Synonym verwendet.

Versuche starteten, Japan zu unterwerfen. Der Kaiser autorisierte den Shogun, nicht nur seine eigenen Truppen, sondern sämtliche *bushi* des Landes in seinen Dienst zu rufen. Beide Male gelang es den japanischen Truppen, die landende mongolische Armee davon abzuhalten, einen geeigneten Brückenkopf auf den Inseln zu errichten, und beide Male hatte dies zur Folge, dass die Taifune, welche im Oktober 1274 und im Juli 1281 auf die mongolische Flotte trafen, den Invasoren verheerende Verluste zufügten (Fukuzawa 2008: S. 22, 26; Woolley 2005: S. 1-3). Eine Eroberung konnte zwar abgewendet werden, aber das *bakufu* war nicht in der Lage, die große Menge an ausgehobenen Truppen angemessen zu entlohnen. Die schwindende Autorität des Shogunats hinterließ ein Machtvakuum, welches häufig von lokalen Amtsträgern oder privaten Landbesitzern gefüllt wurde. Mit wachsendem Einfluss und Wohlstand entwickelten sich aus diesen lokalen Autoritäten regionale Fürsten, die sowohl dem Kaiser als auch dem Shogunat nur wenig Gehorsam entgegenbrachten (Fukuzawa 2008: S. 27).

Im Jahr 1333 gelang es dem Kaiser mit Hilfe des Ashikaga-Klans und anderer *bushi*-Gruppierungen, das bis dahin stark geschwächte Kamakura-Shogunat zu stürzen und die aktive Herrschaft an sich zu reißen. Er ernannte Ashikaga Takauji zum Shogun und schuf so das zweite Shogunat, welches seinen Sitz in Kyoto hatte und unter seinem Einfluss stehen sollte. Dies markierte den Beginn der Muromachi-Zeit (1333-1568)⁵. Mit dem Ziel, seine Macht zu untermauern, beschnitt er die Rechte und Privilegien der *bushi* derart, dass viele von ihnen in offene Rebellion gegen ihn traten. Die japanischen Inseln zerfielen in eine Vielzahl an politischen Fraktionen, die ihre Zusammensetzung ständig änderten. Im folgenden Jahrhundert gab es ständige politische und kriegерische Konflikte, und auch wenn es immer wieder friedvollere Perioden gab, gelang es weder dem Kaiser, dem Shogunat noch einer anderen Fraktion, eine absolute nationale Autorität wiederherzustellen. Ebenso gelang es dem Ashikaga-Shogunat nie, sich als Anführer der *bushi* durchzusetzen. Als Folge des zunehmenden Machtverfalls war es auch nicht in der Lage, die Bauernaufstände zu stoppen, welche sich Mitte des 15. Jahrhunderts in der Region um Kyoto ausbreiteten. Zur zunehmenden Machtlosigkeit der zentralen Regierung kam nun auch noch eine zunehmende Mittellosigkeit (ebd.: S. 28, 35; Ohno 2018: S. 13).

Als im Jahr 1467 der amtierende Ashikaga-Shogun verstarb, artete der Erbfolgestreit in einen offenen Krieg aus. Der sogenannte Ōnin-Krieg (1467-1477) dauerte elf Jahre an und wurde primär in der Haupt- und Kaiserstadt Kyoto ausgetragen, welche dabei komplett zerstört wurde. Zusammen mit den großen Tempeln, Adelsresidenzen und dem Kaiserpalast lag am Ende dieses

⁵ Die Zeit des Bürgerkrieges (*sengoku-jidai*, 1467-1568) wird zur Muromachi-Periode gezählt, da das Ashikaga-Shogunat, wenn auch machtlos, zu dieser Zeit offiziell noch bestand.

Krieges auch die Macht der zentralen Regierung, Kaiserhof und Shogunat zugleich, in Ruinen, während sich die gewaltsamen Konflikte auf das ganze Land ausbreiteten (Fukuzawa 2008: S. 36).

Das Ergebnis des Ōnin-Kriegs (1467-1477) war die Zersplitterung der zentralen Regierungsautorität Japans in über zweihundert kleinere autonome Territorien, welche von ebenso vielen unterschiedlichen Kriegsfürsten (*sengoku-daimyō*⁶) regiert wurden. Diese *sengoku-daimyō* zeichneten sich vor allem dadurch aus, dass sie sich diese Position in der Regel selbst erarbeitet hatten und nicht etwa vom *bakufu* ernannt wurden. Gerade einmal jeder zehnte von ihnen hatte vor Beginn des Krieges ein vergleichbares Amt inne. Das folgende Jahrhundert ist heute als die Sengoku-Periode bekannt, was in etwa als die „Zeit der sich bekriegenden Reiche“ übersetzt werden kann. In dieser Zeit bekämpften sich die Kriegsherren unerbittlich in blutigen Bürgerkriegen um die Nachfolge auf das Shogunat, welches im Namen des Kaisers über die japanischen Inseln regieren sollte. Aufgrund der großen Anzahl und der geringen Größe der unterschiedlichen Territorien gelang es lange Zeit keinem Kriegsherrn, sich durchzusetzen. Inmitten der Überlebenskämpfe des Bürgerkrieges gingen die Loyalität und Respekt gegenüber höheren Ständen komplett verloren, das Einzige, was zählte, waren die reale Macht sowie die militärische Fähigkeit, Stärke und Erfolg eines *daimyō*. Sahen sich die Generäle eines Fürsten auf der Verliererseite, schlossen sie sich häufig dem perzipierten Gewinner an. In den ersten achtzig Jahren des Bürgerkrieges war kein Fürst in der Lage, Siege zu erringen, die entscheidend genug waren, ihm eine Vormachtstellung auf den japanischen Inseln einzubringen (Fukuzawa 2008: S. 37-40).

3.2. Die Zeit der drei Reichseiniger: Azuki-Momoyama-Zeit (1568-1603)

Dieses Unterkapitel beschreibt, wie die drei Reichseiniger Oda Nobunaga, Toyotomi Hideyoshi und Tokugawa Ieyasu die Feuerwaffen der europäischen Neuankömmlinge nutzten, um ganz Japan unter ihre Kontrolle zu bringen. Neben ihren militärischen Erfolgen waren auch ihre politischen und administrativen Reformen von großer Bedeutung, da diese den Grundstein für die Herrschaft des aus dieser Zeit hervorgehenden Tokugawa-Shogunats legten. Darüber hinaus zeigte die gescheiterte Invasion Koreas, dass die Entfernung der japanischen Inseln vom

⁶ Während der Begriff *sengoku-daimyō* die Kriegsfürsten der *sengoku*-Periode bezeichnet, werden die aus den *sengoku-daimyō* hervorgegangenen, dem Tokugawa-Shogunat unterstellten Fürsten der Edo-Periode in dieser lediglich als *daimyō* bezeichnet.

Festland Expansionskriege genauso erschwerte, wie sie die Verteidigung des Landes vereinfachte.

Der Verlauf des Bürgerkrieges änderte sich mit der Ankunft der Arkebuse⁷ Mitte des 16. Jahrhunderts und der Bildung erster größerer Koalitionen grundlegend. Die zu Beginn des Krieges kleineren Gefechte zwischen den vereinzelt *daimyō* wuchsen so über den Verlauf des Bürgerkrieges zu Schlachten zwischen mehreren zehntausend bis hunderttausend Soldaten heran (Brown 2007: S. 70; Fukuzawa 2008: S. 41).

Zu Beginn der Sengoku-Periode waren die japanischen Inseln weitestgehend von europäischen Einflüssen abgeschirmt. In den vorangegangenen Jahrhunderten waren nur sehr wenige Schiffe außerhalb der Sichtweite von Land gesegelt. Die Seefahrt war zwar die effektivste Methode für Reise und Transport, stand aber stets in starker Abhängigkeit von der Wetterlage, dem Seegang und Tageslicht. Die Möglichkeiten der Navigation waren ebenfalls begrenzt. Auf das offene Meer zu segeln war ein lebensgefährliches Unterfangen. Dies begann sich zu dieser Zeit jedoch zu ändern. Es wurden Techniken entwickelt, die den Bau immer größerer Schiffe erlaubten, welche entsprechend größere Mannschaften und Stauräume hatten. Besonders die Venezianer hatten sich einen Ruf als meisterhafte Schiffsbauer gemacht, deren Methoden innerhalb Europas zunehmend repliziert wurden. Hinzu kam, dass die Europäer zwar nicht in der Lage waren, Längengrade zu bestimmen, inzwischen aber die Bestimmung von Breitengraden in der Seefahrt einzusetzen wussten (ebd.: S. 30). So kam es, dass im Jahr 1543 zwei portugiesische Händler in einer chinesischen Dschunke die ersten Europäer waren, die Japan erreichten und auf Tanegashima südlich von Kyushu landeten (Laver 2011: S. 5; für eine Karte Tanegashimas und Kyūshūs siehe Abbildung 3 im Anhang).

Bis dahin war in Japan nur wenig von der Welt über China und Korea hinaus bekannt. Inmitten der ein Jahrhundert andauernden Bürgerkriegen begann eine neue Zeit für die Bewohner der japanischen Inseln. Mit der Ankunft der Portugiesen waren nun auch die japanischen Inseln im Einflussgebiet der europäischen Kultur, Religion und Politik (Woolley 2005: S. 27). Der immanenteste Einfluss der Neuankömmlinge in den Zeiten der internen Kriege war die Einführung von Feuerwaffen (Gin'ya & Hauser 1981: S. 128).

Die „*tanegashima* Eisenstange“ hatte von dort an großen Einfluss auf den weiteren Verlauf des Bürgerkriegs. Die schnelle Adaption und geschickte taktische Nutzung dieser neuen Waffe war ein entscheidender Faktor für den militärischen Erfolg dreier *sengoku-daimyō*, der schlussendlich zur Wiedervereinigung Japans und der Gründung des dritten Shogunats führen

⁷ Oder auch Hakenbüchse ist ein Sammelbegriff für Vorderladergewehre mit Luntenschloss aus dem 15. und 16. Jahrhundert. Sie feuerten Kugeln mit einem Durchmesser um die 2 Zentimeter.

sollte. Diese „drei Reichseiniger“ (*san'eiketsu*, wörtlich: „drei Helden“) waren Oda Nobunaga, Toyotomi Hideyoshi und Tokugawa Ieyasu, Gründer des dritten „Tokugawa“-Shogunats. Oda Nobunaga (1534-1582) erkannte sehr früh den taktischen Nutzen der europäischen Waffen und studierte den Umgang mit diesen. Er begann als einer der ersten, seine bäuerlichen Hilfstruppen (*ashigaru*) mit den *Tanegashima* auszurüsten und diese angemessen zu drillen. *Bushi* oder Samurai nutzten diese damals als ehrlos angesehenen Waffen nicht. Oda Nobunaga adaptierte Strategien wie die Linienformation, welche durch den Wechsel von nachladenden und feuernenden Reihen von Bogen- und Arkebusenschützen anstürmende Gegner mit konstanten Salven in Schach hielten. Diese frühen Feuerwaffen hatten allerdings auch Nachteile. Da es noch keine Massenproduktion gab, war ihre Anschaffung ein kostspieliges Unterfangen. Weiterhin erforderte ihr effizienter Einsatz im Gefecht ein entsprechendes Maß an Training, und selbst bei richtiger Handhabung waren sie unter anderem in Abhängigkeit von den Wetterbedingungen sehr unzuverlässig. Auch wenn deshalb wahrscheinlich zunächst nur ein geringer Teil seiner Truppen mit Feuerwaffen ausgestattet war, gelang es Oda, diese erfolgreich zu nutzen. Er gewann eine Schlacht nach der anderen sowie neue Verbündete und Feinde. Es gelang ihm schlussendlich im Jahr 1568, die Kaiserstadt und den damaligen Sitz des Shoguns, Kyoto, zu erobern. Mit dieser neuen Legitimation machte er sich daran, Japan wieder zu vereinigen und den Grundstein für einen modernen Staat zu legen. Er schuf lokale Zölle ab, zerschlug bewaffnete religiöse Lehen, ließ Landvermessungen und Steuerhebungen durchführen sowie regionale Befestigungen schleifen, da diese potenziell zum Widerstand gegen die zentrale Autorität genutzt werden konnten (Gin'ya & Hauser 1981: S. 135; Woolley 2005: S. 32; Brown 2007: S. 70).

Dabei brachte ihm besonders sein rücksichtsloses Vorgehen gegen die buddhistischen Orden und Klöster viele Feinde ein. Zur Zeit Nobunagas übten die buddhistischen Orden und Klosteranwesen großen Einfluss auf die regionale Bevölkerungen Japans aus und besaßen eigene Dörfer, Armeen und in manchen Regionen bis zu 60 Prozent des Ackerlandes (Pauly 1989: S. 2; Boone 2018: S. 11). Die meisten der größeren Klosterverbünde waren politisch autonom, zahlten keine Steuern und erwehrten sich der Unterwerfung oder Eingliederung durch einen feudalen Herrscher mit aller Gewalt. Darüber hinaus schürten sie auch die Autonomiebestrebungen der Bauern und ländlichen *bushi*, die sich in Bünden organisierten, und deren Aufstände große Hindernisse für die politische Einigung des Landes darstellten (Pauly 1989: 3f., 9).

Oda Nobunaga interessierte sich seit jeher persönlich nicht besonders für Religion und nahm die Ankunft eines neuen, großen, organisierten Glaubens durch das Christentum der Europäer

als Anlass, die moralische Autorität des Buddhismus in Frage zu stellen. Für ihn waren die über dreihundert autonomen Klöster, die zu dieser Zeit überall über die Täler und Berge Japans verteilt waren und sich mit allen Mitteln gegen seine Herrschaft wehrten, ebenso politische Rivalen, wie seine Feinde unter den *sengoku-daimyō*. In seinem Bestreben, den religiösen Autoritäten des Landes ihre weltliche Macht zu entreißen, ließ er den Klöstern keinerlei Sonderbehandlung zukommen und ging ohne Hemmungen und mit voller Brutalität gegen sie vor. Nobunaga machte damit klar, dass er keinerlei Einmischung der Religion in politischen und militärischen Angelegenheiten duldet (Boone 2018: S. 11f.; Fukuzawa 2008: S. 58). Die Zerschlagung der Autonomie und der säkularen Macht des Klerus, war ein wichtiger Schritt in Richtung der politischen Zentralisierung des Landes. Die Schwächung der religiösen Autoritäten erlaubte es den *daimyō*, potenziell ungehorsame geistliche Institutionen unter feudale Herrschaft zu zwingen und somit ihre absolute Herrschaft innerhalb ihrer Domäne zu sichern. Im Zuge dessen wurden auch die Tempel und Hauptquartiere regionaler buddhistischen und schintoistischen Sekten in die Burgstädte der jeweiligen *daimyō* verlegt. Diese waren damit nicht mehr nur militärisches, administratives und wirtschaftliches, sondern auch noch religiöses Zentrum ihrer Region, was ihr Wachstum zusätzlich begünstigte (Hall 2015a: S. 182).

Nobunaga brachte circa ein Drittel des japanischen Territoriums unter seine Kontrolle, zu dem neben der Kaiserstadt Kyoto weitere wichtige Städte der vergleichsweise fortschrittlichen und wohlhabenden Kinki-Region im westlichen Teil Honshūs gehörten, welche sich bis dahin weitestgehend selbst verwaltet hatten. Neben Azuchi, Imazu, Kohama und Wakasa gehörte auch Sakai, welches ein wichtiges Zentrum für die Schusswaffenproduktion war, zu diesen Städten (Laver 2011: S. 5; Rozman 1973: S. 50; Fukuzawa 2008: S. 58; für eine Karte der prämodernen Provinzen und Distrikte Japans siehe Abbildung 4 im Anhang).

Während im Jahr 1582 die Expansion Nobunagas weiter voranschritt, wurde er jedoch von einem seiner Vasallen verraten. Während Nobunaga nach einem Festmahl in Kyoto im Honnōji-Tempel übernachtete, umstellten die Truppen seines Generals Akechi Mitsuhide den Komplex. Als Nobunaga erkannte, dass es kein Entrinnen gab, beging er rituellen Selbstmord (*seppuku*). Bei diesem Vorfall starb auch Nobunagas ältester Sohn und dedizierter Erbe Oda Nobutada. Das genaue Motiv hinter dem Putsch ist nicht bekannt. Es gab jedoch mehrere mögliche persönliche und politische Gründe, die dahinterstecken könnten. In den Augen vieler war Nobunaga ein brutaler Tyrann, der Geistliche ermorden ließ und versuchte, die göttliche Macht des Kaisers an sich zu reißen (Boone 2018: S. 15f.; Morishima 1984: S. 42).

Sein General Toyotomi Hideyoshi besiegte den verräterischen *daimyō* und rächte damit seinen Lehnsherrn. Anschließend setzte er sich auch gegen Oda Nobunagas dritten Sohn Oda

Nobutaka durch, welcher in Folge der Niederlage ebenfalls rituellen Selbstmord beging. Nach einem Unentschieden auf dem Schlachtfeld gelang es Hideyoshi, eine diplomatische Einigung mit Tokugawa Ieyasu, der neben ihm selbst wohl der mächtigste unter Oda Nobunagas Anhängern war, zu erzielen und wurde schlussendlich Nobunagas Nachfolger. Er begann sofort damit, das fortzusetzen, was Nobunaga begonnen hatte. Er eroberte Shikoku, Kyushu und 1590, mit dem Sieg über die Hōjō, auch die letzten Teile Honshus (Boone 2018: S. 16; Woolley 2005: S. 33; Fukuzawa 2008: S. 61). Schlussendlich gelang Hideyoshi die politische Einigung Japans, allerdings begann er nur zwei Jahre später einen Expansionskrieg gegen Korea, welches zu dieser Zeit ein Vasall Chinas war. Es ist äußerst fraglich, ob dieser Schritt im Sinne Nobunagas gewesen war, Tokugawa Ieyasu war jedenfalls strikter Gegner dieses Krieges. Zumal Hideyoshi wohl vorsah, Korea als Brückenkopf zu nutzen, um die Ming-Dynastie zu unterwerfen (Woolley 2005: S. 35; Boone 2018: S. 17).

Korea hatte damals ebenfalls mit internen Konflikten zu kämpfen und die kontinentalen Staaten waren zu dieser Zeit nicht auf eine Invasion vorbereitet. Mit dem Überraschungsmoment auf ihrer Seite konnten die Japaner zunächst Erfolge erzielen, auf längere Sicht stellte sich die Versorgung der Armee jedoch als sehr problematisch heraus, was durch Guerillataktiken der Koreaner zusätzlich noch erschwert wurde. Aufgrund von Japans Insellage musste die Versorgung der japanischen Truppen über den Seeweg bewältigt werden. Das stellte sich jedoch als großes Problem heraus, da sich die koreanische Flotte mit ihren Schildkrötenschiffen damit einen Namen machte, dass sie es den Japanern unmöglich machte, eine ausreichende Versorgung ihrer Armee aufrechtzuerhalten⁸. Währenddessen zog sich der Krieg immer weiter in die Länge, die koreanischen und chinesischen Truppen konnten sich immer besser formieren und koordinieren und mit zunehmender Verzweiflung und Frustration wuchs auch die Brutalität. Die japanischen Truppen waren wachsender Zermürbung ausgesetzt und ohne signifikante militärische Erfolge begannen immer mehr Soldaten zu desertieren. Nach Hideyoshis Tod in 1598 wurden alle Truppen abgezogen. Die Invasion war gescheitert und das Verhältnis zum Festland nachhaltig geschädigt⁹. Während des Krieges setzte Hideyoshi innenpolitisch fort, was Oda begonnen hatte, und forcierte weiter die politische und organisatorische Einigung Japans. Er entwickelte die Steuersysteme und Landverwaltung

⁸ Die Schildkrötenschiffe der koreanischen Marine waren mit Eisen verkleidet und ausgestattet mit Feuerpfeilen und kleineren Kanonen. Das Deck war von einem gepanzerten Überbau geschützt, der mit Stacheln und Speeren übersät war, weshalb die Schildkrötenschiffe sehr schwer zu entern waren (Woolley 2005: S. 25).

⁹ Neben Druckplatten, Büchern und Porzellan, brachten die japanischen Soldaten auch gefangengenommene Handwerker und Gelehrte nach Japan. Einer dieser Kriegsgefangenen war der konfuzianische Gelehrte Kan Kō, dessen Lehren zentral für die Verbreitung des Sung-Konfuzianismus in Japan war (siehe Kapitel 8.2; Fukuzawa 2008: S. 69).

weiter, schuf eine einheitliche Währung und entwaffnete die ländliche Bevölkerung¹⁰, was dem Kriegerstand der Samurai ein Gewaltmonopol gewährte (Woolley 2005: 33-35; Boone 2018: S. 21).

Während die soziale Mobilität in der Sengoku-Zeit relativ hoch war, führte Hideyoshi eine klare Trennung zwischen den Ständen der Krieger und Bauern ein und schränkte die soziale Mobilität zwischen diesen beiden Gruppen sehr stark ein. Im Jahr 1588 wurde dem Stand der Bauern der Besitz von Samurai-Waffen verboten, und all diese Waffen wurden konfisziert (*katana gari*, Schwert-Jagd). 1591 folgte dann die Ergänzung des dritten offiziellen Standes der Stadtbewohner, der primär aus Händlern und Handwerkern bestand (Bodart-Bailey 2003: S. 102f.; Boone 2018: S. 20). Das Ganze diente nicht nur dazu, seine Kontrolle über die ländliche Bevölkerung zu stärken und der Landflucht, die der Kriegssteuer folgte, entgegenzuwirken, sondern hatte auch militärische Vorteile. Oda Nobunaga und Toyotomi Hideyoshi stammten beide aus der auf Honshū zentral gelegen Provinz Owari und Tokugawa Ieyasu aus der angrenzenden Mikawa-Region. Schon während ihrer frühen Kampagnen unter Nobunaga ließ sich feststellen, dass diese geographische Lage der Provinzen den drei Reichseinigern einen entscheidenden militärischen Vorteil bot. Die Heimatprovinzen der drei Kriegsfürsten zeichneten sich durch hohe Produktionskapazitäten aus. Owari befand sich in der Schwemmlandebene der Flüsse Kiso, Nagara und Ibi. Mikawa war eine weitläufige Küstenregion, welche durch den Yahagi und andere, kleinere Wasserläufe bewässert wurde. Während die *bushi* anderer Regionen zur Erntezeit die Waffen niederlegen mussten, erlaubte die hohe landwirtschaftliche Produktivität dieser Regionen, auf die Arbeit der Soldaten verzichten zu können, weshalb eine Trennung zwischen Vollzeit-Bauern und Berufssoldaten möglich wurde. Diese erlaubte es beiden Gruppen, sich voll und ganz auf ihre Tätigkeit zu spezialisieren. Außerdem standen das ganze Jahr über Truppen zur Verfügung, um die Vereinigung des Landes voranzutreiben und nicht nur zwischen den Erntezeiten (Ōishi 1990: S. 17; Fukuzawa 2008: S. 64; Woolley 2005: S. 35f.).

Zusätzlich zur Finanzierung eines stehenden Heeres ermöglichte die hohe Fruchtbarkeit der Provinzen auch den Erwerb großer Mengen der zu dieser Zeit extrem teuren Feuerwaffen, welche für die militärischen Erfolge der Einiger in den entscheidenden Phasen des Bürgerkrieges verantwortlich waren (Ōishi 1990: S. 18).

¹⁰ Während Schwerter ein wichtiges Symbol des Samurai-Standes waren, war der ländlichen Bevölkerung der gelegentliche Gebrauch von Schusswaffen, zum Schutz ihrer Felder vor beispielsweise Wildschweinen nach wie vor gestattet (Boone 2018: S. 18).

Wie sein Vorgänger stellte Hideyoshi strategisch und wirtschaftlich wichtige und zuvor politisch relativ selbstständige Hafenstädte sowie einige Gold- und Silberminen unter seine direkte Herrschaft, ohne einen, wie üblich, in der Verwaltung zwischengeschalteten *daimyō*. Dabei setzte er auch Handelsmonopole und andere städtische Privilegien außer Kraft. Insgesamt hatte Hideyoshi direkte Kontrolle über im ganzen Reich verteilte Gebiete, die in etwa ein Achtel der Produktion an Agrargütern des Reiches ausmachten (Pauly 1989: S. 9; Fukuzawa 2008: S. 61; Laver 2011: S. 15). Allgemein formten die Maßnahmen der Zentralisierung ein politisches System, welches die Regierungskompetenzen in der Hand eines einzelnen Amtsträgers bündelte (Rozman 1973: S. 50; Woolley 2005: S. 36; Brown S. 70).

Hideyoshi sah vor, dass nach seinem Tod sein Sohn Toyotomi Hideyori sein Nachfolger werden sollte. Seine Anhänger stimmten dem zu, hielten sich, als es so weit war, jedoch nicht an dieses Versprechen. Tokugawa Ieyasu begann nach den Friedenverhandlungen mit den Koreanern direkt militärische Kampagnen gegen rivalisierende Generäle Hideyoshis zu führen, die sich ebenfalls als dessen Nachfolger durchzusetzen versuchten. Tokugawa und seine Verbündeten setzten sich jedoch schlussendlich in der Schlacht bei Sekigahara im Jahr 1600 gegen seine Rivalen durch. Neben dem Ausmaß der Armeen, die sich in dieser Schlacht gegenüberstanden, von über 100.000 Soldaten auf beiden Seiten ist hervorzuheben, dass bereits fast die Hälfte mit Feuerwaffen ausgerüstet waren (Woolley 2005: S. 36; Laver 2011: S. 8).

Der letzten Bedrohung für seine Herrschaft entledigte er sich jedoch erst im Jahr 1615, als er nach dem Aufbegehren Toyotomi Hideyoris, dessen von Hideyoshi geerbte, bis dahin als uneinnehmbar geltende Burg bei Osaka eroberte und nach Hideyoris Selbstmord dessen Sohn hinrichten ließ (Tokugawa 2009: S. 51¹¹; Boone 2018: S. 22). Unter den Soldaten Hideyoris befanden sich eine große Anzahl an *rōnin*, *bushi* die durch den Entzug des *daimyō*-Titels ihres Herrn oder anderen Entlassungsgründen ihren Status als Samurai verloren hatten und dementsprechend unzufrieden mit den Tokugawa-Regime waren (Totman 1993: S. 52). Während Hideyoshi lediglich das Amt des *taikō* innehatte, war Ieyasu der erste, der sich 1603 zum Shogun ernennen ließ. Das lag darin begründet, dass dieses Amt nur von den Nachfahren

¹¹ Tokugawa Tsunerari (geboren 1940) ist das 18. Oberhaupt der Hauptlinie der Tokugawa Familie. In seinem Buch „The Edo Inheritance“ thematisiert er anhand von unter anderem Zitaten und Beispielen die Ereignisse und Entwicklungen der Edo-Periode. Als direkter Nachfahre Tokugawa Ieyasus legt er mit dem Buch verstärkt Wert auf eine positive Darstellung der Herrschaft des Tokugawa-Shogunats (Kunig 2009: S. 447f.). Unter der Berücksichtigung dieser Tendenz und mit einer bewertungsfreien Miteinbeziehung seiner Schilderung der historischen Ereignisse stellt das Buch dennoch eine belastbare qualitative Quelle dar, deren faktische Inhalte mit denen wissenschaftlicher Quellen übereinstimmen.

der kaiserlichen Familie ausgeführt werden konnte¹². Tokugawa Ieyasu war der Einzige der drei Reichseiniger, der ein solches Erbe für sich beanspruchte¹³ (Tokugawa 2009: S. 49).

Diesen Titel übergab er schon zwei Jahre später an seinen Sohn Hidetada und zog sich mit seinen Beratern nach Sunpu zurück, mithilfe derer er in seiner neuerrichteten Burg weiter an am Regierungssystem des neuvereinigten Japans arbeitete. Er war in der Lage, auf dem Fundament der militärischen, administrativen und sozialen Strukturen, die seine Vorgänger geschaffen hatten, ein Regime aufzubauen, in dessen Namen seine Dynastie Japan bis ins Jahr 1868 beherrschen sollte, das Tokugawa-Shogunat. Dabei sollte die wichtige Rolle Ieyasus Vorgänger als Wegbereiter seiner Herrschaft und der Etablierung des Tokugawa Regime nicht unterschätzt werden. Oda Nobunaga riss die mittelalterliche Ordnung Japans nieder und Toyotomi Hideyoshi brachte es anschließend durch militärische Expansion und administrative Reformen unter die Herrschaft einer einzelnen Autorität. Der Friede, den das Tokugawa-Shogunat, nach Tokugawa Ieyasus Sieg über Hideyori für zweieinhalb Jahrhunderte wahren sollte, war ein Produkt der Errungenschaften aller drei Reichseiniger. Der Zeitraum von 1603 bis 1868 ist heute als Tokugawa- oder auch, nach dem Regierungssitz des Tokugawa-Shogunats Edo, als Edo-Periode bekannt (Tokugawa 2009: S. 52 & 65; Hellyer 2010: S. 2; Laver 2011: S. 2; Fukuzawa 2008: S. 73). Bei seiner Machtübernahme wurde Ieyasu jedoch mit geschichtlichen Entwicklungen und Umständen konfrontiert, welche die politische und gesellschaftliche Landschaft Japans grundlegend veränderten oder bereits verändert hatten.

3.3. Die *sakoku*-Edikte

Das folgende Unterkapitel betrachtet die Motive und Abwägungen, die hinter der isolationistischen Außenpolitik des Tokugawa-Shogunats standen, die in den frühen Dekaden der Edo-Periode graduell ihre Form annahm und schlussendlich als die sogenannten *sakoku*-Edikte ratifiziert wurde. Hierbei wird gezeigt, dass es sich nicht um eine vollständige „Abschließung“ des Landes handelte, da trotz der strikten Kontrolle des Informationsaustauschs sowie Waren- und Personenverkehrs diverse Fenster zur Außenwelt geöffnet blieben.

¹² Das Amt des *taikō* (Kanzler im Ruhestand) war ein Titel für militärische Anführer Japans der in seiner Funktion der des Shoguns entsprach und an Würdenträger verliehen wurde, die das Amt des Shoguns aufgrund ihrer Abstammung nicht bekleiden konnten (Butler 2002: S. 157).

¹³ Bis heute ist unklar, ob diese Abstammung tatsächlich besteht oder nicht.

Die erfolgreiche Durchsetzung der politischen und ökonomischen Isolation Japans war eng mit der Insellage Japans verknüpft und hatte große Auswirkungen auf die weitere Entwicklung und Urbanisierung des Landes.

Während der Azuchi-Momoyama-Zeit (Zeit der drei Reichseiniger, 1568-1603) fanden durch den Einfluss der Europäer neben der Herstellung von Feuerwaffen auch neue Technologien im Bereich der Silberverhüttung Verbreitung in Japan. Durch die neuen Schmelzverfahren und die Verwendung von Blei oder Quecksilber zur Gewinnung reinen Silbers aus Silbererzen konnten die Bewohner Japans ihre reichen und bis dahin wenig genutzten Edelmetallvorkommen mit zu den ergiebigsten Silberminen der damaligen Zeit machen (Laver 2011: S. 5f.). Der weite Gebrauch von Feuerwaffen hatte das Machtgefüge der *sengoku-daimyō* grundlegend verändert, da die militärische Stärke eines Fürsten nun zum Großteil von der Feuerkraft seiner Truppen abhängig war. Die unterschiedlichen *daimyō* konkurrierten deshalb um den Salpeterhandel mit den Portugiesen, da dieser für die Schießpulverproduktion gebraucht wurde, und die Japaner erst im späteren Verlauf der Edo-Periode in der Lage waren, ihn im eigenen Land herzustellen. Die Portugiesen verfolgten neben dem Erwerb des japanischen Silbers jedoch ein zweites Ziel: Die Konvertierung Japans zum Christentum. Sie bevorzugten aus diesem Grund den Handel mit jenen *daimyō*, die ihnen die Missionierung ihrer Untertanen erlaubten. Manche Fürsten gingen sogar so weit, dass sie sich selbst zum Christentum bekannten und ihre Bevölkerung zur Massenkonzentration zwangen (Fukuzawa 2008: S. 70; Taniguchi 2012: S. 63; Laver 2011: S. 6). Oda Nobunaga und Toyotomi Hideyoshi waren den Missionaren gegenüber zunächst neutral bis wohlwollend eingestellt. Sie hatten kein aktives Interesse an der Konvertierung ihrer Bevölkerung, schätzten jedoch den Handel mit den Portugiesen und die neuen Technologien, die diese mit sich brachten. Darüber hinaus wehrten sich die militanten Mönchsorden des Hōgan-ji- und Nichiren-Buddhismus mit aller Kraft gegen die Unterwerfung durch die Reichseiniger, was sie immer wieder zu aktiven Kriegsgegnern Nobunagas und Hideyoshis machte. Solange der Erfolg der jesuitischen Missionare noch von der Gunst der japanischen Fürsten abhing und diese eine entsprechende Kontrolle über sie hatten, war die Verbreitung des Christentums eine effektive ideologische Waffe zur Schwächung der militanten Mönchsorden. So wurde das Christentum zunächst als hilfreich bei der Etablierung einer zentralen politischen Macht innerhalb Japans angesehen. Dieser Umstand änderte sich jedoch noch innerhalb der Herrschaft Hideyoshis mit der stetig wachsenden Zahl an Gläubigen, zu denen auch immer mehr *daimyō* gehörten, wodurch die Machtbasis der Christen in Japan immer weniger von seiner Gunst abhängig war und sich die Tätigkeiten der Missionare sowie der bereits

konvertierten Bevölkerung zunehmend seiner Kontrolle entzogen (Pauly 1989: S. 10-12; Laver 2001: S. 56f.).

Genaue Zahlen existieren nicht, aber es wird geschätzt, dass zu Beginn des 17. Jahrhunderts bereits um die 250.000-300.000 JapanerInnen zum Christentum konvertiert waren (Laver 2011: S. 6; Woolley 2005: S. 37). Auch wenn der Papst keine direkte Autorität in Japan hatte, bestimmten die Regeln der katholischen Kirche weite Teile des Alltagslebens dieses Teils der Bevölkerung (Woolley 2005: S. 37). Mit wachsendem Einfluss änderte sich auch das Verhalten der Christen. Das zeigte sich in ihrem respektlosen Umgang mit den buddhistischen Schreinen, Schriften, Traditionen und anderen Elementen des buddhistischen Glaubens. Die Missionare ermutigten ihre Anhänger, Tempel und Schriften nach Möglichkeit zu zerstören oder zu entweihen, und diese folgten ihnen aufs Wort. Das zerstörerische Verhalten, gepaart mit der Gehorsamkeit gegenüber religiöser Autorität, brachte schlechte Erinnerungen an die militanten Mönchsorden zurück, die Hideyoshi und sein Vorgänger Nobunaga bekriegt hatten. Das war jedoch noch nicht alles, der damalige *daimyō* Nagasakis trat an die Jesuiten ein Stück Land ab, welches ihnen als Basis für ihre Missionstätigkeit innerhalb Japans dienen sollte. Dieses wurde jedoch von den Portugiesen, mit dem Wissen der Jesuiten, unter anderem zum Handel mit japanischen Sklaven genutzt. Es war das erste Mal in Japans Geschichte, dass freiwillig Land an eine ausländische Macht abgetreten wurde. Als Hideyoshi davon erfuhr, war er außer sich. Japan war im schintoistischen Weltbild das Land der Götter und durfte auf keinen Fall unter Kontrolle einer ausländischen Nation stehen. Ebenso sahen die JapanerInnen sich den *nanban* („südlichen Barbaren¹⁴“) gegenüber als kulturell überlegen an, weshalb der Sklavenhandel der Portugiesen eine tiefe Verletzung ihres Stolzes darstellte. Selbiges galt auch für die Intoleranz der Christen gegenüber dem Buddhismus und anderen traditionellen Aspekten der japanischen Kultur. Daraufhin deklarierte Hideyoshi das Christentum als eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung des Landes und seines neugewonnenen relativen Friedens, verbot die Zwangskonvertierung der Bevölkerung durch ihre *daimyō* und verbannte alle Missionare aus Japan. Ebenso verbot er explizit den Handel mit Menschen japanischer Herkunft sowie allgemein Menschenhandel auf japanischem Boden. Was die portugiesische Enklave in Nagasaki betraf, entzog er dem betroffenen *daimyō* die Herrschaft über ganz Nagasaki und stellte es mitsamt des portugiesischen Territorium unter seine direkte Herrschaft. Gleichzeitig

¹⁴ *Nanban* oder *namban* ist ein ursprünglich chinesisches Wort für unzivilisierte Völker im Süden Chinas, das mit der Ankunft der Europäer in Japan einen Bedeutungswandel erfuhr. Das etablierte sich als Bezeichnung für alle Europäer, da diese sich aufgrund ihrer Seerouten über China und Taiwan aus japanische Sicht aus dem Süden kamen.

verkündete er jedoch, dass der allgemeine Handel mit den Portugiesen nach wie vor erwünscht sei (Pauly 1989: S. 12-15; Laver 2011: S. 57-59).

Die Ausweisung der Missionare wurde zunächst inkonsequent durchgesetzt, da diese sich praktisch kaum von Händlern unterscheiden ließen. Es war in Japan zwar bekannt, dass in den Teilen der Welt, die die Europäer bereits kolonialisiert hatten, alle nicht-christlichen Glaubensformen, Strukturen, Institutionen und Relikte unterdrückt, vertrieben oder zerstört wurden, die Gefahr, dass so etwas auch in Japan passieren könnte, wurde aber vorerst als eher gering eingestuft. Außerdem war der Handel mit den Europäern zu diesem Zeitpunkt viel zu profitabel, um ihn deshalb einzuschränken. Die militärische Bedrohung war für Japan wesentlich geringer als andernorts. Die Seefahrt war noch nicht weit genug entwickelt, um ausreichend Truppen bis an die Küsten der japanischen Inseln zu befördern, da diese nun vereint waren, und ein großes, durch das mit dem Bürgerkrieg verbundene Wettrüsten der *sengoku-daimyō* gut gerüstetes, kampferfahrenes, stehendes Heer besaßen (Woolley 2005: S. 37-39; Laver 2011: S. 6). Zusätzlich lag Hideyoshis Fokus zu dieser Zeit auch auf der Vollendung der Einigung Japans und der Konsolidierung seiner Macht als dessen Herrscher. Diese Haltung änderte sich jedoch, nachdem Hideyoshi von einem spanischen Lotsen erfuhr, dass die spanische Krone bei einer Vielzahl ihrer Eroberungen im Vorhinein Teile der einheimischen Bevölkerung christianisiert hatte, um diese bei der anschließenden Eroberung auf ihrer Seite zu haben. Nach einer Reihe daraufhin erfolgter Exekutionen im Jahr 1597 zogen sich viele Missionare von den Inseln zurück und andere verschwanden im Untergrund (Pauly 1989: S. 19; Laver 2011: 60).

Im darauffolgenden Jahr verstarb Hideyoshi und sein Vasall Tokugawa Ieyasu, der an seine Stelle trat, war damit beschäftigt, seinen Anspruch gegenüber Hideyoshis Sohn Toyotomi Hideyori durchzusetzen. Anschließend lag sein Fokus darauf, die Einheit Japans zu wahren und seine Herrschaft als neuer Shogun zu zementieren. Dabei weitete er seinen Einfluss auf die *daimyō* aus und stellte sicher, dass seine Nachfolge geregelt war. Ieyasu hatte in seiner Zeit unter Oda Nobunaga ebenfalls gegen buddhistische Aufständische kämpfen müssen und sah das Christentum ebenso als eine subversive Gefahr an wie sein Vorgänger (Pauly 1989: S. 19)¹⁵. Er behielt Hideyoshis Verordnungen bei und begann zunehmend die Bewegungsfreiheit und Rechte der Missionare und Händler einzuschränken, was jedoch vorerst nur sporadisch durchgesetzt wurde (Hellyer 2010: S. 32; Woolley 2005: S. 38f.). Auch er wollte nicht auf den

¹⁵ Die *Ikkō-Ikki* waren größtenteils aus Bauern bestehende autonome Gruppen, die der militanten *Ikkō-shū* Strömung der buddhistischen „wahren Schule des reinen Landes“ (*jōdo shinshū*) angehörten und häufig offen gegen die Herrschaft ihrer lokalen Autoritäten und *daimyō* rebellierten.

Handel mit den Portugiesen verzichten, zudem China als Ergebnis von Hideyoshis Invasion Koreas sämtliche Handelbeziehungen mit Japan offiziell ablehnte und somit die Portugiesen zu einem unverzichtbaren Zwischenhändler für die stark nachgefragten Exporte des Landes machten. Diese Abhängigkeit endete mit der Ankunft der Niederländer und der Aufnahme der Handelsbeziehungen mit diesen im Jahr 1609, sowie vier Jahre später mit den Engländern. Die protestantischen Großmächte waren in der Lage, ihre geschäftlichen und religiösen Interessen voneinander zu trennen und zeigten keinerlei Interesse an der Bekehrung der japanischen Bevölkerung. Woran sie jedoch sehr wohl Interesse hatten, war, den Shogun von den bösen Absichten ihrer iberischen Konkurrenten zu überzeugen (Laver 2011: S. 62; Pauly 1989: S. 20-21).

Um neuen Konflikten über die Nachfolge des Shogunats vorzubeugen, hatte Tokugawa Ieyasu den Titel des Shoguns noch zu Lebzeiten im Jahr 1605 an seinen Sohn Hidetada abgetreten und herrschte bis zu seinem Tod 1616 in dessen Namen (Iwao et al. 1993: S. 99). So kam es 1612 zum offiziellen Verbot des Christentums, zur Verordnung aller japanischen Christen, ihren Glauben abzulegen, sowie infolgedessen, zu den ersten lokalen Christenverfolgungen in Japan in Hidetadas Namen. Zwei Jahre später wurden dieses Verbot nochmals verschärft und die Schädlichkeit des Christentums für die japanische Gesellschaft und Moral besonders betont. Diese Verschärfung markierte den Beginn der systematischen Christenverfolgung auf den japanischen Inseln. Hidetada hatte eine größere Abneigung gegenüber dem Christentum als sein Vater und ging während seiner Regentschaft (bis 1623) mit abnehmender Abhängigkeit vom Handel mit den Portugiesen immer konsequenter gegen die Einflüsse aus Europa vor. So erreichte die Christenverfolgung ihren Höhepunkt im Jahr seiner Machtübernahme 1616 und bis 1625 war mit Ausnahme kleiner, sich im Untergrund befindlicher Gemeinden, das Christentum in Japan ausgeremmt. Trotz aller Verbote schmuggelten die Portugiesen und Spanier unter dem Deckmantel des Handels immer wieder Missionare auf den Archipel. Die Furcht vor inneren Unruhen oder einer Machtübernahme durch die katholischen Mächte hatte jedoch nicht nachgelassen, und als bereits ein Jahr, nachdem Hidetada zum Shogun ernannt worden war, auch ihm Gerüchte über den Eroberungswillen der Spanier im Namen der katholischen Kirche erreichten, verbannte er alle noch übrig gebliebenen iberischen Händler aus Japan und weitere Dekrete folgten (Pauly 1989: S. 22f.; Laver 2011: S. 78).

Die tatsächliche „Abschließung“ Japans oder *sakoku*, wie es ab dem 19. Jahrhundert bezeichnet wurde, wurde erst von Ieyasus Nachfolgern durchgeführt. Um den Kontakt seiner *daimyō* mit ausländischen Mächten zu unterbinden und so subversiven Kollusionen vorzubeugen, beschränkte Hidetada sämtlichen internationalen Handel auf die Häfen von Hirado und

Nagasaki. Das Ausmaß der Einschränkungen der Europäer war zuweilen so groß, dass bei der Übernahme des Shogunats durch Hidetadas Sohn Iemitsu 1623 die englische Händlerdelegation ihren Handelsposten verließ und sich aus Japan zurückzog (Laver 2011: S. 70.; Woolley 2005: S. 39f.; Pauly 1969: S. 21-23).

Hidetadas Nachfolger Iemitsu war es, der in seiner 28-jährigen Regentschaft die „Abschließung“ Japans vollumfänglich durchsetzte. Beginnend 1634 wurde der, zuvor nur noch mit einer ausdrücklichen Lizenz des Shogunats erlaubte Überseehandel untersagt. Den japanischen Schiffen und Matrosen wurde es grundsätzlich verboten, die Inseln zu verlassen, was so weit ging, dass die Größe von Schiffen per Gesetz begrenzt wurde, sodass diese sich nur noch für die inländischen Seerouten eigneten. Ausländern und Japanern, die länger im Ausland gelebt hatten, wurde die Einreise untersagt und die japanische Bevölkerung wurde explizit in die Pflicht genommen, Christen den staatlichen Autoritäten zu melden. Schließlich wurde auch für die einheimischen Bevölkerung ein generelles Ein- und Ausreiseverbot verhängt. (Laver 2011: S. 16f.; Woolley 2005: S. 39f.; für eine Liste der *sakoku*-Edikte nach Laver (2011) siehe Abbildung 5 im Anhang).

Als Ergebnis dieser Isolationspolitik waren die Niederländer die letzten verbleibenden Europäer in Japan, da diese als Protestanten als eine geringere Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung als die intensiv missionierenden katholischen Portugiesen und Spanier angesehen wurden. Der Kontakt und Handel mit ihnen war ausschließlich auf Nagasaki beschränkt, wo die Delegation niederländischer Händler auf eine künstliche Insel im Hafen umgesiedelt wurde, welche zuvor von den Portugiesen bewohnt worden war (Goodman 2013: S. 10f.; Totman 1993: S. 141). Dabei war der Grund für die Duldung der Niederländer nicht auf das Treiben von Handel beschränkt, sondern diente auch dem Austausch von Wissen. Während der Kontakt mit China und in geringem Maße Korea Handelsgewinne und Neuheiten der chinesischen Wissenschaft, Kunst und Kultur nach Japan brachte, nutzte das japanische Shogunat die jährlich ankommenden niederländischen Schiffe dazu, sich bezüglich der neusten politischen, technologischen und kulturellen Entwicklungen in Europa zu informieren (Hall 2015b: S. 62; Rozman 1973: S. 62; Woolley 2005: S. 39f.).

Auch wenn diese Maßnahmen, zunächst vor allem von den Europäern, aber später auch von den Japanern der der Edo-Periode folgenden Meiji-Revolution (1868), fälschlicherweise, als besonders fremden- und fortschrittsfeindlich dargestellt wurde, war diese Art von Außenpolitik zu dieser Zeit eine ganz normale Vorgehensweise gegen eine vermeintliche externe Bedrohung. China und Korea griffen im 14.-16. Jahrhundert mehrmals zu ähnlichen Maßnahmen, um sich beispielweise gegen die überhandnehmende Piraterie zu schützen (Fukuzawa 2008: S. 114). Im

Falle des *sakoku* hatte das Shogunat eine Vielzahl an Gründen, diese damals gängige außenpolitische Haltung einzunehmen, die nichts mit den vorgeworfenen Motiven zu tun hatten. In den ersten Jahrzehnten der Edo-Periode wurde sehr viel Wert auf die Propagierung der absoluten Loyalität der Samurai, zu denen auch die *daimyō* gehörten, gegenüber ihrem Herrn gelegt. Das Christentum brachte mit Gott und der Kirche einen weiteren Herrn auf die japanischen Inseln, welcher mit den weltlichen Herrschern des Landes um die Loyalität der japanischen Christen konkurrierte (Laver 2011: S. 78).

Der Titel des Shoguns wurde offiziell vom Kaiser an diesen verliehen, dessen Macht wiederum ideologisch durch seine Abstammung von der Sonnengöttin Amaterasu legitimiert wurde¹⁶ (Morishima 1984: S. 38). Die gesellschaftliche Hierarchie Japans basierte, zumindest in der Theorie, auf der göttlichen Autorität des Kaisers, weshalb säkulare und spirituelle Macht sich gegenseitig legitimierten. Das Christentum, welches von seinen Anhängern Gehorsam gegenüber den Regeln eines anderen, fremden Gottes und seinen Vertretern auf Erden forderte, war also nicht nur eine rivalisierende Religion, sondern eine rivalisierende soziale und politische Ordnung, die die Gefahr barg, ihre Anhänger über die strikten Ständegrenzen der etablierten japanischen Gesellschaftsordnung hinweg gegen den Shogun zu vereinen (Woolley 2005: S. 37; Pauly 1989: S. 35). Die japanischen Autoritäten fühlten sich in dieser Befürchtung bestätigt, als sich 1637 in West-Kyushu die Bauern zweier *daimyō* gegen diese erhoben. Die Gründe für die sogenannte Shimabara-Rebellion waren zwar nicht religiöser Natur, sondern eher auf überzogene Steuern und Hunger zurückzuführen, aber ihre Anführer waren japanische Christen, weshalb das *bakufu* die Ursache für dieses Aufbegehren klar im Einfluss der Europäer sah (Laver 2011: S. 137f.; Pauly 1989: S. 24f.).

Es waren aber nicht nur die ausländischen Händler, denen gegenüber das Shogunat misstrauisch war. Die Herrschaft über Japan wurde hart erkämpft und gerade im für Händler besser erreichbaren Süden Japans befanden sich eine Vielzahl an *daimyō*, die zu Kriegszeiten zu den Feinden der Tokugawa-Fraktion gezählt hatten. Die effektive Nutzung der portugiesischen Feuerwaffen brachte seinen Vorgängern bei der Einigung Japans einen entscheidenden Vorteil gegenüber den anderen *sengoku-daimyō* und Tokugawa Ieyasu schlussendlich den Titel des Shoguns ein. Dennoch oder gerade deswegen stellten sie eine potenzielle Bedrohung für seine Herrschaft dar, sollten sie in die falschen Hände geraten. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts wurden auch auf den japanischen Inseln Arkebusen produziert und waren dementsprechend weit verbreitet, was für die Herstellung von Schießpulver jedoch nicht galt. Während die

¹⁶ Der japanische Begriff für die traditionellen Gottheiten des Archipels ist *kami*, ein weitergefasster Begriff, der eine Vielzahl an übernatürlichen Wesen beinhaltet.

klassischen Kampftechniken der Samurai, wie der Umgang mit dem Schwert oder das Bogenschießen, ein Leben lang perfektioniert werden mussten, konnte der Umgang mit Feuerwaffen in wenigen Monaten erlernt werden. Dadurch wäre es für Aufständische nun wesentlich leichter gewesen, ausreichend Truppen gegen die zentrale Herrschaft des Shoguns zu mobilisieren, um das erst kürzlich vereinte Japan wieder zu spalten (Woolley 2005: S. 37). Die Monopolisierung des internationalen Handels brachte eben die *daimyō* sowohl um eine wichtige Einnahmequelle als auch um den regelmäßigen Kontakt zu potenziellen Verbündeten oder Waffen- und Munitionslieferanten aus dem Ausland. Stattdessen flossen diese Einnahmen in die Kassen des Shoguns. Offener Widerstand gegen das *bakufu* war für einen *daimyō* nur im Rahmen des Möglichen, wenn dieser ausreichend Verbündete, Ausrüstung und finanzielle Mittel besaß, um den Truppen des Shoguns entgegentreten zu können. Die Shogune der Edo-Periode hatten stets ein reges Interesse daran, dies zu verhindern (Fukuzawa 2008: S. 88; Laver 2011: S. 115).

Tokugawa und seine Nachfolger identifizierten den Einfluss der Europäer als eine Gefahr für die neugewonnene Einigkeit und den Frieden innerhalb Japans sowie dessen Souveränität. Trotz der Einschätzung, dass die Europäer eine Bedrohung für das junge, vereinte Japan und seine soziale und politische Ordnung darstellten, war der Handel mit ihnen stets lukrativ und brachte neben einer Vielzahl an Gütern und Wohlstand vor allem auch Wissen aus anderen Teilen der Welt auf die bis dahin eher abgeschirmten japanischen Inseln. Der Shogun wollte also Handel, Wohlstand und Fortschritt, allerdings ohne die damit verbundenen religiösen, ideologischen und politischen Einflüsse, die seine Herrschaft gefährden konnten. Die starke geographische Einschränkung des Handels und die strikte Kontrolle der Personenmobilität diente dazu, den Handel mit dem Ausland so zu gestalten, dass diese Einflüsse auf ein Minimum reduziert wurden. Die *sakoku*-Edikte sollten in Hinblick dessen betrachtet werden, dass sie die Festigung einer unangefochtenen politischen, militärischen und ökonomischen Herrschaft des Tokugawa Shogunats in Japan sowie die Obstruktion möglicher Kooperationen illoyaler *daimyō* mit ausländischen Mächten zum Ziel hatten, wobei sich die Maßnahmen hauptsächlich gegen die europäischen Einflüsse richteten. Der Handel mit China, welcher von dessen Händlern unter Missachtung ihrer eigenen kaiserlichen Dekrete durchgeführt wurde, war zwar ebenfalls auf Nagasaki begrenzt, jedoch lebten dort wesentlich mehr Chinesen als Niederländer und diese wurden ebenfalls bei weiten nicht so stark eingeschränkt und kontrolliert wie die Europäer. Darüber hinaus nutzte das Shogunat das unabhängige Königreich auf den Ryukyu-Inseln, um indirekt Handel mit China und Südostasien zu treiben und hielt über die Insel Tsushima seinen Handel mit Korea aufrecht (Pauly 1989: S. 36; Totman 1993: S. 142;

Tsukahira 1966: S. 11f.). Die Isolation Japans war also wesentlich mehr eine Isolation vor den Europäern als eine Isolation vom Rest der Welt (Laver 2011: S. 2f., 9). Aus diesem Grund waren die Europäer die einzigen, die die Erlasse der *bakufu* als eine Abschließung des Landes empfanden. Innerhalb des Japans der frühen Edo-Periode gab es keinerlei offizielle Kritik oder Bedauern wegen der Maßnahmen, zumal diese, wie bereits erwähnt, im ostasiatischen Kulturraum des 16. Jhd. eine völlig legitime Form der Außenpolitik darstellten. Selbst der deutsche Mediziner Engelbert Kämpfer, welcher von 1690-1692 Teil der niederländischen Delegation auf Dejima war, bewertete die Folgen der Edikte, wenn auch negativ für die Europäer, als positiv für Japan. Seiner Einschätzung nach konnte die Bevölkerung Japans sich ausreichend selbst versorgen und somit auf extensiven internationalen Handel verzichten. Aus seiner Sicht beugten die geschlossenen Grenzen Konflikten oder gar Kriegen vor. Diese Aussage kann in Hinblick des 200-jährigen Friedens, der den Edikten folgte, als zutreffend bewertet werden (Fukuzawa 2008: S. 116).

Betrachtet man China und Korea, dann war Japan zu dieser Zeit nicht das einzige Land, welches den Willen und die administrativen Fähigkeiten gehabt hätte, sich per Dekret dermaßen von ausländischen Einflüssen zu isolieren. Japan war schlicht und ergreifend in der Lage, dies auch praktisch durchzusetzen. Dieser Umstand lässt sich auf die geographische Lage Japans zurückführen. Die japanischen Inseln sind eine abgelegene Inselgruppe im nordwestlichen Pazifik, die um die 200 Kilometer vom Festland entfernt sind. Europäische Schiffe mussten eine gefährliche halbjährliche Reise hinter sich bringen, um dorthin zu gelangen, was die militärische Überlegenheit der nun vereinten Japaner auf den Inseln sicherte und die Ausweisungen und Einschränkungen der Europäer gegen deren Willen erlaubte. Und auch die massive Einschränkung von Grenzübertretungen wurde dadurch ermöglicht, dass Japan keinerlei Grenzen mit anderen Staaten teilte und die Ein- und Ausreise nur per Schiff möglich war. Die erfolgreiche Durchsetzung der Isolationspolitik des *sakoku* steht also in direkter Verbindung mit Japans Insellage (Rozman 1973: S. 62; Woolley 2005: S. 41).

Die effektive Schließung der Grenzen hatte, wie in anderen Teilen dieser Arbeit weiter erläutert, gewaltige Auswirkungen auf die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Japans in der Edo-Periode. Wie im weiteren Verlauf gezeigt wird, ist die erfolgreiche Durchsetzung der *sakoku*-Edikte ein essentieller Bestandteil der Umstände, Entwicklungen und Maßnahmen, die zur außergewöhnlichen Urbanisierung des Regierungssitzes Edo führten.

4. Urbane Entwicklungen vor der Tokugawa-Periode

Dieses Kapitel behandelt die Entstehung neuer und das Wachstum bestehender Städte anhand der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen vor der Edo-Periode. Dabei wird gezeigt, wie schon in den vorangegangenen Perioden des Mittelalters der Schifftransport eine zentrale Rolle für die Wirtschaft und die damit verbundene Entwicklung von Städten in Küsten- oder Flussnähe hatte. Darüber hinaus wird die Wichtigkeit der *sengoku-daimyō* für das Aufkommen des neuen Stadttyps der Burgstadt (*jōkamachi*) während der Sengoku-Zeit untersucht. Das Kapitel schafft einen entstehungsgeschichtlichen Kontext japanischer Burg- und Hafenstädte zur Zeit von Tokugawa Ieyasus Machtübernahme in Edo, welche selbst sowohl Burg- als auch Hafenstadt war.

In der Kamakura-Zeit (1185-1333) gab es im Rahmen des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs erstmals substanzielle Entwicklungen von Städten, die nicht hauptsächlich auf administrative Gründe der Verwaltung von Land und Bevölkerung oder auf ihre Rolle als Nexus des Steuersystems zurückzuführen sind. Die *shōen*-Fürsten der Kinki-Region standen nach dem Kaiser und dem Shogun im damaligen japanischen Lehenswesen (*shōen*) an zweiter Stelle und residierten damals primär in Kyoto (damals *Heian-kyō* genannt). Als diese vermehrt ihre Steuern monetarisierten, statt regelmäßig größere Mengen an Gütern nach Kyoto bringen zu lassen, gewannen die Häfen, die zuvor primär eine wichtige Rolle für den Transport der Güter hatten, an kommerzieller Bedeutung, da diese nun vor Ort verkauft wurden (Rozman 1973: S. 37; Fukuzawa 2008: S. 23f.; Goble 2007: S. 53).

Die *shōen*-Steuern, welche hauptsächlich aus Agrarerzeugnissen bestanden, wurden in die Hafenstädte gebracht, in denen damals die Preise für diese anstiegen, da ihre steigende Bevölkerungszahl zu Versorgungsknappheiten führte. Märkte wurden in regelmäßigen Abständen auch in anderen, ländlicheren Regionen, beispielsweise an Poststationen entlang der Straßen oder in der Nähe wichtiger Tempel abgehalten und mit wachsendem Vorhandensein von Gütern und Arbeit wuchsen diese zunehmend zu Markt- und Tempelstädten heran (Wakita & Hanley 1981: S. 300; Masayoshi 2002: S. 63; Fukuzawa 2008: S. 23). Neue Städteverbindungen wurden geschaffen und der regionale Handel intensiviert, als wohlhabendere Teile des einfachen Volkes, Angehörige des Kriegerstandes (*bushi*) und der *shōen*-Verwaltung ihren Einfluss auf dem Land ausweiteten und begannen, selbst Agrarprodukte zu erwerben, um diese dann andernorts mit Profit weiterzuverkaufen. Gleichzeitig verloren die abwesenden Fürsten zunehmend den Bezug zu ihren Ländereien. Urbane Aktivitäten waren über eine Vielzahl an kleineren Gemeinden verteilt und Städte

wurden immer ungeordneter. Straßenbau und die Einrichtung von Transportwegen folgten nicht mehr einem zentralen Plan, sondern entwickelten sich nach Bedarf und Nutzung. Die Märkte und das Gewerbe einer Siedlung waren keinen dedizierten Orten mehr zugeordnet. Es formten sich Gilden, welche im Austausch für ihre Dienste unter dem Schutz des Kaisers, mächtiger Fürsten oder Tempel standen und mit ihren Monopolen wachsenden Einfluss auf die Kontrolle der Städte hatten, wobei der Einfluss des wirtschaftlich angeschlagenen Kamakura-Shogunats immer schwächer wurde (Rozman 1973: S. 38f.; Masayoshi 2002: S. 65; Fukuzawa 2008: 23 f.).

Dem nachfolgenden *bakufu* der Muromachi-Periode (circa 1334-1576) gelang es ebenfalls nicht, der voranschreitenden Dezentralisierung entgegenzuwirken (Goble 2007: S. 51f.). Der Einfluss der abwesenden *shōen*-Fürsten wurde Stück für Stück von lokalen *bushi* verdrängt, welche ihre Kontrolle über zersplitterte Lehen festigten. Mit dem Zusammenbruch des *shōen*-Systems begannen die *bushi*-Fürsten um die Kontrolle regionaler Landstriche zu konkurrieren, was dazu führte, dass die Anzahl an Burgen rapide zunahm. Während die politischen Autoritäten begannen, von den Dörfern und Städten in Burgen zu ziehen, entwickelten die Märkte dort eine zunehmende Unabhängigkeit von den Fürsten und den Bestimmungen des *shōen*-Systems. In der Nähe der Burgen entstanden nun ebenfalls Märkte, da die herrschenden *bushi* dort ihre eingetriebenen Reisabgaben verkauften. Ende des 15. Jahrhunderts hatten die parallel gewachsenen Bedeutungen von Märkten und Burgen eine Spaltung herbeigeführt, die ökonomische und administrative Zentren abseits der gewöhnlichen *shōen*-Dörfer hervorbrachte und einen immer größer werdenden Bedarf an regionalen Handel schuf (Rozman 1973: S. 39f.). Entsprechend der Bedürfnisse der immer mächtiger werdenden regionalen *bushi* wurden zunehmend Waffen und Luxusgüter von den Städten in regionaleren Gebieten vertrieben und ihr Konsum, der zuvor lediglich den wenigen *shōen*-Fürsten in großen Städten vorbehalten war, wurde durch die im ganzen Land verteilten *bushi* dezentralisiert. Da höherwertige Güter nicht überall hergestellt werden konnten, wurden diese von den größeren Städten in ländliche Gebiete geliefert, welche im Gegenzug ihre Erzeugnisse vermehrt in die Städte brachten. Die Hafenstädte, die eine wichtige Rolle für der Bewerksstellung dieser wachsenden Transportrouten, -richtungen und -volumen spielten, gewannen dadurch weiter an Bevölkerung und kommerzieller Bedeutung (Rozman 1973: S. 40; Gin'ya & Hauser 1981: S. 128).

Mit dem Ende des *ōnin*-Kriegs (1467-1477) hatten sich die Anführer der lokal herrschenden *bushi* in den Rang der *sengoku-daimyō* aufgeschwungen. Zu Beginn der Sengoku-Periode hatten die „städtischen Funktionen“, also die Märkte, der Handel, die Verteilung der Stadtbevölkerung, Handwerker und Händler sowie die Herrschaft über diese, den Status der

höchsten Dezentralisierung erreicht. Einige Städte erreichten ein außergewöhnliches Maß an Selbstverwaltung, bei der Verwalter und Beamte von den vorhandenen Händlergemeinschaften oder Tempeln eingesetzt oder gar gewählt wurden (Wakita & Hanley 1981: S. 311; Rozman 1973: S. 39, 46). Das an der Bucht von Osaka gelegene Sakai wurde zu einem wichtigen Umschlagplatz für Stoffe aus Kyoto und Gießereierzeugnisse aus Nara. Ebenso konnten die Händlergemeinschaften der Stadt zu dieser Zeit große Profite durch den Handel mit China, Korea und den Ryukyu-Inseln erzielen. Die vom Ashikaga-Shogunat gewährten Privilegien erlaubten der Stadt einen hohen Grad an Selbstverwaltung und Autonomie, der den italienischen Stadtstaaten glich und Sakai den Spitznamen „Venedig Japans“ einbrachte. Während des Bürgerkrieges rüsteten die Stadtbewohner auf und errichteten eine Mauer um Sakai, diese Maßnahmen konnten die Unterwerfung der Stadt durch Oda Nobunaga jedoch nicht verhindern (Fukuzawa 2008: S. 50f.; Masayoshi 2002: S. 67-70).

Nachdem sie die nicht ansässigen *shōen*-Fürsten verdrängt hatten und deren Herrschaftsgebiete unter ihre Kontrolle gebracht hatten, herrschten die *sengoku-daimyō* über kompakte Gebiete und ihre institutionellen Maßnahmen und direktere Form der Herrschaft führten zur Verbreitung eines neuen Typus an Städten, die sogenannten Burgstädte (*jōkamachi*). Zunächst gab es eine Vielzahl an Anspruchstellern, welche in unterschiedlichem Ausmaß Kontrolle über regionale Gebiete hatten. Im Laufe des Jahrhunderts etablierten die *sengoku-daimyō* jedoch eine vollständige direkte Kontrolle über ihre jeweiligen Reiche und die Autorität ihrer Administrationen war unbestritten (Gin'ya & Hauser 1981: S. 147). Zusätzlich gehörte zur Erhebung des Anspruchs auf die Herrschaft eines Gebiets, dessen Vermessung (*kenchi*), die neben der Kartographierung der Ländereien auch die Produktivität ihrer Dörfer bestimmten, um eine belastbare Grundlage für das Erheben von Steuern bilden zu können. Die Landvermessungen waren erst endgültig abgeschlossen, wenn sowohl der *sengoku-daimyō*, falls vorhanden sein Vasall, und dessen Bauern ihrem Ergebnis schriftlich zustimmten. Erreichten einzelne Territorien eine gewisse Ausbreitung, wurden die Märkte bevorzugt in durch diese Vermessung als produktiver eingestuften Gegenden abgehalten, wo genug Umsätze realisiert werden konnten, um erste permanente Läden einzurichten. Die Größe von Lehen wurde ebenfalls anhand ihrer ermittelten Produktivität gemessen und die Anzahl an Soldaten, die ein Vasall seinem Herrn zur Verfügung stellen musste, basierte ebenso auf den Ergebnissen der *kenchi* (Sorensen 2002: S. 13f.; Rozman 1973: S. 47; Fukuzawa 2008: S. 42f.).

Ursprünglich waren die Handwerker, die den *daimyō* und die ansässigen *bushi* mit militärischer Ausrüstung versorgten, die einzigen Handeltreibenden, die nahe den Burgen siedelten. Im Laufe der Sengoku-Zeit löste sich die zuvor entstandene Trennung politischer und

kommerzieller Bereiche jedoch graduell auf, die Märkte wurden in die Burgstädte verlegt, und zuvor entstandene Marktstädte, die unter dem Schutz eines Burgherrn standen, wuchsen mit den entsprechenden Burgen zusammen (Wakita & Hanley 1981: S. 301). Diese Entwicklung wurde von den herrschenden *daimyō* aktiv unterstützt, da sie einerseits das Handwerk und den Handel förderten, um die Versorgung ihrer *bushi* sicherzustellen, und auf der anderen Seite auf diese Art und Weise ihre direkte Kontrolle über die wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb ihres Reiches stärken konnten. Ebenso förderten die Fürsten den Bau größerer Infrastrukturen, wie Deiche oder Kanäle, auf regionaler Ebene, um die Produktivität ihrer Landwirtschaft zu erhöhen. Militärisch erfolgreiche *sengoku-daimyō* hatten einen immer größeren Bedarf an *bushi*, aber um auch weiterhin möglichst viel direkte Kontrolle über ihre wachsenden Armeen zu behalten, zwangen sie diese, ihre Ländereien zu verlassen und in die Burgstädte zu ziehen (Sorensen 2002: S. 13f.; Rozman 1973: S. 47).

Mit der wachsenden Kontrolle über die Wirtschaft ihres Reiches wuchs auch der Wohlstand der *sengoku-daimyō*, was sie in die Lage versetzte, qualitativ hochwertigere Waffen und Ausrüstung in den zentralen Hafenstädten der Kinki-Region erwerben zu können. Die besagten Städte versorgten *daimyō* im ganzen Land und durch die Lieferung von Rohstoffen in und Fertigwaren aus den Städten florierten der Handel und das Transportwesen auch während des Bürgerkrieges (Rozman 1973: S. 47).

Abgesehen von der Ausrüstung ihrer Truppen waren die *sengoku-daimyō* jedoch eher protektionistisch eingestellt. Sie führten Zölle ein und förderten die Verbreitung handwerklicher Fähigkeiten aus fortschrittlicheren Gegenden, wie der Kinki-Region, um ein hohes Maß an Autonomie beizubehalten. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts war die gesellschaftliche Trennung zwischen *bushi*, Handwerkern und später Händlern noch etwas ungenauer und weniger starr, unter anderem, da letztere ebenfalls zu den Waffen gerufen wurden, wenn dies nötig wurde, oder ihnen Zugeständnisse gemacht wurden, weil die *sengoku-daimyō* in gewissem Maße um sie konkurrierten (Wakita & Hanley 1981: S. 297; Gin'ya & Hauser 1981: S. 132). Auch die Siedlungsstruktur der Burgstädte war im Vergleich zur Edo-Periode noch ungeordneter und verschiedene Gruppen und Stände lebten untereinander gemischt. Am Ende des Jahrhunderts hatte sich die Ständestruktur der Gesellschaft jedoch stark verfestigt und *bushi* lebten in ihren eigenen Vierteln, innerhalb dieser sie wiederum nach Rang und Verhältnis zum *daimyō* gruppiert waren. Dies galt ebenso für die handelstreibende Bevölkerung, die innerhalb ihrer Viertel in Abhängigkeit von ihrer Herkunft und Profession aufgeteilt wurden. Auch Tempel hatten dedizierte Tempelviertel innerhalb der Burgstädte (Sorensen 2002: S. 22-25; Wakita & Hanley 1981: S. 302).

Die Landbevölkerung, die die Felder bestellte, lebte nach wie vor in den Dörfern außerhalb der (Burg-)Städte, da es ihnen unter der Herrschaft Toyotomi Hideyoshis untersagt wurde, diese zu verlassen, damit sie sich nicht von der Verpflichtung ihrer Abgaben (meist in Reis) entledigen konnten (Sorensen 2002: S. 13f.; Fukuzawa 2008: S. 66).

Die Präsenz und die direkte Herrschaft der *sengoku-daimyō* innerhalb ihrer Territorien führten dazu, dass die Bevölkerung eine Verbundenheit zu ihrem Fürsten und dessen Ländereien entwickelte, zumal diese auch in das Land und die Produktivität der Bevölkerung investierten. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern trugen die *sengoku-daimyō* zum Wohl ihrer Untertanen bei, wenngleich ihre Motivation dafür egoistisch war. Es etablierte sich, die unterschiedlichen Herrschaftsgebiete Japans als *kuni* (Land) zu bezeichnen. Viele *sengoku-daimyō* erließen eigene Gesetze und die autonomen Länder, die sich mit der Zeit entwickelten, bildeten die Grundlage für die selbstverwaltenden *hans* („Fürstentümer oder Daimyate“) der Edo-Periode (Fukuzawa 2008: S. 45). Die große Bedeutung der *sengoku-daimyō* und der wirtschaftlichen Entwicklungen während des Bürgerkrieges für die Entstehung mittelalterlicher Städte spiegelt sich auch in der Anzahl der Stadtgründungen wider, welche innerhalb des 16. Jahrhunderts drastisch zunahm:

Tabelle

	Tempel-bzw. Schrein-Stadt	Hafenstadt	Poststadt	Marktstadt	polit.-zentr. Stadt	Summe
1100-1200		5			2	7
1200-1300		1				1
1300-1400	3	4		1	2	10
1400-1500	8	9	7	3	7	34
1500-1600	44	18	43	9	63	177
Summe	55	37	50	13	74	229

(Masayoshi 2002: S. 67).

Die relative Abgeschlossenheit der einzelnen Reiche und die erstarkende feudale Gesellschaftsstruktur schränkten jedoch auch das Wachstum der einzelnen Burgstädte ein. Die größeren *jōkamachi* dieser Zeit hatten eine Einwohnerzahl von circa 10.000 BewohnerInnen, wobei die Anzahl der *bushi* nur anhand ihrer Besoldung (in Reis) geschätzt werden kann, da sie damals, wie auch für die Dauer der Edo-Periode, als Militärgeheimnis nicht aufgezeichnet wurde. Die *jōkamachi* waren eng mit der Herrschaft ihres *daimyō* verbunden und ihr Bestehen hing von dessen militärischem Erfolg ab. Dementsprechend gab es eine hohe Fluktuation in der

Anzahl der Burgstädte während der unruhigen Sengoku-Zeit, was wiederum einem langfristigen konstanten Bevölkerungswachstum innerhalb der Städte entgegenwirkte (Nakamura 1993: S. 28; Rozman 1973: S. 48f.; Gutschow 1978: S. 350).

Als Oda Nobunaga die Kinki-Region eroberte, begann er die Strukturen der Selbstverwaltung, die sich in den wichtigen Handels- und Hafenstädten herausgebildet hatte, wieder abzuschaffen und die Kontrolle über die wirtschaftlichen Aktivitäten wieder zu zentralisieren. Die von den drei Einigern Japans angestoßene Zentralisierung und Bündelung der politischen und ökonomischen Macht in den Händen des *bakufu* sollte sich in der Tokugawa-Periode weiter fortsetzen und sich signifikant auf die weitere Entwicklung der japanischen Städte auswirken, insbesondere auf den von Tokugawa Ieyasu gewählten Sitz des *bakufu*, Edo. Auch wenn sich der Sitz des Shoguns während der Tokugawa-Periode mit Edo in der Kantō-Region befand, behielt er auch weiterhin wichtige Landstriche in ganz Japan unter seiner direkten Kontrolle, allem voran die Hafenstädte der Kinki-Region, welche das Zentrum des stetig wachsenden Binnenmarktes darstellten (Rozman 1973: S. 50f.; für eine Karte mit der Aufteilung der Ländereien im Beispieljahr 1664 siehe Abbildung 6 im Anhang).

5. Edo als Regierungssitz des Tokugawa Shogunats

Das fünfte Kapitel beleuchtet Tokugawa Ieyasus Abwägungen bezüglich seiner Wahl Edos als Regierungssitz des Tokugawa-Shogunats. Dabei werden auf die geographische Lage und Eigenschaften der Stadt eingegangen sowie strategische, infrastrukturelle und verkehrstechnische Vorteile, die diese mit sich brachten, aufgezeigt. Weiterhin wird darauf eingegangen, wie die frühen Shogune der Tokugawa-Dynastie ihre politische Vormachtstellung nutzten, um das rasante Wachstum der Stadt zu ermöglichen.

Im Sommer 1590 besiegten Toyotomi Hideyoshi und Tokugawa Ieyasu die Hōjō, welche bis dahin von ihrem Sitz in Odawara aus über die Gebiete der Kanto-Ebene geherrscht hatten. In Folge dieses signifikanten Landgewinns beanspruchte Hideyoshi die in der Tōkai-Region gelegene Heimatdomäne Tokugawa Ieyasus, der zu dieser Zeit noch ein Vasall Hideyoshis war, für sich und übergab ihm im Gegenzug die Herrschaft über die acht Provinzen der Kanto-Region. Das war zunächst ein Rückschlag für Ieyasu, da er seiner traditionellen Machtbasis beraubt wurde und sich seine neue Domäne wesentlich weiter weg vom damaligen politischen Zentrum Japans in der Gegend um Kyoto und Osaka befand. Anstelle der Burgstadt der Hōjō, deren Vulnerabilität er und Hideyoshi selbst erst bewiesen hatten, wählte er einen aus seiner Sicht besser zu verteidigendem Ort für seinen Hauptsitz aus. Seine Wahl fiel auf eine

weitestgehend verfallene Festung, die einst Ōta Dōkan (1432-1486) auf einer Küstenklippe erbauen lassen hatte, die beinahe vollständig von zwei Flüssen umschlossen wurde, und an deren Fuße sich ein kleines Fischerdörfchen namens Edo befand. Die Flüsse mündeten in ein Sumpfgebiet, welches sich am nördlichen Ende einer großen Bucht befand, die sich bis tief in das Herz der Kanto-Ebene erstreckte (Totman 1993: S. 66; Naitō & Hozumi 2003: S. 22f.; für eine Karte der Kanto-Ebene siehe Abbildung 7 im Anhang).

Die geographische Lage Edos war genau richtig, um die Stadt entsprechend den Idealen mittelalterlicher Burgstädte Ostjapans zu strukturieren. Während des Mittelalters errichteten die Kriegsfürsten Ostjapans ihre Burgen häufig an den kegelförmigen Ebenen aus Schwemmland, die dort entstehen, wo Flüsse aus Bergtälern ins Tiefland münden, oder an den Spitzen zungenförmiger Plateaus, die sich zwischen steilen Berghängen und dem Ozean befanden, da sich beide hervorragend für den Ackerbau eigneten. An diesen Orten waren Besitzer dieser Burgstädte in der Lage, das Umland zu überblicken, sowie ihre Herrschaft über dessen Bewohner und landwirtschaftlichen Ressourcen auszuüben. Darüber hinaus ermöglichte die Kontrolle dieser entscheidenden topographischer Punkte die Kontrolle über das Wasser, das entlang der steilen Hänge vom Gebirge ins Tiefland oder den Ozean abfloss. Die vorteilhafte Lage ermöglichte den *daimyō*, das Wasser mithilfe von Leitsystemen in die Gräben umzuleiten, die ihre Burgen umgaben. Waren diese ausreichend gefüllt und das kalte Gebirgswasser über Zeit warm genug geworden, wurde das Wasser auch für die Bewässerung der Reisfelder des Umlandes freigegeben. Die Burgherren nutzten ihre Wassergräben also nicht nur zu Verteidigungszwecken, sondern auch als Wasserreservoir für die landwirtschaftliche Verwendung. Durch die Kontrolle über ein so wichtiges Gut wie Wasser stärkten die *daimyō* auch ihre allgemeine Vormachtstellung innerhalb ihrer Domäne (Jun 2019: S. 242f.).

Diese Abwägungen waren auch Tokugawa Ieyasu nicht fremd. Er errichtete seine Burg an der Spitze des Plateaus, an dem die Musashi-Ebene, die sich Richtung Westen ausbreitete, in Richtung der Bucht von Edo im Osten abfiel. Auf diese Weise erlaubte ihm die Positionierung seiner Burg, das Wasser der reisproduzierenden Dörfer der fruchtbaren Kanto-Ebene zu kontrollieren und begünstigte die Wasserversorgung der BewohnerInnen der Stadt selbst. Die Verteidigung der Stadt wurde ebenfalls an diese strategische Positionierung angepasst. Ieyasu stationierte sein persönliches Gefolge, gemäß der spiralförmigen Struktur Edos (siehe Kapitel 9), in einem Bogen um die Teile der Stadt, die zur Ebene hin geöffnet waren, und befahl auch den ansässigen *daimyō*, ihre Residenzen in dieser süd-östlichen Richtung erbauen zu lassen (Jun 2019: S. 243; Naitō & Hozumi 2003: S. 34f.).

Die ersten Ausbaumaßnahmen Edos folgten dem Vorbild der kaiserlichen Städte Japans, welche selbst wiederum dem Vorbild der Hauptstadt der chinesischen Tang-Dynastie, Changan, folgten. Diese befolgten die Vorgaben, die die Ying-Yang-Theorie für den Bau einer erfolgreichen und prosperierenden Stadt machte. Dies deutet darauf hin, dass Tokugawa Ieyasu bei der Wahl seines Hauptsitzes vermutlich auch eben diese geomantischen und astrologischen Vorgaben berücksichtigte, denn Edo erfüllte diese Vorgaben¹⁷ (Naitō & Hozumi 2003: S. 24f.). Zeit seines Lebens ließ Ieyasu seine Festung zu einer immer größer werdenden Burgstadt ausbauen. Da sich die japanischen Inseln nach wie vor in einem Bürgerkrieg befanden, fokussierte sich Tokugawa Ieyasu selbst zunächst auf den Wiederaufbau der Burg. Wie bei den damaligen Burgstädten (*jōkamachi*) üblich, siedelte sich jedoch sein Gefolge im Gebiet um die Burg an und Entwicklung der Stadt wurde sprunghaft vorangetrieben. In den kommenden Jahrzehnten ließ er umliegende Hügel abgraben, um den Sumpf aufzuschütten, Flüsse umleiten, Kanäle und Gräben graben, sowie Straßen und Brücken erbauen. Umliegende Wälder wurden gerodet, meilenweit Pfähle in den Boden getrieben und hölzerne Schreine, Tempel, Residenzen, Lagerhäuser, Ladenfronten sowie tausende Wohnhäuser errichtet. Mit dem Sieg bei Sekigahara im Jahr 1600 und Tokugawa Ieyasus Ernennung zum Shogun drei Jahre später begann die Hochphase des Ausbaus der Burg und ihrer Stadt, und Edo wurde die politische, militärische und damit rasch auch die Konsum-Hauptstadt Japans. Tokugawa Ieyasu hatte die vorteilhafte geographische Lage Edos erkannt und blieb seiner Entscheidung treu, als er im Jahr 1603 zum Shogun ernannt wurde. Das hing einerseits damit zusammen, dass er vom Potenzial der Stadt nach wie vor überzeugt war, und andererseits damit, dass er als neuer Herrscher Japans und Wahrer des Friedens es sich nicht leisten konnte, ein weiteres Mal eine neue regionale Machtbasis aufzubauen zu müssen. Als Shogun zwang Ieyasu die *daimyō* des Landes, die Bauarbeiten mit insgesamt bis zu 40.000 Fronarbeitern und täglichen Materiallieferungen zu unterstützen. In den 1620er Jahren verlangsamte sich der Ausbau wieder, da Ieyasus Nachfolger Hidetada die gewaltige Belastung und wachsende Unzufriedenheit der *daimyō* nicht mehr länger rechtfertigen konnte und auch die Finanzen des *bakufu* eine Senkung der Ausgaben verlangten (Totman 1993: S. 67; Fukuzawa 2008: S. 96; McClain & Merriman 2019: S. 11). Allein die Bauarbeiter und stationierten Samurai der Stadt schufen eine so große Nachfrage nach Gütern und Lebensmitteln, dass diese unmöglich vom damals nur wenig entwickelten Umland gedeckt werden konnte. Beinahe sämtliche benötigten Waren mussten also aus anderen

¹⁷ Die vier Anforderungen waren: Ein Fluss für den Cyan-blauen Drachen im Osten, ein See oder Ozean für den Zinnoberroten Vogel im Süden, eine Straße für den Weißen Tiger im Westen, ein Berg für den Dunklen Krieger im Norden. Edo erfüllte diese Anforderungen durch den Mount Fuji im Norden, die Bucht von Edo im Süden, den Fluss Hirakawa im Osten und die Tōkaidō-Straße im Westen (Naitō & Hozumi 2003: S. 24f.).

Regionen des Landes (hauptsächlich aus der Kansai-Region um Kyoto und Osaka) nach Edo transportiert werden. Edo war aus einer modernen haushaltspolitischen Sicht heraus komplett verschuldet. Der rasche Aufstieg der Stadt war allein durch die Forcierung ihres Ausbaus durch eine so einflussreiche zentrale politische Macht wie der des Tokugawa-Shogunats möglich (Fukuzawa 2008: S. 97).

Japans Urbanisierung im 17. Jahrhundert wird als eine der außergewöhnlichsten Perioden der Urbanisierung der Menschheitsgeschichte bezeichnet (McClain 1982: S. 1). Bereits sechs Jahre nach der Ernennung Tokugawa Ieyasus zum Shogun berichtete Rodrigo de Vivero y Velasco (1564-1636), dass das ehemalige verschlafene Fischerdorf Edo (später Tokio, wörtlich „östliche Hauptstadt“) bereits eine Einwohnerzahl von 150.000 erreicht hatte. Zehn Jahre später traf Richard Cocks (1566-1624) die Aussage, Edo sei eine Stadt so groß wie London, was zu dieser Zeit einer geschätzten Einwohnerzahl zwischen 200.000 und 375.000 entsprach. Gegen Ende des Jahrhunderts hatte Edo eine Bevölkerung, die fast doppelt so groß war, wie die circa 575.000 Einwohner Londons (Bodart-Bailey 2003: S. 101; Totman 1993: S. 67). Im Jahr 1700 lebten circa fünf bis sechs Prozent aller JapanerInnen in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern, was ungefähr dreimal so viel war, wie es in Europa der Fall war. Darüber hinaus lebten etwa zehn Prozent der japanischen Bevölkerung in Städten mit über 10.000 EinwohnerInnen. Trotz der hohen allgemeinen Urbanisierungsrate sticht Edo heraus. Mit seinen eine Million Einwohnern war es fast dreimal so groß wie die zweit- und drittgrößten Städte Osaka und Kyoto und beherbergte ein Drittel der drei Millionen StadtbewohnerInnen des Landes (Gordon 2009: S. 23).

Einer der Gründe für die Bevölkerungskonzentration in den Städten ist direkt mit Japans Insellage verbunden. Obwohl im Vergleich zu vielen anderen Inselstaaten deutlich größer, sind die japanischen Hauptinseln sehr gebirgig und es gibt nur wenig flaches, bewohn- und bewirtschaftbares Land. Das gilt auch für die Insel Honshū, auf der sich Edo befindet. Die Landknappheit ist ein natürlicher Treiber der Konzentration der Bevölkerung in den wenigen Ebenen Japans, und so auch in Edo, welches sich mit der Kantō-Ebene in der größten Ebene des Landes befindet. Darüber hinaus besitzt die Stadt aufgrund ihrer Lage an der Bucht von Tokio und dem Flusssystem des Tone einen natürlichen maritimen Hafen sowie Zugang zu einem der wenigen befahrbaren Flusssysteme Japans (Mansfield 2016: S. 20f.; Encyclopædia Britannica 2021a). Wie oben bereits erwähnt, wurde Edo zu großen Teilen mit Waren von außerhalb der Region versorgt, wobei die aquatischen Transportwege eine wichtige Rolle für den Transport großer Mengen an Waren in und aus der Stadt spielten und sich als essenzieller Faktor für das rasante Wachstum der Stadt erwiesen. In der zweiten Hälfte der Edo-Periode war

die Agrarwirtschaft im Umland der Stadt aufgrund der für japanische Verhältnisse gewaltigen Flächen an Farmland, die die Kanto-Ebene zu bieten hatte, weit genug ausgebaut, dass die Märkte Edos den Märkten in Osaka, welches bis dahin das merkantile Zentrum des Archipels war, den Rang abliefen (Fukuzawa 2008: S. 98; mehr dazu in Kapitel 7).

Während Hauptstädte wie Paris oder London an geographisch vorteilhaften Reise- und Handelswegen entstanden, wählte Tokugawa Ieyasu mit Edo eine Stadt zu seinem Hauptsitz, die im Vergleich zu alternativen Standorten nur sehr wenig entwickelt und nur schwer zu erreichen war. Damals flossen die beiden Flüsse Ara und Tone noch in die Bucht von Edo. Beide Flüsse erschwerten den Zugang zur Stadt erheblich und hatten weitläufige Deltas, die das Land sumpfig machten und es häufig überfluteten. Edos Lage und schwere Erreichbarkeit hatten primär militärische Vorteile. Die Legitimität des Shoguns basierte hauptsächlich auf seiner militärischen Stärke und der Wehrhaftigkeit des Hauptsitzes und hatte für die frühen Shogune der Tokugawa-Dynastie oberste Priorität. So wurde der Zugang zur Stadt über die Flüsse mit wachsender Größe der Stadt nicht erleichtert, sondern im Gegenteil sogar erschwert, was dem Shogunat eine genaue Kontrolle über den Verkehr in und aus der Stadt ermöglichte. Nach der Trockenlegung der Sümpfe wurde die Bucht von Edo zu einem exzellenten natürlichen Hafen, was für die Versorgung und den Handel in der Stadt eine kritische Rolle spielte und es auch heute noch tut (Strayer 2015: S. 8; Bodart-Bailey 2003: S. 120). Die Möglichkeit, einen großen Hafen in der Nähe der Stadt und im Schutze der Bucht von Edo errichten zu können, die Edo bot, war einer der entscheidenden Gründe, weshalb Tokugawa Ieyasu sich bei Übernahme der Herrschaft über die Kanto-Region gegen die damalige Hauptstadt Odawara oder die prestigeträchtige Hauptstadt des ersten Shogunats Kamakura als seinen Regierungssitz entschied (Jun 2019: S. 242). Trotz der Warenströme, die den Hafen durchliefen, war es den *daimyō* strikt verboten, sich der Stadt vom Meer aus zu nähern. Die Einschränkungen der Seefahrt gingen sogar so weit, dass der Bau von größeren Schiffen verboten wurde, welche zu anderen als wirtschaftlichen Zwecken genutzt werden konnten (siehe Kapitel 3.3.).

Im Laufe der kommenden Jahrhunderte wuchs aufgrund dieser vorteilhaften Lage und mit der zunehmenden Macht und des Einflusses der Tokugawa-Dynastie auch Edos Größe und Wichtigkeit vom regionalen Zentrum zur Hauptstadt ganz Japans bis hin zu einer der größten Städte des 18. und 19. Jahrhunderts.

6. Politische Maßnahmen zum Machterhalt des Tokugawa-Shogunats

In diesem Kapitel wird untersucht, wie das Tokugawa-Regime die politische, ökonomische und militärische Stärke der *daimyō* einschränkte, um seine Hegemonie sicherzustellen, eine Vorgehensweise, die vor allem durch die mit Japans Insellage verbundenen Abwesenheit von externen Bedrohungen ermöglicht wurde, da das Shogunat zur Verteidigung des Landes nicht auf regionale *daimyō* angewiesen war. Weiterhin wird darauf eingegangen, wie sich die vom *bakufu* über die Einschränkungen der *daimyō* durch die *sakoku*-Edikte hinaus ergriffenen Maßnahmen auf die Urbanisierung des Landes und speziell der Hauptstadt des Shogunats, Edo, auswirkte.

Nachdem es Tokugawa Ieyasu gelungen war, die japanischen Inseln unter seine Kontrolle zu bringen und sich zum Shogun ernennen zu lassen, legten er und die anderen frühen Shogune der Tokugawa-Dynastie alles daran, ihre Herrschaft über ganz Japan aufrechtzuerhalten und weiter zu festigen. Die Institutionalisierung des *baku-han*-Systems durch die drei Reichseiniger und die frühen Tokugawa-Shogune hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die japanische Gesellschaft und im Besonderen auf deren Urbanisierung (Hall 2015a: S. 176). Weiterhin war die stark ausgeprägte Bündelung der politischen Macht, die das Tokugawa-Shogunat vorantrieb, sowie dessen ergriffene Maßnahmen, um diese zu festigen und erhalten, zentral für die übergeordnete Rolle, die Edo im Städtesystem des damaligen Japans einnahm.

Bereits während der Edo-Periode wurde dem *bakufu* vorgeworfen, dass die aktive Schwächung der *daimyō* und ihrer Domänen zu Gunsten der Hegemonie des Tokugawa-Shogunats das Land insgesamt nach außen hin schwächen würde. Das deutet darauf hin, dass die Maßnahmen zur Etablierung und die schlussendliche Stärke der politischen Vormachtstellung des *bakufu* gegenüber den anderen politischen Instanzen des Landes durch die lange Abwesenheit externer Bedrohungen aufgrund der Insellage Japans ermöglicht wurden. Die Tatsache, dass das Shogunat keine Unterstützung von den *daimyō* brauchte, um internationale Kriege zu führen, ermöglichte es ihm, ihre politischen Freiheiten dramatisch einzuschränken (Gordon 2009: S. 44; Strayer 2015: S. 5; Brown 2007: S. 76).

Die Burgstädte der Sengoku-Periode entstanden häufig an schwer erreichbaren, taktisch günstig gelegenen Orten, da ihr militärischer Nutzen im Vordergrund stand. Darüber hinaus kam es öfter vor, dass sie so schnell wieder von der Karte verschwanden, wie sie zuvor entstanden waren, da ihr Schicksal eng mit dem militärischen Erfolg ihres *sengoku-daimyō* verbunden war. Die instabilen und chaotischen Zeiten erlaubten kaum einer der vielen Burgstädte ein

längerfristiges stabiles Wachstum, weshalb nur wenige eine Größe von über 10.000 Bewohnern erreichten (siehe Kapitel 4 „Urbane Entwicklungen vor der Edo-Periode“; Gutschow 1978: S. 350). Mit dem Ende des Bürgerkrieges erließ das Tokugawa-Shogunat ein Gesetz, welches pro *han* (Herrschaftsgebiet eines *daimyō*, auch Daimyat genannt) nur eine Burgstadt erlaubte und die *daimyō* dazu zwang, Zweigburgen innerhalb ihrer Domäne aufzugeben. Das schwächte die Verteidigungsfähigkeit der *daimyō* drastisch, was wiederum im Interesse des *bakufu* war, da aus dessen Sicht die *daimyō* keinerlei Verwendung mehr für sie hatten, außer sie im Falle einer Rebellion gegen das Shogunat einzusetzen. Die Verteidigungsfähigkeit des Landes gegen externe Mächte war aufgrund der Insellage Japans für das *bakufu* nur in wenigen Küstengebieten von Bedeutung. Die *daimyō* waren nun auf eine Burgstadt begrenzt, deren Funktion sich im Vergleich zur vorherigen Periode des Bürgerkriegs ebenfalls gewandelt hatte. Die nun einzige Burgstadt eines *hans* war nun auch das einzige administrative und wirtschaftliche Zentrum der jeweiligen Region, was viele *daimyō* dazu verleitete, ihre häufig schwer erreichbaren und flächenmäßig begrenzten Burgen aufzugeben und eine neue Burgstadt an einem verkehrs- und versorgungstechnisch günstigen, zentral gelegenen Ort zu gründen (Hall 2015a: S. 176; Sorensen 2002: S. 15; Gutschow 1978: S. 351; Naitō & Hozumi 2003: S. 24). Die Aufgabe der Burgstädte der Sengoku-Periode läutete unvergleichliche Dekaden (circa 1580-1610) des Städtebaus ein. Es wurden in dieser kurzen Zeit um die 250 Burgstädte errichtet, zu denen heutige Großstädte wie Sendai, Fukushima, Himeji, Hiroshima, Kanazawa, Shizuoka, Nagoya und selbstverständlich auch Edo gehörten. Der Städtebau dieser Zeit zeichnete sich zudem dadurch aus, dass die chinesischen Prinzipien der Städtebaukunst, die bei älteren geplanten Städten, wie Kyoto, angewandt wurden, in der Regel keine Beachtung mehr fanden und dass diese Städte im typisch japanischen Stil der *jōkamachi* (Burgstadt) errichtet wurden. Diese Infrastruktur „zentraler Orte“ bildete die Eckpfeiler des nationalen Verkehrs-, Informations- und Handelsnetzes, das im Laufe der Edo-Periode florieren sollte. Viele Burgstädte wurden zu einem Synonym für ihr komplettes *han* und später zum Namensgeber der entsprechenden Präfekturen des heutigen Japans (Hall 2015a: S. 186; Gutschow 1978: S. 351; Tokugawa 2009: S. 74).

Mit der Aufgabe der Zweigburgen wurden auch ihre Kommandanten und Garnisonen überflüssig. Die *bushi*, die zuvor aufgrund ihrer Verteilung über die Landstriche eine gewisse Autonomie genossen hatten, wurden ebenfalls an den zentralen Burgen ihren Fürsten angesiedelt. Somit standen sie unter seiner direkten Kontrolle und ihre Existenz hing vollständig vom Sold, ab, den sie von ihm erhielten. So begann eine graduelle Trennung der Gesellschaft zwischen denen, die auf dem Land lebten und dieses bestellten, und den *bushi* in

den Städten, die über den anderen standen, die Verwaltung des *hans* übernahmen und die Steuern der Landbevölkerung im Namen des *daimyō* eintraben. Toyotomi Hideyoshi, der selbst ursprünglich von niederem Stande war, unterstützte eine klare Trennung von Samurai und Bauern sowie später von Bauern und der Stadtbevölkerung ebenso wie die allgemeine Abschaffung der sozialen Mobilität, die aus den Unruhen der Sengoku-Periode gewachsen war, da er befürchtete, dass jemand mit ähnlichem Werdegang wie dem seinigen die Herrschaft seiner Dynastie anfechten könnte (Fukuzawa 2008: S. 71f.). So wurde diese Trennung im Jahr 1588 von ihm per Gesetz umgesetzt, als er den Samurai das alleinige Recht zusprach, Schwerter als Symbol ihres Standes tragen zu dürfen und die Schwerter der ländlichen Bevölkerung konfiszierte (Hall 2015a: S. 187; Boone 2018: S. 18).

Die klare und impermeable Trennung der Stände diente dazu, Aspirationen des Aufstiegs, welche in der Sengoku-Periode häufig auf militärischem Wege verfolgt wurden, zu unterbinden, und die Herrschaft der Samurai über die Stände der einfachen Bevölkerung zu untermauern. Eine strikte gesellschaftliche Hierarchie ohne Auf- und Abstiegschancen war aus Sicht des konfuzianistisch geprägten *bakufu* eine wichtige Maßnahme, um ambitionierten Unruhestiftern den Wind aus den Segeln zu nehmen (Sorensen 2002: S. 15). Vor und während des Bürgerkrieges lebten die *bushi* noch auf dem Land und besaßen teilweise ihre eigenen Ländereien. Wie in Kapitel 4 beschrieben, gelang es einigen von ihnen, sich eine regionale Machtbasis aufzubauen, die es ihnen ermöglichte, sich von ihren meist abwesenden Herren zu lösen und selbst *sengoku-daimyō* zu werden. Schon die *daimyō* der Sengoku-Periode begannen damit, ihre Soldaten in ihren Burgstädten anzusiedeln, um diese schneller mobilisieren zu können und vor allem, um die direkte Kontrolle über sie zu behalten. Das *bakufu* der Tokugawa-Dynastie hatte ebenfalls großes Interesse daran, größtmögliche Kontrolle über die Samurai des Landes zu haben.

Das Tokugawa-Regime zementierte die feudale Ständegesellschaft im wiedervereinten Japan. Die vier Klassen des Ständesystems waren von oben nach unten *shi-nou-kou-shou*, Samurai, Bauern, Handwerker und Kaufleute, und für jeden dieser Stände galten unterschiedliche Gesetze. Ideologisch standen die Bauern in der physiokratischen Ständegesellschaft des Konfuzianismus über den Handwerkern und Kaufleuten, praktisch genossen sie jedoch keinen sehr hohen sozialen Status und waren aufgrund der Reissteuer mit wenigen Ausnahmen der einzige Stand, der regelmäßig Steuern zahlen musste. In der Theorie stand innerhalb dieser Ständehierarchie der Kaiser über dem Shogun und dementsprechend der Stand des Hofadels (*kuge*) in Kyoto über dem der *daimyō* und Samurai. In der Realität war die Bedeutung des Kaisers und des Adels nur ideell und die realpolitische Macht lag in den Händen des Shoguns

und der *daimyō*. Unterhalb der Stände gab es noch die *eta* und *hinin*, von denen es gerade in größeren Städten wie Edo, eine beachtliche Anzahl gab¹⁸. Darüber hinaus gab es noch weitere Ausnahmen, wie Priester oder Ärzte, die neben oder außerhalb der Ständegesellschaft existieren (Ohno 2018: S. 23; Fukuzawa 2008: S. 89; Gutschow 1978: S. 352; Dunn 1969: S. 12).

Mit der vollständigen Etablierung der Ständegesellschaft wurden alle Samurai dazu gezwungen, in den Burgstädten ihrer *daimyō* zu leben. Die große Menge an Samurai zog auch viele Handwerker und Kaufleute in die Städte, bei denen diese ihren Reissold gegen Geld, Waren und Dienstleistungen tauschten (Nakane 1990: S. 213f.; Fukuzawa 2008: S. 89). Die Versorgung der Samurai war einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste Treiber wirtschaftlicher Aktivität innerhalb der japanischen Städte. Das galt vor allem für das unangefochtene Zentrum der Samurai in Japan: Edo.

Der Anteil der Bevölkerung, die in Städten mit über 10.000 Einwohnern lebten, stieg aufgrund dieser Maßnahme binnen kürzester Zeit drastisch an, und dieser Wachstumstrend setzte sich weiter fort, bis am Ende des 17. Jahrhunderts fünf bis sieben Prozent der Bevölkerung Japans in Städten mit über 100.000 Einwohnern lebten. Hiroomi Fukuzawa stellt dies in Kontrast mit der europäischen Bevölkerung, von der zu diesem Zeitpunkt nur etwa zwei bis drei Prozent in Städten dieser Größenordnung lebten (Fukuzawa 2008: S. 100).

Nach der Schlacht von Sekigahara und der Ernennung zum Shogun 1603 unterteilte die Regierung Tokugawa Ieyasu das Land in eine Vielzahl von Domänen oder Regierungsbezirken, die sogenannten *hans*. Diese *hans* wurden dann als Lehen an die vielen *daimyō* vergeben, die der Bürgerkrieg hervorgebracht hatte. Geographisch lagen die Lehen der als treu eingestuften *daimyō*, die meist die waren, die in der Schlacht von Sekigahara an Ieyasu's Seite gekämpft hatten, in der Nähe von Ieyasus Regierungssitz in Edo, und die ehemaligen Kriegsgegner weiter von Edo entfernt. *Daimyō*, die das Shogunat als potenzielle Gefahr einstufte, hätten sich mit ihren Truppen also durch die Ländereien der *bakufu*-treuen Fürsten schlagen müssen, um nach Edo zu gelangen.

Der Kaiser hatte zwar keine realpolitische Macht, spirituell und kulturell hatte er aber dennoch eine wichtige Bedeutung für die BewohnerInnen der japanischen Inseln. Er war es, der Ieyasu zum Shogun ernannte, und die frühen Tokugawa Shogune ließen der kaiserlichen Familie die entsprechende Ehrerbietung zukommen. Die gewährten ihnen Land, von dem sie leben konnten,

¹⁸ Die Gruppe der *hinin* (wörtlich: „Nicht-Menschen“) waren Standeslose und damit Arbeitslose oder Kriminelle, welche sich in den Städten häufig in Bettlervereinigungen oder als LumpensammlerInnen organisierten. Als *eta* (wörtlich: „Unreine“) wurden/werden Angehörige bestimmter Berufsgruppen bezeichnet, die mit allem arbeiten, was in der japanischen Kultur als unrein angesehen wurde, wie beispielsweise Kürschner. Henker wurden ebenfalls zu den *eta* gezählt. Die Vorurteile gegenüber den und Diskriminierung der *eta* stellen bis heute ein soziales Problem der japanischen Gesellschaft dar (Ohno 2018: S. 184).

und ließen die Paläste Kyotos wieder aufbauen. Gleichzeitig wurde jedoch auch ein militärischer Statthalter für die Kaiserstadt ernannt und Verhaltensregeln für den kaiserlichen Hof und den Adel erlassen, die sicherstellen sollten, dass die Macht des Kaiserhofes auch weiterhin nur symbolisch blieb (McClain & Merriman 2019: S. 7).

Der Shogun vergab die Lehen an die *daimyō* in Abhängigkeit ihrer jährlichen Reiserträge, wobei er die produktivsten Regionen und ökonomisch wichtige Großstädte für sich behielt. Neben den größeren Ländereien der zu Beginn der Edo-Periode circa 250 *daimyō* vergab er auch eine Vielzahl an wesentlich kleineren Lehen an Militärs und Regierungsbeamte, die allerdings im Gegensatz zu den *daimyō* so gut wie keine Regierungsgewalt hatten und primär vom Sold des *bakufu* lebten, statt vom Ertrag ihrer Lehen. Die große Anzahl an großen und kleinen regionalen Herrschern (circa 23.750 im Jahre 1722) waren untereinander komplett unabhängig und verantworteten sich direkt gegenüber der Regierung des Shoguns (Tsukahira 1966: S. 14; Fukuzawa 2008: S. 88).

Auch wenn die unterschiedlichen *hans* in der Regel selbstverantwortlich regiert wurden, war die politische Macht des *bakufu-han*-Systems in den Händen des Shogunats zentralisiert. Es handelte sich um ein System, das zentralistische und dezentralistische Machtstrukturen miteinander verband. Der Shogun konnte einem ungehorsamen oder unfähigen *daimyō* sein Lehen jederzeit entziehen, ihn relokalisieren oder seines Ranges entheben. Die Lehen des Shoguns wurden im Austausch für ihre Loyalität an die *daimyō* verliehen, und da diese für das Tokugawa-Regime, das sich als Wahrer des Friedens verstand, die oberste Tugend war, konnte ein Loyalitätsbruch neben dem Entzug der Ländereien auch mit dem Tod durch rituellen Selbstmord (*seppuku*) betrafft werden (Ohno 2018: S. 23; Fukuzawa 2008: S. 87).

Die größten Freiheiten beziehungsweise Autonomie hatten die *hans* im Bereich der Wirtschaft. Das *bakufu* zeigt sich in der Regel als eher desinteressiert an oder auch unfähig darin, nationale Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die *hans* hatten ihre Agenden bezüglich bürokratischer Verwaltung, Besteuerung, Bildung, wirtschaftlicher Förderung, Geldpolitik und anderer ökonomischer Regulationen selbst in der Hand, solange diese den Vorgaben des Shogunats entsprachen. Ähnlich wie bei der Autonomie, die die Viertelverbände der Stadtbewohner (*machi*, siehe Kapitel 9 und 10) „genossen“, war dies teilweise mehr eine Bürde als ein Privileg. Das *bakufu* hatte großes Interesse daran, die *daimyō* des Landes möglichst arm zu halten, damit diese keine Mittel für Subversionen hatten. So waren sie verpflichtet, neben militärischen Diensten auch Arbeitsdienste oder Zahlungen in Form von Gütern oder Bargeld an oder für das *bakufu* zu leisten, wenn der Shogun dies forderte. Wie bereits erwähnt, spielten diese Abgaben eine wichtige Rolle für das rasante Wachstum Edos. Besonders in den ersten beiden Jahrzehnten

nach Ieyasus Ernennung zum Shogun wurden gewaltige Mengen an finanziellen Mitteln, Baumaterial und Arbeitskraft der *daimyō* nach Edo beordert, ohne die die gewaltigen Ausbaumaßnahmen nicht möglich gewesen wären (Gordon 2009: S. 13; Fukuzawa 2008: S. 87f.; Tsukihara 1966: S. 41; siehe Kapitel 5).

Dies schuf starke ökonomische Anreize für die Fürsten, von denen einige sehr erfolgreich darin waren, die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Domäne voranzutreiben, andere hingegen häuften aufgrund des finanziellen Drucks immer höhere Schulden an. Zusätzlich konnten auch wirtschaftliches Missmanagement oder Konflikte mit den Bauern, aufgrund zu hoher Steuern oder ähnlichem, vom *bakufu* hart bestraft werden. Das Shogunat brachte die ihm unterstellten *daimyō* bewusst in diese prekäre Lage, um sie besser kontrollieren zu können. Je schwächer die *daimyō* waren, desto unrealistischer waren erfolgreiche Rebellionen gegen die Herrschaft des Shoguns.

Die Autonomie der *hans* diente darüber hinaus auch dazu, Kooperationen und Bündnisse zu vermeiden. Das Verbot von Bündnissen unter den *daimyō* schlug sich als Heiratsverbot beziehungsweise dem Verbot von Eheschließungen ohne ausdrückliche Zustimmung des *bakufu* auch im *buke-hatto*, dem Gesetz für das Verhalten des Kriegerstandes, zu dem die *daimyō* gehörten, nieder. Ebenso wurden während der frühen Bauphasen der Burg von Edo und Edos selbst den Frondienstleistenden aus den unterschiedlichen Gebieten des Landes per Dekret verboten, sich untereinander anzufreunden (Naitō & Hozumi 2003: S. 45; Fukuzawa 2008: S. 101; Gordon 2009: S. 13).

Von den diversen Maßnahmen, die die frühen Tokugawa-Shogune ergriffen, um ihre Macht innerhalb Japans zu festigen, ragt eine für ihren gewaltigen Einfluss auf die Urbanisierung von Edo besonders heraus, und das ist das System der „alternierenden Anwesenheit“ (*sankin kōtai*) (Gordon 2009: S. 20f.). Dieses schrieb den dem Shogunat unterstellten *daimyō* vor, Zeiträume von einigen Jahren abwechselnd in ihren Lehen und in der Hauptstadt Edo zu residieren, während ihre Frauen und Kinder dauerhaft in Edo zu wohnen hatten.

Bereits im 14. Jahrhundert forderte das damalige Shogunat manche *daimyō* dazu auf, in Kyoto „anwesend“ zu sein, um sie und ihre Machenschaften besser im Auge zu haben (Gordon 2009: S. 13; Tsukahira 1966: S. 31f.). Ebenso war es während der Sengoku- und Azuchi-Momoyama-Perioden (1468-1568 und 1568-1603) eine übliche Praktik, dass untergeordnete *daimyō* ihren Herrn einen ihrer Söhne als Geisel überließen, um ihre Loyalität zu demonstrieren. Wie in Kapitel 8 noch weiter erläutert wird, war die starke Betonung von Loyalität gegenüber ihrem Herrn als Tugend der Samurai eine Erfindung der Edo-Periode, und während des Bürgerkrieges waren Verrat und Seitenwechsel eine allgegenwärtige Bedrohung für die *sengoku-daimyō*. Der

geschichtsentscheidende Sieg bei Sekigahara 1603 wurde zum Beispiel zu großen Teilen dadurch gewonnen, dass einige *daimyō* der feindlichen Fraktion während der Schlacht zu Tokugawa Ieyasu Seite übertraten und ihre Verbündeten attackierten. Tokugawa Ieyasu selbst wurde von seinem Vater, der Fürst von Mikawa war, als Geisel an den Hof der Imagawa in Sunpu geschickt (Barth 1979: S. 41f.; Tokugawa 2009: S. 47; Fukuzawa 2008: S. 54). So war es in den frühen Jahren des Tokugawa-Shogunats nicht außergewöhnlich, dass besonders *daimyō*, die in Sekigahara gegen Ieyasu gekämpft hatten, freiwillig Teile ihrer Familie als Geiseln in Edo ließen und immer wieder in Edo residierten, um ihre Loyalität zu beweisen (Tsukahira 1966: S. 36-40; Tokugawa 2009: S. 79f.). Gesetzlich vorgeschrieben wurde das Pendeln zwischen Heimat und Hauptstadt sowie die Ansiedlung der Familie in Edo erst vom dritten Shogun Iemitsu im Jahr 1635, welcher in den folgenden sieben Jahren immer mehr Vorgaben bezüglich der Frequenz der Umzüge, Dauer des Aufenthalts und vieler weiterer Aspekte des *sankin-kotai*-Systems kodifizierte (Fukuzawa 2008: S. 101; Gordon 2009: S. 13). Von dort an mussten alle *daimyō*, ungeachtet der teilweise sehr großen Entfernungen, alle paar Jahre mit allen relevanten Mitgliedern ihres Hofstaats inklusive einer großen Anzahl ihrer Samurai zwischen Edo und ihren eigenen Lehensgebieten hin oder her reisen. Dies bildete den Kern der Überwachungs politik des *bakufu*, welches nie aufhörte, die *daimyō* als potenzielle Kriegsgegner zu betrachten. Das Ziel war es, mögliche Aufstände und Verschwörungen gegen den Shogun drastisch zu erschweren, da die Fürsten und vor allem ihre Familien stets unter direkter Kontrolle des Shogunats standen und aufgrund ihrer prunkvollen Lebensweise als Fürsten in der de facto Hauptstadt und den kostspieligen Prozessionen zwischen ihren eigenen Ländereien und dem Regierungssitz kaum Mittel hatten, solche Subversionen zu finanzieren (Mansfield 2016: S. 22). Das System des *sankin-kōtai* tat genau, was es sollte. Die Kosten, die die *daimyō* aufgrund dieser Praktik zu stemmen hatten, waren gewaltig. Die Größe der Umzüge wurde vom Shogunat abhängig von der Größe und dem Reisertrag des *hans* genau vorgeschrieben. Das ging von der exakten Anzahl an Reitern, Fußsoldaten, Frauen, Sänften- und Lastenträgern, die an der Prozession teilzunehmen hatten, bis zum „Dress-Code“, der vorschrieb, dass alle Teilnehmer möglichst prachtvoll gekleidet und gerüstet sein mussten. Übernachtet wurde ebenfalls in ausgewählten Luxusherbergen entlang des Wegs (Fukuzawa 2008: S. 103).

Das war jedoch noch nicht alles. Die *daimyō* mussten, neben den Umzügen selbst, zwei oder mehr Anwesen inklusive ihrer Haushalte finanzieren. Mindestens eines in Edo und eines in ihrer eigenen Burgstadt, wobei das oder die Anwesen und die Familie des *daimyō* in Edo repräsentativ für sein gesamtes *han* waren. Dementsprechend war die Bauweise der Anwesen

sowie der Lebensstil des *daimyō* und seiner Familie so prunkvoll und kostspielig, wie es innerhalb der aufgrund seines Status auferlegten Einschränkungen möglich war (Gordon 2009: S. 14; Tsukahira 1966: S. 97). Es gab ein festes Regelwerk der feudalen Ordnung, dem sich jeder zu beugen hatte. Sämtlicher Besitz eines *daimyō* oder Samurai wurde durch seinen Rang bestimmt, die Größe seines Wohnsitzes, die Qualität der Einrichtung, welche Fahrzeuge er besitzen durfte, die Kleidung, die er tragen durfte, et cetera. Wichtig dabei war die visuelle Erkennbarkeit des sozialen Standes. Unterschiedliche Kleidungsstücke und ihre Farben, die Architektur und die verbauten Materialien des Wohnsitzes oder die Qualität der konsumierten Güter reflektierten stets den Status des Eigentümers (Nishiyama & Groemer 1997: S. 31).

Im Hiroshima-*han* machten die Kosten der alternierenden Anwesenheit regelmäßig etwa ein Drittel aller Ausgaben aus. Diese Dimensionen waren auch für andere *han* nicht unüblich (Fukuzawa 2008: S. 103; Gordon 2009: S. 14). Neben den finanziellen Bürden schwächte die Entwurzelung der *daimyō* durch das System der alternierenden Anwesenheit, ähnlich wie bei der Umsiedlung der Samurai in die Städte, ihre politische Machtbasis und ihre persönliche Verbindung zu ihrem *han*, was sie stärker vom *bakufu* abhängig machte. Die *daimyō* verbrachten ihre gesamte Kindheit mit ihrer Mutter unter der strengen Aufsicht und Erziehung des *bakufu* in Edo. Zukünftige *daimyō* sahen ihre Heimat frühestens als junge Erwachsene, und selbst nach ihrem Amtsantritt lebten sie und ein großer Teil ihrer Gefolgsleute die Hälfte der Zeit in Edo. Die Entwicklung einer regionalen Identität der *daimyō*, die zum Ungehorsam gegenüber der nationalen Regierung des *bakufu* führen könnte, wurde stark gehemmt und auch der Aufbau einer lokalen Machtbasis durch enge persönliche und politische Verbindungen innerhalb ihres *hans* wurde durch ihre ständige langanhaltende Abwesenheit stark erschwert (Gordon 2009: S. 14). Schlussendlich war die geforderte Anwesenheit in Edo und in der eigenen Domäne eine Art Mittelweg, die den lokalen Einfluss der *daimyō* zwar schwächte, sie aber lange genug vor Ort regieren ließ, dass sie die Kontrolle über ihr Lehen nicht verloren, wie es einst bei den in Kyoto residierenden *shōen*-Fürsten des Mittelalters der Fall gewesen war. Das *sankin-kotai*-System war ein effektives Mittel, um die *daimyō* unter Kontrolle zu halten und das politische System des Tokugawa-Shogunats, das auf so viele Arten und Weisen die Urbanisierung seiner Hauptstadt Edo vorantrieb und beeinflusste, zu erhalten. Allein durch die zeitweise Anwesenheit der um die 250 *daimyō*, von denen manche mit über 3000 Gefolgsleuten in Edo residierten, sorgte dieses System für einen signifikanten Anstieg der Einwohnerzahl Edos (Fukuzawa 2008: S. 99).

Die Anwesenheit in Edo machte aus den sonst weitestgehenden unabhängigen regionalen Fürsten bürokratische Agenten des Shoguns und seiner nationalen Regierung. Das Ergebnis

war die Schaffung eines starken politischen Zentrums, das die anderen Regionen des Landes dominierte und die feudale Autonomie der *daimyō* stark beschnitt (Tsukahira 1966: S. 2). Darüber hinaus wirkte es sich aber auch auf andere Aspekte der japanischen Gesellschaft der Edo-Periode aus, die instrumental für den Aufstieg und die bis heute erhaltene Dominanz Edos unter den japanischen Städten waren. Neben der Errichtung von Kommunikationswegen für das Steuer- und Regierungssystem des *bakufu* waren die kostspieligen Prozessionen der *daimyō* einer der wichtigsten Treiber für den Ausbau des Verkehrsnetzes, welches, wie im folgenden Kapitel genauer beschrieben, essenziell für die nationale Wirtschaft, den intranationalen Handel und die Versorgung Edos war (Tsukahira 1966: S. 2f., S. 82). Ebenso wurden die in Kapitel acht ausgeführten kulturellen Entwicklungen, welche das urbane Leben der Bewohner Edos prägten, durch die enge Verbindung der *daimyō* und ihrer Gefolgsleute mit der Stadt überall auf den japanischen Inseln verbreitet, was einerseits Edo im Laufe der Edo-Periode zum kulturellen Zentrum Japans machen sollte und schlussendlich auch den Grundstein für die Entstehung einer nationalen japanischen Kultur und Identität setzte (ebd.: S. 3; Tokugawa 2009: S. 81). Die institutionell erzwungene Ansiedlung der *daimyō* und ihrer Gefolgschaften in Edo sowie ihr Reiseverhalten zwischen der Hauptstadt und ihrer Heimat spielten eine entscheidende Rolle darin, die Stadt zum kulturell und wirtschaftlich attraktivsten Migrationsziel Japans zu machen. Auch das rasante Wachstum Edos hatte seine Initialzündung mit der aktiven Ansiedlung von Soldaten und *daimyō*, als Folge der Ernennung Tokugawa Ieaysus zum Shogun und der Einführung des Systems der „alternierenden Anwesenheit (*sankin kotai*)“.

7. Die insulare Ökonomie der Edo-Periode

7.1. Grundlegende Strukturen der Wirtschaft

Dieses erste Unterkapitel zu den wirtschaftlichen Entwicklungen untersucht die grundlegenden Systeme und Institutionen der japanischen Wirtschaft sowie die unmittelbaren Auswirkungen der Friedensdividende, die sich nach dem Ende des Bürgerkrieges einstellte, auf diese. Es wird aufgezeigt, wie das allgemeine Bevölkerungswachstum, die Umsiedlung der Samurai und die typisch japanische Familienstruktur der „*ie*“ die Wirtschaft stimulierten und direkt zum Wachstum Edos beitrugen. Zusätzlich wird die wichtige Rolle der japanischen Straßen- und Seerouten für die zentrale Regierung, den intranationalen Handel, das Steuersystem und die Versorgung von Edo erörtert. Die Diversifizierung der Wirtschaft und die enge Vernetzung der japanischen Regionen schufen einen bürokratisch durchorganisierten, florierenden

Binnenmarkt, der hohe Ansprüche an die Bildung der Bevölkerung stellte und in dem sich Edo als wirtschaftliches Zentrum Japans etablieren konnte, was ein weiterer Wachstumsfaktor für die Stadt war.

Die frühe und rasche Urbanisierung Japans, allem voran Edos, unter der Herrschaft der Tokugawa-Shogunats war mit einer Vielzahl ökonomischer Entwicklungen verbunden. Die Ernennung Tokugawa Ieyasus zum Shogun markierte das Ende mehrerer Jahrhunderte kriegerischer Auseinandersetzungen. Diese „Pax Tokugawa“ war die Grundvoraussetzung für das gewaltige Bevölkerungswachstum, das im folgenden Jahrhundert auf den japanischen Inseln stattfand. Laut Ikegami und Tilly (2019) ist Krieg aus volkswirtschaftlicher Sicht die teuerste und verschwenderischste Aktivität, die ein Staat betreiben kann. Neben der direkten positiven Wirkung auf die Bevölkerungszahlen durch das Ausbleiben von Kriegstoten sorgte der Frieden dafür, dass die gewaltigen Summen an Kapital und Arbeit, die der Bürgerkrieg verschlungen hatte, nun in den Ausbau der nationalen Wirtschaft und Infrastruktur flossen (Ikegami & Tilly 2019: S. 432). Es existieren keine exakten Angaben, aber die Bevölkerung Japans hat sich im Laufe des 17. Jahrhunderts mehr als verdoppelt oder beinahe sogar verdreifacht (von 12-18 Mio. auf 28-30 Mio.). Dieses Wachstum wurde von den ökonomischen Entwicklungen gestützt, welche durch die Zeit des Friedens ermöglicht wurden, und die wiederum von der wachsenden Population und damit Arbeitskraft sowie Nachfrage profitierten. Diese Entwicklungen waren ein stetig wachsender Agrarsektor, zunehmende Diversifikation, regionale Spezialisierung und interregionaler Handel (Brown 2007: S. 71; Totman 1993: S. 140).

Wie es sich bereits in den Burgstädten der Sengoku-Periode etablierte (siehe Kapitel 4), siedelte Tokugawa Ieyasu seine Soldaten an seinem neuen Regierungssitz an. Da er nun aber Shogun war, bedeutete dies, dass jederzeit ein Großteil des japanischen Militärs in Edo stationiert war und somit zum lokalen Bevölkerungswachstum beitrug und ein wichtiger Stimulus für die lokale Wirtschaft und den Handel war. In Verbindung mit dem System der alternierenden Anwesenheit schuf die große Anzahl an Soldaten und Herrscherfamilien eine für die damalige Zeit gewaltige Nachfrage nach Konsumgütern, Behausungen und Infrastruktur. Dieser wachsende Bedarf wurde von Händlern, Bauarbeitern und Handwerkern gestillt, die von allen Teilen des Reiches in die neue Hauptstadt strömten (Nishiyama & Groemer 1997: S. 29, 37; Tsukahira 1966: S. 2; Fukuzawa 2008: S. 97). Über Edo hinaus sorgten die wachsende Bevölkerung und zunehmende Urbanisierung im ganzen Land für einen Anstieg der Nachfrage nach einer Vielzahl an verschiedensten Gütern und Dienstleistungen, welche ohne

internationalen Handel nur durch ein diversifiziertes Wachstum der gesamten Wirtschaft gedeckt werden konnte (Totman 1993: S. 140).

Der *ie* oder „Haushalt“ war eine grundlegende soziale Einheit in den Dörfern und Städten Japans. Der *ie* ist ein typisch japanisches Familiensystem, das vor der Edo-Periode vor allem bei den Samurai verbreitet war, im Laufe dieser aber auch Verbreitung bei den Kaufleuten, Handwerkern und vor allem Bauern fand. Dieses Familienkonzept sah vor, dass der „Haushalt“, der in diesem Falle sämtlichen Besitz einer Familie inklusive ihrer Einkommensgrundlage, wie Land, Angestellte oder ein Betrieb, vollständig an den fähigsten Erben vererbt wird, während alle anderen Familienmitglieder lediglich dazu angewiesen sind, diesen in der erfolgreichen Weiterführung des *ie* zu unterstützen. Das Hauptziel dabei war der fortwährende Bestand des *ie*, wobei das Vorgehen und die Abwägungen eher einem Unternehmen glichen als einer Familie. Der „geeignetste“ Erbe war in diesem Fall nicht zwingend der älteste, wie es in vielen anderen Bereichen der Welt üblich war, sondern tatsächlich derjenige, der die besten Fähigkeiten und Eigenschaften dafür hatte, den *ie* erfolgreich weiterzuführen. Das konnte einer der jüngeren Söhne, der Ehemann einer Tochter oder sogar ein fähiger Angestellter sein. Fiel die Wahl nicht auf die Söhne des aktuellen Kopfs des Haushalts oder gab es keine, wurde der gewählte Erbe in die Familie eingeheiratet und/oder adoptiert. Die materiellen Besitztümer eines Haushalts gehörten jedoch nicht dessen Oberhaupt, sondern dem Haushalt als Institution selbst. So gesehen war der Erbgegenstand die leitende Funktion innerhalb des *ie* und nicht dessen materieller Wohlstand. Wenn auch am meisten in den höheren Schichten der Gesellschaft verbreitet, passte das Familienmuster des *ie* perfekt zur Politik des Tokugawa-Shogunats, das stets das Ziel der gesellschaftlichen Stabilität und Ordnung verfolgte, weshalb dieses die Verbreitung des *ie* in den anderen Schichten und Ständen der Gesellschaft begrüßte. Die Stabilität der auf diese Weise nicht mehr ständig aufgeteilten und von fähigen Betreibern geführten Unternehmen und Agrarbetrieben ermöglichte diesen häufig ein kontinuierliches Wachstum und trug so zum allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung bei.

Das System des *ie* führte auf diese Weise auch zu einer großen Zahl an jungen Männern und Frauen, die zumindest nach einer gewissen Zeit nach der Übernahme des Haushalts durch eines ihrer Geschwister oder eines anderen Mitglieds des *ie* diesen zu verlassen hatten und sich ihre eigene Existenzgrundlage suchen mussten. Manche Nicht-Erben wurden von der Familie ihrer Ehepartnerinnen adoptiert, andere hingegen suchten nach einer Ausbildung sowie einer dieser folgenden Anstellung in den Städten. Die Suche nach einer neuen Existenzgrundlage der nicht-erbenden Nachkommen der japanischen *ie* führte also zu einer ständigen Zuwanderung vom Land in die Städte (Nakane 1990: S. 216-221). Der Zulauf in den Städten wurde zusätzlich

dadurch verstärkt, dass es der japanischen Bevölkerung aufgrund der *sakoku*-Edikte untersagt war, das Land zu verlassen. In Verbindung mit der geringen Nachfrage an Soldaten im befriedeten Japan kamen die in anderen Teilen der Welt damals üblichen Professionen heimatloser junger Männer wie Matrose oder Söldner also nicht in Frage und eine Anstellung in den japanischen Städten war für viele die einzige Option¹⁹. Ebenfalls war speziell Edo ein besonders attraktives Ziel für Arbeitsuchende, da die gewaltige Population an wirtschaftlich unproduktiven Samurai eine dementsprechend gewaltige Nachfrage an Waren und Dienstleistungen zur Folge hatte und viele *daimyō* einen Großteil ihres Budgets auf dem Weg nach oder in Edo ausgaben (Fukuzawa 2008: S. 96; Tsukahira 1966: S. 97).

Ein wichtiger Faktor für die Versorgung einer so großen Stadt wie Edo war das Straßennetz, welches Edo mit den Regionen und Städten des Reiches verband. Der Ausbau des nationalen Straßennetzes spielte auf regionaler Ebene eine untergeordnete Rolle, je größer jedoch der Einfluss einer überregionalen beziehungsweise nationalen Regierung, desto höher die Priorität des Ausbaus der Verkehrs- und Informationsnetze. So begann das Shogunat sehr schnell das japanische Straßennetz auszubauen, denn für den Shogun waren die Straßen das Kommunikationsnetz, mit dem er sein Reich regierte. Hinzu kam, dass er die Versorgung und Behausung seiner Armee sicherstellen musste, und die regionalen *daimyō* nicht nur ebenfalls Interesse an den gelieferten Waren hatten, sondern ab dem Jahr 1635 mit dem System der „abwechselnden Anwesenheit“ auch selbst auf den Straßen entlang der Poststationen des Reiches zwischen Edo und ihren eigenen Lehen reisen mussten. Während das Reisen vor der Edo-Periode, erschwert durch die vielen Ländergrenzen, noch mühsam und gefährlich war, integrierte das ausgebaute nationale Straßennetz jedes noch so kleine Dorf in den japanischen Binnenmarkt und die ökonomische Relevanz dieser Straßen führte dazu, dass sich im Umkreis der großen Städte zunehmend Leute entlang der Straßen, die diese mit den umliegenden Dörfern und Städten verbanden, ansiedelten. Mit der Zeit verschmolzen die größeren Städte dadurch mit den umliegenden Siedlungen (Bodart-Bailey 2003: S. 108; Tokugawa 2009: S. 76).

Dabei darf neben der Erleichterung des Transports die Rolle eines effizienten Kommunikationssystems für das Erstarken des japanischen Binnenmarktes nicht unterschätzt werden. Während der Transport gleichermaßen von den neuen Land- und Seerouten profitierte, war für die Kommunikation besonders das Straßennetz von großer Bedeutung. Die Straßen, die zu Beginn vor allen dazu dienten, die drei Metropolen (Edo, Kyoto und Osaka) miteinander zu verbinden, wurden im Laufe der Edo-Periode immer verzweigter, und die Verbindungen zu den

¹⁹ Hier ist die Ausnahme der *wakō*-Piraten zu nennen, die auch in der Edo-Periode in großer Zahl das japanische Meer plagten (Goble 2007: S. 60f.; Fukuzawa 2008: S. 114f.).

vielen kleineren Burgstädten, Häfen, Tempeln, Märkten und Poststationen schufen ein nationales Informationsnetzwerk, durch welches Informationen in für die damalige Zeit rasanter Geschwindigkeit im ganzen Land verbreitet werden konnten. Obwohl die Förderung des Straßennetzes und der Poststationen durch das *bakufu* eigentlich zum Ziel hatte, die eigenen administrativen und politischen Aufgaben, wie die Kommunikation von Gesetzen, die Erstattung von Steuerberichten, die Bewegung von Truppen oder die Umzüge der *daimyō* zu vereinfachen, profitierten natürlich auch die Kaufleute von dieser Infrastruktur. Schlussendlich war es ihre Aufgabe, Angebot und Nachfrage zusammen zu führen, und die rasche Kommunikation zwischen den Produktionsstätten auf dem Land oder in einer Stadt und den Märkten in den anderen Städten war dabei eine erhebliche Erleichterung.

Gerade die lückenlose Versorgung einer so gewaltigen Stadt wie Edo mit ihrer großen Zahl an Bewohnern und vor allem Samurai wäre ohne die enge kommunikative Integration der nationalen Märkte nicht möglich gewesen (Moriya 1990: S. 105f.; Mansfield 2016: S. 26f.). Die Kaufleute konnten sich dieses Informationsnetzes glücklich schätzen, denn innerhalb der japanischen Gesellschaft der Edo-Periode war es die Pflicht des Standes der Kaufleute, für eine angemessene Güterversorgung innerhalb der Stadt zu sorgen. So kam es vor, dass, wenn die Bewohner Edos das Gefühl hatten, dass die Kaufleute dieser Pflicht nicht nachkamen, sie ihren Frust an deren Ständen und Läden ausließen, wie es im Frühling 1787 der Fall war, als eine Verknappung von Reis, die zu einer enormen Preiserhöhung führte, bei den folgenden Unruhen an die 1000 Läden zerstört wurden, oder, als 1733 Reishilfen der Regierung von Edo in den Nordosten Japans gesendet wurden, die Bevölkerung aber die Schuld des damit verbundenen verringerten Reisangebots auf einen der größten Reishändler der Stadt schob und dementsprechend seinen Laden attackierte (Ikegami & Tilly 2019: S. 451).

Die landesweite Zustellung von Nachrichten, Paketen und Bargeld gewann im neu wiedervereinten Japan so schnell an Bedeutung, dass die ursprünglich vom *bakufu* und einigen einflussreichen *daimyō* betriebenen, quasi staatlichen Routenbetreiber aufgrund von unter anderem einer zu großen Nachfrage bereits in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts von privaten Lieferdiensten abgelöst wurden. Die Priorität offiziellen Schriftverkehrs gegenüber privatem blieb jedoch erhalten. Unter extremen Bedingungen gelang es manchen Botendiensten, die 500 km lange Strecke von Edo nach Osaka in zwei Tagen zurückzulegen (Moriya 1990: S. 108-112).

Die große Bedeutung der Dokumentation und des Schriftverkehrs für die Wirtschaft und das Steuersystem förderten die Alphabetisierung des Landes und damit die schriftliche Aufzeichnung aller Aspekte des alltäglichen Lebens. Das hohe Maß an Bürokratie der

politischen und ökonomischen Systeme des Landes stellte für die damalige Zeit sehr hohe Ansprüche an die Bildung aller Stände. Neben den Samurai war eine erstaunliche Anzahl an Stadtbewohnern und Bauern in der Lage, zu lesen, zu schreiben und zu rechnen. Während sich auf dem Land vor allem die Dorfvorsteher, im Zusammenhang mit der Bestimmung und Dokumentation der erbrachten Steuersummen, Gebrauch von diesen Fähigkeiten machen mussten, waren sie in den Städten weiter verbreitet. Die kommerziellen Aktivitäten der Stadtbevölkerung erforderten Kostenkalkulationen, das Ausstellen von Aufträgen und Rechnungen sowie eine entsprechende Buchhaltung (ebd.: S. 118).

Der Ausbau des Straßennetzes erleichterte zweifelsfrei auch den Gütertransport, was dem Handel und der Wirtschaft zugutekam. Im Gegensatz zur Kommunikation war der Landweg für die Ausweitung des Gütertransports aber nur von zweitrangiger Bedeutung. Die wachsenden Gütermengen, die innerhalb des immer intensiver vernetzten Binnenmarkts bewegt werden mussten, wurden an erster Stelle über Wasser transportiert. Trotz der häufig kurzen und reißenden Flüsse, die die Gebirge-Inselgeographie des Landes mit sich brachte, darf die Wichtigkeit der relativ wenigen befahrbaren Flüsse nicht unterschätzt werden. Der Yodo verband beispielsweise die Küstenstadt Osaka mit dem im Landesinneren liegenden Kyoto. Der Löwenanteil an Fracht fiel dennoch den Seerouten zu. Die Schifffahrt entlang der West-, Ost- und Kamigata-Routen stellte die Hauptschlagadern des inländischen Handels dar, allem voran die West-Route, die Osaka mit allen wichtigen Häfen des japanischen Meeres verband (Moriya 1990: S. 106f.).



Die wichtigsten Seerouten und Straßen nach Moriya (1990: S. 101).

Hier zeigt sich klar einer der Vorteile, die der japanische Binnenmarkt aufgrund der Insellage des Landes hatte, der Transport per Schiff war der effizienteste und beim Transport großer Mengen und Gewichte über weitere Strecken irgendwo auch der Einzige, der im 17. und 18. Jahrhundert zur Verfügung stand. Viele Länder, die Küsten oder ausreichend große Flüsse besaßen, hatten dementsprechend bedeutende Hafenstädte, die essenziell für ihre nationale Wirtschaft waren. Die Besonderheit Japans war jedoch, dass jede einzelne wirtschaftlich relevante Region sich in Küstennähe befand und alle Regionen des Landes über Seewege miteinander verknüpft werden konnten. Diese gewaltige Erleichterung des Güterverkehrs und damit des interregionalen Handels kam logischerweise vor allem dann zum tragen, als das Land wiedervereint war und die einzelnen Gebiete wieder miteinander Handel trieben, statt sich zu bekämpfen. Die zentrale Regierung und die *daimyō* der frühen Edo-Periode waren also sehr darauf bedacht, den Ausbau der Häfen und Umschlagplätze entlang der Seerouten voranzutreiben (Ohno 2018: S. 26). Immerhin waren alle StadtbewohnerInnen innerhalb der immer größer werdenden Städte, inklusive der Fürsten und Samurai, komplett von der Ver- und Entsorgung durch andere abhängig, von der Lebensmittelbeschaffung bis zur Abfallentsorgung. Die wachsende Versorgungsleistung durch die verbesserten Verkehrswege war ein essentieller Bestandteil des Städtewachstums (Jun 2019: S. 234).

Ein weiterer wichtiger Grund dafür, dass das *bakufu* so interessiert am Ausbau des Gütertransports war, war das Steuersystem, welches bereits seit der Zeit Toyotomi Hideyoshis auf Reis basierte. Die wirtschaftliche Leistung, und damit auch das Ansehen eines *hans*, wurde ebenfalls an der Menge an produzierten Reises gemessen. Die Maßeinheit dafür war das *koku*, welches mit circa 180 Litern den jährlichen Reiskonsum einer Person widerspiegeln sollte (Ohno 2018: S. 26; Tsukahira 1966: S. 14f.). Diese Reissteuer wurde pro Dorf berechnet, eingetrieben und anschließend zu den großen Reismärkten transportiert, von denen aus sie in alle Regionen Japans verkauft wurden. Osaka war mit Abstand der wichtigste und größte Reismarkt des Landes. In Osaka war es auch, wo die japanischen Händler im Jahr 1730 damit begannen, mit Reisernten zu handeln, noch bevor diese eingefahren wurden, und es wird davon ausgegangen, dass der Reismarkt in Osaka der erste „Futures-“ oder Terminkontraktmarkt der Weltgeschichte war. Auch das Shogunat liquidierte in der ersten Hälfte der Edo-Periode dort den Großteil seiner Steuern (Ohno 2018: S. 26, 28).

In der frühen Edo-Periode etablierte sich ein Handelssystem, bei dem die unterschiedlichen *hans* und die anderen großen Städte, so auch Edo, bilateral mit dem zentralen Markt in Osaka handelten, während sie nur sehr wenig untereinander handelten. Als die Produktionskapazitäten und Warenvielfalt in den unterschiedlichen Regionen des Landes immer weiter wuchsen, wurde

jedoch zunehmend auf direktem Wege oder zwischen kleineren lokalen Märkten untereinander gehandelt. In der zweiten Hälfte der Edo-Periode verschob sich dadurch das ökonomische Zentrum Japans in Richtung Edo, wo sich unter anderem der mit Abstand größte Absatzmarkt für jede Art von Konsumgütern befand (ebd.: S. 30; Fukuzawa 2008: S. 98). Auf diese Weise wurde zusammen mit dem Reiseverhalten der *daimyō*, deren kontinuierliche Umzüge sich als wichtige Treiber für überregionale wirtschaftliche Beziehungen herausstellten, ein florierendes internes Handelsnetz mit Edo als zentralem Knotenpunkt geschaffen, das Industrien hervorbrachte, die nicht mehr rein vom lokalen Markt abhängig waren (Tsukahira 1966: S. 2f.). Das wirkte sich auch auf den Reishandel und das Umzugsverhalten der Bevölkerung aus, wodurch das allgemeine Stadt- und Bevölkerungswachstum stärker in Richtung Edo kanalisiert wurde (Totman 1993: S. 141).

Während der Sengoku-Periode (1467-1568) gab es viele unterschiedliche Steuersysteme auf den japanischen Inseln. Manche basierten auf Geld, manche auf Naturalien und wieder andere stellten eine Art von Mischform dar. Oda Nobunaga versuchte ein monetäres Steuersystem zu fördern, doch die japanischen Inseln hatten im Laufe ihrer Geschichte immer wieder Probleme damit, ein stabiles Währungssystem zu erhalten. Einer der Hauptgründe dafür war vermutlich, dass der stark schwankende Zufluss an als hochwertig angesehenen chinesischen Münzen die Wechselkurse zwischen den vielen verschiedenen sich im Umlauf befindlichen sonstigen Münzen andauernd durcheinanderbrachte. Die Versuche, feste Wechselkurse gesetzlich festzuschreiben, schlugen immer wieder fehl, da die Bevölkerung die Münzen aus China immer vorzog, und dabei den festgeschriebenen Kursen wenig Beachtung schenkte. Die Schwankungen des Geldwerts hatten damit allerdings zur Folge, dass das Vertrauen in Bargeld als Tauschmittel historisch sehr viel geringer war als in vergleichbaren Volkswirtschaften. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts erreichte das Vertrauen in Bargeld, aufgrund der mit dem Isolationismus der Ming-Dynastie zusammenhängenden Verknappung von chinesischen Münzen, wieder einmal einen Tiefpunkt (Fukuzawa 2008: S. 79-84).

Ein zweiter entscheidender Grund für die Einführung und den Beibehalt der Reissteuern ist mit den begrenzten ökonomischen Möglichkeiten des Herrscherstandes der Samurai verbunden. Neben dem Monopol auf den Bergbau, den internationalen Handel und das Prägen von Münzen war für das *bakufu* die Besteuerung die wichtigste Einnahmequelle der zentralen Regierung. Mit dem Eintreiben von Reis als Gut konnte diese Einnahmequelle wesentlich profitabler gestaltet werden. Es ist logisch, dass es große Reispreisunterschiede in den unterschiedlichen Regionen des Landes gab. Wo es viel Angebot und wenig Nachfrage gab, wie zum Beispiel in den ländlichen Gebieten, waren die Preise niedrig. War das Angebot gering und die Nachfrage

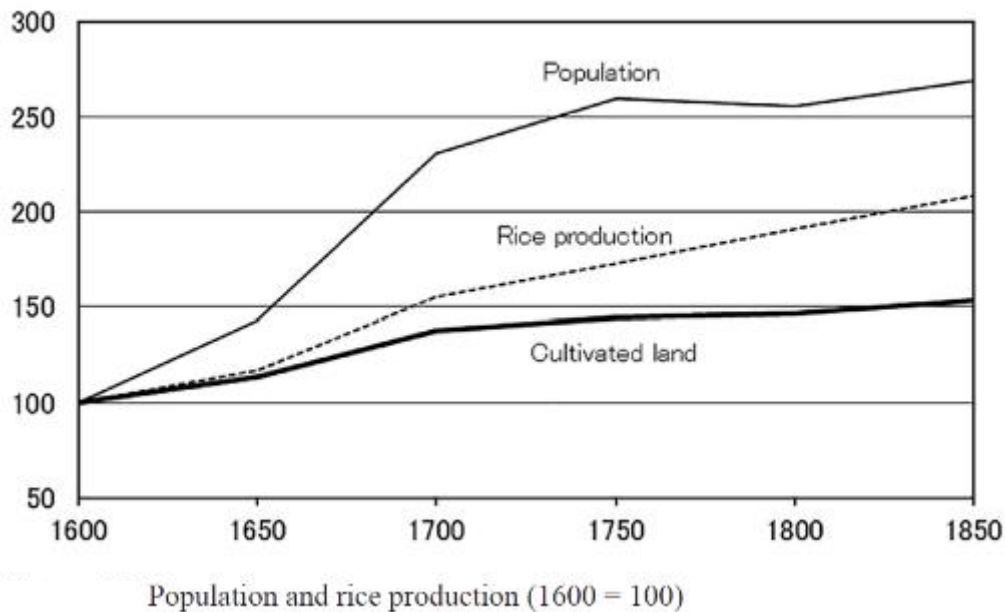
groß, wie es in den Städten der Fall war, waren die Preise sehr hoch. Mit dem Eintreiben von Reis auf dem Land und dem Verkauf in Stadt, konnte das *bakufu* zusätzliche Gewinne durch Arbitrage erzielen (ebd.). Der entscheidende Nachteil war lediglich der Transport großer Gütermengen durch das ganze Land, oder genauer, um das ganze Land herum, denn die durch diesen Nachteil entstehenden Kosten konnten dank der Seerouten entlang der Küste relativ geringgehalten werden (Ohno 2018: S. 26). Eine weitere Folge der Reisteuer war die graduelle relative Verarmung der von Reis abhängigen Regierung, *daimyō* und Samurai. Im Laufe der Edo-Periode entwickelte sich das Hauptaugenmerk der japanischen Wirtschaft weg von der Subsistenz hin zur kommerziellen Landwirtschaft und später zum Handwerk. Die Steuerbasis des Tokugawa-Regimes, und damit auch das Einkommen der Samurai, blieb jedoch die Reisproduktion. Während die Produktion von allem, was nicht Reis war, also stetig anstieg, wurde die Reisproduktion ein immer geringerer Teil der nationalen Wirtschaft. Der wirtschaftliche Trend, der sich daraus für die Edo-Periode ergab, war, dass sich das *bakufu* und die Regierungen der *hans* finanziellen Krisen gegenübersehen und die Samurai immer weiter verarmten, während die Bauern und vor allem die Kaufleute immer wohlhabender wurden (Ohno 2017: S. 27).

7.2. Entwicklungen der Landwirtschaft und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen

Die in diesem Unterkapitel ausgeführten Entwicklungen der Landwirtschaft können in zwei Phasen unterteilt werden: Die Ausweitung der Ackerflächen und später die Intensivierung und Effizienzsteigerung der Landwirtschaft auf den bestehenden Feldern. Als Inselgruppe unterliegt die Fläche Japans einer natürlichen Begrenzung, weshalb die Eingriffe in das Ökosystem zur Erschließung neuer Anbauflächen immer drastischer wurden. Als die damit verbundenen Schäden und Probleme zu groß wurden, stoppte die nationale Regierung die Ausweitung der Ackerflächen und Bauern setzten auf Intensivierung und Diversifizierung, um das Wachstum des Agrarsektors beizubehalten. Die Insellage schuf mit der starken Einschränkung des Außenhandels ein geschlossenes wirtschaftliches System, das durch Protektionismus und die Endlichkeit seiner Ressourcen charakterisiert war, was auch die Arbeitsweisen und Mentalität der japanischen Bevölkerung prägte. Der Wandel von der Subsistenz zur kommerziellen Landwirtschaft war wichtiger Treiber für das Wachstum des nationalen Markts und Wohlstands, die in Verbindung mit der Ressourcensparsamkeit die Überschüsse schufen, die für die außergewöhnliche Urbanisierung des Landes nötig waren. Allerdings übte diese

Entwicklung auch zusätzlichen Druck auf die Finanzen der nationalen und regionalen Regierungen aus, da es diesen nicht gelang, ihre Steuerbasis sinnvoll über die Reisproduktion hinweg auszuweiten. Es gab diverse Reformversuche, wie die Kyōhō-Reformen zu Beginn des 18. Jahrhunderts, die die öffentlichen Haushalte entlasten sollten. Diese blieben jedoch erfolglos (Totman 1993: S. 280f.). Das hatte zur Folge, dass das *bakufu* und die *han* im Vergleich zum allgemeinen Wirtschaftswachstum relativ verarmten.

Die japanische Gesellschaft der Edo-Periode war eine Agrargesellschaft. Der Stand der Bauern machte zu Beginn um die 90 Prozent der Bevölkerung aus und dieser Anteil reduzierte sich über die Jahrhunderte nur leicht. Die Bauern waren gesetzlich dazu verpflichtet, ihr zugewiesenes Ackerland zu bestellen. Ihre Parzelle zurückzulassen und umzuziehen war ihnen untersagt, und auch wenn die Vorschrift nicht immer eingehalten wurde, trug sie durchaus dazu bei, dass es wenig Bevölkerungsbewegungen zwischen den Dörfern gab. Mit der Umsiedelung der Samurai in die Städte lag die administrative und politische Verantwortung der Dörfer und der Landwirtschaft in den Händen der Bauern selbst. Sie stellten Dorfvorsteher, verhandelten über ihre Steuersätze und lehnten sich häufig gegen unfaire oder unsinnige Vorschriften von Seiten ihrer *han* auf. Insgesamt waren die Bauerndörfer gesellschaftlich sehr aktiv und autonom. Obwohl die Landbevölkerung der Edo-Periode häufig als hungernd und von hohen Steuern unterdrückt beschrieben wird, waren die Bauern vor allem im Westen Japans und gegen Ende der Edo-Periode relativ wohlhabend, wenn man sie mit denen in anderen präindustrialisierten Ländern in einem ähnlichen Stadium vergleicht (Ohno 2018: S. 24). Grund dafür waren höchstwahrscheinlich die einzigartigen japanischen Stände- und Steuersysteme, die im Laufe der Edo-Periode zur relativen Verarmung auch der Samurai führten. Das Wachstum der Agrarwirtschaft war von zwei Phasen gekennzeichnet: Erst von der quantitativen Expansion des Ackerlandes, und, da Japans Fläche nun mal sehr begrenzt ist, später von der qualitativen Intensivierung der Landwirtschaft:



(Ohno 2018: S. 25).

Bereits die *sengoku-daimyō* investierten aufgrund des hohen militärischen und wirtschaftlichen Konkurrenzdrucks untereinander stark in die Kultivierung des Landes und dabei besonders in das Anlegen von Reisfeldern für den Nassfeldbau. Während in früheren Zeiten nur wenige Gebiete konstant ausreichend Wasser dafür hatten, wurden in der späten Sengoku- und der frühen Edo-Periode die Bewässerungsinfrastruktur im großen Stil ausgebaut. Die Effizienz dieser Maßnahmen wuchs durch die Befriedung des Landes und die Kooperation unterschiedlicher *hans* bei Großprojekten der Wasserwirtschaft zu Beginn der Edo-Periode immens und hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Landwirtschaft (Tokugawa 2009: S. 72f.). Die rasche Ausweitung der verfügbaren Ackerfläche war ein entscheidender Faktor, der den japanischen Inseln ein Bevölkerungswachstum und eine Urbanisierungsrate ermöglichte, die für einen prä- bis frühmodernen Staat eine absolute Besonderheit darstellte (Nakane 1990: S. 215; Ohno 2018: S. 25). Innerhalb des Zeitraums von 1450 bis 1720 wurden die Anbauflächen der japanischen Inseln verdreifacht, wobei die Bemühungen der ersten Hälfte der Edo-Periode maßgeblich zu dieser Vervielfachung beitrugen (Totman 1993: S. 149).

Der Anstieg der Bevölkerung und des Ausmaßes der städtischen Gesellschaft zusammen mit der Verankerung von Privilegien schufen eine Nachfrage nach Ressourcen, die die verfügbaren Vorräte an nicht erneuerbaren Ressourcen erschöpften. Als Insel war das Land und damit auch die biologische Produktivität Japans begrenzt. Darüber hinaus ermöglichte die Insellage die Monopolisierung des Außenhandels durch das *bakufu*, dem es mit seiner Außenpolitik gelang, aus dem japanischen Archipel ein geographisch quasi abgeschlossenes Wirtschaftssystem mit

einer dadurch relativ stark begrenzten Anzahl an Nutzflächen und natürlichen Ressourcen zu machen²⁰. Gleichzeitig verbrauchten die vielen neuen und stetig wachsenden Städte der Edo-Periode Unmengen an langsam wachsendem Bauholz und die einzelnen Haushalte und Betriebe, wie Schmieden oder Siedereien, benötigten ebenso gewaltige Mengen an Brennholz. Entlang der Grenzen zwischen Dörfern und *hans* brachen regelmäßig Streitigkeiten um die begrenzten natürlichen Ressourcen aus. Der hohe Steuerdruck, der von den verarmenden Regierungen ausging, zwang die Bevölkerung jedoch, die vorhandenen Ressourcen und die eigene Arbeitskraft so stark auszunutzen, wie es nur ging, um die geforderte Produktivität aufrechtzuerhalten (Totman 1993: S. 224-229). Die Organisationsstruktur der bäuerlichen Arbeit auf Familienbasis förderte die Einbindung der Arbeitskraft aller Geschlechter und Altersgruppen. Die steigenden Anforderungen führten in Verbindung mit der zusätzlichen Belastung durch Fronarbeiten für den Unterhalt der Straßen und Regulierung der Flüsse zu besser koordinierten und disziplinierten Arbeitsabläufen, steigende Nebenerwerbe und zur Zunahme von Nacht- und Saisonarbeit. Die harte Arbeit wurde als Erfüllung der Pflicht und als Dienst am Vaterland von Moralisten gelobt und hochstilisiert. Kinderarbeit ab acht Jahren war keine Seltenheit (Totman 1993: S. 262f.).

Hochwertiges Bauholz wurde in Japan seit jeher wiederverwendet. Mit dem wachsenden Ressourcenmangel der Edo-Periode wurde diese Praktik jedoch auch auf Holzabfälle und industrielle Nebenprodukte angewendet und die Verwendung aller Teile eines gefällten Baumes wurde genau reguliert. Ab dem späten 18. Jahrhundert wurden auch Aufforstungsprojekte durchgeführt (Totman 1993: S. 262, 268f.). Die Holzknappeit hatte zur Folge, dass energieintensive Branchen wie Salzsieder begannen, Steinkohle zu verbrennen, was den Beginn von Japans Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen einleitete. Der Kohlebergbau wurde im weiteren Verlauf der Edo-Periode immer weiter intensiviert (ebd.: S. 272, 279). Der permanente Appell des *bakufu*, die begrenzten Ressourcen zu schonen und sich möglichst bescheiden zu verhalten, prägte nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Mentalität der japanischen Bevölkerung der zweiten Hälfte der Edo-Periode. Mit dem Ende des 17. Jahrhunderts wurde die rapide Ausweitung des Ackerlandes nach und nach eingeschränkt. Die aufgrund der Insellage stark begrenzte Verfügbarkeit von flachem und offenem Land zwang die Bauern, auf der Suche nach neuen Ackerflächen immer ungeeigneteres Land zu erschließen, was nur mit immer drastischeren Eingriffen in das Ökosystem möglich war. Die negativen

²⁰ Neben dem vom *bakufu* genehmigten Handel über Tsushima und die Ryūkyū-Inseln gab es natürlich auch Schmuggler, die sich über das Außenhandelsverbot des Shogunats hinwegsetzten. Der Umsatz an Waren war dennoch sehr gering (Totman 1993: S. 142).

Auswirkungen der Landerschließung und der Rodung der Wälder, wie Mangel an Brennholz, Bauholz, ausreichender Arbeitskraft zur Bestellung der vielen neuen Felder sowie häufigere Fluten, die durch die fehlende Vegetation ungehindert durch das Land rauschten, wurden zunehmend spürbar. Die Lage und die Böden der Felder waren teilweise von fragwürdiger Qualität und sehr anfällig für die Bodenerosionen, Verschlickung der Flüsse, Fluten, Dürren, stärkere Nordwinde und andere negative Effekte, die mit den Eingriffen in das Ökosystem der Inseln einhergingen. Die mit dieser Problematik verbundenen Ernteaussfälle führten in besonders schlechten Jahren sogar zu Hungersnöten, weshalb die Erschließung von Ackerland stark reguliert und die Rodung von Flussauen komplett untersagt wurde (Totman 1993: S. 230f.; Ohno 2018: S. 25).

Die kurzen Flüsse Japans waren aufgrund des gebirgigen Terrains bereits von Natur aus schnell und reißend, besonders während der Monsunsaison. In Verbindung mit den ökologischen Trends der Edo-Periode wurden groß angelegte Projekte zum Flussmanagement unverzichtbar, um die Dörfer und damit auch die Steuererträge vor Überschwemmungsschäden zu schützen. Die Unterhaltung der Flüsse war extrem arbeitsintensiv und die errichteten Infrastrukturen mussten permanent instandgehalten und erneuert werden. Ein deutscher Ingenieur, der in der Meiji-Periode (1868-1912) nach Japan kam, um den Wasserbau Japans zu unterstützen, berichtete, dass es in Japan keine Flüsse gäbe, sondern nur Wasserfälle. Trotz der nationalen Koordination der Projekte durch das Shogunat zog dieses die *daimyō* zunehmend in finanzielle Verantwortung für diese kostspieligen Maßnahmen, was wiederum deren strapazierten Haushalt zusätzlich belastete und ihren Bedarf an Steuerabgaben weiter erhöhte (Totman 1993: S. 270f.; Tokugawa 2009: S. 72).

Ab der Mitte des 18. Jahrhundert blieb die Bevölkerungszahl und Fläche an Ackerland ungefähr konstant, während die Reisproduktion weiter zunahm. Das war Maßnahmen wie doppelten Ernten durch verbesserte Bewässerung, der Kultivierung neuer Reissorten, der Verwendung organischer Dünger (meist getrockneter Fisch, aber auch menschliche Exkremente) zu verdanken. Interessant ist, dass das Wachstum im Bereich der Fischerei zu dieser Zeit stark vom Bedarf an Dünger getrieben war und weniger von der Nachfrage nach Fisch als Nahrungsmittel. Die Ausweitung der Fischerei und Algenzucht war eine der wenigen Möglichkeiten der japanischen Bevölkerung, neue Bestände an natürlichen Ressourcen zu erschließen (Totman 1993: S. 150, 273f.). Die Verwendung menschlicher Abfälle als Dünger hatte naheliegenderweise auch eine positive Wirkung auf die Hygienezustände in den Städten und war unter anderem auch auf die relative Seltenheit von Nutztieren auf den japanischen Inseln zurückzuführen (Hanley 1987: S. 9). Damit Schädlinge nicht an den Reis kamen, wurden

pflanzliche Öle, wie beispielweise aus Leinsamen, in die Felder geschüttet. Darüber hinaus wurden neue Anbauwerkzeuge entwickelt und auch das Verlagswesen und die hohe Alphabetisierungsrate machten sich bezahlt. Es wurde eine Vielzahl an Ratgebern gedruckt, die Bauern helfen sollten, ihre Effizienz beim Ackerbau zu steigern. Ein Beispiel ist die elfbändige *nogyo zensho* (Enzyklopädie der Agrikultur) von Miyazaki Yasusada (Ohno 2018: S. 25; Totman 1993: S. 149). Auch die Tatsache, dass das *bakufu* aufhörte, untreue oder unfähige *daimyō* mit dem Entzug ihres Lehens und damit der Verlegung seines Ackerlandes in die Jurisdiktion eines anderen *daimyō* zu bestrafen, hatte eine stabilisierende Wirkung auf die Organisation und damit die Ernten der Landwirtschaft (Moriya 1990. S. 105).

Während die Bauern zu Beginn der Edo-Periode hauptsächlich Nahrung für den Eigenkonsum produzierten, erlaubten diese Entwicklungen ein zusätzliches Einkommen durch den Verkauf von Überschüssen. So wurden auch die Bauern mit Hilfe der ausgebauten Transportrouten über Land und Wasser direkt in den japanischen Binnenmarkt integriert. Viele begannen neben Reis auch andere Nutzpflanzen zum Verkauf anzubauen. Besonders in der Gegend um Osaka gab es einige Bauern, die sich komplett auf den Verkauf ihrer Produkte spezialisierten und den Reis, den sie für ihren Konsum brauchten, einkauften. Der Übergang von der Subsistenzwirtschaft hin zur kommerziellen Landwirtschaft ist teilweise auch heute noch ein wichtiger Schritt in der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes. Auf den japanischen Inseln gelang dieser Schritt bereits in der späten Edo-Periode (Ohno 2018: S. 25).

Doch auch das politische System des Tokugawa-Regimes, welches durch die strikte Kontrolle, die dieses über die Inseln hatte, in ganz Japan fest etabliert war, förderte diese Entwicklungen. Ohne die Samurai, die nun in den Städten lebten, verwalteten die Bauern sich selbst. Aufgrund dieser Selbstverantwortung mussten sich die Bauern, oder zumindest ihre Dorfvorsteher, diverse administrative und unternehmerische Fähigkeiten aneignen, die oft über die bereits erwähnte Alphabetisierung hinaus gingen. Die Stände der Tokugawa-Gesellschaft interessierten sich meist nur für ihre eigenen Angelegenheiten. Das hieß für die Bauern, dass sie, solange sie ihre Steuerabgaben leisteten, sehr autonom waren. Auch wenn sie ihr Land nicht verlassen durften, durften sie, mit der Ausnahme der Reissteuer, behalten, was sie erwirtschafteten. Der finanzielle Anreiz für eine kommerzielle Landwirtschaft war also groß. Weiterhin wurden die Steuern nicht von den familiären Kleinbetrieben innerhalb der Dörfer, sondern von je einem Dorf als Ganzes eingetrieben. Daraus ergab sich, dass die Dörfer der Edo-Periode nicht nur soziale Gemeinschaften waren, sondern auch ökonomische, die sich Skaleneffekte zunutze machen konnten oder größere Projekte, zum Beispiel im Bereich der Bewässerung, umsetzen konnten, von denen alle gemeinsam profitierten. Gleichzeitig war der

Verwaltungsaufwand für das *bakufu* und die *hans* durch den Einsatz ganzer Dörfer als kleinste Einheit des Steuersystems um ein Vielfaches geringer als bei der Besteuerung einzelner Haushalte (Ohno 2018: S. 26).

Das soll jedoch nicht heißen, dass es keine Spannungen zwischen den Bauern und ihren Vorgesetzten gab. Es gab viele Gründe für zivilen Ungehorsam und Aufstände waren durchaus häufig, ob aufgrund von Hungersnöten, zu hohen Steuern, Inflation, korrupter oder unfähiger Beamter, sei dahingestellt. Diese Aufstände waren jedoch keine mörderischen Mobs, sondern, wie die meisten öffentlichen Aspekte des Lebens unter der Herrschaft des Tokugawa-Shogunats, sorgfältig organisiert und hatten meist nur Sachbeschädigungen zum Ziel. Vielen Aufständen gingen sogar schriftliche Petitionen und Bitten voraus (Fukuzawa 2008: S. 142f.). Auf längere Sicht hatte die Kommerzialisierung der Landwirtschaft zur Folge, dass eine Schere zwischen reichen und armen Bauern entstand. Im 19. Jahrhundert wurde es deshalb üblich, dass große Landbesitzer ärmere Bauern anheuerteten, um ihre Felder zu bestellen und die familiären Kleinbauernbetriebe, die die traditionelle Produktions- und Steuerbasis des Tokugawa-Systems waren, lösten sich zunehmend auf (Ohno 2018: S. 26; Morishima 1984: S. 63).

Die Fortschritte in der Landwirtschaft und die wachsende Bevölkerung ermöglichten, immer mehr Arbeitskraft für die Produktion anderer Waren als Reis einzusetzen. Davon profitierten neben dem Handel auch Branchen wie das Handwerk und die Lebensmittelverarbeitung. Die klimatisch sehr diversen und unterschiedlichen Regionen des Landes begannen daraufhin, sich auf besondere Produkte zu spezialisieren, um diese anschließend in den anderen Teilen Japans zu verkaufen. Das Aufkommen dieser regionalen Spezialitäten, deren Herstellung heute noch in den Traditionen vieler der entsprechenden Regionen Japans verwurzelt ist, ist meist den Anstrengungen der einfachen Bevölkerung zu verdanken, wobei die regionalen Regierungen nicht immer unbeteiligt waren. Die *daimyō*, welche aufgrund des Systems der alternierenden Anwesenheit und anderen Verpflichtungen gegenüber dem Shogun grundsätzlich knapp bei Kasse waren, förderten häufig die lokalen Industrien, da eine reichere Bevölkerung ihnen auch mehr Steuereinnahmen bescherte. Beispiele für Güter, welche zu dieser Zeit nur in ganz bestimmten *hans* hergestellt wurden, sind: Tee, Tabak, Wachs, Indigo, Salz, Messer, Schwerter, Seide, Baumwolle, Tonwaren, Sake, Lackkunst, Kohle, Bauholz, behauene Steine, Zucker, Chemikalien, Medikamente und viele mehr (Tsukahira 1966: S. 83; Ohno 2018: S. 30f.; Moriya 1990: S. 105).

Die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den *hans* war sehr groß. Manchen Domänen gelang es auf lokaler Ebene, ökonomische Autoritäten zu schaffen, die das Wachstum ihrer Industrien förderten und den Handel ankurbelten. Anderen gelang dies allerdings nicht und viele *hans*

verarmten im Laufe der Edo-Periode drastisch, weshalb sie immer mehr Schulden bei Kaufleuten anhäuferten, die mittels des florierenden Kreditmarktes ihr Vermögen und ihren Einfluss über die Edo-Periode hinweg Schritt für Schritt vermehrten (Tsukahira 1966: S. 81, 84).

Das *bakufu* behielt aufgrund seiner physiokratischen Ideologie sein reisbasiertes Steuersystem für die gesamte Edo-Periode bei, wodurch sämtliche andere Sektoren mit wenigen Ausnahmen unbesteuert wachsen konnten. Aufgrund dieser schmalen Steuerbasis hatte das Shogunat jedoch immer wieder mit Haushaltskrisen zu kämpfen (Fukuzawa 2008: S. 94). Die dabei ergriffenen Maßnahmen beinhalteten neben der Entwertung der Währung (und damit Inflation) und allgemeinen Sparmaßnahmen auch Steuererhöhungen, einmalige Abgaben, Preiskontrollen sowie Reformen in der Verwaltung. Ebenso wurden Monopole und Kartellrechte verkauft, die dann aber häufig auch wieder zurückgenommen wurden. Alles in allem waren die Wirtschaftspolitiken des Shogunats meist reaktionär, inkohärent und kurzsichtig. Es liegt nahe, dass das ökonomische Desinteresse der Samurai und der fehlende politische Einfluss der Kaufleute daran nicht unbeteiligt waren (Ohno 2018: S. 27f., 31; Morishima 1984: S. 64; Totman 1993: S. 151).

Die Außenpolitik war jedoch ein Teil der Politik des *bakufu*, der für die gesamte Edo-Periode konsistent und wirksam war. Die *sakoku*-Edikte verschoben den Fokus der japanischen Wirtschaft gezwungenermaßen auf den intranationalen Handel, hatten dabei aber auch eine protektionistische Wirkung für die sich entwickelnden einheimischen Industrien. Das Handelsmuster, welches sich besonders in der Azuchi-Momoyama-Zeit (1568-1603) und in der frühen Edo-Periode vor den Edikten abzeichnete, deutet stark darauf hin, dass Japan in dieser Zeit den Europäern gegenüber einen komparativen Vorteil im ersten Sektor hatte, also im Bergbau und der Agrarwirtschaft. Es wurden Waffen, Munition, Stoffe und Zucker importiert und wertvolle Metalle, Reis, Weizen und Bohnen exportiert. Bei Fortbestand der intensiven internationalen Handelsbeziehungen wäre eine Spezialisierung der nationalen Wirtschaft auf den primären Sektor eventuell lukrativer gewesen als industrielle Waren selbst herzustellen. Die Entstehung und das Wachstum der regional spezialisierten, vielfältigen handwerklichen Industrien der Edo-Periode wäre ohne die isolationistische Haltung des Tokugawa-Shogunats wesentlich schwieriger und erfolgloser gewesen (Morishima 1984: S. 59f.). Die isolationistische Haltung, die das Land aufgrund seiner Insellage einnehmen konnte, schuf ein vereintes Land mit großer wirtschaftlicher Vielfalt und einem stabilen Umfeld, in dem sich ein nationaler Markt ausbreiten und weiter entwickeln konnte. Die Wirtschaft entwickelte sich von der Subsistenzwirtschaft hin zu einer kommerziellen Landwirtschaft mit einer Vielzahl

anwachsender handwerklicher Industrien und war stets getrieben von einem einzigartigen politischen System, in dem die nationale und die regionalen Regierungen im Vergleich zur Bevölkerung graduell verarmten und tun mussten, was sie konnten, um ihre Steuereinnahmen zu erhöhen (Morishima 1984: S. 63f.).

Die Entstehung einer diversifizierten Wirtschaft mit einem, wenn auch relativ primitiven, starken industriellen Sektor war eine der Schlüsselkomponenten, die die explosionsartige Industrialisierung des Landes in der der Edo-Periode folgenden Meiji-Periode (1868-1912) ermöglichten (Morishima 1984: S. 60). Das Außenhandelsmonopol des *bakufu* war für die Gesamtwirtschaft der Edo-Periode von geringer Bedeutung, da einerseits die Umsätze im Vergleich zum inländischen Handel sehr gering waren und andererseits der internationale Handel hauptsächlich dafür genutzt wurde, die Nachfrage der Oberschicht nach Luxusgütern zu decken (Totman 1993: S. 140). Dazu kam, dass die neuen Bergbautechnologien der Europäer, die zu Tokugawa Ieyasus Zeiten eine intensive Ausbeutung der japanischen Minen erlaubten, diese über die Zeit zunehmend erschöpft hatten. Aus diesem Grund musste der Außenhandel, welcher hauptsächlich mit Edelmetallen finanziert wurde, weiter verringert werden. Er machte um 1700 gerade einmal 1.5% der japanischen Wirtschaft aus (Totman 1993: S. 225f, 148; für eine Graphik der japanischen Silberproduktion von 1590-1909 siehe Abbildung 8 im Anhang).

7.3. Wirtschaft und Bürgertum in Edo-Japan

Dieses Unterkapitel untersucht anhand des Vorbilds der Geschichte des heutigen Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irlands, welche Grundlagen für die Entstehung einer kapitalistischen Marktwirtschaft bereits durch die Entwicklungen innerhalb des wirtschaftlichen Systems der Edo-Periode gelegt wurden. Dabei stellt sich heraus, dass die Gesellschaft der Edo-Periode zwar bereits zentrale kapitalistische Werte aufwies, die politischen und sozioökonomischen Strukturen des Tokugawa-Regimes den Stand der Kaufleute jedoch fest unter dessen Kontrolle stellten und Einschränkungen auferlegen konnten, die das Aufkommen eines politisch starken und einflussreichen Bürgertums unterbanden.

Die schnelle und intensive industrielle Revolution der Meiji-Periode war eng mit der raschen Etablierung des modernen Kapitalismus in Japan verknüpft. Betrachtet man jedoch die Entstehung des modernen Kapitalismus in England, wird klar, dass ein Land für eine funktionierende kapitalistische Marktwirtschaft gewisse Voraussetzungen erfüllen musste.

Diese Voraussetzungen wurden, in Anbetracht der Geschwindigkeit, mit der sich eine solche Marktwirtschaft im Japan der frühen Meiji-Zeit durchsetzte, wohl bereits während der Edo-Periode erfüllt. Eine naheliegende Voraussetzung ist beispielweise ein gut vernetzter nationaler Markt, der in einem kapitalistischen System agieren kann. So wie der Binnenmarkt, der wie oben beschrieben, im Laufe der Edo-Periode auf den japanischen Inseln entstanden war (Morishima 1984: S. 59).

Im Fall Englands kamen jedoch noch zwei weitere wichtige Faktoren hinzu: Die Bürgerliche Revolution (1686-1688) und der Puritanismus. In der Bürgerlichen Revolution gelang es den Parlamentariern, sich gegen die royale Fraktion durchzusetzen und das Vereinigte Königreich wurde eine konstitutionelle Monarchie. Der dadurch gewonnene Einfluss der englischen Bourgeoisie führte zur Abschaffung des zuvor stark monopolistischen Wirtschafts- und Handelsregimes und damit zur Entstehung einer Marktwirtschaft, die frei genug war, dass der moderne Kapitalismus in ihr entstehen konnte. Der moderne Kapitalismus braucht jedoch mehr als einen angemessen freien Markt. Fast noch mehr braucht er Arbeiter und Kapitalisten. Genauer noch Arbeiter, die fleißig genug arbeiten, um einen Überschuss zu erzeugen, und Kapitalisten, die ihr neu gewonnenes Kapital akkumulieren, statt es zu verprassen (Morishima 1984: S. 83). An dieser Stelle kommt der Puritanismus ins Spiel. Der christliche Glaube predigt Bescheidenheit. Im Katholizismus wurde diese Bescheidenheit jedoch hauptsächlich in den Klöstern ausgelebt. Der Puritanismus erwartete jedoch von all seinen Anhängern ein großes Maß an Bescheidenheit, Sparsamkeit und Fleiß. Er hob die Trennung zwischen dem Göttlichen und dem Alltäglichen auf. Die Arbeit, die von Arbeitern verrichtet wurde, war mehr als nur ein Mittel zum Überleben. Sie war die gottgegebene Berufung eines jeden Arbeiters, während Verschwendung und Prunk verpönt waren. Wer zu großem Wohlstand kam, sah seinen Reichtum als Geschenk Gottes, nutzte diesen ausschließlich zu produktiven Zwecken und häufte so immer mehr Reichtum an. So entstand eine Klasse von modernen Kapitalisten, die einfache, sparsame Leben führten und stetig versuchten, immer mehr Kapital akkumulieren.

Das Japan der Edo-Periode war jedoch weder puritanisch noch hatte es eine politisch starke und militante Bourgeoisie. In Japan war es der Konfuzianismus, der vom *bakufu* aktiv in der kulturell isolierten Bevölkerung verbreitet wurde und in dieser Hinsicht die Rolle des Puritanismus erfüllte. Der Konfuzianismus war für das Japan der Edo-Periode zwar weniger eine Religion als ein ethisches System, nahm aber großen Einfluss auf den herrschen Stand der Samurai²¹. Er lehrte sowohl direkt als auch durch den Ehren-Kodex der Samurai (*bushido*) indirekt, dass Bescheidenheit und Sparsamkeit noble, tugendhafte Verhaltensweisen waren.

²¹ Mehr dazu im folgenden Kapitel 8: „Kulturelle und Gesellschaftliche Entwicklungen“

Diese Tugenden des Konfuzianismus hatten in Verbindung mit den begrenzten Ressourcen des geschlossenen Wirtschaftssystems der Inseln sehr ähnliche Auswirkungen auf die Arbeitseinstellung und Lebensweisen der japanischen Bevölkerung, wie es beim Puritanismus in England der Fall gewesen war (Morishima 1984: S. 83f.).

Die zweite Voraussetzung eines einflussreichen Bürgertums, das ebenso einflussreiche Kapitalisten hervorbrachte, wurde jedoch während der Herrschaft des Tokugawa-Shogunats noch nicht ganz erfüllt. Die Bevölkerung wurde über die Zeit zwar wohlhabender und vor allem Kaufleute konnten ihren gesellschaftlichen Einfluss im Laufe der Edo-Periode Stück für Stück ausbauen, von einer bürgerlichen Revolution waren sie allerdings noch sehr weit entfernt. Darüber hinaus waren die Kaufleute der Edo-Periode meist große Fürsprecher des gesellschaftlichen Systems, da ein ruhiges und stabiles gesellschaftliches Umfeld besonders zuträglich für das Wachstum des inländischen Markts und des intranationalen Handels war.

Die lange Zeit, in der die japanischen Kaufleute ausschließlich im zahmen Handelsklima innerhalb des eigenen Landes agierten und von der Regierung politisch klein gehalten wurden, hatte zur Folge, dass viele in ihrem Vorgehen risikoavers und wenig abenteuerlustig waren. Selbst in den letzten Tagen des Tokugawa-Regimes waren nur die wenigsten bereit, die Wiederaufnahme des internationalen Handels in Betracht zu ziehen. Eine Klasse einflussreicher Kapitalisten voller Tatendrang brachte die Edo-Periode also nicht hervor (Hall 2015a: S. 185; Morishima 1984: S. 85f.).

An ihre Stelle trat zu Beginn der Meiji-Periode der Staat, was nach der politischen Ansicht des Konfuzianismus, der die Rolle der Bürokraten als die wichtigste Rolle der Gesellschaft ansah, und damit der Tatsache, dass bereits das Tokugawa-Regime ein bürokratisches war, nicht verwunderlich war. Allerdings war die Regierung der Meiji-Periode, trotz ihres bürokratischen Erbes mit der raschen großflächigen Einführung eines staatlichen Kapitalismus‘ schnell überfordert und musste ihre bankrotten Fabriken billig verkaufen. Aus den Käufern dieser staatlichen Betriebe wurde jedoch innerhalb kürzester Zeit die bis dahin fehlende Klasse an einflussreichen Kapitalisten, die im Gegensatz zu ihrem englischen Äquivalenten ihre Position über weite Teile dem Staat zu verdanken hatten und sie diesem nicht mühsam abringen mussten. So bildeten die japanischen Kapitalisten kein politisches Gegenwicht zur kaiserlichen Regierung, sondern setzten ihr Erbe von Loyalität und Gehorsamkeit der der Edo-Periode gegenüber dem Staat fort (ebd.).

8. Kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen

8.1. Einführung in die Kultur Japans und die Rolle Chinas

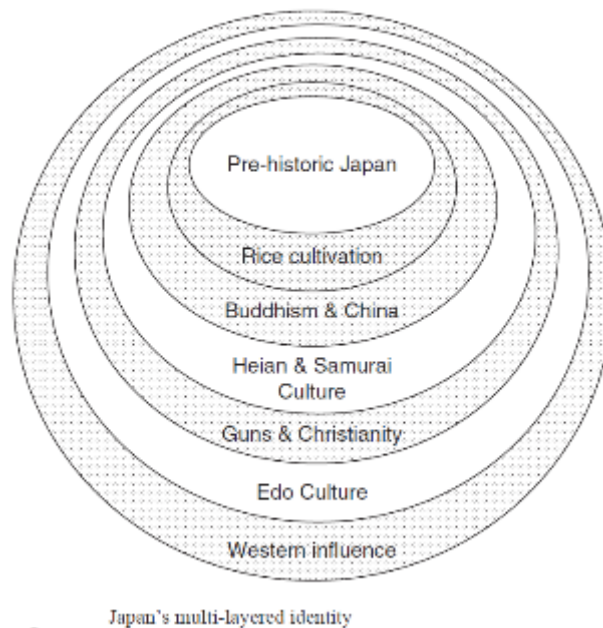
Das folgende Unterkapitel beschäftigt sich mit der Auswirkung der Insellage Japans auf die japanische Kultur. Eine damit verbundene Besonderheit der kulturellen Entwicklung des Landes ist der Wechsel von offenen dynamischen Phasen voller kultureller Importe und Phasen der isolierten internen Entwicklung, die eine Kultur schufen, die trotz ihrer Beständigkeit und dem Erhalt alter Werte in der Lage war, neue kulturelle Aspekte an den eigenen Kontext anzupassen und zu integrieren. Dabei wird darauf eingegangen, wie wichtige und folgeschwere Importe chinesischer Kultur, wie die konfuzianistische Staatstheorie, der Buddhismus und der Taoismus bei ihrer Integration in die japanische Kultur angepasst und verändert wurden.

In seiner Sammlung historischer Essays *kono kuni no katachi* („die Gestalt dieser Nation“) stellt der Autor Shiba Ryotaro die Frage: Was prägte die Menschen Japans? Seine Antwort beinhaltet zwei Schlüsselemente, die er als zentral für die Ausformung des japanischen Charakters hält: Die kollektiven Erfahrungen als Inselnation und den Geist der Samurai. Während im folgenden Unterkapitel „Der Konfuzianismus und die Samurai der Edo-Periode“ näher auf letzteres eingegangen wird, untersucht dieses Unterkapitel, inwiefern die Identität als Inselnation die japanische Kultur prägte (Ohno 2018: S. 11).

Umesao Tadao sieht die geographische Lage eines Landes als essenziellen Faktor für die individuelle Entwicklung seiner Gesellschaft. Aufgrund ähnlicher geographischer Begebenheiten zieht er dabei Parallelen zwischen den japanischen Inseln und einer weiteren Inselnation, dem Vereinigten Königreich Großbritanniens. Beide befinden sich an der Peripherie des Eurasischen Kontinents innerhalb der gemäßigten Klimazone (für eine Skizze siehe Abbildung 9 im Anhang). Damit befinden sie sich in einer vorteilhaften Entfernung (weder zu nah noch zu fern) von den großen Zivilisationen Eurasiens und Nordafrikas, wie Indien, China oder den Zivilisationen des Nahen Ostens. So konnten sie beispielsweise durch Handelsrouten die kulturellen Errungenschaften dieser Zivilisationen absorbieren, während sie vor allem im Falle Japans abgelegen genug waren, um nicht von übermächtigen Reichen erobert, zerstört und/oder integriert zu werden. Als Beispiel ließen sich hier die gescheiterten Invasionen der mongolischen Yuan-Dynastie nennen. Das Ergebnis war eine kontrollierte Absorption externer kultureller Einflüsse in die eigene Kultur, ohne dass diese jemals durch eine fremde ersetzt oder verdrängt wurde. Dabei werden fremdes Gedankengut und

Institutionen nicht unverändert oktroyiert, sondern von den Inselbewohnern aktiv aufgenommen und an ihre lokalen Bedürfnisse und Begebenheiten angepasst. Umesao nennt diesen Vorgang „Translative Adaption“ (Ohno 2018: S. 9; Woolley 2005: S. 16f.).

Japans Geschichte war geprägt von alternierenden Phasen relativ geruhssamer interner Entwicklungen (weiß) und dynamischer Entwicklungsperioden mit starken externen Einflüssen (grau). So entstand eine vielschichtige Kultur, in der die Facetten älterer und neuerer, teilweise sogar widersprüchlicher gesellschaftlicher Entwicklungen koexistieren, statt sich gegenseitig zu ersetzen:



(Ohno 2018: S. 5).

Nach Umesaos Theorie zeigte sich diese Art von „zwiebel förmiger“ nationaler Identität Japans als widerstandsfähig gegenüber externen Schocks, aber gleichzeitig flexibel genug, um progressive Dynamiken trotz ihrer Beständigkeit zuzulassen. Die insulare Identität beschreibt in diesem Fall die Offenheit der japanischen Kultur für ausländische Ideen und Technologien sowie ihre Bereitschaft, diese unter ihren eigenen Bedingungen zu importieren und so ihre alten Werte zu erhalten (Ohno 2018: S. 10f.). Obwohl es sich bei dieser Theorie nur um die modellarische Vereinfachung einer sehr komplexen Realität handelt, bietet sie einen einleuchtenden Anhaltspunkt dafür, wie die geographische Insellage Japans dazu beitrug, dass das Land trotz der starken Einflüsse von außen seinen ganz eigenen Entwicklungsweg nehmen und seine ganz eigene distinktive Kultur herausbilden konnte, was schlussendlich auch eine wichtige Rolle für die außergewöhnliche Urbanisierung von Edo spielte.

Die japanischen Inseln wurden in ihrer gesamten Geschichte bis zum Ende der Edo-Periode (1868) von allen ausländischen Kulturen am meisten von der chinesischen Kultur geprägt.

Buddhismus, Taoismus und Konfuzianismus kamen alle ungefähr zur selben Zeit im sechsten Jahrhundert über Korea aus China nach Japan. Schon damals entstand unter den japanischen Herrschern Zwietracht darüber, ob sich das Land für die fremden religiösen und philosophischen Ideen öffnen oder sich von den chinesischen Einflüssen isolieren sollte. In diesem Konflikt setzte sich die Seite durch, die den kulturellen Austausch (primär den Buddhismus) befürwortete, was unter anderem zur Adaption der damaligen stark vom Konfuzianismus geprägten chinesischen Regierungs- und Verwaltungssysteme der Tang-Dynastie führte (siehe Kapitel 3.1), bei der entsprechende Anpassungen an den japanischen Kontext vorgenommen wurden (Morishima 1984: S. 20f.). So wurde das chinesische Konzept des „Mandats des Himmels“, welches aussagt, dass das Herrschaftsrecht, das einer Dynastie von den Göttern gewährt wurde, auch wieder aberkannt werden kann, sollte diese sich als unfähig erweisen und somit eine ideologische Grundlage für Revolutionen bilden, nicht übernommen. In Japan wurde das Herrschaftsrecht der Kaiserfamilie durch ihre göttliche Abstammung von der Sonnengöttin Amaterasu legitimiert, der Anspruch auf den Thron kann also nur durch Abstammung erhoben werden. Die Linie der japanischen Kaiser gilt seitdem bis heute als ungebrochen (Morishima 1984: S. 23f., 38).

Da der ursprüngliche Konfuzianismus China als Mittelpunkt der Welt oder auch als „Königreich der Mitte“ ansah, wurde die diesem entgegengesetzten „Land der Götter (*shinkoku-shugi*)“-Doktrin geschaffen, welche die japanischen Inseln als Geburtsort der Götter, die das gesamte Universum schufen, als heiligen Boden und Japan als allen anderen Ländern überlegen ansah. Diese Sichtweise, die man im Angesicht der gewaltigen Überlegenheit des chinesischen Kaiserreiches als eine Art defensiven Nationalismus bezeichnen könnte, war auch in der Edo-Periode noch prävalent und hatte großen Einfluss auf den Umgang mit Fremden und vor allem den potenziellen Kolonisatoren aus Europa. Diese Mentalität wurde von Shintoismus religiös untermauert (Morishima 1984: S. 34).

Der Taoismus verschmolz mit der indigenen Religion des Shinto und das formte, was wir heute als Shintoismus kennen. Shintoismus wird allgemein als etwas ursprünglich Japanisches angesehen und auch wenn der Shintoismus noch Teile seiner Ursprungsform beinhaltet, lassen diese sich nicht mehr von den taoistischen Einflüssen trennen. Die Gottesdienste und andere Rituale des Taoismus sind denen des Shintoismus sehr ähnlich und auch die Götter (oder *kami*) des Shintoismus sind oft veränderte Versionen taoistischer Götter. Ironischerweise sind die animistische Verbundenheit mit seinem Ursprungsland und die Betonung eben dieses chinesischen Ursprungs wichtige Bestandteile des Taoismus, was den Shintoismus durch die Betonung seines japanischen Ursprungs umso ähnlicher zu ihm macht. Trotz aller

Ähnlichkeiten setzte der japanische Shintoismus inhaltlich einen anderen Fokus als der chinesische Taoismus. Während Taoismus den Rückzug aus der Gesellschaft und den Fokus auf das innere Selbst zur Erlangung individuellen Glücks vertrat, lieferte der Shintoismus ein religiöses Fundament für die Loyalität und den Patriotismus der japanischen Bevölkerung. Der neue Shintoismus war eine Religion, die primär von der kaiserlichen Familie und somit am Kaiserhof und in Kyoto praktiziert wurde, und nur partiell Einzug, durch Festivals oder andere besondere Anlässe wie Richtfeste, in den Alltag der breiten Bevölkerung fand. Die Rituale, Zeremonien und anderen kulturellen Einflüsse blieben also hauptsächlich der Aristokratie vorbehalten, weshalb die Kaiserstadt Kyoto lange Zeit das Zentrum der kulturellen Entwicklung und Tradition Japans darstellte (Morishima 1984: S. 36, 39).

Der Buddhismus brachte, aufgrund seines inhaltlichen Fokus‘ auf dem Leid der Menschen, vielseitige Formen gesellschaftlicher Wohlfahrt nach Japan, die von einfachen Spenden über das Betreiben von Krankenhäusern bis hin zum Bau öffentlicher Infrastruktur, wie Bewässerungsanlagen, reichten. Auf der anderen Seite verlagerten die japanischen Buddhisten ihren Fokus und ihre Interessen zunehmend vom Jenseits ins Diesseits. Die Folge war, dass die vielen Sekten der unterschiedlichen buddhistischen Glaubensrichtungen im Laufe der Zeit ihre weltliche Macht immer weiter ausweiteten, zur Dezentralisierung der politischen Macht in Japan beitrugen und bis zu ihrer weitestgehenden Zerschlagung durch Oda Nobunaga eine wichtige Rolle in den Bürgerkriegen der Sengoku-Periode (1467-1568) spielten (Morishima 1984: S. 40; Pauly 1989: S. 2-5).

Die beiden Religionen bildeten und bilden auch heute noch eine Grundlage für fast alle menschlichen Aktivitäten der japanischen Bevölkerung. Diese Grundlage war aber kein moralisches System. Die gesellschaftliche Moral, als Regelwerk zwischenmenschlichen Handelns und des individuellen Verhaltens, wurden hauptsächlich von den säkularen Prinzipien des Konfuzianismus abgeleitet, welcher in Form des neokonfuzianistischen Sung-Schule aktive Förderung durch das Tokugawa-Shogunat genoss (Dunn 1969: S. 5).

8.2. Ideologisches Fundament des Tokugawa-Regimes: Der Konfuzianismus und die Prinzipien der Samurai

Das folgende Unterkapitel beschreibt, wie das Tokugawa-Shogunat die relative Isolation der japanischen Bevölkerung nutzte, um die politische Gesinnung seiner Untertanen zu beeinflussen und so seine Herrschaft ideologisch zu untermauern. Durch die Unterdrückung äußerer Einflüsse und die aktive Verbreitung ausgewählter Lehren des Konfuzianismus gelang es dem

bakufu, den politischen Einfluss der wohlhabenden Teile der einfachen Bevölkerung minimal zu halten sowie den Samurai eine neue Identität zu geben, die das oberste Samurai-Prinzip der Ehre durch Loyalität und Pflichterfüllung ersetzte und moralische Tugendhaftigkeit, Einfachheit und Bescheidenheit forderte.

Als im Jahr 1603 die Ernennung Tokugawa Ieyasus den Beginn der Edo-Periode einläutete, war der Konfuzianismus bereits seit über einem Millennium Teil der japanischen Kultur. Mit dem Ende des Bürgerkrieges und der Wiederherstellung einer vereinten nationalen politischen Ordnung durch das Tokugawa-Shogunat wurde der Konfuzianismus für die japanische Gesellschaft jedoch relevanter als je zuvor, besonders für den Stand der Samurai. Dieser befand sich im Angesicht der langen Periode des Friedens, die nun vor ihm lag, in einer Identitätskrise. Tokugawa Ieyasu fürchtete nun (zurecht), dass die Samurai, die dem im Bürgerkrieg prävalenten Prinzip des *gekokujiō* („die Niederen überkommen die Höheren“) folgend verinnerlicht hatten, ihren politischen Aufstieg selbst in die Hand zu nehmen, nun versuchen könnten, seiner Dynastie die Position als Shogune und effektive Herrscher Japans streitig zu machen. So enthielten die 1615 vom *bakufu* erlassenen Gesetze des *bushi*-Standes (das *buke-shohatto*, siehe Abbildung 10 im Anhang) die Anweisung, dass sich jedes Mitglied des Kriegerstandes neben der Waffenkunst auch mit Literatur auseinanderzusetzen hatte, wobei das Shogunat besonders Wert auf das Studium konfuzianistischer Texte legte (Fukuzawa 2008: S. 146; Morishima 1984: S. 60).

Der Konfuzianismus, als um die reale Lebenswelt der Menschen zentrierte Lebens- und Staatsphilosophie, war rational, praxisnah und ließ sich sehr gut mit der Mentalität der pragmatischen Samurai vereinbaren. Zwei der zentralen Begriffe des Konfuzianismus sind „Pietät“ und „Loyalität“, wobei die „Pietät“ vereinfacht für den Gehorsam von Kindern gegenüber ihren Eltern (hauptsächlich ihrem Vater) und die „Loyalität“ für die Loyalität zwischen Vasallen und ihrem Herrn steht. Während in China die „Pietät“ der „Loyalität“ traditionell übergeordnet war, kehrte der mit Unterstützung des *bakufu* unterrichtete Neokonfuzianismus diese Bewertung um (Fukuzawa 2008: S. 54, S. 148f.). Dieser Neokonfuzianismus war der sogenannte Sung-Konfuzianismus oder auch Zhu Xi-Lehre, nach dem gleichnamigen chinesischen Gelehrten (1130-1200). Diese Denkströmung des Konfuzianismus beschreibt das „*ri*“ (chinesisch: *li*, wörtlich: Muster oder Linie in Jade) als die Gesetzmäßigkeit oder das Prinzip, das „die Welt der Natur und die Gesellschaft der Menschen regelt“ (Fukuzawa 2008: S. 151). Lebt ein Individuum gemäß seinem moralischen Wesen, entsprechen seine Handlungen der Ordnung der Gesellschaft. Die Anhänger des Sung-Konfuzianismus streben vor allem nach Weisheit. In diesem Zusammenhang gilt ein Mensch

als weise, der der Gesellschaft Frieden bringt und/oder diesen bewahrt, je höher der Rang eines Individuums, desto mehr Tugend wird von ihm erwartet. Neben der „Affektbeherrschung durch Meditation“ sollte dieses Ziel vor allem durch Aneignung von Wissen erreicht werden, was nach dem Sung-Konfuzianismus durch den Prozess des *kakubutsu-kyūri* („erforsche die Dinge und durchsteige das Prinzip des *ri*“) erzielt wird (Craig 2015: S. 139).

Diese Lehren gaben den Samurai neue Wege, ihre Aspirationen zu verfolgen, die Bestrebung eines höheren gesellschaftlichen Status wurde im Sung-Konfuzianismus, statt militärischen Erfolgen und Heldentaten, durch die Steigerung der eigenen Moral und Tugenden sowie Bescheidenheit und die Vermeidung von Exzess erreicht. Auch das *bushi*-Prinzip des *gekokujō* („die Niederen überkommen die Höheren“) erfuhr damit einen Bedeutungswandel, ein Samurai behauptete sich nicht mehr unbedingt im Kampf, sondern strebte nach einer moralischen Überlegenheit. Mit Schaffung dieser neuen Identität mit ihrem Fokus auf die gesellschaftliche Ordnung und Moral gelang den frühen Shogunen der Tokugawa-Dynastie, den kriegsgeplagten Stand der *bushi* zu resozialisieren sowie dessen politische Unterstützung zu gewinnen (Fukuzawa 2008: S. 153f.; Hall 2015a: S. 182).

Während der Shintoismus die religiöse Legitimation der Kaiserfamilie lieferte, diente der Sung-Konfuzianismus, dazu die Tokugawa-Dynastie als Wahrer des Friedens in Japan ideologisch zu legitimieren (ebd.: S. 74). Das konfuzianische Prinzip des *tendō* („Weg des Himmels“), sieht die Macht eines weltlichen Herrschers als eine Gabe des Himmels, welche ihm aufgrund seiner Fähigkeiten und Tugend verliehen wurde. Demzufolge wurden militärische Erfolge oder Misserfolge von Kriegsfürsten damit begründet, dass der jeweilige Sieger aufgrund seiner höheren Tugend seinen Gegner besiegen konnte, der aufgrund seines unmoralischen Handelns unterlegen war. Das galt auch für Tokugawa Ieyasus Sieg über die anderen *sengoku-daimyō*. Zum Erhalt seiner Herrschaft musste ein Herrscher seine moralische Tugend folglich stets mehren, seinem Volk Gutes tun und die öffentliche Ordnung wahren (Fukuzawa 2008: S. 47). Die isolationistischen Bestrebungen der frühen Tokugawa-Shogune (siehe Kapitel 3.3) erwiesen sich als sehr wirksam und die relative kulturelle, ökonomische und politische Isolation Japans vom Rest der Welt erleichterte dem *bakufu* die Beeinflussung der japanischen Gesellschaft und Kultur der Edo-Periode. Das Shogunat entledigte sich sämtlicher ideologischer und institutioneller Keimzellen interner Opposition, indem es religiöse Gruppierungen durch säkulare Autoritäten kontrollierte und alternative externe Autoritäten, zu denen auch Religionen wie das Christentum gehörten, unter Verfolgung stellte (Ikegami & Tilly 2019: S. 448; Strayer 2015: S. 5; siehe Kapitel 3.3).

Die zentrale Regierung war also zu weiten Teilen in der Lage zu entscheiden und vor allem auch durchzusetzen, welches Gedankengut im Land verbreitet werden durfte und welches nicht. Das beschriebene Beispiel des Konfuzianismus zeigt, dass nicht nur Ideologien und Institutionen, die dazu genutzt werden konnten, oppositionelle Strömungen zu vereinen, ferngehalten wurden, sondern auch jene aktiv gefördert wurden, die die Herrschaft des Shogunats untermauerten und legitimierten (Hall 2015a: S. 182).

In der Amtszeit Tokugawa Iemitsus (1623-1651) befahl dieser die Gründung einer Neokonfuzianischen Schule in Edo, welche von der Hayashi-Familie geführt und circa 100 Jahre später zur offiziellen Schule des Konfuzianismus ernannt wurde. In ihrem Streben nach Moral und Tugend, durch den Erwerb von Wissen, fanden Schulen dieser Art große Nachfrage bei den Samurai, und im Laufe der Edo-Periode entstanden über 250 solcher Schulen in Japan. Die besten Schüler jedes *hans* (Länderei eines *daimyō*) wurden in die drei Metropolen (Edo, Osaka und Kyoto) entsandt, wo sie miteinander konkurrierten und dabei die Ehre ihres *hans* vertraten. Samurai waren die einzigen, die staatlich geförderte Schulen hatten. Da diese jedoch einerseits als gesellschaftliches Vorbild angesehen waren und andererseits der wachsende Verwaltungsapparat eine große Menge an Dokumentationsarbeit in den Berufsalltag der anderen Stände brachte, hatten diese ebenfalls ein großes Interesse an der Bildung ihrer Kinder und nahmen diese schlussendlich selbst in die Hand. Die allgemeine Bevölkerung hatte eine große Bereitschaft dafür, in Privatlehrer zu investieren, wodurch im ganzen Land Privatschulen entstanden (Fukuzawa 2008: S. 155; Dore 2015: S. 100).

So durchdrangen Konfuzius Lehren, angestoßen von der Initiative des *bakufu*, zunehmend die gesamte Gesellschaft der Edo-Periode und ihr Verständnis von Autorität. Einer der zentralen Begriffe des Konfuzianismus, die „Pietät“, war in Japan zwar nachgeordnet, aber dennoch von großer Bedeutung für die gesellschaftliche Ordnung. Sie betont die Verantwortung des Vaters für den Wohlstand und den Frieden der Familie sowie seine unangefochtene Autorität, alles für diese zu tun, was nötig ist. Vom Rest der Familie wurde dementsprechend vollständiger Gehorsam erwartet. Im Gegensatz zum europäischen Feudalismus basierte die politische Autorität in Tokugawa-Japan nicht auf der Gerichtsbarkeit und dem Privileg, Recht sprechen zu dürfen, sondern auf der Ausweitung familiärer Strukturen auf die Gesellschaft. Anstelle eines allgemeingültigen Rechts bezog sich die Autorität der japanischen Herrscher auf ihren Status und den Rechten und Pflichten, welche die Gesellschaft einer Vaterfigur zusprach (Strayer 2015: S. 7f.). Galt vor der Edo-Periode noch das Recht des Stärkeren, trat an diese Stelle nun das Prinzip der feudalen Hierarchie, wobei der Status am Reisertrag der verwalteten Ländereien und dem offiziellen Dienstrang eines Samurai festgemacht wurde. Die

Aufrechterhaltung der eigenen Ehre wurde von der Erfüllung der eigenen Pflicht als oberster Wert der Samurai ersetzt. Streitigkeiten unter den Samurai unterschiedlicher *han* konnten mit der Auflösung dieser, sprich dem Entzug des Lehens und damit der Entlassung des *daimyō* und all seinen Samurai, bestraft werden. Von den Samurai wurde als Teil ihrer Pflicht erwartet, zur Schlichtung eines Streits die Verletzung ihrer Ehre in Kauf zu nehmen (Fukuzawa 2008: S. 171f.).

Ein weiteres einflussreiches Konzept Konfuzius war die Auffassung, dass die Agrarwirtschaft die „Wurzel“ des Staates sei, die allen anderen Tätigkeiten als nicht essenzielle „Zweige“ der Wirtschaft übergeordnet war. Dem Agrarsektor (speziell Reisanbau) wurde von der Regierung und Bevölkerung die zentrale Rolle in der nationalen Wirtschaft zugesprochen und in der feudalen Ständehierarchie standen die Bauern über den Handwerkern und Händlern (Smith 1978: S. 50). Letztere bildeten die unterste Bevölkerungsschicht im feudalen Japan, da ihre Arbeit nichts „produzierte“ und somit als für die Gesellschaft unbedeutend angesehen wurde. Daraus ergab sich, dass der Stand der Händler voll und ganz aus dem politischen Geschehen innerhalb Japans ausgeschlossen wurde und im Umkehrschluss dem moralischen Vorzeigestand der Samurai die Ausübung der schmählichen kommerziellen Aktivitäten untersagt waren. Somit gelang es dem *bakufu* mit der Einführung (und später dem ideologischen Erhalt) der strikten Ständegesellschaft, beide Stände in die Abhängigkeit zu zwingen. Nach der Trennung von ihren Ländereien hing dadurch die wirtschaftliche Existenz der Samurai allein an dem Sold, den sie von der Regierung bekamen, und die Händler waren den Gesetzen des Shogunats komplett ausgeliefert. Hinzu kam die Abwesenheit von externen Bedrohungen, weshalb der Shogun weder auf die Aufgebote seiner Fürsten angewiesen war, um Kriege zu führen, noch auf Banker oder die wohlhabende Bevölkerung, um diese zu finanzieren. Das Shogunat musste zwar seine Samurai auch in Friedenszeiten unterhalten, die Kosten dafür waren jedoch verhältnismäßig gering, da diese sich bis auf ihren festgeschriebenen Sold (in Reis) selbst zu versorgen hatten. Es gab also keinerlei Gründe für politische Neuerungen oder Zugeständnisse. Die Abhängigkeit der Kaufleute war zu Beginn der Edo-Periode besonders stark, begann aber ab der zweiten Hälfte zu bröckeln, da die wachsende Wirtschaft und die zunehmende Kommerzialisierung des Landes dazu führten, dass die Regierung und ihre Samurai in Relation zu den Händlern zunehmend verarmten. Dennoch gelang es ihnen bis zum Ende der Edo-Periode (1868) nicht, sich von den Einschränkungen der Ständegesellschaft loszureißen (Ikegami & Tilly 2019: S. 438f.; Brown 2007: S. 76).

Die finanzielle Schwäche und Sparsamkeit der Samurai ist ein Alleinstellungsmerkmal dieser im Vergleich mit der Obrigkeit anderer Gesellschaften dieser Zeit. Während in Europa, China

oder Indien ein hoher Status mit entsprechendem Reichtum verbunden war, traf dies nicht auf die Samurai der Edo-Periode zu. Während die Kultur der Eliten andernorts von Prunk, Pracht und Verschwendung geprägt war, entwickelte die Populärkultur der Edo-Periode eine filigrane Ästhetik, die durch maximalen Ausdruck mit minimalen Ressourcen gekennzeichnet ist. Eine Charakteristik, die sich bis auf die heutige japanische Kultur auswirkt (Nakane 1990: S. 227, 229).

Der von *bakufu* propagierte Neokonfuzianismus betonte die harmonische Ordnung von Natur und Gesellschaft und die Wichtigkeit, die der Erhalt dieser Ordnung für die Wahrung des Friedens habe (Gordon 2009: S. 39). Folglich wurden im ganzen Land Gesetze erlassen, die versuchten, verschwenderischen Luxus und Prunk zu unterbinden und zum Ziel hatten, neben der Schonung der begrenzten natürlichen Ressourcen der Inseln (siehe Kapitel 7.2.), „das soziale Verhalten in Einklang mit dem Erbstatus zu halten“. Diese Gesetze beschränkten je nach Stand, welche Kleidung getragen, was für Häuser bewohnt, bis hin zu was gegessen oder getrunken werden durfte. Den Bauern wurde sogar (wenn auch erfolglos) das Trinken von Tee als unnötigem Luxus untersagt (Gordon 2009: S. 40).

8.3. Die Edo-Kultur

Dieses Unterkapitel beinhaltet die kulturellen Neuerungen, die aus dem Zusammenleben der einfachen Bevölkerung und der Samurai in der Stadt des Shoguns hervorgingen. Das Leben und die Kultur in Edo war neben ihrer Größe und Zusammensetzung auch stark von den gesellschaftlichen Regeln geprägt, die das *bakufu* den einzelnen Städten auferlegte. In keiner der japanischen Städte lebten nach Ieyasus Ernennung zum Shogun mehr Samurai, weshalb die kulturellen Entwicklungen der frühen Edo-Periode vom Aufblühen einer neuen Kriegerkultur geprägt waren. Nach dem gewaltigen Bevölkerungswachstum des 17. Jahrhunderts und mit dem wachsenden Bildungsniveau der Stadtbewohner machten die Samurai nur noch einen Teil der urbanen Kultur der städtischen Gesamtbevölkerung aus. Edo brachte eine Populärkultur hervor, deren Verbreitung im ganzen Land die Stadt zum kulturellen Zentrum Japan machte und der Bevölkerung eine Möglichkeit bot, ihrem streng regulierten Alltag zu entkommen. In Verbindung mit der ökonomischen Bedeutung der Stadt entwickelte sich die Edo-Kultur zu einem Sogfaktor, der Edo zu einem äußerst attraktiven Reise- und Migrationsziel innerhalb des geschlossenen japanischen Städtesystems machte.

Seit der Heian-Zeit (794-1185) war Kyoto das kulturelle Zentrum Japans gewesen, doch Edo begann schon Mitte des 17. Jahrhunderts dem kaiserlichen Sitz diesen Titel streitig zu machen.

Die neue Hauptstadt Edo entwickelte in wenigen Jahrzehnten eine eigene Kultur, die klar unterscheidbar von der Kultur des „Hochlandes“ war, zu dem Städte wie Kyoto, Osaka oder Nara gehörten. Während Kyoto seine elitäre aristokratische Kultur beibehielt, wurde die Kultur Edos vom Zusammenleben der *daimyō* und einer vielfach größeren Schicht an hochrangigen Militärs geprägt. So entstand die Edo-Kultur der Samurai durch eine graduelle Verschmelzung der antiken Traditionen des kaiserlichen Hofes und der Kriegerkultur, die ihren Ursprung im Kamakura *bakufu* (1185-1333) hatte. Küche, Kleidung, Häuser, Einrichtung, Alltagsutensilien bis hin zum Benehmen, die gesamte Lebensweise der *daimyō* und hochrangigen Funktionäre verkörperten die Interpretationen des Kriegerstandes der Bräuche, Praktiken und Etikette des Kaiserhofs (Nishiyama & Groemer 1997: S. 11, 30).

Die kulturellen Entwicklungen der Edo-Periode beschränkten sich jedoch nicht nur auf die Samurai. Anfang des 17. Jahrhunderts schlossen sich auch die ersten Kaufleute den aktiven Studien von antiken und aktuellen Schriften der Samurai an, natürlich unter Einhaltung der Ständetrennung innerhalb ihrer eigenen privatfinanzierten Schulen. Die kaufmännischen Akademien, wie die *kaitokudō* in Osaka, lehrten die funktionale Verbundenheit von Politik und Wirtschaft, wobei sie den Samurai und den Kaufleuten gleichwertige gesellschaftliche Rollen zusprachen, da diese die gesamtgesellschaftlich essenziellen Funktionen der bürokratischen Verwaltung und des Managements der nationalen Wirtschaft unter sich aufteilten. Wie im vorherigen Unterkapitel bereits näher ausgeführt, betonten die philosophischen Leitsätze der Tokugawa-Dynastie die gegenseitige Abhängigkeit von staatlicher Bürokratie und privater wirtschaftlicher Aktivität, und die politischen Maßnahmen und Gesetze des *bakufu* setzten alles daran, um diese Abhängigkeit auch in der Realität zu institutionalisieren. Die Betonung des gesellschaftlichen Nutzens, den Kaufleute mit ihrer Tätigkeit erfüllen sollten, hat sich in der Kultur der japanischen Kaufleute bis in die Moderne erhalten (Gordon 2009: S. 38).

Die kulturellen Entwicklungen der Edo-Periode fanden jedoch nicht nur innerhalb von Schulen, Akademien und deren Klientel statt. Innerhalb der Vergnügungsviertel der Großstädte, mit ihren Theatern, Bordellen, Kurtisanen, Teehäusern und Buchhandlungen, entstand eine neue städtische Kultur, welche entsprechend der Zusammensetzung der Besucher der Viertel zunächst von den Samurai, aber später auch von Kaufleuten, anderen wohlhabenden Bürgern und teilweise sogar von der einfachen Stadtbevölkerung geprägt wurde (für Abbildungen eines *kabuki*-Theaters und einer Buchhandlung siehe Abbildungen 11 und 12 im Anhang).

Die Welt der Vergnügungsviertel und der mit ihr verbundenen urbanen Kultur wurde als *ukiyo* („die fließende Welt“ oder auch „die schwebende Welt“) bezeichnet. Das Vorwort eines Romans aus dem Jahr 1665 beschreibt die *ukiyo* folgendermaßen: „In dieser Welt ist alles eine

Quelle des Interesses. Und doch nur einen Schritt voraus liegt die Dunkelheit. Also sollten wir alle düsteren Gedanken über unser irdisches Los ablegen und die Freuden des Schnees, des Monds, der Blumen und des Herbstlaubs genießen, Lieder singen und Wein trinken; indem wir unser Leben leben wie ein Kürbis, der schwimmend flussabwärts schaukelt. Das ist die fließende Welt“ (Akai 1990: S. 179). Der buddhistische Begriff „fließende Welt“ stammt aus dem Mittelalter und stand ursprünglich für eine traurige und vergängliche Welt, welche den Gegensatz zur Paradiesvorstellung des „reinen Landes“ bildete. Die Vergnügungsviertel und Kabuki-Theater, die als Teil der *ukiyo* angesehen wurden, wurden aufgrund ihrer „moralschädigenden“ Wirkung auf die Gesellschaft häufig als „Orte des Schlechten“ (*akusho* oder auch *akubasho*) bezeichnet, was die Assoziation mit der *ukiyo* erklärt. Das von den Besuchern dieser angeblich so schlechten Orte empfundene Gefühl der „verführerischen Zerstreuung“ hatte jedoch eine Neuinterpretation des Begriffs der *ukiyo* zu Folge, die der „fließenden Welt“ eine neue Bedeutung gab (Akai 1990: S. 180f.).

Obwohl die Kultur der *ukiyo* irgendwo von der gesamten urbanen Bevölkerung geprägt wurde, war der Zugang zu ihr doch meist den privilegierten BewohnernInnen der Stadt vorbehalten. Die Faszination für diese Welt war jedoch in allen Teilen der Gesellschaft verbreitet. Holzschnittdrucke mit Motiven aus der fließenden Welt, sogenannte *ukiyo-e* (wörtlich: „Bilder der fließenden Welt“), erfreuten sich größter Beliebtheit. Sie entstanden eigentlich in der Gegend um Kyoto und Osaka und zeigten in der Regel bekannte Sehenswürdigkeiten (z. B. *edo meisho*, wörtlich: „berühmte Orte in Edo“), Schauspieler oder Kurtisanen. Sie wurden ab dem 18. Jahrhundert aber vor allem in Edo produziert. Aufgrund ihrer hohen Auflagen waren die später auch *edo-e* genannten Drucke sehr erschwinglich und wurden als begehrte Souvenirs in allen Teilen Japans verbreitet. Trotz der Versuche des *bakufu*, die Verbreitung der „Bilder der fließenden Welt“ zu unterbinden und die Verbreitung von weniger moralschädigenden Motiven zu fördern, spielten die *ukiyo-e* eine zentrale Rolle für die Entstehung einer Populärkultur, die die Stadt Edo als Reiseziel oder Wohnort in den Augen der japanischen Bevölkerung umso attraktiver machte (Akai 1990: S. 183f.; Tokugawa 2009: S. 167).

Die soziale Ordnung war bestimmt durch die Regeln der Kriegerkultur des Shogunats, welches in der Zeit nach dem Bürgerkrieg und der Einflüsse aus Europa großes Interesse hatte, die strikte feudale gesellschaftliche Ordnung, an deren Spitze unangefochten der Shogun stand, zu erhalten. Ein wichtiger Aspekt der städtischen Kultur war die Auseinandersetzung mit den Konflikten, die sich aus dem damaligen neokonfuzianischen Weltbild ergaben. Theaterstücke und Texte handelten häufig von Skandalen und Verbrechen sowie den Konflikten zwischen Konformität und Individualismus, Verlangen und Pflicht oder den öffentlichen Gesetzen und

persönlicher Loyalität. Der humoristische Umgang mit den Widersprüchen des alltäglichen Lebens wurde ein verbreitetes Mittel, mit diesen umzugehen, auch wenn die Kritik an der Politik des Shogunats (besonders zu Beginn der Edo-Periode) einer strengen Zensur unterlag, wurde beispielsweise religiöse Satire geduldet. Die städtisch geprägte Edo-Kultur kultivierte ein Bewusstsein für die Widersprüche innerhalb des Tokugawa-Systems und die ständige Wiederholung der Erlässe zur Einschränkung des privaten Lebens und Konsums sind ein klarer Indikator dafür, dass diese von vielen BürgerInnen häufig nicht eingehalten wurden. Auch der Umgang mit Verdienst und Vererbung, sowie das Machtverhältnis zwischen Shogun und Kaiser, waren als Widersprüche zwischen Ideologie und Realität Teil des gesellschaftlichen Diskurses. Obwohl der Konfuzianismus unwiderlegbar ein Leistungsprinzip für Ämter und Titel fordert, wurde der Status einer Person in der immobilen Ständegesellschaft des Tokugawa-Shogunats beinahe ausschließlich durch Familienzugehörigkeit bestimmt. Ebenso war der Kaiser in der Theorie die einzige Person, die ein legitimes Herrschaftsrecht über die japanischen Inseln hatte, und die Tatsache, dass das Shogunat die Herrschaft über Japan mit Waffengewalt an sich gerissen hatte, widersprach eigentlich dem japanischen Verständnis einer legitimen Herrschaft (Gordon 2009: S. 38-41).

Obwohl die Regierung die Vergnügungsviertel sowie die darin aufblühende Populärkultur, für unmoralisch hielt, blieb sie im Umgang mit diesen pragmatisch und sah davon ab, diese komplett zu verbieten. Dem *bakufu* kam es sogar entgegen, dass die Bevölkerung die „fließende Welt“ als Ventil nutzte, um ihren Emotionen und ihrem Frust freien Lauf zu lassen, solange sie dies eben nur dort tat und dafür umso seltener in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens. Eine Unterdrückung dieser Kultur durch die Schließung der Theater und Vergnügungsviertel hätte womöglich die Akzeptanz für die strikten Regeln des Tokugawa-Regimes verringert und zu gewaltigen Widerständen geführt. Für das Shogunat waren diese Inseln gesellschaftlicher und kultureller Freiheit ein wichtiger Grund dafür, dass der Unmut der Bevölkerung auf kultureller Ebene in der Literatur und den Theatern verarbeitet wurde, statt durch politischen Widerstand. Aus ähnlichen Gründen überließ das *bakufu* die Durchsetzung seiner ständig neuen oder zum wiederholten Male erlassenen Gesetze und Vorschriften der Stadtbevölkerung selbst. Die zuständigen Samurai delegierten diese zusammen mit der Eintreibung diverser Steuern an einen Rat von Stadtältesten. Ebenso wurde die Regulation ökonomischer Tätigkeiten von Gruppen einflussreicher Kaufleute übernommen. Der hohe Grad an Selbstverwaltung innerhalb der Stände, auf den auch bei den Bauern Wert gelegt wurde, diente, neben dem verringerten Verwaltungsaufwand für die Samurai, auch dazu, Spannungen zwischen den Ständen zu vermeiden (Jinnai 1990: S. 137; Gordon 2009: S. 16).

Der Aufstieg einer bürokratisch regierten, zunehmend urbanen Gesellschaft, deren wirtschaftliche und administrative Tätigkeiten auf einem dichten Kommunikationssystem basierte, hatte eine bemerkenswerte Alphabetisierung aller gesellschaftlichen Stände zur Folge. Besonders die Fähigkeit zu lesen machte die breite Masse der japanischen Gesellschaft „empfänglich für Kultur“ (Moriya 1990: S. 114, 118). Fortschritte in der Drucktechnik und der Papierproduktion sorgten in Verbindung mit der hohen Nachfrage zu einem enormen Wachstum des Verlagswesens, dennoch waren viele Bücher für die einfache Bevölkerung immer noch sehr teuer, so erfreute sich vor allem der Buchverleih größter Beliebtheit. Aber auch das Schreiben erlaubte es einfachen Leuten, politisch, kulturell und wirtschaftlich relevante Inhalte zu formulieren und über ihre Lebenswelt zu berichten. Der landesweite Austausch über die Unterschiede oder auch Gemeinsamkeiten des Lebens in den unterschiedlichen Städten und Regionen Japans war ein wichtiger Schritt in Richtung der Entstehung eines Nationalbewusstseins und förderte die Verbreitung kultureller Neuheiten über die kulturellen Brennpunkte, wie Edo, hinaus (Moriya 1990: 118-122).

Dabei handelten die verfassten Texte neben Problemen, Kritik und Sorgen auch von den positiven Seiten, die das „einfache“ Leben mit sich brachte. Ein Haiku dieser Zeit lautete: „Die *daimyō*-Prozession durchtränkt von Regen / beobachte ich aus der Wärme meines Herds“ (Tokugawa 2009: S. 81).

Der Begriff *edokko* (wörtlich: „Kind Edos“) entstand als eine Selbstbezeichnung der in der Stadt aufgewachsenen BewohnerInnen, die damit die Andersartigkeit ihrer urbanen Lebensweise gegenüber dem Rest der japanischen Bevölkerung zum Ausdruck brachten. Das 18. Jahrhundert brachte sogar ein spezielles Edo-Japanisch hervor, das sich deutlich vom Japanisch der Mitarbeiter von Zweigstellen ländlicher Geschäfte oder dem der Samurai anderer Herkunft unterschied, die aufgrund der „alternierenden Anwesenheit“ nur für wenige Jahre in Edo lebten. Der Edo-Dialekt hatte seinen Ursprung als Sprachstil unter hochrangigen Samurai, die dauerhaft in Edo residierten. Durch das gemeinsame Leben innerhalb der Stadt verbreitete sich diese Art zu sprechen auch unter der allgemeinen Stadtbevölkerung und daraufhin als Teil der Edo-Kultur im ganzen Land (Nishiyama & Groemer 1997: S. 36). Zusätzlich zum Vorantreiben nationaler wirtschaftlicher Entwicklungen verbreiteten die zahlreichen reisenden Fürsten, Beamten und Intellektuellen des *sankin-kōtai* die Neuheiten der urbanen Kultur Edos, inklusive des Edo-Japanisch, in allen Winkeln des Reiches. So wurde das Japanisch der StadtbewohnerInnen Edos zur Standardsprache des modernen Japans (ebd.).

In Summe kann festgehalten werden, dass die Kultur der städtischen Bevölkerung, vor allem ab dem 18. Jahrhundert, eine Expansion erfuhr, die selbst die damaligen Entwicklungen der Kriegerkultur der höhergestellten Samurai übertraf (Akai 1990: S. 191).

Der gewaltige politische Einfluss des Tokugawa-Shogunats innerhalb Japans zog eine große Menge an Samurai und StadtbewohnerInnen nach Edo, deren urbaner Lebensstil die Stadt nicht nur in kurzer Zeit zum Konsum-, sondern im Laufe des 18. Jahrhunderts auch zum Kulturzentrum der japanischen Inseln machte. Die oktroyierte Neuordnung des Zusammenlebens brachte eine neue regionale urbane Kultur hervor, deren Verbreitung im ganzen Land Kyoto den 900 Jahre alten Titel der kulturellen Hauptstadt Japans streitig machte und die Entstehung einer einheitlichen nationalen Kultur förderte (Tsukahira 1966: S: 3).

9. Auswirkungen der urbanen Strukturen auf das Wachstum Edos

Das folgende Kapitel untersucht die geographischen, baulichen, administrativen und gesellschaftlichen Strukturen Edos, die zunächst das außergewöhnliche Wachstum der Stadt in der ersten Hälfte der Edo-Periode ermöglichten und anschließend Voraussetzung dafür waren, dass die Stadt ihre gewaltige Einwohnerzahl erhalten konnte. Zu diesen gehört die räumliche Struktur der Stadt, deren spiralförmiger Bauplan in Verbindung mit der Abwesenheit einer Stadtmauer ein theoretisch unbegrenztes physisches Wachstum der Stadt ermöglichte. Darüber hinaus dienten die vielen Kanäle neben Verteidigungs- und Versorgungszwecken in Verbindung mit der baulichen Trennung der Stadtviertel auch der Trennung von streng regulierten Orten des alltäglichen Lebens und den Erholungsgebieten der Stadt. Zusammen mit den Kontroll- und Wachposten an den Engpässen und Brücken innerhalb sowie an den Ein- und Ausgängen der Stadt spielte diese Fragmentierung eine wichtige Rolle bei der Kontrolle der Stadtbevölkerung und dem Erhalt der öffentlichen Ordnung (für eine zeitgenössische Karte der Kanäle im Gebiet um die Burg von Edo siehe Abbildung 13 im Anhang). Die selbstverwaltenden Vierteleinheiten der *machi* verringerten den administrativen Aufwand der Stadtregierung drastisch und waren darüber hinaus für die Instandhaltung öffentlicher Infrastrukturen verantwortlich. Die Reduktion des verwalterischen Aufwands, die die Organisationsstruktur der *machi* mit sich brachte, war zentral für das hohe Maß an administrativer Kontrolle, das das *bakufu* über die wachsende Bevölkerung der Stadt aufrechterhalten konnte. Weiterhin werden die positiven Auswirkungen der guten Wasserversorgung der Stadt und die verbesserte Hygiene ihrer Bewohner aufgezeigt, die neben

dem allgemein respektablen Lebensstandard mit den Reinheitsprinzipien des Shintoismus und der durch die Landknappheit bedingten hohen Nachfrage der Landwirtschaft nach Düngern verbunden war, und die damit relativ zu ihrer Größe geringen Mortalitätsrate der Stadt.

Der Ausbau Edos unter Tokugawa Ieyasu begann bereits mit seiner Ernennung zum *daimyō* der umliegenden Provinzen der Kanto-Ebene 1590. Die damaligen Pläne für die Stadt waren dem Aufbau Kyotos (Baubeginn: 794) nachempfunden, der sich wiederum nach dem Vorbild der kaiserlichen Hauptstadt der chinesischen Tang-Dynastie, Changan, richtete. Neben den geomantischen und astrologischen Vorgaben der Ying-Yang-Theorie (siehe Kapitel 5) bedeutete dies vor allem, dass eine quadratische Rasterstruktur vorgesehen war. Das änderte sich im Jahr 1603. Aufgrund der großen Bedeutung, die der Burgstadt eines *daimyō* zukam, und Tokugawa Ieyasus immer weiter voranschreitende Konsolidierung der politischen Macht in Japan wurde nach seiner Ernennung zum Shogun in diesem Jahr klar, dass Edo zu einer der wichtigsten und größten Städte des Landes heranwachsen würde. So wurde ein neuer Plan eingesetzt, der vorsah, dass die Stadt in einer Spiralform wachsen sollte. Von der Burg von Edo ausgehend wurden Kanäle angelegt, welche sich im Uhrzeigersinn spiralförmig ausdehnten. Auf diese Weise konnten stets neue Viertel hinzugefügt werden und die Stadt in der Theorie unbegrenzt wachsen (Naitō & Hozumi 2003: S. 24, 34; für eine Skizze des spiralförmigen Stadtplans siehe Abbildung 14 im Anhang).

Wie auch in anderen Burgstädten dieser Zeit spiegelte sich die feudale Ständestruktur der Gesellschaft auch in der Struktur Edos wider, die unterschiedlichen Stände lebten auch hier unter sich, in klar voneinander abgetrennten Vierteln, die *machi* oder *chō* genannt wurden.

Im Gegensatz zur geometrischen Planung der damaligen europäischen Renaissancestädte zeichneten sich die Städte der gebirgigen japanischen Inseln durch die enge Verknüpfung ihrer Struktur mit ihrer umliegenden Natur und Topographie aus (Jinnai 1990: S. 124).

Doch selbst für japanische Verhältnisse hatte Edo eine besonders vielfältige Geographie, mit einem entsprechend großen Einfluss auf das Stadtbild. Auch wenn sich Edo in der größten Tiefebene Japans befand, war das Gelände zu Teilen sehr hügelig. Darüber hinaus durchzogen gleich mehrere Flüsse das Umland, die schlussendlich in die Bucht von Edo mündeten. So musste sich die Straßenführung und die Abgrenzung und Aufteilung einiger Viertel an den Verlauf von Tälern, Hügeln, Flüssen und Küstenverläufen des Stadtgebiets anpassen. Die Lage der unterschiedlichen Wohnviertel für die einfache Bevölkerung und Samurai sowie Tempelviertel waren im Vergleich zu anderen japanischen Städten in Edo zwar ebenso klar voneinander getrennt, aber unregelmäßig in der Stadt verteilt. Die Ursache dafür ist neben der Orientierung am Straßennetz und der spiralförmigen Struktur mit den Residenzen der *daimyō*

in der Nähe der Burg vor allem der vielseitigen Topographie des Stadtgebiets geschuldet (Jinnai 1990: S. 124; Sorensen 2002: S. 34).

In Küstennähe wurden die Uferzonen befestigt, Stege errichtet, Kanäle gebaut und die Verläufe der Flüsse verändert, um Hochwasserschäden und die Verschlammung des Hafens zu vermeiden. Die Kanäle waren die Venen und Arterien der gewaltigen Konsumwirtschaft der Stadt. Aufgrund der wichtigen ökonomischen Rolle des Schifftransports wurden die Grundstücke am Wasser hauptsächlich gewerblich genutzt und Märkte fanden meist an der Küste oder in der Nähe von größeren Brücken statt. Diese Übergänge von Wasser zu Land erfüllten also die Funktion der europäischen zentralen Stadtplätze, an deren Stelle sich in Japan die Burg einer Stadt befand. Die Unterschiede in der Stadtgliederung hängen neben geographischen Unterschieden auch von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Hierarchien in Europa und Japan dieser Zeit ab. Im Zentrum der Stadt, wo sich in Europa in der Regel ein Marktplatz, eine Kirche, das Rathaus und die Behausungen der wohlhabenden und einflussreichen Bürger befanden, stand in Edo die Burganlage des Shoguns, umringt von den Residenzen der ranghöchsten *daimyō* des Landes. Während Handel, Religion und der Einfluss der Bürger in Europa von großer Wichtigkeit waren, war Edo eine Stadt des Kriegerstandes und dessen obersten Anführers, des Shogun. Die Wohnviertel der anderen Stände, Märkte und Tempelviertel waren demnach über die äußeren Gebiete der Stadt verstreut (Jinnai 1990: S. 127-132).

Im Gegensatz zu den Wasserfronten in Venedig oder Amsterdam bestanden diese in Edo aufgrund ihrer ökonomischen Relevanz vor allem aus Lagerhäusern, und die dazugehörigen Wohngebäude befanden sich erst eine Reihe weiter landeinwärts. Die Viertel der wirtschaftlich aktiven Stadtbevölkerung lagen an der Küste, während die Wohnviertel der Samurai hauptsächlich in und um die Hügelgebiete im Landesinneren lokalisiert waren, da es ihnen ohnehin nicht gestattet war, kommerziellen Tätigkeiten nachzugehen. Die einstöckigen Viertel der einfachen Bevölkerung, die nach den ersten Dekaden der Edo-Periode um die Hälfte der EinwohnerInnen der Stadt ausmachten, befanden sich auf gerade einmal 30 Prozent der Fläche der Stadt und erreichten eine Bevölkerungsdichte von bis zu 58.000 Einwohnern pro Quadratkilometer (für Darstellungen des Stadtplans und der Verteilung der unterschiedlichen Viertel siehe Abbildungen 15 & 16 im Anhang). Die Nutzung der Viertel gestaltete sich sehr divers, da die unterschiedlichen Gebiete der Stadt nach den Ständen ihrer Bewohner aufgeteilt waren und nicht etwa in Handels-, Wohn- oder Handwerks- und Produktionsgebiete. Aus diesem Grund fanden all diese Aktivitäten innerhalb der in der Stadt verteilten Viertel der einfachen Bevölkerung statt (Sorensen 2002: S. 27, S. 30; Jinnai 1990: S. 144; für eine

beispielhafte Darstellung der Wohnhäuser der einfachen Bevölkerung und Illustrationen ihrer Viertel aus Saitō Gesshins „*Edo meisho zue*“ siehe Abbildungen 17-21 im Anhang).

Die durchgeplanten Viertel der niederen Stände mit ihren gitterförmigen Straßen waren stets laut, eng, überfüllt sowie voller geschäftlichem Treiben und Staub, während die Wohngebiete des Kriegerstandes wesentlich mehr Platz boten, der ein ungeplantes organisches Wachstum erlaubte. Die Viertel der Samurai waren kommerziell leblos, weitläufig, ruhig und begrünt mit Straßen, die sich natürlich zwischen den Hügeln und Tälern schlängelten und die einzelnen freistehenden Residenzen eines Viertels miteinander verbanden. Besonders die Anwesen der *daimyō*, welche aufgrund des *sankin-kōtai*-Systems dazu verpflichtet waren, zusätzlich zu ihren Burgstädten prächtige Anwesen in Edo zu unterhalten, wurden im Gegensatz zu den gleichförmigen Blocks niederer Samurai, die sich „Wange an Wange“ mit kleineren Dörfern der einfachen Bevölkerung in den Tälern befanden, aufwändig, individuell und an ihre natürliche Umgebung angepasst konstruiert. Das Ergebnis war, dass weite Teile der Samurai-Viertel einen eher stadt-untypischen Anblick boten. Diese Form des suburbanen Wohnens wurde später (Anfang des 20. Jahrhunderts) von der sich langsam herausbildenden Mittelschicht als ein erstrebenswertes Ideal aufgegriffen. Offizielle Stadtplanung wurde aber auch nach der Edo-Periode stets mit den *machi* der einfachen Bevölkerung und ihren dicht besiedelten kommerziell aktiven Vierteln in Verbindung gebracht, weshalb sie von der Errichtung gewaltiger Wohnkomplexe und sozialem Wohnungsbau dominiert war. Die Schaffung großzügiger suburbaner Wohngebiete mit hohem Lebensstandard hatte für die japanische Stadtplanung keine Priorität und bekam diese auch nicht, da die politisch schwache Zivilgesellschaft kaum Einfluss darauf nehmen konnte (Sorensen 2002: S. 38f.; Jinnai 1990: S. 139-142).

Während die unterschiedlichen Viertel in der ersten Hälfte der Edo-Periode trotz ihrer Anpassung an das Terrain sehr ordentlich bebaut und die einzelnen Nachbarschaften klar voneinander getrennt waren, wurde in der zweiten Hälfte dieser Zeit zunehmend begonnen, die Behausungen der einfachen Bevölkerung oder niederrangiger Samurai in jeden verfügbaren noch freien Platz zu quetschen, da durch die stetig wachsende Bevölkerung der Platz immer knapper wurde. Die freien Räume zwischen den ehemals behutsam geplanten Vierteln wurden immer weiter durch ungeplantes, unorganisiertes Wachstum gefüllt, und es wurden immer wieder neue, aber weniger für eine uniforme Bebauung geeignete Gebiete erschlossen. Die zur selben Zeit voranschreitende Verschmelzung der Vororte mit den äußeren Bezirken der Stadt trug ebenfalls zur baulichen Unordnung bei. Die wachsende Verselbstständigung des Bauwesens war, unter anderem, ein klarer Indikator für das Nachlassen der zu Beginn der Edo-

Periode vollständigen administrativen Kontrolle der Stadtentwicklung durch das *bakufu* (Sorensen 2002: S. 35f.; Jinnai 1990: S. 145; Gutschow 1978: S. 351). So wurde die klare räumliche Trennung der Stände der ursprünglichen Stadtplanung im Laufe der Edo-Periode zunehmend verwischt (Sorensen 2002: S. 23-25).

Der naturverbundene Shintoismus spricht Bergen, Wäldern und Gewässern eine gewisse Heiligkeit zu, weshalb die Tempeldistrikte der Stadt meist an solchen Landmarken errichtet wurden. Die Tempelstätten standen unter einer eigenen Jurisdiktion, sodass sie mit ihren vergleichsweise lockeren Verhaltensregeln für die Bevölkerung eine Art Zuflucht vor dem strikten Verhaltenskodex waren, mit dem das *bakufu* den Alltag der japanischen BürgerInnen kontrollierte. In den Tempelvierteln war die Auflösung der strikten gesellschaftlichen Ordnung zwar bei weitem nicht so ausgeprägt wie in den Vergnügungsvierteln, aber sie waren für die meisten Teile der Bevölkerung wesentlich zugänglicher. Folglich erfüllten sie für die Stadtbevölkerung neben ihrer spirituellen auch eine Erholungsfunktion (Jinnai 1990: S. 133f.). Diese Erholungsfunktion kam auch den bereits erwähnten Theater- und Vergnügungsvierteln zu, die ebenfalls eine Ausnahme im sonst so streng regulierten Alltag innerhalb der Stadt darstellten, das ging sogar so weit, dass es Samurai innerhalb des Vergnügungsviertels nicht gestattet war, ihr Standessymbol und damit ihre Schwerter zu tragen, ein Symbol dafür, dass die Ständetrennung innerhalb dieses Viertels aufgehoben war. Die Regierung duldete diese Ausnahmegebiete als ein notwendiges Übel, um das Volk bei Laune zu halten. Die Politik des *bakufu* setzte jedoch alles daran, klare räumliche Trennungen zwischen Alltag und Außergewöhnlichem zu schaffen. So waren die 35 Bordelle Edos im Jahr 1610, dessen Bevölkerung zu dieser Zeit zu 70 Prozent aus Männern bestand, noch über mehrere Gebiete in der Stadt verteilt, wurden aber schon 1615 mit Unterstützung des Shogunats nach *yoshiwara* (wörtlich: „Glück bringendes Feld“) verlegt²². Vergnügungsviertel wie dieses befanden sich, wie auch die Theater, wiederum häufig in baulich oder geographisch abgetrennten Gebieten, meist Inseln. Diese Inseln waren teilweise nur per Boot oder über eine einzelne Brücke zu erreichen, was eine der Eigenschaften der Vergnügungsviertel war, die den Begriff *ukiyo* („fließende Welt“) prägte (für eine Illustration des Vergnügungsviertels in Edo siehe Abbildung 22 im Anhang). Im Laufe der Edo-Periode siedelte das *bakufu*, entsprechend der zentrifugalen Wachstumsstruktur Edos, diese Bezirke immer wieder an den Rand des Stadtgebiets um. Durch die Verlagerung der Vergnügungs- und Erholungsgebiete in die Außenbezirke blieb ihr Bezug

²² Der Begriff *yoshiwara* bezeichnete ursprünglich ein mit Schilf überwachsenes Gebiet, was auch dem Ort entsprach, an dem das Viertel errichtet wurde. Der erste Teil kann jedoch mit einem homophonen Schriftzeichen geschrieben werden, welches „Glück“ bedeutet. So wurde aus einem Schilffeld das „Glück bringende Feld“ (Naitō & Hozumi 2003: S. 93).

zur Natur erhalten, wobei ihre Nähe zu Wasserwegen und die Assoziation mit Gewässern beibehalten wurde und sie auch weiterhin gut erreichbar waren (Jinnai 1990: S. 137; Naitō & Hozumi 2003: S. 93; Tokugawa 2009: S. 90).

Die Wahl von Edo als Regierungssitz des Tokugawa-Shogunats war ursprünglich stark von militärischen Abwägungen geprägt (Siehe Kapitel 5). Dennoch gab es keine Stadtmauern, die die Stadt umgaben, nur die Burg im Inneren war befestigt. Das rührte daher, dass aufgrund der Insellage sämtliche Bedrohungen für Stadt innere waren. Die Verteidigung der Stadt war also auf die Verteidigung des Shoguns vor den ihm unterstellten *daimyō* oder Aufständen der Zivilbevölkerung ausgelegt und nicht dem Schutz der Bevölkerung vor einer fremden Macht (Nakane 1990: S. 214). Das *bakufu* sah aufgrund der schweren Erreichbarkeit Edos also keinen Bedarf für Stadtmauern aus militärischen Gründen. Stadtmauern haben jedoch auch zivile Funktionen. Sie dienen nicht nur zur bloßen Verteidigung der Stadt gegen Angreifer, sondern unterstützten auch die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung innerhalb der Stadt. Zwei Gründe dafür waren einerseits das Ausmaß der Kontrolle der Samurai und offiziellen Beamten der Regierung über die Bevölkerung sowohl in als auch außerhalb der Städte und andererseits die Substitution der Funktionen einer Stadtmauer durch Kanäle und Wassergräben, die sich durch die ursprüngliche Insellage der Stadt im Delta des Tone-Flusssystems anboten. Die Gesellschaft der Edo-Periode war in allen Aspekten ihres Alltags streng reguliert und überwacht. Darüber hinaus hatten die vielen Post- und Kontrollstationen, das ausgebaute Straßen- und Verkehrsnetz, ein waches Auge darüber, wer genau und aus welchem Grund er oder sie durch das Land reiste, und waren auf diese Weise eine wichtige Informationsquelle für die Ordnungshüter des *bakufu* und der *hans*, die ihren Kontrollradius dadurch weit über die Burgstädte hinaus vergrößerten. Eine Folge des festen Griffs der Regierung, in dem sich die japanische Bevölkerung befand, war, dass die Straßen und die Wälder Japans für das 17. Jahrhundert außergewöhnlich sicher und frei von Wegelagerern waren. Das zeigt sich auch an den Reisegewohnheiten der vielen Boten, die zwischen den Städten reisten und ohne Geleitschutz wertvolle Waren, Informationen oder größere Mengen an Geld bei Tag und Nacht bei sich trugen (Moriya 1990: S. 111). Das Ausmaß an Bedrohungen war, mit Ausnahme vereinzelter Gruppen an *rōnin* (Totman 1993: S. 126f.), im Verhältnis zu den Bedrohungen, die vor den Stadttoren anderer Länder dieser Zeit lauerten, sehr gering, was ein weiterer Grund für die Abwesenheit einer Stadtmauer in Edo war.

Das bedeutete jedoch nicht, dass das *bakufu* kein Interesse hatte, die Ein- und Ausgänge der Stadt zu kontrollieren. Das Shogunat war misstrauisch sowohl gegenüber den *daimyō* als auch der Stadtbevölkerung Edos. Das oberste Ziel war es, den in Anbetracht des langen

Bürgerkrieges fragilen Frieden in Japan zu wahren. Wie in Kapitel 5 erwähnt, war Edo aufgrund seiner geographischen Lage nicht leicht zu erreichen. Das *bakufu* machte sich diesen eingeschränkten Zugang nicht nur als potenzielle, zusätzliche Verteidigungslinie zu Nutzen, sondern nutzte die geographische Fragmentierung der Stadt, um an Engpässen wie Tälern oder Brücken Kontrollposten einzurichten und den zivilen Waren- und Personenverkehr zu überwachen. Die Topographie des Umlandes und Edos Lage zwischen den Flüssen der Kanto-Ebene waren ein guter Ausgangspunkt für die gewaltigen Kanalbauarbeiten, die das Shogunat in Auftrag gab. Besonders die Flüsse Kanda und Sumida wurden genutzt, um die Vielzahl an Kanälen und Gräben zu speisen, die, sich an der spiralförmigen Grundstruktur der Stadt orientierend, diese durchdrangen und unterteilten. Wer sich über Land durch die Stadt bewegte, musste immer Kontrollpunkte und Wachposten passieren, die sich zwischen den unterschiedlichen Vierteln befanden. Je näher man der Burg im Zentrum der Stadt kam, desto schwieriger wurde es, diese zu passieren. Es gab nur einen einzigen Übergang, der den Zugang zur Burg über Land ermöglichte, und dieser wurde von drei der engsten Verbündeten Tokugawas bewacht, den *daimyō*-Häusern Kii, Owari und Ii (Bodart-Bailey 2003: S. 120; Nishiyama & Groemer 1997: S. 24f.; Gutschow S. 354f.).

Aus ähnlichen Gründen waren auch die Viertel des Kriegerstandes in der Nähe der Burg, während die der Stadtbewohner weiter außerhalb lagen, was einerseits ein Symbol des höheren Ranges darstellte, aber andererseits auch zur Verteidigung der Burg diente. In den äußeren Gebieten der Stadt waren die unterschiedlichen Viertel (*machi*) durch geradlinige, gut begehbare, saubere Straßen voneinander abgegrenzt, die wie in Kyoto nach chinesischem Vorbild in einem Gittermuster angelegt waren. In der Nähe zur Burg wurden die Gassen jedoch immer verwinkelter und die Straßenführung immer unklarer, was einen Ansturm von einer größeren Anzahl an Kriegern oder Aufständischen erheblich erschwerte (Bodart-Bailey 2003: S. 121; Sorensen 2002: S. 25). Die Substitution einer Stadtmauer durch andere bauliche Maßnahmen erleichterte auch das Stadtwachstum dadurch, dass die Fläche der Stadt nicht durch eine sie umschließende Mauer begrenzt war. Im Paris des 17. Jahrhunderts versuchte Ludwig XIII. vehement die Ausbreitung der Stadt zu verhindern, da es für die französische Regierung zunehmend schwieriger wurde, die öffentliche Ordnung in ihrer Hauptstadt zu wahren. Sein Nachfolger Ludwig XIV. musste sich jedoch schlussendlich dem wachsenden Bevölkerungsdruck beugen und befahl im Jahr 1670 das Schleifen der städtischen Mauern, um die Stadt für weitere Viertel zu öffnen (McClain & Merriman 2019: S. 13). Aufgrund der besonderen geographischen und politischen Umstände der japanischen Inseln blieben der Hauptstadt des Tokugawa-Shogunats diese Art von Wachstumsproblemen erspart.

Die strikt nach den Ständen getrennten Viertel Edos und anderer Großstädte (*machi*) waren nicht nur eine bauliche, sondern auch eine gesellschaftliche Einheit. Ähnlich wie es bei den Dörfern der Fall war, wurde von den *machi* der Städte ein hohes Maß an Selbständigkeit erwartet, was zur Folge hatte, dass diese sich gegen Ende des 17. Jahrhunderts zu selbstverwaltenden urbanen Einheiten entwickelt hatten (Fukuzawa 2008: S. 99). Sie führten eigene Finanzen, trieben Steuern ein und waren für die Umsetzung der Verhaltensregeln und Gesetze des *bakufu* zuständig. Hauptverantwortlich dafür war ein dem Stadtmagistrat des *bakufu* (*machi-bugyō*) unterstellter Viertelvorsteher (*machi-toshiyori*), welcher mit der Zustimmung des Shogunats von den Bewohnern des Viertels gewählt werden durfte und entsprechend den Gesellschaftsnormen der Edo-Periode das *machi* und seine 400-500 Bewohner mit väterlicher Autorität verwaltete (Smith 1978: S. 52; Fukuzawa 2008: S. 99).

Die administrative Tätigkeit des Viertelvorstehers und seiner Angestellten war sehr umfangreich und musste, aufgrund des geforderten schriftlichen Abnahmeverfahrens, minutiös dokumentiert werden. In die andere Richtung mussten sämtliche Bekanntmachungen des *bakufu* an die Bewohner der *machi* kommuniziert werden. Diese sich in einer Größenordnung von 16.000 befindlichen Mitteilungen der Edo-Periode mussten von jedem der zuweilen über 1600 *machi* Edos abgeschrieben und verbreitet werden (Fukuzawa 2008: S. 99).

Aus diesen Gründen beschäftigte jedes *machi* einen eigenen Schreiber in Vollzeit. Die Bewohner bildeten eine sehr enge Gemeinschaft, und das *machi* war sowohl für das Wohlbefinden als auch die Untaten seiner Bewohner verantwortlich. So war der Zugang zu den *machi* meist nur durch hölzerne Tore möglich, an denen Wachen postiert waren und die bei Nacht geschlossen wurden. Die Verschlussenheit und die Bürokratie dieser urbanen Einheiten machten es sehr schwierig, seinen Wohnsitz zu verkaufen oder ein Grundstück zu erwerben. Aufgrund des Prinzips der gegenseitigen Verantwortung der Bewohner füreinander (*goningumi*) wurden potenzielle Käufer sehr genau überprüft und der kleinste Einwand eines einzelnen Bewohners konnte den Grundstückskauf verhindern. Ebenso musste ein Käufer es sich genau überlegen, welcher Gemeinschaft er sich mit einem Kauf anschließen wollte. Da ein Haus nur mit demokratischer Zustimmung veräußert werden konnte, waren diese Regelungen in Bezug auf Haus- und Grundbesitz eine Einschränkung der Eigentumsrechte der BewohnerInnen der *machi*. Insgesamt gab es nur sehr wenig Wechsel in der Zusammensetzung dieser Nachbarschaften. Während die Ständetrennung die vertikale gesellschaftliche Mobilität abschaffte, wurde sie als Maßnahme zur Vorbeugung gesellschaftlichen Wandels durch die Organisationsstruktur der *machi* zusätzlich um eine horizontale Ebene ergänzt. Diese geographische und administrative Einteilung der einfachen Stadtbevölkerung in für sich selbst

verantwortliche Gemeinschaften brachte dem Shogunat eine enorme administrative Kontrolle über jede_n einzelne_n BürgerIn, trotz der gewaltigen Größe einer Stadt wie Edo. Weiterhin erleichterte dieser hohe Grad an Selbstverwaltung und Autonomie die Ansiedlung neuer Bewohner, da der Bau und die Verwaltung kompletter Viertel statt einzelner Häuser und Familien für das Shogunat eine vollständige juristische und moralische Kontrolle über die Bevölkerung Edos ermöglichte, trotz des deutlich geringeren administrativen Aufwands (Sorensen 2002: S. 43; Naitō & Hozumi 2003: S. 84; Hall 2015a: S. 181; McClain & Merriman 2019: S. 17; Gutschow 1978: S. 352).

Darüber hinaus erleichterte diese Organisationsform die Instandhaltung der städtischen Infrastruktur, da die Verantwortung der einzelnen *machi* nicht auf die Bewohner ihres Viertels begrenzt war, sondern auch das Viertel selbst beinhaltete. Das bedeutete, dass die Mammutaufgabe der Instandhaltung öffentlicher Güter, wie Brücken, Straßen oder die Trinkwasserversorgung einer Stadt mit um die eine Million Einwohner von ebenso vielen Personen gestemmt wurde, und die finanzielle und handwerkliche Bürde nicht allein auf der Regierung lastete (Sorensen 2002: S. 38; Hanley 1987: S. 14).

Besagte Wasserversorgung war wichtiges Kernelement der hohen Lebensqualität und Hygienestandards, die in Edo für eine Stadt des 17. und 18. Jahrhunderts vorherrschten. Die japanischen Inseln besitzen so kaum befahrbare Flüsse und für ihre entsprechenden Funktionen im Handel, Transport, Kommunikation und Fischfang wurde meist der umliegende Ozean genutzt. Um die Süßwasserversorgung sicherzustellen und ihre Felder zu bewässern, waren die Inselbewohner seit jeher darauf angewiesen, das Wasser aus den Bergen in komplexen Kanalsystemen dorthin zu transportieren, wo es gebraucht wurde, was in Anbetracht des Nassfeldanbaus von Reis kein leichtes Unterfangen darstellte (Woolley 2005: S. 11).

Aufgrund des rasanten Wachstums Edos in den ersten Jahrzehnten der Tokugawa-Periode sank die Wasserqualität traditioneller Quellen, wie offene Kanäle oder Flüsse kontinuierlich. Daraufhin ließ das Shogunat ein ausgeklügeltes System zur Wasserversorgung anlegen, welches durch Flüsse und Teiche im Hinterland westlich der Stadt gespeist wurde. Das Wasser gelangte über Land in Kanälen und Gräben in die Stadt und wurde dort von steinernen Hauptkanälen und Nebenleitungen aus Holz und Bambus unterirdisch in die Brunnen der Stadt geleitet. Die Wasserversorgung Edos wurde im Laufe der Edo-Periode etappenweise ausgebaut. Die ersten Systeme wurden mit großem Aufwand unter direkter Anleitung des *bakufu* gebaut und priorisierten die Burg von Edo sowie die Viertel der *daimyō* und Samurai. Das bedeutete, dass die einfache Bevölkerung zwar an das System angeschlossen war, das Wasser aber erst bei

ihnen ankam, nachdem es durch die Viertel der höheren Stände geflossen war und es konnte nur genutzt werden, was dort übrigblieb (Jun 2019: S. 245f.; Hanley 1987: S. 8).

Mit dem voranschreitenden Wachstum der Stadt und dem Ausbau weiterer Etappen des Systems wurde dieses immer komplexer und die Instandhaltung der Wasserversorgung, welche im 17. Jahrhundert aufgrund der Hauptnutzung durch das *bakufu* und die Samurai auch von diesem finanziert wurde, zunehmend problematischer. Der Wasserqualität kam dies natürlich nicht zugute, und in den Dekaden um die Jahrhundertwende begannen das Shogunat, die Fürsten und höhere Samurai zunehmend eigene Brunnen zu graben und sich vom allgemeinen Versorgungssystem zu lösen. Die offizielle Verwaltung des Systems wurde bereits in den Jahren 1670 und 1693 schrittweise an bürgerliche Autoritäten abgegeben, und als die einfache Bevölkerung zunehmend zum Hauptnutzer des Systems wurde, wurde sie auch bei der Instandhaltung in volle Verantwortung gezogen (Jun 2019: S. 247).

Auch wenn das vom Shogunat als Großprojekt erbaute System zeitweise Mängel aufwies, ist das Wiederaufleben der hohen Funktionalität und Qualität der Wasserversorgung darauf zurückzuführen, dass der Ausbau und die Instandhaltung des Systems, wie bei vielen anderen Teilen der Infrastruktur, nun in der Verantwortung der Nachbarschaften (*machis*) lag (Mansfield 2016: S. 26; Sorensen 2002: S. 41). Diese waren zu Beginn zwar keineswegs erfreut über diese arbeits- und kostenintensive Verpflichtung, begannen aber mit der Zeit, im typischen Stil der städtischen „*edokko*“-Kultur Edos, die die Gewohnheit hatte, die Bewältigung der Strapazen des Stadtlebens als eine Tugend der BewohnerInnen Edos anzupreisen, Stolz für diese Arbeit zu empfinden. Die Brunnen des Systems waren beliebte alltägliche Treffpunkte für die Gemeinschaften der *machi* und die regelmäßigen Arbeiten an diesen wurden zu wichtigen Events, bei denen alle Teile Gemeinschaft zusammenkamen, um diese gemeinsam zu erledigen. Die Wasserversorgung wurde zu einem wichtigen Teil des sozialen Lebens und dieser gemeinschaftliche Aspekt breitete sich auch auf andere alltägliche Dinge aus (Jun 2019: S. 248f.; für die Illustration eines hölzernen Aquädukts und eines typischen Brunnens der Stadt siehe Abbildungen 23 & 24 im Anhang).

Gegen Ende der Tokugawa-Periode fanden Badehäuser in der ganzen Stadt weite Verbreitung und tägliches Baden war über alle Bevölkerungsschichten hinweg die Norm. Ein hohes Maß an Hygiene spielte eine wichtige Rolle für ein gesundes Zusammenleben so vieler Menschen auf engem Raum, wobei auch Japans isolierte Lage nicht unzuträglich war, da Seuchen und Epidemien es sowohl schwer hatten, ihren Weg nach Japan zu finden, als auch sich dort zu verbreiten (Hanley 1987: S. 24), wobei Stephen Mansfield darauf hinweist, dass gerade im Sommer das feucht-warme Klima, Flussüberschwemmungen und der zeitgemäße Umgang mit

Lebensmitteln und Abfällen die Stadt zu einer Brutstätte für Nagetiere und Insekten verwandelte. Damit verbunden seien Ausbrüche von Masern, Pocken oder Beriberi trotz der verhältnismäßig guten Hygienebedingungen keine Seltenheit gewesen, wobei gerade letzteres auch stark mit dem zunehmenden Konsum von weißem Reis zusammenhing. Dieser wird im Gegensatz zum braunen Reis geschält. Die Schale der Reiskörner enthält jedoch wichtige Vitamine und Mineralien, weshalb Beriberi als Krankheit heute auf Thiamin (Vitamin B1)-Mangel zurückgeführt wird (Mansfield 2016: S. 28). Die Wichtigkeit der guten Wasserversorgung zeigte sich im 19. Jahrhundert, als die Qualität eben dieser zunehmend abnahm und Krankheiten zu einem wachsenden Problem innerhalb der Stadt wurden (Sorensen 2002: S. 40f.).

Wie in Kapitel 7 bereits erwähnt, führte die durch die Landknappheit bedingte Transition der Agrarwirtschaft von der Erweiterung der Ackerflächen zur Intensivierung der Bewirtschaftung zu einer großen Nachfrage an Düngemitteln, wobei menschliche Exkremente als sehr effizientes Düngemittel äußerst begehrt waren. Dieser Umstand spielte ebenfalls eine wichtige Rolle für den hohen Hygienestandard innerhalb der Stadt. Am stärksten war diese Praktik nicht in Edo, sondern in Osaka ausgeprägt, welches in der ersten Hälfte der Edo-Periode als nationales Handelszentrum und zentrales Versorgungszentrum Edos ebenfalls ein enormes Bevölkerungswachstum verbuchen konnte. An ihrem Höhepunkt im Jahr 1763 lebte eine registrierte Stadtbevölkerung von 418.537 in der Stadt, wobei das Verhältnis an nicht registrierten Samurai und Gefolgsleuten, die für die Gesamtbewohnerzahl hinzuzuaddieren wären, hier wesentlich geringer als in Edo geschätzt wird (Hanley 1987: S. 4; für einen Vergleich der EinwohnerInnen von Kyoto, Osaka und Edo siehe Abbildung 25 im Anhang). Das Sammeln menschlicher Exkremente zum Verkauf als Dünger fand in Osaka bereits statt, noch bevor Tokugawa Ieyasu Herr von Edo wurde. Die Landwirtschaft um Edo war im 17. Jahrhundert bei weitem noch nicht so ausgeprägt wie in Osaka, und Nahrungsmittel wurden größtenteils importiert. In der Gegend um Osaka wurde auch wertvolle Baumwolle angebaut, welche einen besonders nährstoffreichen Boden benötigte. Aus diesem Grund war auch die Nachfrage nach Dünger in Edo zunächst geringer als in Osaka, spätestens im 18. Jahrhundert fand diese Praktik auch in Edo weite Verbreitung. Obwohl beide Städte unter direkter Jurisdiktion des *bakufu* standen, hatte Edo als offizieller Sitz der Regierung und als die Stadt des Shoguns eine repräsentative Funktion, die Osaka nicht hatte, weshalb das Shogunat gewisse Einschränkungen erließ, die üblen Gerüchen vorbeugen und die Sammlung der Exkremente diskreter gestalten sollten (Hanley 1987: S. 12; Totman 1993: S. 261).

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungen, die mit der begrenzten Menge an Ackerland zusammenhängen (siehe Kapitel 7.2.), stieg der Preis von Düngern im Laufe der Edo Periode stetig an. Im frühen 18. Jahrhundert zahlten Landverwalter und ihre Bauern einen enormen Preis für die menschlichen Abfälle der Stadtbevölkerung. Was einst gegen Gemüse getauscht wurde, wurde nun gegen Silber gehandelt. Die jeweiligen Verwaltungen der *machis* hatten das Verkaufsrecht an den Exkrementen ihrer Bewohner, weshalb diese in gewerblichem Stil gesammelt und verkauft wurden. Das zusätzliche Einkommen der *machis* durch diese Tätigkeiten war nicht unerheblich (Hanley 1987: S. 9; Sorensen 2002: S. 41). Zusätzlich führte das *bakufu* Gesetze ein, die den Bau von Latrinen in Flussnähe sowie eine allgemeine Verschmutzung der Flüsse verbot. Während menschliche Abfälle in vielen europäischen Städten dieser Zeit ein gewaltiges Hygieneproblem auf den Straßen schufen, wurden diese in Edo fein säuberlich entsorgt und aus der Stadt gebracht, auch ohne das Vorhandensein einer Kanalisation (Mansfield 2016: S. 26).

Das Vorgehen bezüglich menschlicher Abfälle in Edo führte dazu, dass sich die Stadtbevölkerung nicht mit den katastrophalen Folgen verseuchten Trinkwassers befassen musste, wie es bei anderen Städten wie etwa Paris oder London zu dieser Zeit der Fall war. Dieser Vorteil wurde zusätzlich dadurch verstärkt, dass die kurzen und reißenden Flüsse des gebirgigen Archipels von vornherein eine geringere Schadstoffbelastung aufwiesen, wie es bei langsamen und langen Flüssen auf dem Festland der Fall war (Hanley 1987: S.15f.). Gemessen an den Erläsen des *bakufu* spielte die Sauberkeit und Ordnung Edos eine wichtige Rolle für das Shogunat, was sicher auch mit der oben genannten repräsentativen Rolle der Stadt zusammenhing. Den BewohnerInnen der Stadt war es untersagt, ihren Müll einfach in die Flüsse zu werfen, dieser wurde stattdessen an Sammelpunkten in den Vierteln gesammelt und von angeheuerten Dienstleistern per Schiff auf die Insel Eitai in der Bucht von Edo gebracht. Müllhalden wie diese trugen neben der Entsorgung von Abfällen aus der Stadt auch zur Landgewinnung und Erschließung von Feldern bei und waren deshalb ein sehr lukratives Unterfangen. Zusätzlich wurde die Stadtbevölkerung dazu verpflichtet, Kanäle auf ihren Grundstücken zu errichten, die das Regen- und Abwasser abführten. Die Abwasserkanäle konnten selbst in den ärmsten Vierteln der Stadt vorgefunden werden (ebd.: S. 13f.).

Die relative Sauberkeit der Städte und des Trinkwassers bedeutete natürlich nicht, dass die Bevölkerung Edos vollständig von Kontaminationen durch Exkremente geschützt war, sondern dass solche wesentlich seltener waren, als es zu Beispiel in europäischen Städten der Fall war. Das hing auch mit den individuellen Gepflogenheiten der Stadtbevölkerung zusammen, die ebenfalls zur guten allgemeinen Gesundheit beitrugen. Eine Gewohnheit, die die japanischen

Stadtbewohner auch vor unreinem Wasser schützte, war, dass sie ihr Wasser häufig gekocht, zum Beispiel in Form von Tee, tranken und auch ihr Essen, mit wenigen Ausnahmen, gegart zu sich nahmen. Die Bewohner eines Haushalts hatten jeweils ihr eigenes Set an Geschirr, welches aus Schüssel, Becher und Essstäbchen bestand. Fanden letztere Verwendung in Restaurants, waren sie meist lackiert und damit sehr leicht zu reinigen, zumal sie nicht in den Mund genommen werden, wie es bei den europäischen Löffeln der Fall ist (Hanley 1987: S. 20f.). Das shintoistische Konzept von Unreinheit, dass sich seit prähistorischen Zeiten auf den japanischen Inseln erhalten konnte, hatte einen starken Einfluss auf das Verhalten der JapanerInnen. Auch wenn die Unreinheit des Shintoismus mehr eine ritualistische Kategorie ist, ist die religiöse Vorstellung von Reinheit und Verdorbenheit eng mit Unreinheit und Sauberkeit im Allgemeinen verknüpft. Alles, was mit dem Tod, Blut oder Krankheit in Verbindung stand, wurde als unrein empfunden und man legte alles daran, sich von diesen Dingen fernzuhalten. Der Umgang mit diesen Dingen, wie die Entsorgung von Leichen und Tierkadavern oder die Exekution von Kriminellen, wurde in Edo den *eta*²³ überlassen, welche dafür wiederum vom Rest der Gesellschaft geächtet wurden. Die Verwendung von Salz, Wasser und Feuer zur Reinigung stammt ebenfalls aus ihrer Verwendung zur Läuterung in Ritualen des Shintoismus. Die Bevölkerung Japans hatte also eine sehr genaue Vorstellung davon, was rein und was unrein war, was sich auch auf alltägliche Handlungen auswirkte. Das Ausziehen von Schuhen beim Betreten eines Hauses oder auch das Händewaschen, nachdem man auf der Toilette war, gehörten in Japan schon in der Edo-Periode zum Anstand. Auch die Badekultur Edos hatte ihren Ursprung in den Tempeln des Shintoismus. Allgemein legte neben der Regierung auch die Bevölkerung auf privater Ebene sehr großen Wert auf Sauberkeit und Hygiene (Hanley 1987: S. 19-22; Gordon 2009: S. 16).

Gute Hygiene war jedoch nicht der einzige Bestandteil der vergleichsweise hohen Lebensqualität vieler EinwohnerInnen Edos. Die Herrschaft der Tokugawa Dynastie brachte über 250 Jahre des Friedens nach Japan. Die lange Zeit des Friedens erlaubte ein enormes Bevölkerungswachstum und war Grundlage für das Wirtschaftswachstum auf den japanischen Inseln, aufgrund dessen sich in den Städten eine stark ausgeprägte materielle Kultur entwickeln konnte. Die traditionellen Bau- und Lebensweisen der hochrangigen Familien und Samurais entstanden schon lange vor dem Tokugawa-Shogunat, verbreiteten sich jedoch erst in dieser Zeit des Friedens und des wachsenden Wohlstands innerhalb der einfacheren Bevölkerung. Die

²³ Als *eta* (wörtlich: „Unreinen“) wurden/werden Angehörige bestimmter Berufsgruppen bezeichnet, die mit allem was in der japanischen Kultur als unrein angesehen wurde, arbeiten, wie zum Beispiel Kürschner. Die Vorurteile gegenüber und Diskriminierung der *eta*, stellen bis heute ein soziales Problem der japanischen Gesellschaft dar (Ohno 2018: S. 184).

Herrschaft der Tokugawa-Dynastie brachte eine graduelle kulturelle „Samurai-isierung“ der einfachen Bevölkerung, die sich neben der Adaption von Gepflogenheiten, Ritualen und Sitten der Samurai auch im Stadtbild Edos niederschlug. Die einfache Bevölkerung, welche zu Beginn des 17. Jahrhunderts zum Großteil in Verschlagen mit Erdböden und ein oder zwei Zimmern lebte, lebte in den Jahrzehnten vor der Meiji-Restauration (1868) in handwerklich qualitativ hochwertigen, simplen, aber eleganten Häusern, die gut an das regionale Klima angepasst waren. Die Verwendung von Schnittholz, Schiebetüren, Fenstern sowie Holz- und Tatamiböden wurden von der Ausnahme zum Regelfall. Schon lange vor der Entstehung moderner Bauregulierungen und Stadtplanung etablierte sich eine hochentwickelte Tradition des urbanen Wohnens und Bauens, die in dieser Rolle agierte. Es entwickelte sich ein vergleichbar hohes Level an Wohnqualität, das nicht nur der Elite vorbehalten war, sondern (mit Ausnahme der ärmsten Bevölkerungsschicht) auch weiten Teilen der einfacheren Bevölkerung zur Verfügung stand (Sorensen 2002, S. 40-44; Nishiyama & Groemer 1997: S. 35). Die Institutionen, Infrastrukturen und Gepflogenheiten Edos schufen ein für seine Zeit ungewöhnlich gesundes Umfeld und hohen Lebensstandard für seine Bewohner, was sich neben dem rasanten Wachstum und der gewaltigen Größe der Stadt auch in der verhältnismäßig niedrigen Mortalitätsrate widerspiegelte (Hanley 1984: S. 14). In Anbetracht des großen Anteils an Stadtbewohnern an der Gesamtbevölkerung Japans noch vor der Industrialisierung wäre, gemessen an europäischen Maßstäben, eine sehr hohe Mortalität in den Städten zu erwarten gewesen, dafür gibt es jedoch keine Anzeichen. Die Lebenserwartung lag im 19. Jahrhundert in den niedrigen Vierzigern, was grob mit Lebenserwartungen europäischer Länder in den Jahren 1840 bis 1860 vergleichbar ist, die sich zu dieser Zeit allerdings schon in der Industrialisierung befanden und entsprechende moderne Technologien zur Verfügung hatten (Hanley 1987: S. 23f.).

Die Entwicklungen der Tokugawa-Periode schufen trotz der gewaltigen Größe, zu der Edo herangewachsen war, eine wohlhabende materielle Kultur, solide Wohnstandards und ein hohes Maß an Gesundheit und körperlichen Wohlbefinden innerhalb der breiten Bevölkerung. Diese Voraussetzungen erlaubten es den Modernisierern der darauffolgenden Meiji-Zeit, sich primär auf die Industrialisierung des Landes sowie die Modernisierung und Vergrößerung der Armee zu konzentrieren. Größere Investitionen in die soziale Infrastruktur waren zunächst nicht nötig, da die traditionellen Systeme auch weiterhin funktionierten (Sorensen: S. 44; Hanley 1987: S. 26).

10. Gesellschaftspolitische Implikationen des Tokugawa-Regimes

Dieses Kapitel elaboriert, wie das Tokugawa-Regime die von der relativen geographischen und gesellschaftlichen Isolation Japans geprägten Institutionen der Ständegesellschaft und des *baku-han*-Systems nutzte, um neben den *daimyō* auch die Zivilgesellschaft politisch zu schwächen und Subversionen vorzubeugen. Zusätzlich wird erläutert, wie die Überbürokratisierung durch die vielen Samurai in den Städten und die Fragmentierung der StadtbewohnerInnen durch die Organisationsstruktur der *machi* das hohe Maß an öffentlicher Ordnung sicherstellten und im Falle von letzterem die Entstehung eines gemeinsamen politischen Bewusstseins der BewohnerInnen Edos verhinderte. Es wird jedoch auch darauf eingegangen, wie innerhalb der gesellschaftlichen Strukturen der Edo-Periode über die lange Zeit, die diese umfasst, zunehmend politische und sozioökonomische Spannungen entstanden, die gegen Ende der Edo-Periode begonnen hatten, die feudale Herrschaft des Shogunats zu destabilisieren.

Die soziale Ordnung des Tokugawa-Regimes wurde zu ihrer Zeit als Widerspiegelung der natürlichen Hierarchien mit kosmischen oder heiligen Ursprüngen propagiert. Sie basierte auf einem System, das John W. Hall als „rule by status“ beschrieb. Das bedeutete, dass jeder Stand der Gesellschaft vom *daimyō* bis zu den Aussätzigen anderen, eigenen Gesetzen unterworfen war und dass die Herrschaftsbeziehung zwischen jedem Stand und den Herrschern der Tokugawa-Dynastie unterschiedlich waren. In der Theorie war die persönliche Freiheit jedes Individuums durch dessen Stand beschränkt, im Gegenzug wurde den Ständen jedoch ein ausreichendes Maß an Selbstverantwortung und -bestimmung eingeräumt, damit diese sich mit diesem Gesellschaftssystem arrangieren konnten. Obwohl die unterschiedlichen *han* zu eigenen Gesetzgebungen berechtigt waren, orientierten diese sich meist an den Gesetzen des *bakufu*, wodurch die Komplexität des Rechtssystems einigermaßen im Rahmen gehalten werden konnte. Wenn es zu Überschneidungen von Zuständigkeiten kam, wurden Gremien aus den jeweils zuständigen Vorgesetzten gebildet. Urteile basierten in der Regel auf vorhergegangenen Urteilen und Präzedenzfällen, wobei laut Tokugawa Tsunenari auf Status oder Wohlstand keinerlei Rücksicht genommen wurde. Bei zivilgesetzlichen Streitigkeiten war es üblich, dass man versuchte, eine Schlichtung zu erzielen, statt eine Partei zum Schuldigen zu erklären. Eine Vorgehensweise, die in Japan auch heute noch üblich ist (Gordon 2009: S. 19; Tokugawa 2009: S. 83f.).

Die politische Stärke und lange Herrschaftsdauer des Tokugawa-Regimes waren eng mit der Flexibilität des *baku-han*-Systems verknüpft. Dieses einzigartige politische System zentralisierte die nationale politische Autorität in den Händen des Shogunats, war aber gleichzeitig dezentralisiert genug, um die gesellschaftlichen Konflikte der Edo-Periode, auf unterschiedlichen Ebenen zu absorbieren, sodass sie keine Bedrohung für die zentrale Herrschaft des Shoguns darstellten. Nach der Machtergreifung durch Tokugawa Ieyasu definierten die frühen Shogune der Tokugawa-Dynastie die hierarchischen Beziehungen zwischen dem *bakufu* und den *daimyō*, den *daimyō* und den Samurai sowie zwischen den Samurai und dem Stand der Bauern neu. In jeder dieser Beziehungen wurde die Unabhängigkeit und die Freiheiten der untergeordneten Parteien im Vergleich zu der oder denen, die sie im Mittelalter genossen, deutlich verringert. Das Tokugawa-Shogunat etablierte sich als Wahrer des Friedens in der Rolle des *kōgi*, der obersten politischen Autorität zum Wohle der Allgemeinheit, und hob sich so über alle anderen hinaus. Die *daimyō*, die einst Verbündete oder Feinde auf Augenhöhe waren, wurden zu Untertanen, die sich aufgrund der zahlreichen Einschränkungen und Verpflichtungen auf nationaler Ebene, die das *baku-han*-Systems ihnen auferlegte, nicht in der Lage sahen, die Hegemonie des Tokugawa-Shogunats anzufechten. Auf der anderen Seite blieb ihre regionale Autonomie jedoch erhalten. Die *daimyō* und ihre *han* hatten stets ihren eigenen Haushalt und konnten ihre Fiskalpolitik selbst bestimmen. Sie zahlten zwar unregelmäßige Tribute, aber keine Steuern an das *bakufu*, welches seine Steuern lediglich von seinen eigenen Ländereien bezog. Ebenso hatten sie ihre eigene Rechtsprechung und direkte Kontrolle über ihre Samurai. Bei Angelegenheiten der *hans* schritt das Shogunat erst ein, wenn diese die Kompetenzen des *daimyō* überstiegen oder dieser entgegen dem Interesse der zentralen Regierung handelte (Ikegami & Tilly 2019: S. 437; Fukuzawa 2008: S. 48).

Auch die ehemals unabhängigen und landbesitzenden Samurai des Mittelalters wurden eng in das politische System der Tokugawa-Dynastie integriert. Mit dem erzwungenen Umzug vom Land in die Burgstädte verloren sie ihre wirtschaftliche Autonomie und wurden mit dem anhaltenden Frieden zunehmend zu administrativen Staatsangestellten, die in hohem Maß von ihren *daimyō* abhängig waren. Die unabhängigen Dörfer (*sōson*) des Mittelalters wurden zu weiten Teilen entwaffnet und ihrer ländlichen Samurai beraubt, was sie zu einer wesentlich geringeren Bedrohung für die feudale Autorität machte. Der Stand der Bauern erhielt jedoch im Gegenzug die volle Kontrolle über seine Produktion und damit eine gewisse Verhandlungsmacht mit seinen vorgesetzten Samurai, da diese nun voll und ganz von den Steuerabgaben der ländlichen Bevölkerung abhängig waren. Aufgrund der steuerlichen

Autonomie der *han* richteten sich die Unzufriedenheiten der Bauern gegen ihre *daimyō* und nicht gegen die zentrale Regierung (Ikegami & Tilly 2019: S. 437f.; Hall 2015a: S. 184).

Wie bereits in Kapitel 7 ausführlich beschrieben, spielte das politische System der Edo-Periode eine wichtige Rolle in der Entstehung und dem Aufblühen des nationalen Markts. Die damit verbundene Kommerzialisierung führte jedoch auch dazu, dass der Preis von Reis im Verhältnis zu anderen Konsumgütern immer weiter sank. Die reisabhängigen *daimyō* und Samurai, inklusive des *bakufu* selbst, waren deshalb gezwungen, sich zunehmend zu verschulden, um ihre wachsenden Lebenshaltungskosten in den Städten decken zu können. Dennoch gelang es dem Tokugawa-Shogunat besser als anderen, beispielsweise europäischen Königreichen, bürgerliche Einflüsse in der Regierung zu unterbinden. Die Gründe dafür lassen sich auf die Geschichte und die besonderen Umstände des Inselstaates zurückführen. Zunächst einmal entstand das Tokugawa-Regime zu einem Zeitpunkt, an dem die Wirtschaft und der Handel innerhalb des Landes noch sehr schwach und fragmentiert waren. Die wenigen Städte, denen es gelang, in diesem Umfeld einigermaßen Unabhängigkeit vom Herrschaftssystem des Landes zu erringen, wurden von den Reichseinigern gegen Ende des Bürgerkrieges ohne größere Probleme wieder in dieses integriert. Die kommerziell starke Wirtschaft des Landes entwickelte sich also erst innerhalb der Rahmenbedingungen des Tokugawa-Regimes, was dieses zu einer Konstante im wirtschaftlichen System des Landes machte, die aus der Sicht der Kaufleute unumstößlich war. Weiterhin gelang es dem Tokugawa-Shogunat, den internationalen Handel zu monopolisieren, weshalb es den Händlern Japan eine der größten Chancen nahm, ihren Wohlstand und Einfluss zu mehren. Mit dem Ende des Bürgerkrieges stiegen das *bakufu* und die *daimyō* auf ein altes System um, nachdem sich die Samurai auf Basis ihres Solds selbst ausrüsten mussten, und die militärischen Ausgaben in Friedenszeiten waren sehr gering. Betrachtet man europäische Staaten, begannen diese häufig, sich nach der Befriedung ihres Landes in internationale Kriege und in die Konkurrenzkämpfe auf den internationalen Märkten zu verstricken, was den dortigen Kaufleuten dazu verhalf, immer mehr Einkommen zu generieren und ihren politischen Einfluss zu erhöhen. Im Umkehrschluss verhinderte also die geographische Insellage Japans, dass die Kaufleute des Landes das lukrative Geschäft des Krieges nutzen konnten, um die politische Hegemonie des Tokugawa-Regimes und der Samurai zu durchbrechen (Ikegami & Tilly 2019: S. 438f.; Hall 2015a: S. 181).

Ein weiteres großes Hindernis für das Bürgertum war die strikte Einteilung der Gesellschaft in die feudalen Stände der Edo-Periode, welche den Stand der Kaufleute grundsätzlich vom politischen Prozess ausschloss und sicherstellte, dass diese die Standesgrenzen, etwa durch Heirat, Bildung oder den Erwerb von Ländereien nicht überwinden konnten. Da die Steuern des

Reiches hauptsächlich auf dem Land in Form von Reis eingetrieben wurden und damit die Steuerlast vor allem auf den Schultern der Landbevölkerung lag, genossen die Stadtbewohner ein hohes Maß an wirtschaftlicher und kultureller Freiheit. Anders als in anderen Teilen der Welt gingen mit dieser Freiheit jedoch keinerlei politische Freiheiten einher (Strayer 2015: S. 5; Masayoshi 2002: S. 72). Kein anderer Staat stellte eine Bedrohung für das Shogunat dar oder konnte sein Einflussgebiet auf die schwer erreichbaren sowie politisch und wirtschaftlich isolierten japanischen Inseln ausweiten. Zusätzlich standen sämtliche Keimzellen alternativer politischer Mächte, wie alternative Denk- und Glaubensschulen, unter Verfolgung (siehe Kapitel 3.3), weshalb das Shogunat in der Lage war, die politische Aktivität der Bevölkerung bis ins Kleinste zu kontrollieren und zu beschränken.

Innerhalb der japanischen Inseln waren die Kaufleute der Edo-Periode aus ökonomischer Sicht nur wenig eingeschränkt und die prekären Haushaltssituationen des herrschenden Standes führten sogar zur aktiven Förderung der Kommerzialisierung des Landes, von der die Kaufleute am meisten profitierten. Es gelang ihnen allerdings nicht, ihre ökonomische Stärke in eine politische umzusetzen (Ikegami & Tilly 2019: S. 439; Hall 2015a: S. 185). So kam es bis kurz vor Ende der Edo-Periode nicht zur Entstehung eines bürgerlichen Bürgertums, einer landbesitzenden sozialen Schicht oder Basisbewegungen gegen das nationale Regime, zumal die handeltreibende, potenziell wohlhabende Schicht der zivilen Bevölkerung nur geringes Ansehen in der Gesellschaft genoss (siehe Kapitel 8.2.). Das lange Ausbleiben der Entstehung einer politisch relevanten Zivilgesellschaft ist eine distinktive und wichtige Eigenschaft der japanischen Urbanisierung, die signifikante Auswirkungen auf die Regierung und Planung japanischer Städte auch in der der Tokugawa-Zeit folgenden Meiji-Zeit (1868-1912) hatte (Sorensen 2002: S. 38).

Die aus politischen und militärischen Beweggründen gegründeten Städte mit ihrer großen Anzahl an Samurai führten in Verbindung mit dem Ausschluss der Kaufleute vom internationalen Handel und den politischen Prozessen des Landes zur Entstehung der Vielzahl an Städten, in denen die administrative Funktion der Stadt der ökonomischen übergeordnet war. Edo ist ein Paradebeispiel für so eine Art von Stadt, die durch die Herrschaft des Shogunats und seiner Samurai geprägt war (Ikegami & Tilly 2019: S. 439). Von der Sauberkeit der Straßen und Kanäle bis zur Bereitstellung und Instandhaltung der öffentlichen Infrastrukturen der Stadt hing die Organisations- und Lebensweise der Bewohner Edos mit diesem Umstand zusammen. Die Samurai spielten eine zentrale Rolle für das hohe Maß an Kontrolle, das die Regierung über die Bevölkerung hatte, und damit auch für die Sauberkeit und Ordnung innerhalb der Stadt. Der Stand der Samurai hatte ein Monopol auf die Ausführung politischer Ämter, und diese Aufgabe

erfüllten sie strikt nach der neo-konfuzianischen Philosophie, die die Samurai zu Beginn der Edo-Periode sich zu eigen gemacht hatten. Diese erwartete von Herrschern, dass sie gutmütig handelten, Verantwortung gegenüber den Beherrschten übernahmen und als moralische Vorbilder fungierten. Ansprüche, die nicht nur von Übergeordneten an sich selbst gestellt wurden, sondern auch von den untergeordneten Teilen der Gesellschaft von ihren Vorgesetzten erwartet wurden. Die Samurai erfüllten ihre Aufgaben also stets äußerst gewissenhaft. Weiterhin basierte die Anzahl der Samurai in der Gesellschaft der Edo-Periode auf ihrer Funktion als Soldaten in der Zeit des Bürgerkriegs und ständiger Konflikte. Der langanhaltende Friede hatte zur Folge, dass schon ab der Mitte der Edo-Periode wesentlich mehr Samurai in den Städten lebten, als für ihre Verwaltung nötig gewesen wäre. Die Überbesetzung an Kontrollpersonal schuf Japans ganz eigene Version der Überbürokratisierung und führte dazu, dass jede noch so detaillierte Vorschrift genauestens durchgesetzt und überprüft wurde. Gewaltige Infrastruktur-Projekte, wie die Wasserversorgung, oder städtische Herausforderungen, wie die Müllentsorgung, konnten in Edo mit Hilfe der großen Menge im öffentlichen Dienst vorhandenen Personals bewältigt werden, wobei dieses sich dabei primär der Organisation und dem Management zuwandte, während die manuelle Arbeit der einfachen Bevölkerung aufgedrückt wurde (Hanley 1987: S. 22; Hall 2015a: S. 181, 185).

Wie in Kapitel 9 weiter ausgeführt, waren die Viertelverbände der einfachen Bevölkerung (*machi*) per Gesetz zur Instandhaltung nahegelegener Straßen und anderer öffentlicher Güter verpflichtet, und die Erfüllung dieser Pflicht wurde von besagter großer Zahl an offiziellen Kontrolleuren und Aufsehern unter den Samurai sichergestellt. Die Förderung der individuellen Verantwortlichkeit innerhalb der Bevölkerung für lokale öffentliche Güter und soziale Dienste zur Entlastung der nationalen Regierung ist eine Agenda, welche sich bis zu den heutigen japanischen Regierungen erhalten hat. Die Verantwortung der Lokalregierungen für die Bereitstellung und Instandhaltung der städtischen Infrastruktur (Gehwege, Parks, Straßenbeleuchtung, Bibliotheken, et cetera¹) wurde stets möglichst geringgehalten und wird nach wie vor primär im Rahmen von Nachbarschaftsorganisationen gehandhabt. Der Aufwand, der der Stadtverwaltung dadurch abgenommen wird, ist bei einer Stadt dieser Größe gewaltig (Sorensen 2002: S. 38).

Die Versorgung des einfachen Volkes spielte außerhalb von Krisenzeiten für das *bakufu* eine untergeordnete Rolle und wurde diesem auch größtenteils selbst überlassen. Diese Aufgabe fiel ebenfalls in Verantwortlichkeit der Nachbarschaften (*machi*), was wieder als eine Übertragung der autonomen Dorfstruktur in einen urbanen Kontext gesehen werden kann. Diese vom *bakufu* gewährte „Autonomie“ war jedoch eher eine Delegation von Pflichten als ein Zugeständnis

zusätzlicher Freiheiten, und eine Nichterfüllung dieser Pflichten stand unter Strafe (Smith 1978: S. 50). Die strikte geographische, soziale und administrative Fragmentierung der Stadtbevölkerung stellte sich als eine äußerst effiziente Maßnahme zur sozialen Kontrolle einer so großen Anzahl an Untertanen heraus. Die Organisation in Nachbarschaften (*machi* oder *chō*) teilte die einfache Bevölkerung in handhabbare Einheiten, die von einem familiären Selbstverständnis geprägt waren, welches auf die ursprünglichen Dorfgemeinschaften zurückführbar ist, und eine starke gesellschaftliche Abgrenzung von den Bewohnern anderer Nachbarschaften zur Folge hatte. Da die Vorsteher (*otona*) der *machi* beinahe direkt der Regierung des Shoguns (*bakufu*) unterstellt waren, schuf die Mentalität der Abgrenzung zusammen mit den fehlenden übergeordneten politischen Instanzen und dem geringen politischen Einfluss der wohlhabenden Stadtbevölkerung ein Umfeld, in dem es quasi unmöglich war, ein Konzept von der gesamten Stadtbevölkerung als politische Einheit zu entwickeln, wie es bei größeren Städten in Europa der Fall war. Die politische Ordnung der einfachen Bevölkerung glich demnach eher einer Ansammlung vieler kleiner Dörfer als einer Millionenstadt, weshalb sich auch kein ziviles Bewusstsein entwickelte, das die Stadt als eigene, potenziell unabhängige Einheit innerhalb des Reiches ansah (Smith 1978: S. 50; Sorensen 2002: S. 37f.).

Einen Umstand, den auch Henry Smith (1978) mit der Insellage Japans und dem Wegfall potenzieller Chancen zur politischen Einflussnahme der Stadtbevölkerung durch die Teilnahme am internationalen Handel oder die Finanzierung von Kriegen in Verbindung setzte:

„Die Definition des japanischen urbanen Gedankens, durch die Aufzählung dessen, was dieser in Relation zur nicht-japanischen (hauptsächlich westlichen) Idee der Stadt nicht beinhaltet: Keine eigene indigene Tradition der Form, der Stadt einen kosmischen Symbolismus aufzuerlegen; keine Tradition, die Stadt als eine Metapher für utopische Ideale zu nutzen; und keine Tradition der Stadt als eine autonome politische Einheit (mit einigen kurzlebigen Ausnahmen im 16. Jahrhundert). All diese negativen Charakteristiken können relativ gut erklärt werden, und werden häufig auch erklärt, durch Japans Insularität und die damit verbundene Abwesenheit von Disruptionen durch den internationalen Handel oder Invasoren, die in anderen Kulturen dazu beitrugen, die Stadt zu kristallisieren und zu klären“ (Smith 1978: S. 46).

An sich lassen sich nur wenige Unterschiede zwischen der Art und Weise feststellen, in der das Tokugawa-Regime die Viertel in der Stadt und die Dörfer auf dem Land regierte. Sowohl die Dorfeinheiten (*mura*) als auch die städtischen *machi* waren abgegrenzte administrative Einheiten, die ihre eigenen Vorsteher hatten, die die Verantwortung gegenüber dem *bakufu* oder je nach Region entsprechenden *daimyō* für alle Mitglieder dieser Einheiten trugen. Auch die

Einwohnerzahl beider Einheiten lag ungefähr bei 400-500 Personen. Beide genossen zu Beginn der Edo-Periode ein relativ hohes Maß an Selbstbestimmung, aber durch ihre geographische Nähe zum Gesetzgeber und den Samurai wurden sämtliche Aspekte des alltäglichen Lebens der BewohnerInnen der *machi* im weiteren Verlauf der Edo-Periode immer stärker und genauer reglementiert (Hall 2015a: S. 181; Fukuzawa 2008: S. 174).

Die Maßnahmen der Tokugawa-Shogune zum Erhalt ihrer Machtposition waren teilweise sehr harsch und/oder arbiträr, dennoch blieb ihr Regime über mehr als zweieinhalb Jahrhunderte stabil genug, um den Frieden auf den japanischen Inseln zu wahren. Darüber hinaus war es trotz seiner statischen Struktur durchaus in der Lage, eine Vielzahl an Veränderungen hervorzubringen. Die Wirtschaft und der nationale Handel wuchsen substanziell. Ebenso stieg das allgemeine Bildungsniveau, von der Elite bis zum einfachen Volk in den Städten und Dörfern. Die Kultur des Landes blühte auf. Gemessen an den vergangenen Perioden der Geschichte Japans waren die Errungenschaften der Edo-Periode bemerkenswert (Gordon 2009: S. 19).

Allerdings konnten sie nicht verhindern, dass gegen Ende der Edo-Periode auch die Flexibilität und Reichweite des Tokugawa-Regimes an seine Grenzen stieß. Im Vergleich zu den westlichen Mächten, die Mitte des 19. Jahrhunderts die Öffnung des japanischen Marktes erzwangen, war die feudale gesellschaftliche Struktur Tokugawa-Japans zu starr und ineffizient fragmentiert. Der städtische Lebensstil der Edo-Periode stellte sich auf Dauer als eine dem landorientierten Militärregime, welches die Vorstellungen des Tokugawa-Shogunats für über zweieinhalb Jahrhunderte prägte, entgegenwirkende Kraft heraus. Der urbane Lebensstil vieler *daimyō* machte aus den ehemals gefürchteten Kriegsfürsten hörige Regierungsfunktionäre, die sich kaum dabei zurückhielten, sich den Annehmlichkeiten der regionalen Burgstädte oder einer Metropole wie Edo hinzugeben. Genau wie ihre Samurai, die sich über die lange Zeit des Friedens in einer Art Scheinkampfbereitschaft halten mussten und chronisch unterbeschäftigt waren, lebten viele ein Leben voller Indolenz, Scheinheiligkeit und finanzieller Schulden (Hall 2015a: S. 184f.).

Die Einschränkungen durch ihre finanziellen Probleme und die ergriffenen Maßnahmen, um diesen entgegenzuwirken, wie der Verkauf ihrer Waffen oder heimische Handwerksarbeiten, untergruben die einst aristokratische Identität der Samurai. Die Regierung war nicht in Lage, das ökonomische Potenzial des Landes ausreichend zu besteuern, um den Samurai der späten Edo-Periode genügend Sold zahlen zu können. Die feudale Kontrolle innerhalb der Burgstädte zeigte zunehmend Schwäche und neue Städte, die hauptsächlich aus ökonomischen Gründen entstanden waren, begannen mit dem Stadttypus Burgstadt in Konkurrenz zu treten. Die

städtische Kultur und die Bildung der einfachen Bevölkerung und Kaufleute war stark ausgeprägt, und in ihrer Kunst und Literatur zeigten sich erste Anzeichen für eine intellektuelle Revolution gegen die konfuzianischen Prinzipien des Shogunats (Hall 2015a: S. 185f.; Gordon 2009: S. 19).

Die Burgstädte brachten Japan unter die Kontrolle der feudalen Fürsten, indem sie militärische, administrative, ökonomische und religiöse Funktionen an einem Ort bündelten. Die strikte Herrschaft und sozialökonomischen Doktrinen des Tokugawa-Regimes hatten aber nach langer Zeit dazu geführt, dass die *daimyō* verschuldet, die Samurai unterernährt und viele der BewohnerInnen der Städte arm und frustriert waren. Bedingt durch die langanhaltende Isolation und den begrenzten Import an Wissen kamen die vorhandenen Technologien in Transport, Manufaktur und Finanzwirtschaft an ihre Grenzen. Aufgrund ihrer vielseitigen Funktionen wurden die Burgstädte auch Brennpunkte ebenso vielseitiger gesellschaftlicher Probleme und dort, wo die Aspirationen der einst so klar voneinander getrennten und unabhängiger Bevölkerungsgruppen sich überschnitten und die Gemeinsamkeiten zu Zusammenschlüssen führten, wuchs das Ressentiment gegen das Regime der Tokugawa-Dynastie. Die angestauten, tiefliegenden sozioökonomischen und ideologischen Spannungen führten dazu, dass dem Shogunat die politische und soziale Kontrolle über die japanische Bevölkerung zunehmend entglitt (Hall 2015a: S. 186; Gordon 2009: S. 19).

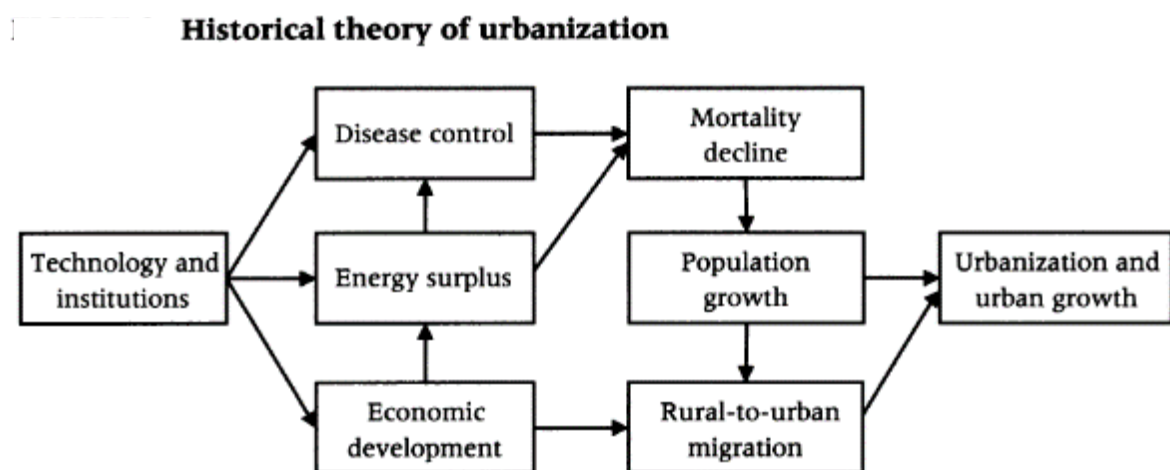
Als das *bakufu* im Jahr 1858 dem militärischen Druck der Vereinigten Staaten von Amerika nachgeben und das Land für den internationalen Handel unter für Japan unfairen Bedingungen öffnen musste, geriet das bröckelnde und im geschlossenen System gewachsene gesellschaftliche, politische und ökonomische Ordnung der japanischen Inseln komplett aus dem Fugen (Ohno 2018: S. 37; Gordon 2009: S. 50). 1862 wurden, um die *daimyō* zu entlasten, die Anforderungen des Systems der alternierenden Anwesenheit stark abgeschwächt, was zu einem drastischen Einbruch der Einwohnerzahl Edos führte, und die Stadt verlor einen großen Teil ihrer Vitalität (Naitō & Hozumi 2003: S. 186f.). Zehn Jahre später beendeten die Revolutionäre der Meiji-Revolution die über 250 Jahre lange Herrschaft des Tokugawa-Shogunats, welches somit das letzte Shogunat Japans war, und modernisierten Japan nach westlichem Vorbild. Die folgende Industrialisierung Japans war eine der schnellsten der Menschheitsgeschichte. Ein Umstand, der auf die Strukturen und Spannungen der späten Edo-Periode zurückgeführt werden kann:

„Die Chemie von Japans Revolution im 19. Jahrhundert beinhaltet eine heftige Reaktion zwischen externen Katalysatoren und internen Elementen“ (Gordon 2009: S. 20).

11. Ergebnis

In diesem Kapitel wird anhand der Anwendung der Kapitelinhalte auf die Aspekte insularer Urbanisierung, die „historische Theorie der Urbanisierung“ und die Theorie der „Urbanisierung ohne Wachstum“ noch einmal rekapituliert, welche Rolle Insularität für die Urbanisierung von Edo spielte.

Die Theorien des wissenschaftlichen Rahmens in Kapitel zwei definieren die Gesichtspunkte, anhand derer in dieser Arbeit die Rolle von Insularität bei der Urbanisierung von Edo untersucht wird. Diese beinhalten die Aspekte insularer Urbanisierung nach Adam Grydehøj (2015), die eine verbesserte Verteidigungsfähigkeit, den erleichterten Transport von Waren und Personen über See, die Auswirkungen von Landknappheit und das klar definierte Herrschaftsgebiet, das Inseln durch ihre natürlichen Grenzen darstellen, als auf die Urbanisierung einwirkende Eigenschaften von Inseln klassifizieren. Eine weitere zentrale Theorie ist die „historisch fundierte Theorie der Urbanisierung“ nach Sean Fox (2012). Diese sieht die Ursache, beziehungsweise Bedingung für die Urbanisierung einer Region über das absolute Wirtschaftswachstum hinaus in einem Wirkungssystem, das von der Etablierung neuer Technologien oder Institutionen ausgeht. Dieses System skizziert der Autor folgendermaßen:



(Fox 2012: S. 294).

Die zentralen Voraussetzungen für die Urbanisierung sind in dieser Theorie ein lokaler Überschuss an Nahrungsmitteln und anderen Energieträgern, wie Brennstoffen, eine verringerte Mortalitätsrate sowie der Land-zu-Stadt-Migrationsstrom, der das Wachstum der Stadt über ihr eigenes Wachstum hinaus antreibt. An dieser Stelle hakt die dritte Theorie der „Urbanisierung ohne Wachstum“ nach Jedwab und Vollrath (2015) ein, die mit den städtischen

Annehmlichkeiten, dem „urban bias“ und der „ländlichen Armut“ mehrere Treiber dieser Migration in die Stadt beschreibt, die nicht direkt mit einem absoluten Wirtschaftswachstum zusammenhängen und sich auch bei der Urbanisierung von Edo wiederfinden. Die vorangegangenen Kapitel beinhalten eine Vielzahl an Wirkungsweisen und Zusammenhängen, durch die die Insularität Japans sich im Rahmen dieser Theorien auf die Urbanisierung von Edo auswirkte.

Die relative politische und ökonomische Schwäche der *daimyō*, die sich als Ergebnis ihrer Isolation von ausländischen Handels- und Bündnispartnern herausstellte, sowie die Tatsache, dass das Shogunat in der langen Periode des Friedens auf ihre militärische Unterstützung verzichten konnte, ermöglichte es dem *bakufu*, die Ressourcen des Landes entlang des Machtgefälles nach Edo zu transferieren. Die in der Arbeit gezeigten Beispiele für die Art und Weise, mit der sich das Tokugawa-Regime die insulare Geographie der japanischen Inseln zu Nutze machte, um seine politische Hegemonie auszubauen, veranschaulicht nicht nur, wie sich „Territorialität“ als ein Aspekt insularer Urbanisierung auf die Urbanisierung von Edo auswirkte, der zu Beginn der Arbeit eventuell noch etwas schwer zu greifen war, sondern deckt sich auch mit der „historischen Theorie der Urbanisierung“, die in dieser Arbeit als Leitlinie herangezogen wurde, um die Prozesse der Urbanisierung zu skizzieren. Diese sieht das Aufkommen neuer Technologien und Institutionen als Initialzündung für die Wirkungskette, die schlussendlich zu einem höheren Stadtwachstum und zunehmender Urbanisierung führt. Die erhöhte Verteidigungsfähigkeit durch die insulare Lage mit großer Entfernung zum Festland ist ein weiterer Aspekt insularer Urbanisierung, der sich im Einzelnen immer wieder auf ergriffene Maßnahmen und die Institutionen des Tokugawa-Regimes auswirkte. In Summe führte dies dazu, dass sich die Kontrollmechanismen und Verteidigungsmaßnahmen des Tokugawa-Shogunats primär nach innen richteten und immer wieder eine Schwächung des Landes nach außen in Kauf nehmen konnten.

Durch die weite Verbreitung des Stadttyps der Burgstadt im Jahrhundert vor der Edo-Periode hatte die erzwungene Aufgabe von Zweigburgen und die Begrenzung auf eine Burg pro *han* gewaltige Auswirkungen auf die urbane Struktur des Landes. Sämtliche administrativen, ökonomischen, militärischen, religiösen und kulturellen Funktionen eines ganzen *hans* wurden auf diese Weise in einer Stadt gebündelt, was die *daimyō* veranlasste, diese an Orten zu errichten, die nicht nur die Ausführung dieser Funktionen erleichterten, sondern auch ihr Wachstums begünstigten.

In Verbindung mit der Umsiedlung der Samurai in die Städte, die zum Ziel hatte, diese stärker von ihren Herren abhängig zu machen und ihnen eine neue Identität zu verleihen, wurde im 17.

Jahrhundert die außergewöhnliche Urbanisierung Japans losgetreten. Edo war von diesem allgemeinen Urbanisierungstrend ebenfalls betroffen. Mit Tokugawa Ieyasus Ernennung zum Shogun im Jahr 1603 wurde die Urbanisierung der Stadt, durch die große Anzahl neuer Samurai unter Ieyasus Kommando und dem gewaltigen Zuzug an Handwerkern, Händlern und Bauarbeitern, die diese versorgten, zusätzlich beschleunigt. Das sprunghafte Bevölkerungswachstum dieser frühen Phase der Urbanisierung Edos resultierte in gewaltigen Baumaßnahmen, die wiederum neue Arbeiter in die Stadt zogen. In den ersten Jahrzehnten fand der Ausbau der Stadt in einer unvergleichlichen Geschwindigkeit statt, was dem Umstand geschuldet war, dass das Shogunat seine stark ausgeprägte Hegemonie nutzte, um gewaltige Mengen an finanziellen Mitteln, Fronarbeitern und Baumaterial von den *daimyō* nach Edo bringen zu lassen.

Eine weitere Institution, die über die allgemeine Urbanisierung des Landes hinaus speziell das Wachstum Edos vorantrieb, war das System der alternierenden Anwesenheit, welches nicht nur immer wieder größere Zahlen an neuen Einwohnern in die Stadt brachte, sondern die japanischen *daimyō* darüber hinaus zwang, große Teile ihres Vermögens in Edo auszugeben. Das half Edo dazu, das ökonomische Zentrum der japanischen Inseln zu werden.

Die feudale Ständegesellschaft war ebenfalls eine Institution der Edo-Periode, die sich mannigfaltig auf die Urbanisierung Edos auswirkte. Das *bakufu* legten großen Wert auf die strikte Trennung der Stände, da es die Wahrung der gesellschaftlichen Ordnung und die Abschaffung sozialer Mobilität als zentral für die Wahrung des Friedens ansah. Dem Shogunat gelang es, das Land aufgrund seiner Insellage erfolgreich gegenüber äußeren Einflüssen weitestgehend abzuschotten, und sowohl den internationalen Handel als auch den Informationsfluss von außen mit wenigen Ausnahmen für sich zu monopolisieren. So konnte es Einflüsse, die es als für die öffentliche Ordnung schädlich einstufte, wie zum Beispiel das Christentum, von den Inseln fernhalten und ungehindert seine eigene Ideologie in Form des Sung-Konfuzianismus verbreiten. Dieser war nicht nur das Fundament der ideologischen Legitimation der Herrschaft des Tokugawa-Shogunats, sondern half diesem, die kriegerischen und aufrührerischen Samurai als systemtreue Administratoren zu resozialisieren und den niedrigen sozialen Status der Kaufleute zu rechtfertigen. In Verbindung mit dem effektiven Verbot internationalen Handels gelang es dem *bakufu* dadurch, seine politische Vormachtstellung trotz der prekären finanziellen Lage, in die das physiokratische Steuersystem im Laufe der Edo-Periode es gebracht hatte, zu erhalten und die Zivilgesellschaft politisch zu entmachten. Die Organisationstruktur der *machi* mit ihrer Vielzahl an Pflichten und Verantwortungen ist ein Beispiel dessen, wie die Urbanisierung Edos von der Schwäche der

Zivilgesellschaft beeinflusst wurde, da ihre Selbständigkeit und die erzwungene Übernahme ungewollter Arbeiten zum Erhalt der städtischen Infrastruktur es dem Shogunat erst ermöglichten, eine Stadt dieser Größe regieren zu können. Darüber hinaus verhinderte die Fragmentierung der Stadtbevölkerung, dass diese eine politische Einheit formierte, um sich den Auflagen und Gesetzen des Shogunats erwehren zu können.

Urbanisierung wird häufig mit wirtschaftlichem Wachstum im Zusammenhang mit technologischen Durchbrüchen in Verbindung gesetzt, wie es bei der industriellen Revolution in Europa der Fall war (Jedwab & Vollrath 2015: S. 14), und auch im Falle Edos förderte das allgemeine wirtschaftliche Wachstum der Edo-Periode die Urbanisierung der Stadt. Das Tokugawa-Shogunat hatte die *daimyō* fest im Griff und ließ keinerlei Einmischung von außen zu. Zusätzlich hatte Toyotomo Hideyoshis gescheiterte Invasion Koreas gezeigt, dass unter den Einschränkungen zeitgenössischer Technologien der Seefahrt Japans Insellage einen Aggressionskrieg ebenso erschwerte, wie sie die Verteidigung der Inseln begünstigte. Die Folge war, dass das Land sich für die gesamten zweieinhalb Jahrhunderte der Edo-Periode im Frieden befand. Die damit einhergehende Stabilität sowie die zusätzlichen Mittel, die dadurch zur Investition in die Wirtschaft frei wurden, bedingten ein gewaltiges Wachstum sowohl der Wirtschaft als auch der Bevölkerung, das nicht auf technologische Fortschritte zurückzuführen war. So wirkte sich auch die durch die Vereinigung des Landes ermöglichte nationale Kooperation bei Großprojekten, wie dem Straßenbau oder der Regulierung der Flüsse, positiv auf den intranationalen Handel und die landwirtschaftliche Produktivität aus. Dies stellte sich als ein wichtiger Faktor für die Urbanisierung heraus. Während die absolute Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionsmenge durch die Erschließung neuer Ackerflächen entscheidend für das absolute Bevölkerungswachstum eines Landes ist, wie es auch in der ersten Hälfte der Edo-Periode in Japan der Fall war, ist es vor allem die Steigerung der landwirtschaftlichen Effizienz, die die Urbanisierung eines Landes, im Sinne des Verhältnisses der Anteile der Bevölkerung auf dem Land und in der Stadt, vorantreibt. Je effizienter die Landwirtschaft, desto weniger ArbeiterInnen werden auf dem Land benötigt, um eine potenziell wachsende Stadtbevölkerung zu ernähren (Fox 2012: S. 293).

Im Falle Japans kam hier ein weiterer Aspekt der insularen Urbanisierung zum Tragen: Die Landknappheit. Die Ausweitung der Ackerflächen stieß im Laufe der Edo-Periode an ihre Grenzen und die Schäden, die mit der Erschließung immer schlechter geeigneter Böden einhergingen, drängten das Shogunat dazu, diese zu stoppen. Die Landbevölkerung war von da an dazu gezwungen, ihre Erträge durch die intensivere Bewirtschaftung der konstanten Fläche an Feldern zu steigern. Die steigende Effizienz hatte zur Folge, dass eine zunehmende

Kommerzialisierung der Landwirtschaft einsetzte. Da es dem *bakufu* nie richtig gelang, seine Steuerbasis über die Besteuerung der Reisernte auszuweiten, führten die zusätzlichen Kapazitäten, die über die Subsistenz hinaus reichten, dazu, dass eine Vielzahl an anderen Nutzpflanzen angebaut wurde, die anschließend auf den Märkten des Landes verkauft wurden. Gleichzeitig hatte der große finanzielle Druck, den das Shogunat in Rahmen des *baku-han*-Systems den *daimyō* auferlegte, zur Folge, dass diese die Entwicklung ihrer regionalen Wirtschaft so gut sie konnten unterstützten. Das wirkte sich besonders positiv auf den industriellen Sektor aus, da die produzierten Güter des verarbeitenden Gewerbes besonders hohe Preise erzielen konnten. Auf diese Weise entstanden überall in Japan hoch spezialisierte regionale Industrien, die Güter speziell für den Verkauf an den Großstadtmärkten des Landes produzierten. Die vom *bakufu* durchgesetzte Abwesenheit internationalen Handels hatte dabei eine protektionistische Wirkung, die es den japanischen Inseln erlaubte, trotz eventueller komparativer Vor- oder Nachteile eine diversifizierte Volkswirtschaft zu entwickeln. Darüber hinaus führte sie in Verbindung mit der voranschreitenden Kommerzialisierung der Wirtschaft der Edo-Periode zur Entstehung eines florierenden und intensiv vernetzten Binnenmarkts, der in der Lage war, die Versorgung der japanischen Städte und vor allem der Millionenstadt Edo sicherzustellen.

Der lange Frieden war neben der Indoktrinierung durch das *bakufu* der zweite Grund für den Identitätswandel der Samurai, wobei das Shogunat die Abschaffung der kriegerischen Werte auch als Maßnahme ansah, die Samurai im Zaum zu halten und diesen Frieden zu erhalten. Das zentrale Mittel zur Etablierung des neuen Selbstverständnisses des Samurai war Bildung. Die Tugenden des Konfuzianismus wurden aus Schriften und in Schulen unterrichtet, und sich selbst zu bilden, gehörte zu den gesellschaftlichen Pflichten eines Samurai. Da die Samurai als gesellschaftliches Vorbild angesehen wurden, blieben sie nicht die einzigen, die großes Interesse an schulischer Bildung hatten, weshalb auch eine große Zahl an Kaufleuten und Stadtbewohnern privat finanzierte Schulen besuchte. Die Umerziehung der Samurai hatte in Verbindung mit dem Wegfall ihrer Funktion als Soldaten zur Folge, dass das Land von einem überproportional großen Stand von Bürokraten regiert wurde. Die ausgeprägte Bürokratisierung des öffentlichen Lebens erforderte neben der Stadtbevölkerung selbst von den bäuerlichen Dorfvorstehern auf dem Land, dass sie ausreichend gebildet waren, um die Grundlagen der Buchführung zu beherrschen. Die hohe Alphabetisierungsrate innerhalb der japanischen Bevölkerung erleichterte zusätzlich die Verbreitung der großen Anzahl an Gesetzen und Erlässen, die das Tokugawa-Regime seinen Untertanen auferlegte.

Eine allgemeine Grundvoraussetzung für Urbanisierung ist das Vorhandensein eines Überschusses an Nahrung und Energieträgern, wie Brennholz oder Kohle, und im weiteren Verlauf des Wachstums einer Stadt ist die Sicherstellung dieses Überschusses ein entscheidender Faktor für die Größe, zu der eine Stadt heranwachsen kann (Fox 2012: S. 291). Neben einer ausreichenden Produktion dieser Güter aufgrund des allgemeinen Wirtschaftswachstums ist für die Sicherstellung dieses Überschusses bei der Urbanisierung Edos ein weiterer Aspekt insularer Urbanisierung von zentraler Bedeutung: Der erleichterte Transport von Gütern über Wasser. In Kapitel zwei wurde bereits anhand Sean Fox Regressionsanalyse festgestellt, dass neben der Fruchtbarkeit eines Landes auch die Länge befahrbarer Wasserwege positiv mit der Urbanisierung eines Landes korreliert. Dieser Zusammenhang trifft auch auf Edo zu. Trotz der präindustriellen Transportmöglichkeiten der Edo-Periode ermöglichten die Schiffrouten dieser Zeit, Edo trotz seiner Größe mit ausreichend Nahrungsmitteln und anderen Waren zu versorgen. Aufgrund seiner Insellage befanden sich alle wirtschaftlich relevanten Regionen Japans in Küsten- und/oder Flussnähe und profitierten von den verkehrstechnischen Vorteilen, die diese Lage mit sich brachte. Auch innerhalb der Stadt spielten die vielen Kanäle, die von der Bucht von Edo ausgehend die Stadt durchzogen, eine essenzielle Rolle für die Versorgung der Stadtbewohner.

Die Steigerung des Warenangebots ist jedoch nicht die einzige Möglichkeit einen ausreichenden Ressourcenüberschuss zu schaffen. Die Sparsamkeit der japanischen Bevölkerung trug ebenfalls dazu bei, dass Edo in Lage war, eine so große Zahl an EinwohnerInnen zu erhalten. Einfachheit und Bescheidenheit sind konfuzianistische Tugenden und selbst unter den Mächtigen wurde Exzess als unmoralisch angesehen, wobei sich die Samurai ohnehin in Bescheidenheit üben mussten, da ihre Abhängigkeit von ihrem Reissold dazu führte, dass sie im Laufe der Edo-Periode immer weiter verarmten. Zusätzlich sahen die strikten Regeln der Ständegesellschaft vor, dass sich jeder entsprechend seines Standes zu verhalten hatte. Das bedeutete in diesem Kontext, dass den Stadtbewohnern, die sich in der Hierarchie unter den Samurai befanden, Luxus, Prunk oder andere Formen der Zurschaustellung ihres Wohlstands schlichtweg verboten wurde, weshalb die Bauweise der einzelnen Gebäude der Stadt in der Regel auf ihre Funktionalität beschränkt war. Die sparsame Lebensweise der Bevölkerung hatte neben den gesellschaftlichen auch ökologische Gründe. Die starke Einschränkung des Außenhandels schuf ein praktisch geschlossenes System, dessen Landknappheit auch eine allgemeine Knappheit an natürlichen Ressourcen zur Folge hatte. Die Erschöpfung der Minen, der Bauholzmangel, Hungersnöte und andere Engpässe machten der japanischen Bevölkerung die Grenzen des ökologischen Systems ihrer Inseln schmerzhaft

bewusst, und auch das *bakufu* appellierte immer wieder an die Bevölkerung, die begrenzten Ressourcen des Landes zu schonen. In Summe wirkte sich die Insellage Japans sowohl durch die Steigerung des Angebots als auch durch Senkung der Nachfrage auf den limitierenden Faktor des Versorgungsüberschusses in Edo aus.

Die zweite große Hürde für die Urbanisierung präindustrieller Städte ist, neben der Versorgung ihrer Bevölkerung, die hohe Sterblichkeitsrate, die mit Krankheitsausbrüchen und unhygienischen Verhältnissen einhergehen, wenn viele Menschen auf engen Raum leben (Fox 2012: S. 290). In Edo gab es gleich mehrere Faktoren, die sich positiv auf die Mortalitätsrate in der Stadt auswirkten. Zunächst einmal herrschte aufgrund der strikten Regulierung und Überwachung der Bevölkerung, die sich nach den ersten Jahrzehnten der Edo-Periode einstellte und von der großen Anzahl an Samurai in den Städten durchgesetzt wurde, ein sehr hohes Maß an öffentlicher Ordnung und zivilen Gehorsams. Die *machi* waren dazu verpflichtet, die Straßen und Kanäle sauber zu halten und Abfälle bis hin zu menschlichen Exkrementen wurden, aufgrund der hohen Nachfrage an Düngern, die mit Intensivierung der Landwirtschaft einherging, sachgerecht gesammelt und aus der Stadt gebracht, statt in den Flüssen und Kanälen der Stadt zu landen. Während die Verschmutzung des Trinkwassers katastrophale Folgen für das Wachstum zeitgenössischer europäischer Städte hatte, ließ das *bakufu* ein ausgeklügeltes Wasserversorgungssystem errichten, das, begünstigt durch seine geographische Lage, sauberes Trinkwasser vom gebirgigen Hinterland nach Edo transportierte und in der Stadt verteilte. Als die Instandhaltung des Systems zu kostspielig wurde, wälzte das Shogunats diese auf die Stadtbevölkerung ab, die sich in der Organisationsstruktur der *machi* ohnehin schon um städtische Infrastrukturen wie Brücken und Straßen kümmern musste.

Die selektive und selbstbestimmte Integration von Aspekten fremder Kulturen, die mit Japans Insellage in Verbindung gebracht wird, hatte ebenfalls zur Folge, dass die japanische Kultur trotz wiederkehrender dynamischer Veränderungen ihre älteren Bestandteile und Traditionen erhalten konnte. Das gilt auch für den Shintoismus, der sich aufgrund seiner klaren Vorstellung von Reinheit und Unreinheit positive auf die hygienischen Verhältnisse in den japanischen Städten auswirkte und aus dessen Ritualen eine Vielzahl japanischer Gepflogenheiten hervorgingen, die eine positive Wirkung auf die persönliche Hygiene der japanischen Bevölkerung hatten. Allgemein herrschten in Edo sehr gute sanitäre Zustände, weshalb die Lebenserwartung der Stadtbevölkerung, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts bei Anfang Vierzig lag, mit der in industrialisierten Städten vergleichbar war. Das hohe Bevölkerungswachstum und eine niedrige Sterberate, die beide von der Insellage Japans beeinflusst wurden, waren entscheidende Voraussetzungen für die Urbanisierung Edos.

Viele historische Städte wiesen negative Wachstumsraten auf, weshalb ihre Urbanisierung vor allem von der Land-zu-Stadt-Migration der Bevölkerung vorangetrieben wurde. Trotz der beschriebenen Faktoren, die sich positiv auf das Bevölkerungswachstum auswirkten, spielten die Migrationsmuster der japanischen Bevölkerung eine wichtige Rolle für das außergewöhnliche Wachstum der Stadt in der ersten und die Aufrechterhaltung ihrer Größe in der zweiten Hälfte der Edo-Periode. Während Institutionen wie das bereits erwähnte System der alternierenden Anwesenheit oder die vom Shogunat angeordnete Umsiedlung der Samurai der Städte den Startpunkt für Japans und Edos Urbanisierung markierte und wichtige Treiber dieser waren, gab es noch eine Vielzahl weiterer Faktoren, die die Land-zu-Stadt-Migration der japanischen Bevölkerung nach Edo begünstigten. Die allgemein anerkannte Theorie der Urbanisierung durch Wachstum sieht die Veränderung des Arbeitsmarktes aufgrund von höheren Löhnen in den Städten als zentralen Treiber der Land-Stadt-Migration und auch in Edo deutet der relativ hohe Lebensstandard darauf hin, dass die Stadtbewohner besser verdienten als die Landbevölkerung. Darüber hinaus gab es im Falle Edos allerdings auch eine Vielzahl an Faktoren, die nicht direkt auf das allgemeine Wirtschaftswachstum zurückzuführen sind und sich mit der Theorie der „Urbanisierung ohne Wachstum“ decken (Fox 2012: S. 185; Jedwab & Vollrath 2015: S. 16f.).

Einer dieser Treiber der Urbanisierung ohne Wachstum waren die städtischen Annehmlichkeiten, die sich positiv auf die Migrationsentscheidung der ländlichen Bevölkerung auswirken konnten (Jedwab & Vollrath 2015: S. 16). Hierbei wird davon ausgegangen, dass die Landbevölkerung auch bei gleichen oder niedrigeren Löhnen in die Stadt zog, da sie den höheren Lebensstandard in der Stadt in ihre Entscheidung miteinbezog. Zu diesem höheren Lebensstandard gehörten ein vielfältigeres Angebot an Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern, die Edos Märkte zur Verfügung stellten, oder Freizeitangebote wie die Erholungsgebiete in den Tempelvierteln und das Vergnügungsviertel der Stadt. Dabei spielte die Edo-Kultur, die durch das System der alternierenden Anwesenheit und die Popularität der *edo-e* (Holzdruckbilder aus Edo) im ganzen Land bekannt war, neben den ökonomischen Chancen, die die Stadt bot, eine wichtige Rolle darin, Edo zu einem begehrten Reise- und Migrationsziel zu machen. Das hohe Maß an Bildung, mit der die hohe Alphabetisierungsrate einherging, spielte eine wichtige Rolle dabei, weite Teile der Bevölkerung einerseits in den Schaffungsprozess neuer Literatur und Kultur einzubinden und diese auf der anderen Seite empfänglicher für die kulturellen Neuheiten der Edo-Periode zu machen. Weiterhin war das Angebot an Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten in den Städten ein weiterer Pull-Faktor, der die Leute vom Land in die Stadt zog.

Ein weiteres Beispiel für Urbanisierung ohne Wachstum ist der „urban bias“, der als eine wirtschaftspolitische Bevorzugung der Stadt gegenüber dem Land dadurch charakterisiert ist, nicht mit Wirtschaftswachstum zusammenzuhängen, sondern lediglich eine Umverteilung des Wohlstands vom Land in die Stadt zu bewirken (Jedwab & Vollrath 2015: S. 16f.). Ein solcher „urban bias“ lässt sich bei der Urbanisierung Edos eindeutig anhand des reisbasierten Steuersystems des Tokugawa-Regimes erkennen, indem der Stand der Bauern und somit die Landbevölkerung beinahe die komplette Steuerlast der gesamten Bevölkerung zu tragen hatte. Die Steuerabgaben der Landbevölkerung wurden anschließend als Sold an die Samurai ausgezahlt, die damit Waren und Dienstleistungen in der Stadt erwarben. Gleichzeitig stellt diese proportionale Überbesteuerung der Landbevölkerung einen Push-Faktor dar, der sich direkt auf eine weitere Ursache für Migrationen in die Stadt auswirkt: „ländliche Armut“ (ebd.: S. 17). Die Gesetze, die Bauern an ihre Felder banden und eine Landflucht verhindern sollten, existierten nicht ohne Grund. Die hohen Abgaben und die Frondienste, die den Bauern auferlegt wurden, erforderten ein gewaltiges Arbeitspensum trotz geringer Löhne, was neben Nacht- und Saisonarbeit auch Kinderarbeit zur Folge hatte. Zusätzlich brachte das typisch japanische Familiensystem des *ie* in Verbindung mit dem unelastischen Angebot an Ackerflächen eine beachtliche Anzahl an besitzlosen und arbeitsuchenden jungen Leuten hervor, die auf der Suche nach einer Anstellung häufig ihre Dörfer verließen. Edo stellte als ökonomisches, administratives und kulturelles Zentrum des Tokugawa-Regimes ein attraktives Migrationsziel dar, dessen Pull-Faktoren durch die Insellage Japans verstärkt wurden, da sie dem Shogunat ermöglichten, das Ausreiseverbot der *sakoku*-Edikte durch die Einschränkungen der Seefahrt durchzusetzen und die möglichen Migrationsziele der Landbevölkerung auf das japanischen Städtesystems zu begrenzen, welches klar von Edo dominiert wurde.

12. Fazit

Für die Untersuchung der Frage, welche Rolle Insularität bei der Urbanisierung von Edo spielte, wurde für diese Arbeit ein thematisch und disziplinär vielseitiger Ansatz gewählt.

Diese transdisziplinäre Herangehensweise resultiert durch die Miteinbeziehung der breit gefächerten Schwerpunktthemen in einem facettenreichen Gesamtbild davon, wie die Urbanisierung von Edo durch Japans Insellage beeinflusst wurde. Die Auswirkungen der Insularität präsentierten sich dabei nicht als simple Ansammlung linearer Zusammenhänge, sondern sind in ihrer Wirkweise durch die kombinierte und wechselseitige Wirkung der unterschiedlichen Aspekte als Ganzes charakterisiert. Die Vielfalt an Blickwinkeln der

unterschiedlichen Schwerpunkte dieser Arbeit zeigte, dass die Urbanisierung von Edo mit einer großen Anzahl an verschiedenen Faktoren zusammenhängt, die jeweils auf unterschiedliche Art und Weise durch die Insularität Japans beeinflusst wurden. Gleichzeitig sind diese jedoch eng sowohl miteinander als auch mit dem japanischen Kontext verknüpft, weshalb sich die Ergebnisse dieser Arbeit nur bedingt auf die partikuläre Auswirkung einzelner Aspekte oder auf die Rolle von Insularität für die Urbanisierung losgelöst vom japanischen Kontext übertragen lassen.

In Summe kann als zentrales Ergebnis der vorhergegangenen Kapitel festgehalten werden, dass die Urbanisierung von Edo neben den direkteren Einflüssen der Insellage Japans massiv davon beeinflusst wurde, welche Form die Herrschaft des Tokugawa-Regimes aufgrund der Insularität Japans annehmen konnte. Während die diversen verkehrstechnischen Vorteile und ökonomischen Auswirkungen der geographischen Insellage die Versorgung und den Bau solch einer großen Stadt erst möglich machten, war es das von der Insularität geprägte gesellschaftliche und politische System, dass diese Möglichkeit auch nutzte und die Stadt zum urbanen Zentrum Japans erhob.

Die durch die Insellage begünstigte Zentralisierung der politischen Macht brachte Edo in der außergewöhnlich intensiven Phase präindustrieller Urbanisierung, durch die die frühe Edo-Periode charakterisiert war, eine administrative, ökonomische und kulturelle Vormachtstellung im wachsenden Städtesystem des Landes. Diese Vormachtstellung ermöglichte innerhalb des historischen, gesellschaftlichen und geographischen Kontexts der japanischen Inseln eine hohe Wachstumsrate und die gewaltige Größe von bis zu einer Millionen EinwohnerInnen, die die Urbanisierung von Edo so außergewöhnlich machte.

13. Literaturverzeichnis

- Akai, T. (1990): *The Common People and Painting*. In: Nakane, C.: *Tokugawa Japan: The social and economic antecedents of modern Japan*. Tokio: University of Tokyo Press. S. 167-191.
- Baldacchino, G. (2004): THE COMING OF AGE OF ISLAND STUDIES. *Tijdschrift voor Economische En Sociale Geografie*, 95(3). S. 272–283.
- Baldacchino, G. (2006): Managing the hinterland beyond: Two ideal-type strategies of economic development for small island territories. *Asia Pacific Viewpoint*, 47(1). S. 45–60.
- Barth, J. (1979): *Edo: Geschichte einer Stadt und einer Epoche Japans*. Tokio: Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens.
- Bodart-Bailey, B. (2003): *Urbanisation and the nature of the Tokugawa Hegemony*. In: Fiévé, N. & Waley, P.: *Japanese capitals in historical perspective: place, power and memory in Kyoto, Edo and Tokyo*. London, NY: Routledge Curzon. S. 100-128.
- Boone, R. (2018): *Real Lives in the Sixteenth Century*. 1. Auflage. Routledge.
- Brown, P. (2007): *Unification, Consolidation and Tokugawa Rule*. In: Tsutsui, W.: *A companion to Japanese history*. Malden, MA: Blackwell Publishing. S. 69-83.
- Butler, L. (2002): *Emperor and Aristocracy in Japan, 1467–1680*. 1. Auflage. Cambridge, MA: Harvard University Asia Center.
- Craig, A. (2015): *Science and Confucianism in Tokugawa Japan*. In: Jansen M.: *Changing Japanese Attitudes Toward Modernization*. Princeton, NJ: Princeton University Press. S. 133-166.
- Deidda, M. (2016): Insularity and economic development: A survey. *International Review of Economics*, 63(2). S. 107-128.
- Demographia World Urban Areas (2021): *Built Up Urban Areas or World Agglomerations*. Demographia. 17th Annual Edition. URL: <http://www.demographia.com/db-worldua.pdf> [Zugriff 28.05.2021]
- Dore, R. (2015): *The Legacy of Tokugawa Education*. In: Jansen M.: *Changing Japanese Attitudes Toward Modernization*. Princeton, NJ: Princeton University Press. S. 99-132.
- Dunn, C. (1969): *Everyday life in traditional Japan*. 1. Auflage. London: Batsford.
- Encyclopædia Britannica (2021a): *Kantō-Plain*. URL: <https://www.britannica.com/place/Kanto-Plain> [Zugriff 17.05.2021]

- Encyclopædia Britannica (2021b): *Urbanization*. Britannica Academic. URL: <https://academic-eb-com.uaccess.univie.ac.at/levels/collegiate/article/urbanization/74449> [Zugriff: 28.05.2021]
- Fox, S. (2012): Urbanization as a Global Historical Process: Theory and Evidence from sub-Saharan Africa. *Population and development review*, 38(2). S. 285–310.
- Fukuzawa, H. (2008): *Samurai und Geld*. Dissertation. Freie Universität Berlin. URL: <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-14171>
- Gin'ya, S. & Hauser, W. (1981): *Sengoku Daimyo Rule and Commerce*. In: Yamamura, K. et al.: *Japan Before Tokugawa: Political Consolidation and Economic Growth, 1500-1650*. Princeton, NJ: Princeton University Press. S. 125-148.
- Goble, A. (2007): *Medieval Japan*. In: Tsutsui, W.: *A companion to Japanese history*. Malden, MA: Blackwell Publishing. S. 47-66.
- Goodman, G. (2013): *Japan: The Dutch Experience*. London: Bloomsbury Publishing PLC.
- Gordon, A., (2009): *A modern history of Japan: from Tokugawa times to the present*. 2. Auflage. Oxford: Oxford University Press.
- Grydehøj, A. (2015): Island city formation and urban island studies. *Area*, 47(4). S. 429–435.
- Grydehøj, A., Pinya, X., Cooke, G., Doratli, N., Elewa, A., Kelman, I., Schick, L., Pugh, J. & Swaminathan, R. (2015): Returning from the Horizon: Introducing Urban Island Studies. *Urban Island Studies*, 1. S. 1–19.
- Grydehøj, A. & Swaminathan, R. (2018): *Cities and Urbanisation*. In: Baldacchino, G.: *The Routledge International Handbook of Island Studies*. Milton: Taylor & Francis Group. S. 312-323.
- Gutschow, N. (1978): Sozialstruktur und Stadtplan der japanischen Jōkamachi im 17. Jahrhundert. *Zeitschrift der deutschen morgenländischen Gesellschaft*, 128(2). S. 349-368.
- Hall, J. (2015b): *The New Look of Tokugawa History*. In: Hall, J. & Jansen, M.: *Studies in the Institutional History of Early Modern Japan*. Princeton, NJ: Princeton University Press. S. 55-64.
- Hall, J. (2015a): *The Castle Town and Japan's Modern Urbanization*. In: Hall, J. & Jansen, M.: *Studies in the Institutional History of Early Modern Japan*. Princeton, NJ: Princeton University Press. S. 169-188.
- Hane, M. (2014): *Premodern Japan: A Historical Survey*. 2. Auflage. Boulder, CO: Routledge.

- Hanley, S. (1987): Urban Sanitation in Preindustrial Japan. *The Journal of Interdisciplinary History*, 18(1). S. 1–26.
- Hellyer, R. (2010): *Defining Engagement: Japan and Global Contexts, 1640-1868*. 1. Auflage. Cambridge, MA: Harvard University Asia Center.
- Ikegami, E. & Tilly, C. (2019): *State Formation and Contention in Japan and France*. In: McClain, J., Merriman, J. & Kaoru, U.: *Edo and Paris*. Ithaca, NY: Cornell University Press. S. 429-454. URL: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.7591/9781501738807> [Zugriff 26.06.2021]
- Iwao, S. et al. (1993): 262. Tokugawa Hidetada (1579-1632). *Dictionnaire historique du Japon*. 19(1). S. 99–100.
- Jedwab, R. & Vollrath, D. (2015): Urbanization without growth in historical perspective. *Explorations in Economic History*, 58. S. 1–21.
- Jinnai, H. (1990): *The Spatial Structure of Edo*. In: Nakane, C.: *Tokugawa Japan: The social and economic antecedents of modern Japan*. Tokio: University of Tokyo Press. S. 124-146.
- Jun, H. (2019): *Edo's Water Supply*. In: McClain, J., Merriman, J. & Kaoru, U.: *Edo and Paris*. Ithaca, NY: Cornell University Press. S. 234-252. URL: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.7591/9781501738807> [Zugriff 26.06.2021]
- Kunig, P. (2009): The Edo Inheritance. *Verfassung und Recht in Übersee / Law and Politics in Africa, Asia and Latin America*, 42(3). S. 447–448.
- Laver, M. (2011): *The Sakoku Edicts and the Politics of Tokugawa Hegemony*. Amherst, NY: Cambria.
- Mansfield, S. (2016): *Tokyo*. La Vergne: Tuttle Publishing.
- Masai, Y., Sakamoto, T., Latz, G., Jansen, M., Watanabe, A., Hurst, C., Hijino, S., Masamoto, K., Notehelfer, F. and Toyoda, T. (2021): *Japan*. Encyclopedia Britannica. URL: <https://www.britannica.com/place/Japan/Religion#ref282061> [Zugriff 17.05.2021]
- Masayoshi, U. (2002): Stadt und Bürgertum in der mittelalterlichen Geschichte Japans. *International Christian University Publications 3-A, Asian Cultural Studies Special Issue*, 11. S. 59–74.
- McClain, J. (1982): *Kanazawa: a seventeenth-century Japanese castle town*. New Haven, CT: Yale University Press.

- McClain, J. & Merriman, J. (2019): *Edo and Paris: Cities and Power*. In: McClain, J., Merriman, J. & Kaoru, U.: *Edo and Paris*. Ithaca, NY: Cornell University Press. S. 3-40. URL: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.7591/9781501738807> [Zugriff 26.06.2021]
- Morishima, M. (1984): *Why has Japan succeeded? Western technology and the Japanese ethos*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Moriya, K. (1990): *Urban Networks and Information Networks*. In: Nakane, C.: *Tokugawa Japan: The social and economic antecedents of modern Japan*. Tokio: University of Tokyo Press. S. 97-123.
- Naitō, A. & Hozumi, K. (2003): *Edo, the city that became Tokyo: an illustrated history*. 1. Auflage. Tokio: Kōdansha Internat.
- Nakamura, H. (1993): *Urban Growth in Prewar Japan*. In: Fujita, K.: *Japanese cities in the world economy*. Philadelphia, PA: Temple University Press. S. 26-49.
- Nakane, C. (1990): *Tokugawa Society*. In: Nakane, C.: *Tokugawa Japan: The social and economic antecedents of modern Japan*. Tokio: University of Tokyo Press. S. 213-237.
- Nishiyama, K. & Groemer, G. (1997): *Edo Culture: Daily Life and Diversions in Urban Japan, 1600-1868*. Honolulu, HI: University of Hawaii Press. URL: <https://doi.org/10.1515/9780824862299> [Zugriff 26.06.2021]
- Ohno, K. (2018): *The history of Japanese economic development: Origins of private dynamism and policy competence*. London: Routledge.
- Ōishi, S. (1990): *The Bakuhan System*. In: Nakane, C.: *Tokugawa Japan: The social and economic antecedents of modern Japan*. Tokio: University of Tokyo Press. S. 11-36.
- Pauly, U. (1989): *Sakoku: zu den Hintergründen von Japans Weg in die nationale Abschließung unter den Tokugawa*. Tokio: Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens.
- Rozman, G. (1973): *Urban Networks in Ch'ing China and Tokugawa Japan*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Schreurs, G. (2019): *Gouvernement Institutions and Economic Development in Tokugawa Japan: A Tale of Systems Competition*. Dissertation. Hitotsubashi University.
- Smith, H. (1978): Tokyo as an Idea: An Exploration of Japanese Urban Thought Until 1945. *The Journal of Japanese Studies*, 4(1). S. 45–80.
- Sorensen, A. (2002): *The making of urban Japan: cities and planning from Edo to the twenty-first century*. 1. Auflage. London: Routledge.

- Statistics Bureau of Japan (2021a): *Islands, Area and Major Islands of National Land*. URL: <https://www.stat.go.jp/english/data/nenkan/70nenkan/1431-01.html> [Zugriff: 17.05.2021]
- Statistics Bureau of Japan (2021b): *Total Population*. URL: <https://www.stat.go.jp/english/data/nenkan/70nenkan/1431-02.html> [Zugriff: 17.05.2021]
- Strayer, J. (2015): *The Tokugawa Period and Japanese feudalism*. In: Hall, J. & Jansen, M.: *Studies in the Institutional History of Early Modern Japan*. Princeton, NJ: Princeton University Press. S. 3-14.
- Taniguchi, S. (2012): *Neue Forschungen zur japanischen Militärgeschichte des 16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*. Militär und Gesellschaft in der frühen Neuzeit, 16(1). S. 41-68. URL: https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/6002/file/artikel_Taniguchi_41_68.pdf [Zugriff: 26.06.2021]
- Tokugawa, T. (2009): *The Edo inheritance*. 1. englische Auflage. Tokio: International House of Japan.
- Totman, C. (1993): *Early modern Japan*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Tsukahira, T. (1966): *Feudal Control in Tokugawa Japan: The Sankin Kōtai System*. Leiden/Boston: Brill.
- Wakita, H. & Hanley, S. (1981): *Dimensions of Development: Cities in Fifteenth and Sixteenth Century Japan*. In: Yamamura, K. et al.: *Japan Before Tokugawa: Political Consolidation and Economic Growth, 1500-1650*. Princeton, NJ: Princeton University Press. S. 295-326.
- Walker, J. (2015): Archipelagic ambiguities: the demarcation of modern Japan, 1868-1879. *Island studies journal*, 10(2). S. 197–222.
- Woolley, P. (2005): *Geography and Japan's strategic choices: from seclusion to internationalization*. 1. Auflage. Washington, DC: Potomac Books Inc.

14. Anhang

Abbildung 1: Map 1: Eastern Asia circa 1800 (Totman 1993: S. xii).



Map 1. Eastern Asia ca. 1800.

Abbildung 2: URL: <https://www.worldofmaps.net/asien/landkarten-japan-weitere-karten/landkarte-japan-topographie.htm> [Zugriff 26.06.2021]

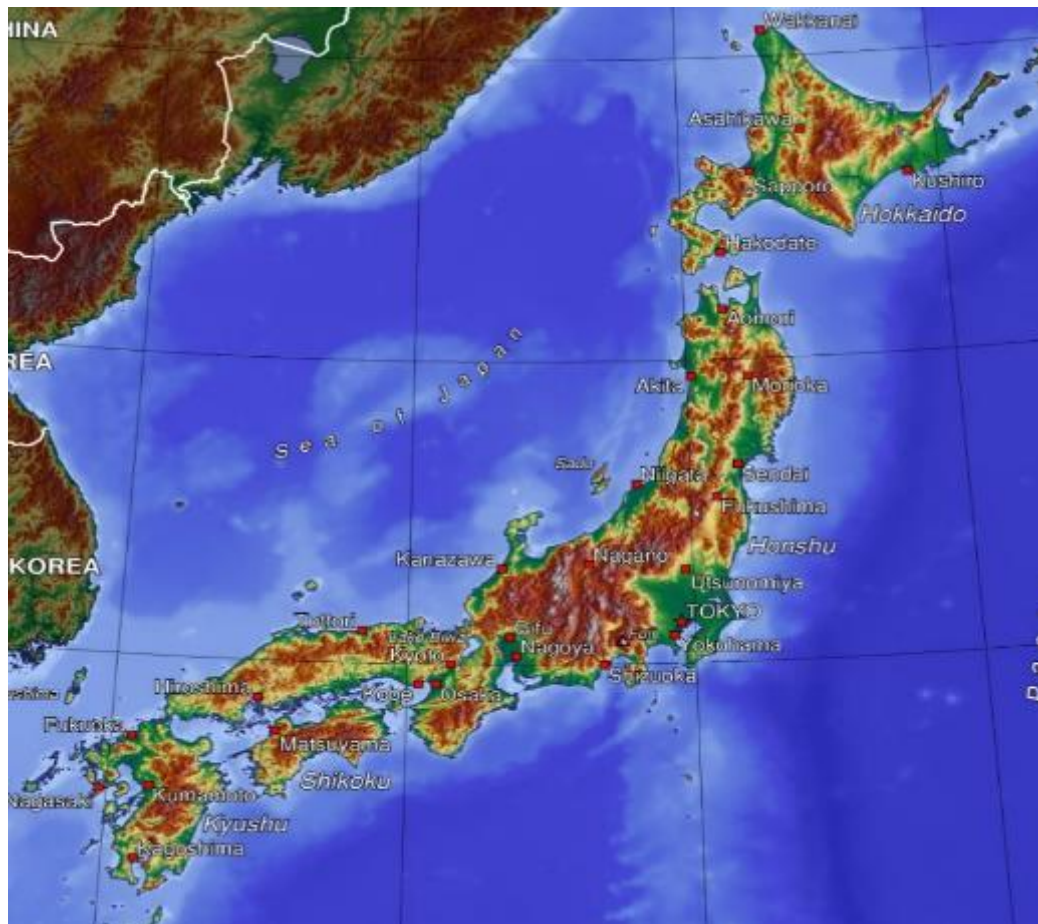
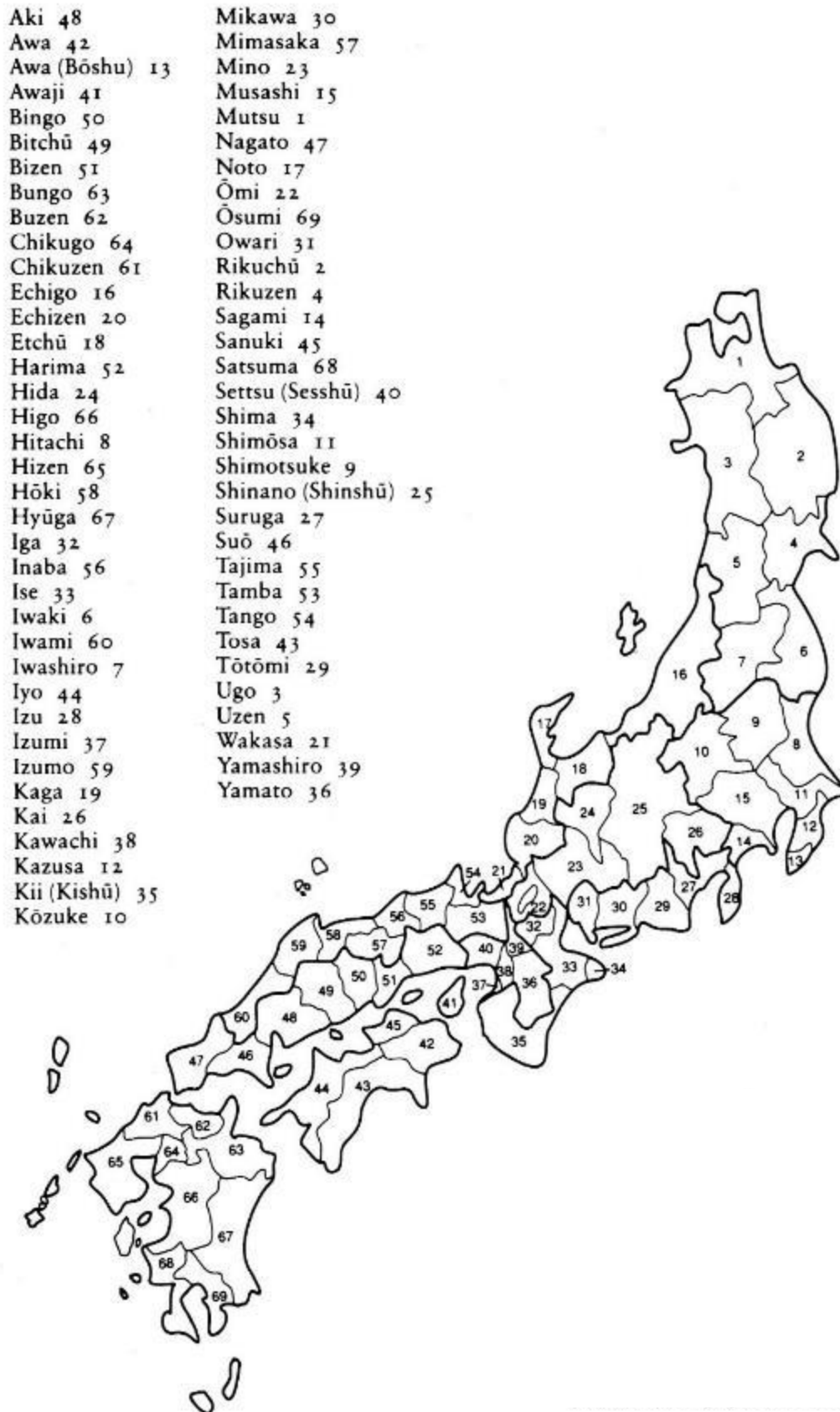


Abbildung 3: Map 9: Kyushu (Totman 1993: S. xx).



Map 9. Kyushu.

Abbildung 4: Map 4: Provinces of Tokugawa Japan (Totman 1993: S. xiv).



Map 4. Provinces of Tokugawa Japan.

Abbildung 5: Die *sakoku*-Edikte von 1635 (Laver 2011: S. 16f.).

THE SAKOKU EDICT OF KAN'EI 12 (1635)

1. The sending of Japanese ships to foreign countries is strictly forbidden.
2. The travel of Japanese people to foreign countries is forbidden. If a person secretly travels abroad, that person will be punished with death, and the ships along with their captains [owners] must be detained while the incident is reported to the authorities.
3. Japanese who return after having crossed over to and lived in foreign countries will be punished by death.
4. You two must send someone to areas in which Christianity is to be found, and a conclusive investigation is to be made.
5. Those informing against priests will be rewarded. A high-ranking captive will receive one hundred silver pieces. For lower ranks, the award will be up to you, commensurate with that person's actions.
6. When a foreign ship resists, the matter must be reported to Edo and the ship must, as before, be guarded by ships from Ōmura.
7. When Southern Barbarians teach the faith of Christianity or commit other crimes, they must be, as before, locked up in a prison in Ōmura.
8. As for priests, you must order all ships to be searched.
9. The buying up of commodities of foreign ships for one place is forbidden.
10. It is strictly forbidden for any samurai to buy the merchandise of foreign ships directly from the Chinese.
11. A written enumeration of goods from foreign ships must be forwarded to Edo, as before, and goods may be sold before a reply [is received from Edo].
12. The management of the *Itowappu* system, whereby the price of raw, white silk from foreign ships is determined, can be undertaken by none other than the five designated cities.
13. As for commodities other than raw white silk, upon determining the price of the silk, they must be sold immediately. However, Chinese ships are small, so you may choose [the time of sale for them] freely. In addition, twenty days are allocated for paying for the goods in silver.
14. Foreign ships must leave no later than the twentieth day of the ninth month. However, ships that arrive late must depart no later than fifty days after their arrival. You may deal freely with the Chinese ships and must order them to depart a little after the Portuguese ships.
15. Goods that remain unsold from the foreign ships must not be left behind in Japan. It is also forbidden to place them in custody [with someone in Japan].
16. Representatives of all five *Itowappu* cities must arrive in Nagasaki no later than the fifth day of the seventh month. Those who arrive later than this time must be excluded from the rationing of silk.
17. Even if ships arrive at Hirado, the price of silk will be the same as at Nagasaki. Furthermore, doing business is forbidden before the price [of silk] is decided at Nagasaki.

Abbildung 6: URL: <http://www.geocurrents.in/geopolitics/mapping-early-modern-japan-as-a-multi-state-system/attachment/daimyo-territories-japan-map> [Zugriff: 26.06.2021]

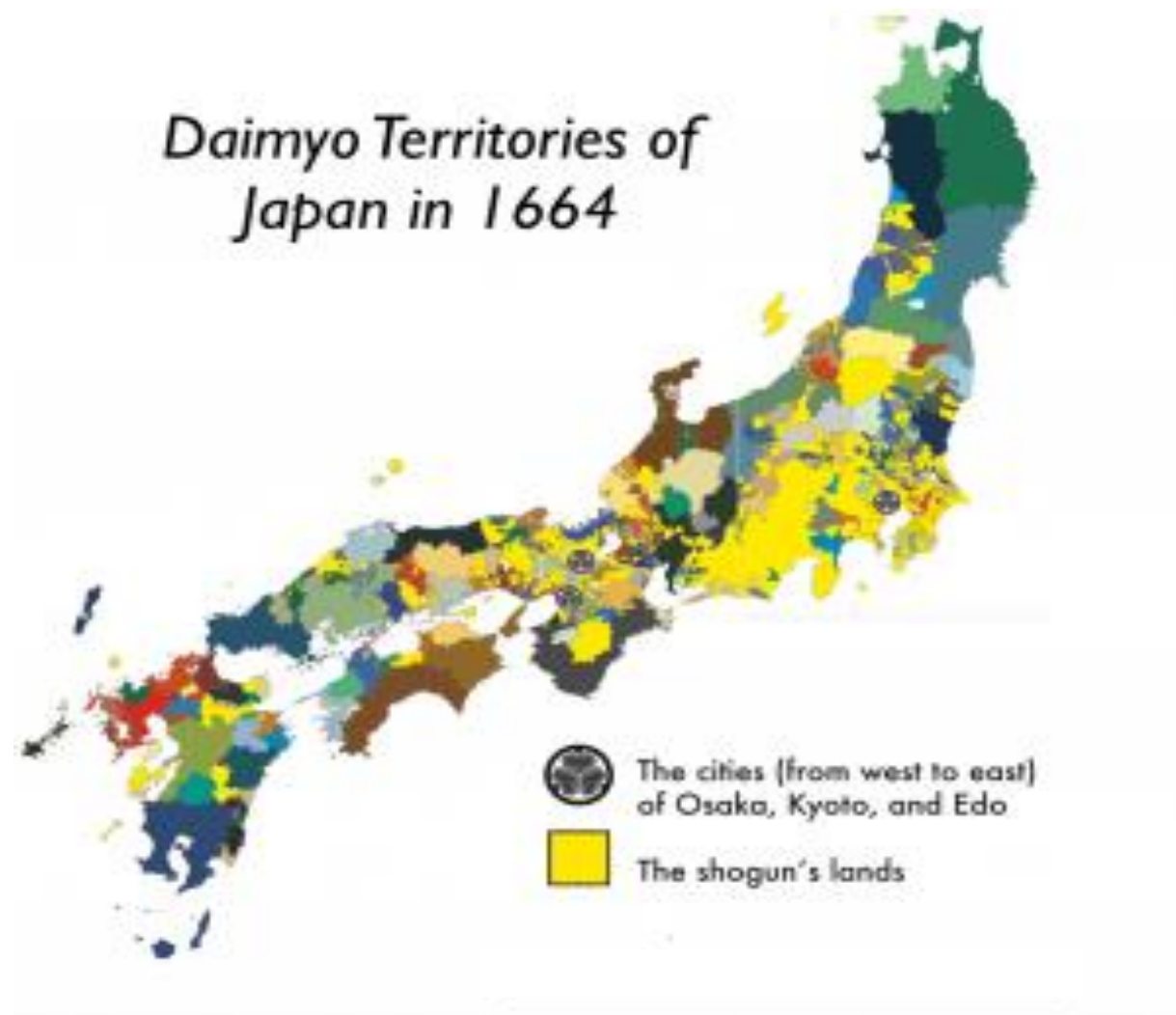


Abbildung 7: Map 6: Kantō Plain (Totman 1993: S. xvii).



Map 6. Kantō Plain.

Abbildung 8: Silberproduktion 1590-1909 (Schreurs 2019: S. 119).

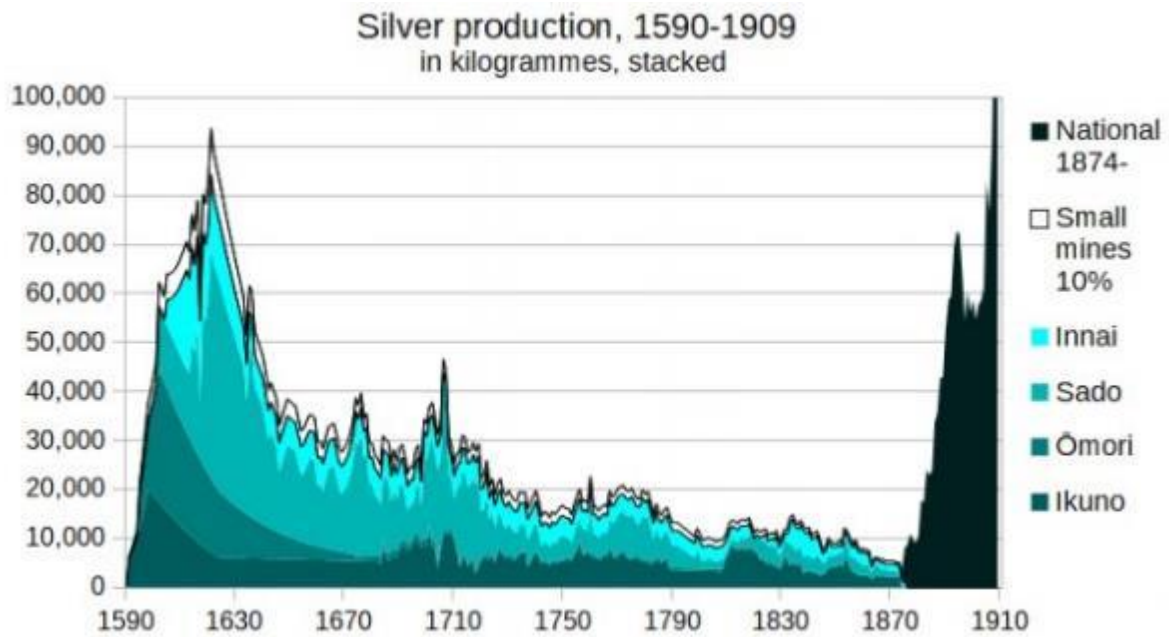


Abbildung 9: Umesao's view of the World (Ohno 2018: S. 9).

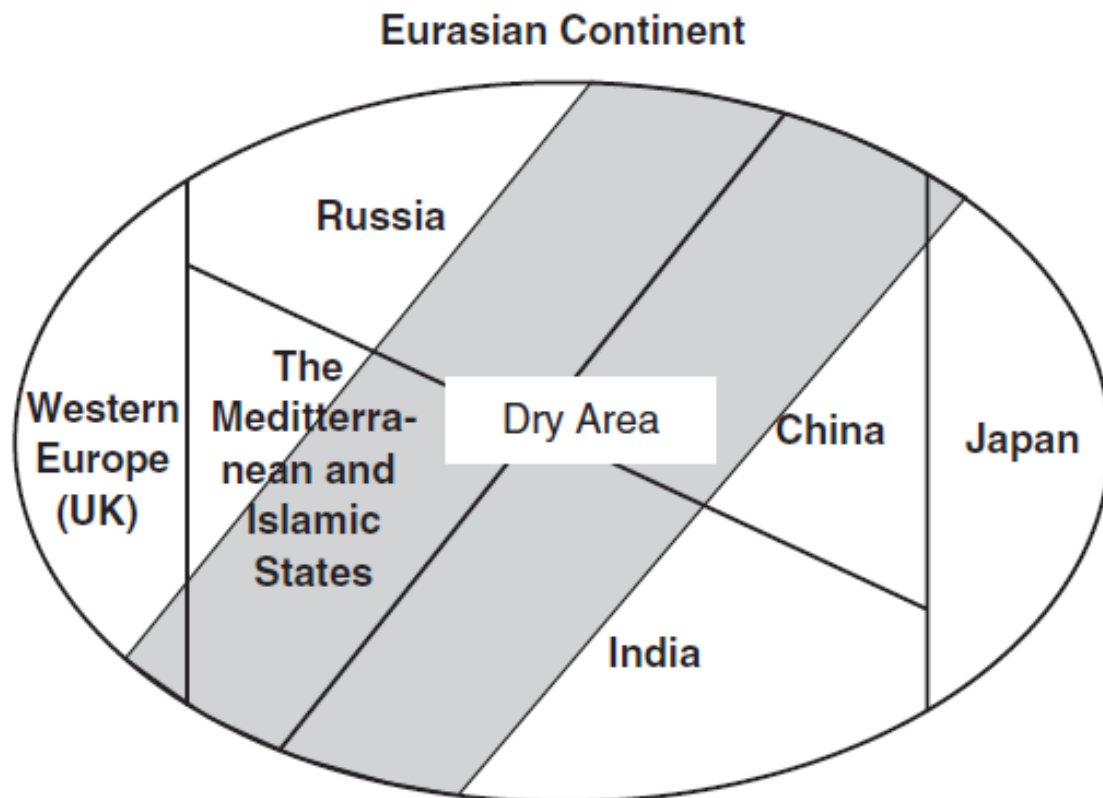


Abbildung 10: Die wichtigsten Bestimmungen des *buke-shohatto* nach Fukuzawa (2008) (Fukuzawa 2008: S. 101).

1. Die Samurai bemühen sich, sowohl mit der Waffenkunst als auch der Kunst der Schrift umgehen zu können.
2. Die Samurai sind verpflichtet, moralische Qualität zu zeigen.
3. Sie dürfen keine Verbrecher schützen.
4. Rebellen oder Kapitalverbrecher dürfen nicht als Vasall genommen werden.
5. Kein Umbau des Schlosses ohne Erlaubnis des *bakufu*.
7. Keine heimliche Heirat unter *daimyô*-Vasallen (jede Heirat war vom *bakufu* zu genehmigen).
8. Kleiderordnung nach Stand und Dienst.
9. Sparsames Leben.
10. Die Eignung des Landesherrn ist zu gewährleisten.

Vom 3. Shogun Iemitsu 1635 hinzugefügt:

11. Das Pendeln zwischen der Hauptstadt und der Heimat (*sankin-kôtai*).
12. Schutz des Verkehrs, Verbot des Baus von Schiffen mit mehr als 500 *koku* Ladevolumen.

Vom 4. Shogun Ietsuna 1663 hinzugefügt:

13. Verbot des Christentums.
14. Bestrafung von Pietätlosigkeit.
15. Verbot des Suizids aus Treue zum Herrn (*junshi*).

Abbildung 11: *Kabuki*-Theater von 1804 (Dunn 1969: S. 180).

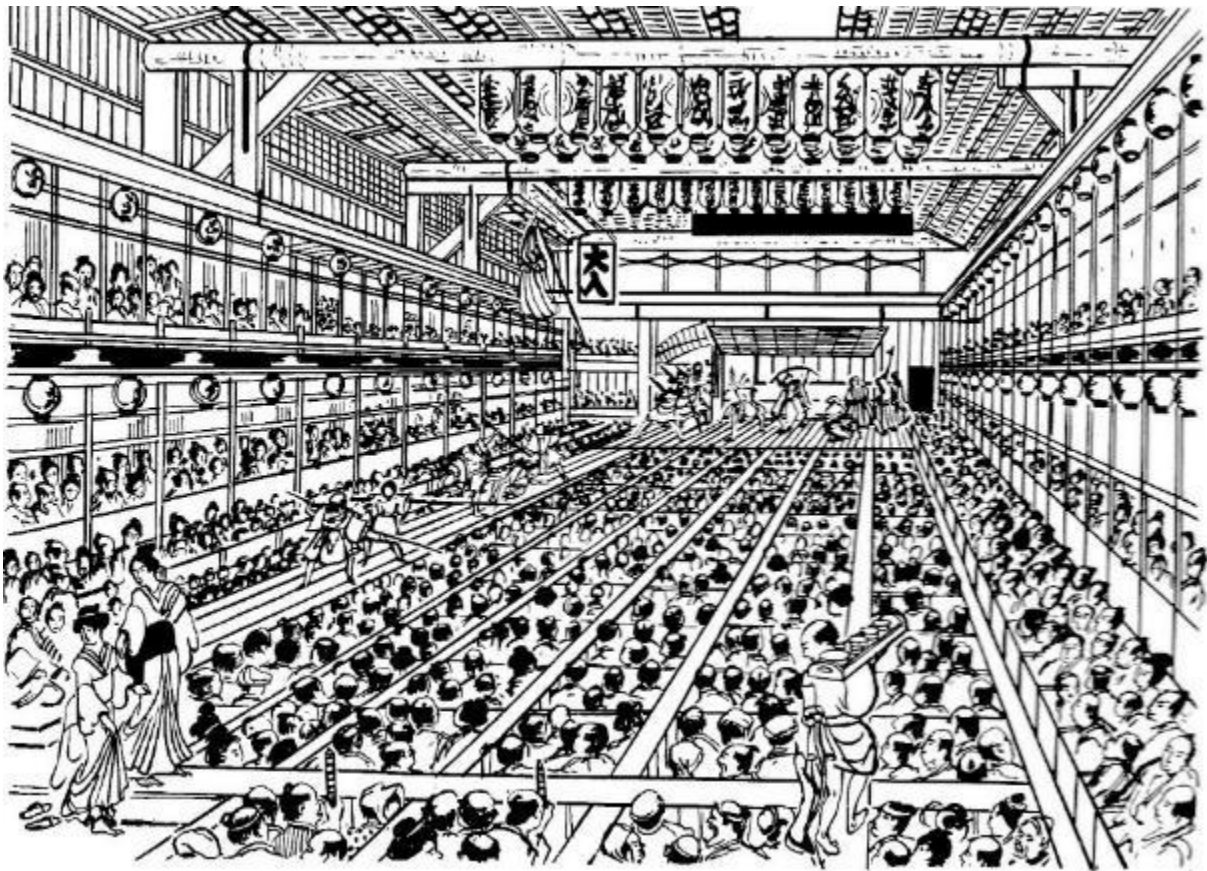


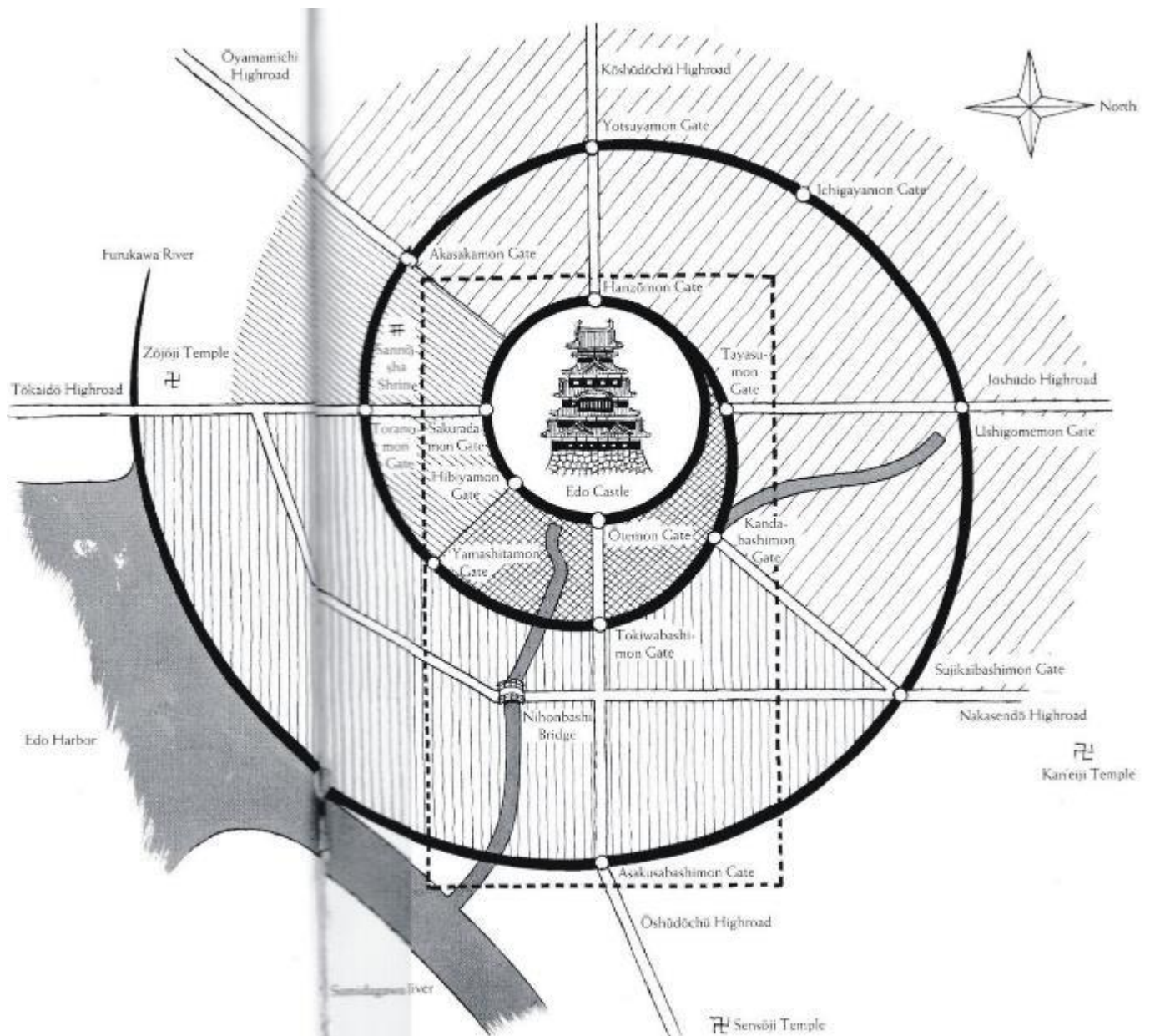
Abbildung 12: Eine Buchhandlung der Edo-Periode (Dunn 1969: S. 173)



Abbildung 13: Edo um 1608. URL: <https://nihombashi-tokyo.com/history/310.html> [Zugriff 23.06.2021]



Abbildung 14: Der spiralförmige Bauplan Edos (Naitō & Hozumi 2003: S. 34f.)



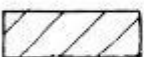
-  District for house (*fudai*) daimyo, lords who received daimyo status from the Tokugawa, mostly before the battle of Sekigahara in 1600.
-  District for outside (*tozama*) daimyo, former Tokugawa enemies or only recent allies at Sekigahara.
-  District for Tokugawa bannermen (*batamoto*, direct retainers of the shogun, mostly enfeoffed, with the privilege of personal audiences with him) and housemen (*gokenin*, direct retainers of the shogun, but stipendiaries without the privilege of personal audiences).
-  District for townspeople.
-  Marks the plan for the city in 1602

Abbildung 15: Stadtplan Edos, inklusive eines Flächenvergleichs unterschiedlicher japanischer Städte in der Mitte des 17. Jahrhunderts (Naitō & Hozumi 2003: S. 105).

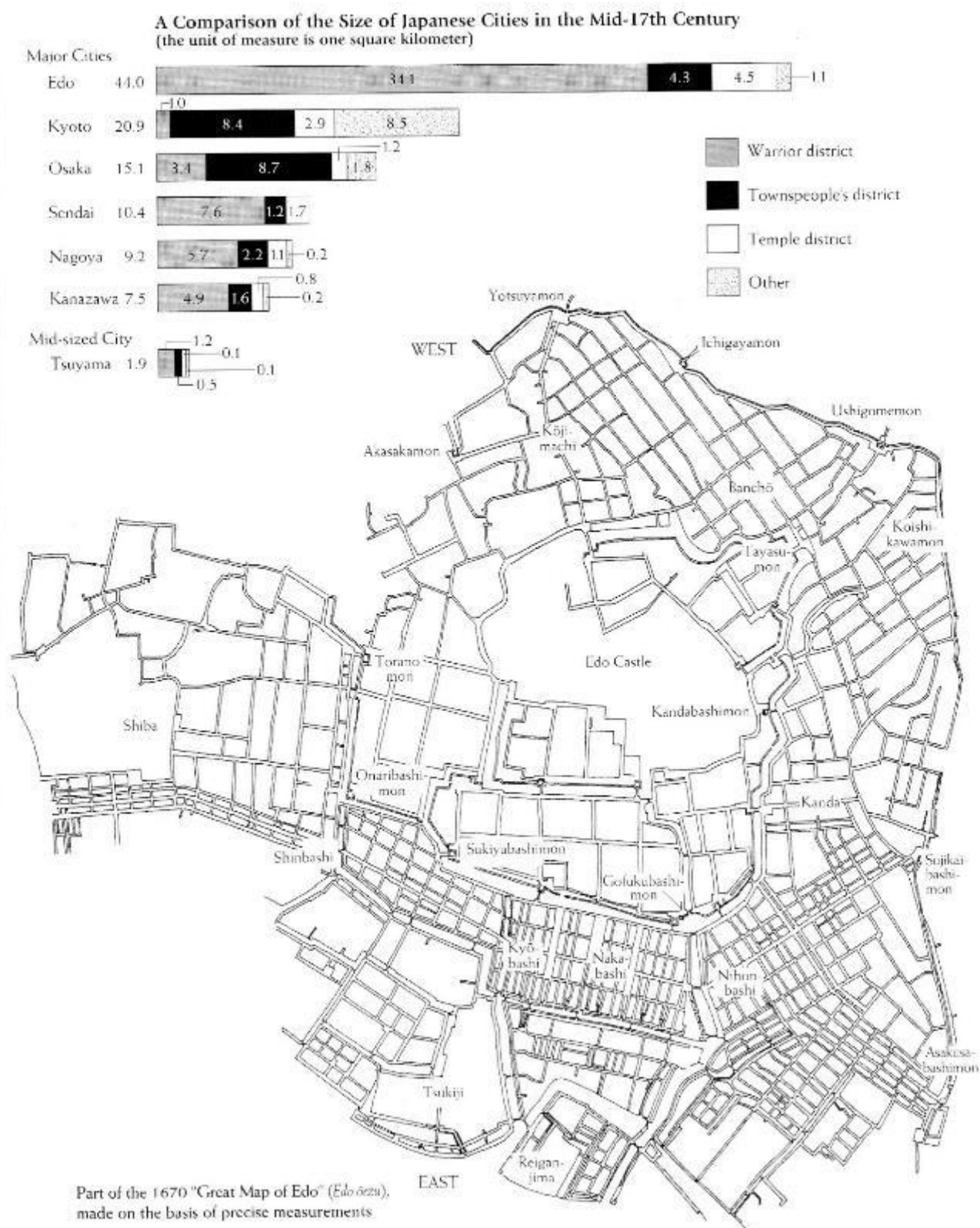


Abbildung 16: Die Verteilung der unterschiedlichen Viertel in Edo 1859 (Sorensen 2002: S. 26).

Der ursprüngliche, spiralförmige Aufbau der Stadt ist am Ende der Edo-Periode nicht mehr zu erkennen, Lücken wurden im Laufe der Zeit unsystematisch ausgefüllt (siehe Kapitel 9, S. 84).

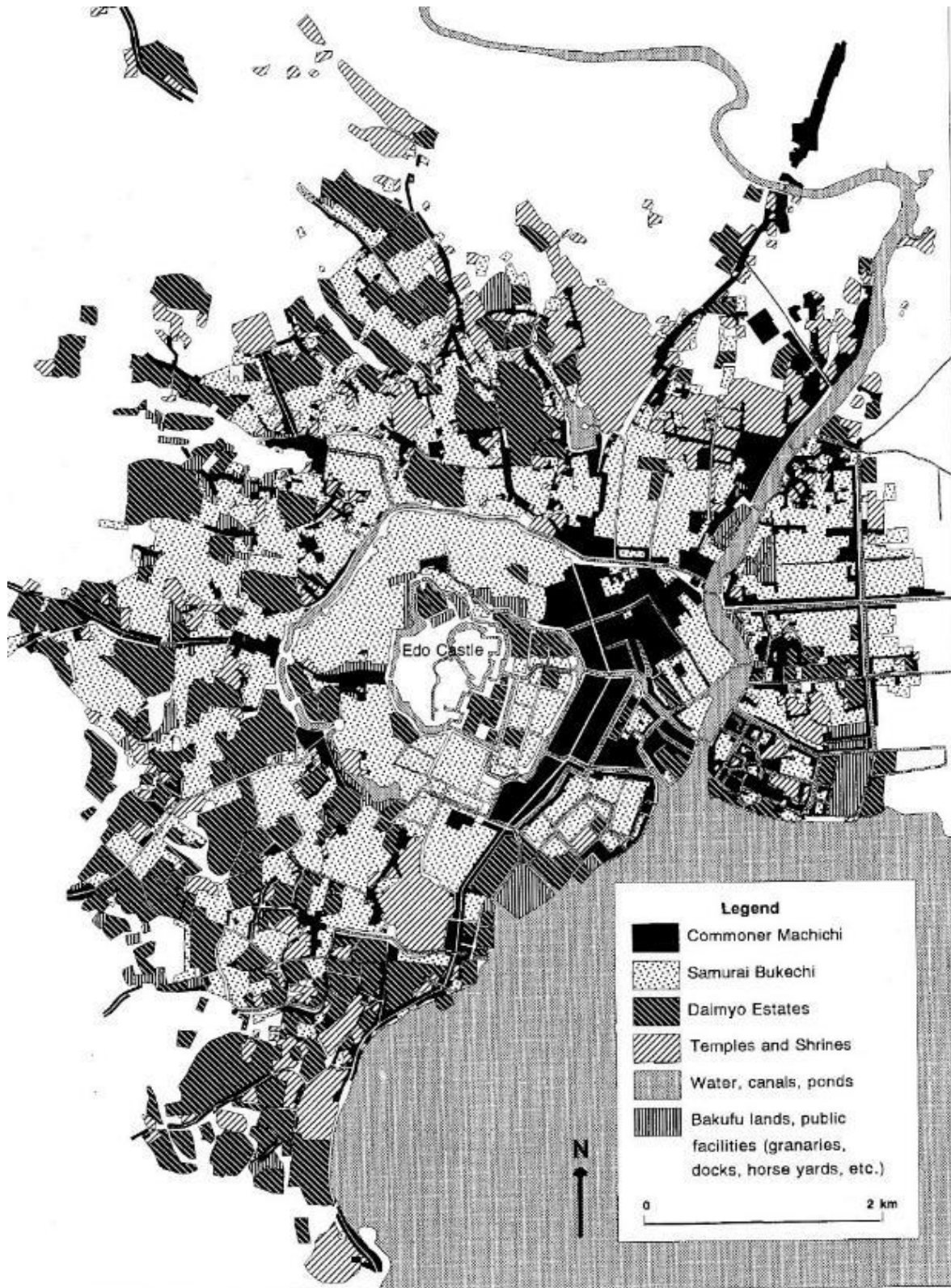


Abbildung 17: Exemplarische Darstellung einfacher Wohnhäuser in Edo (Naitō & Hozumi 2003: S. 140f.).

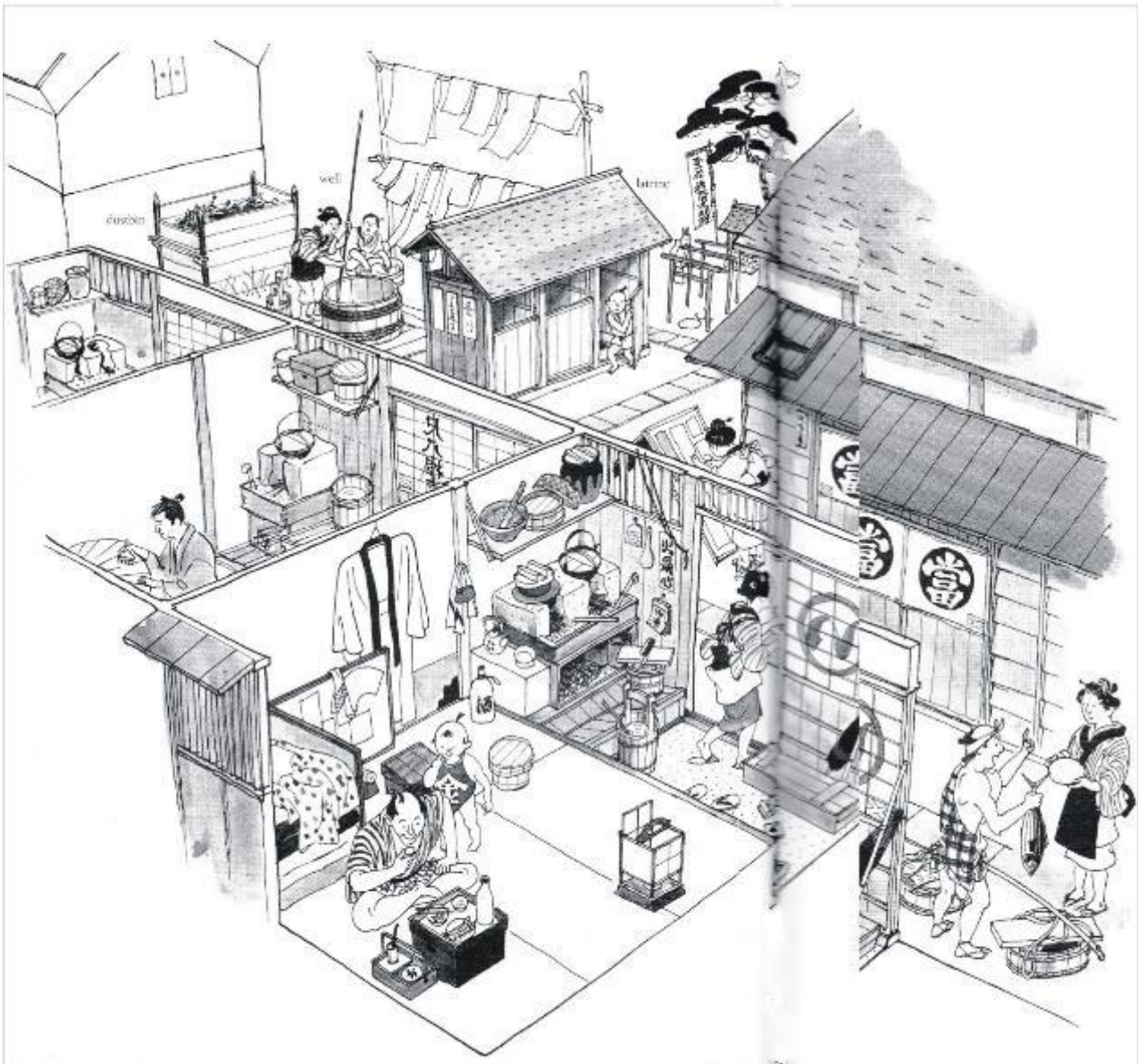


Abbildung 18: Edo aus der Vogelperspektive (Tokugawa 2009: S. 168f.).

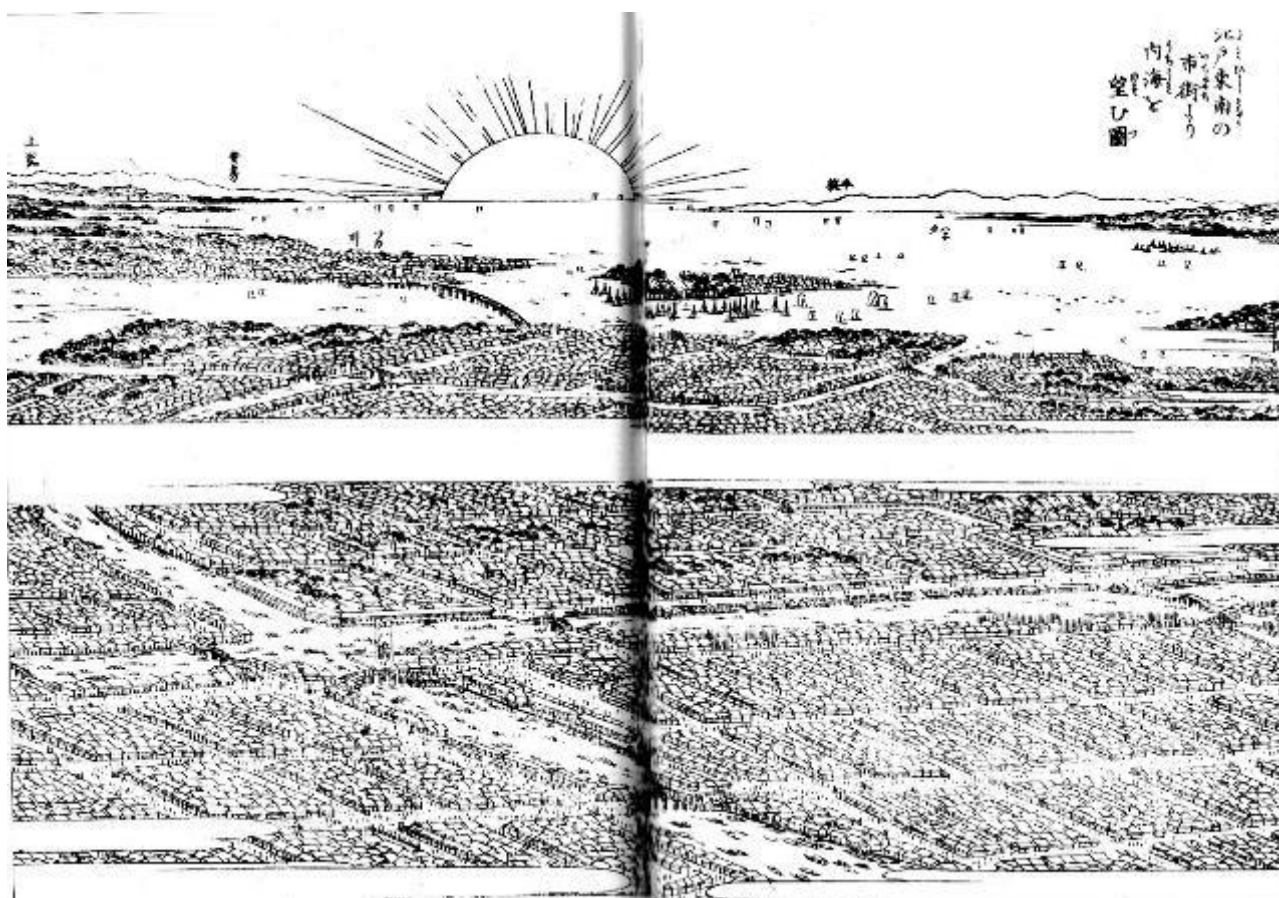


Abbildung 19: Abbildung einer belebten Brücke (Tokugawa 2009: S. 170f.).

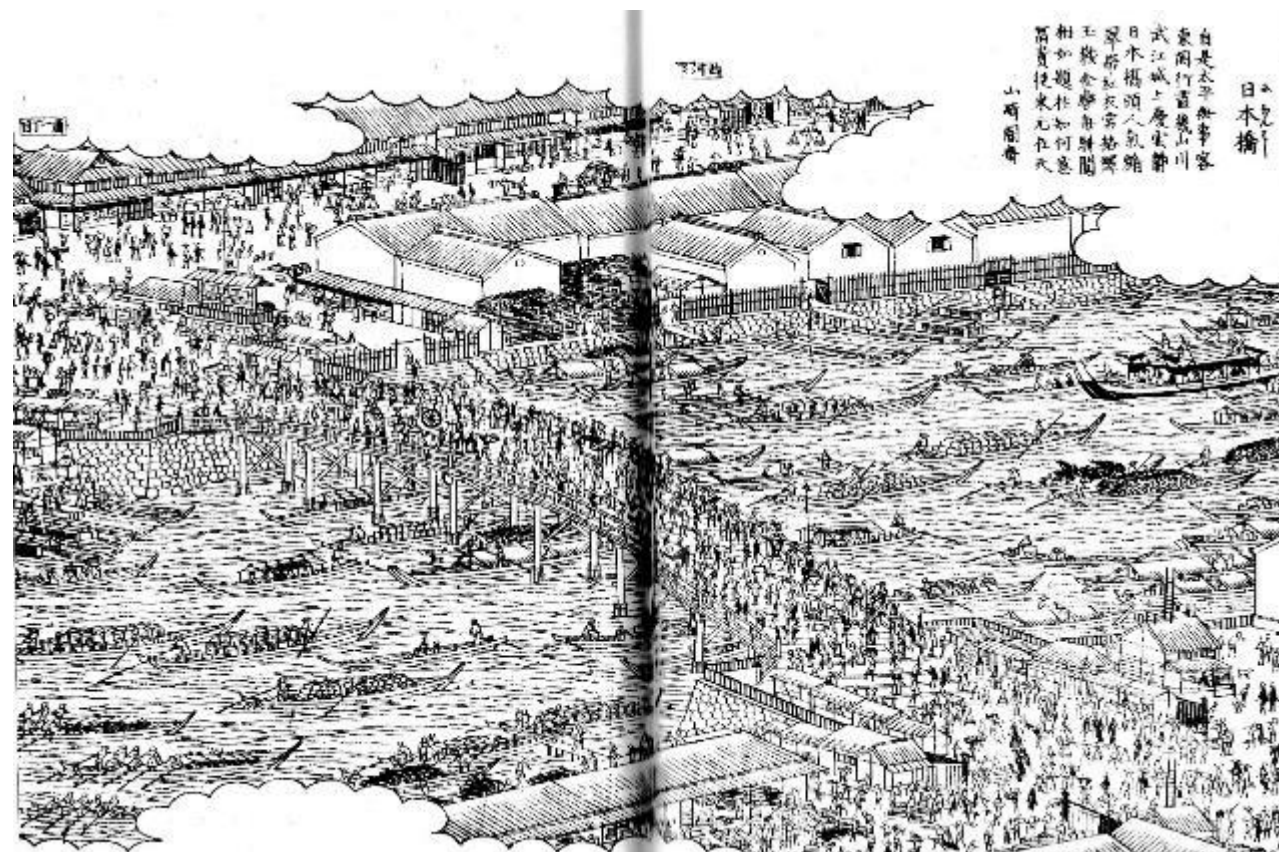


Abbildung 20: Markt in Edo (Tokugawa 2009: S. 172f.).

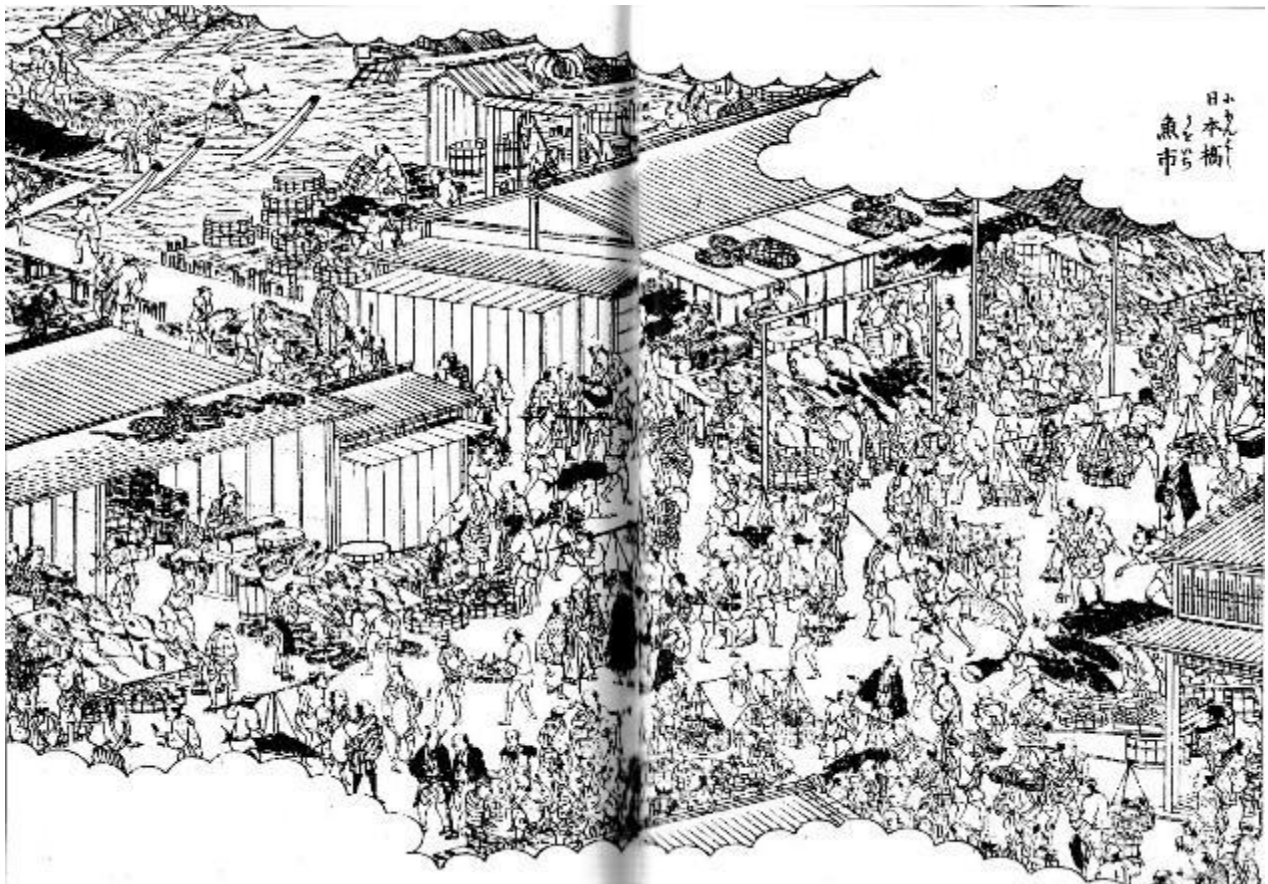
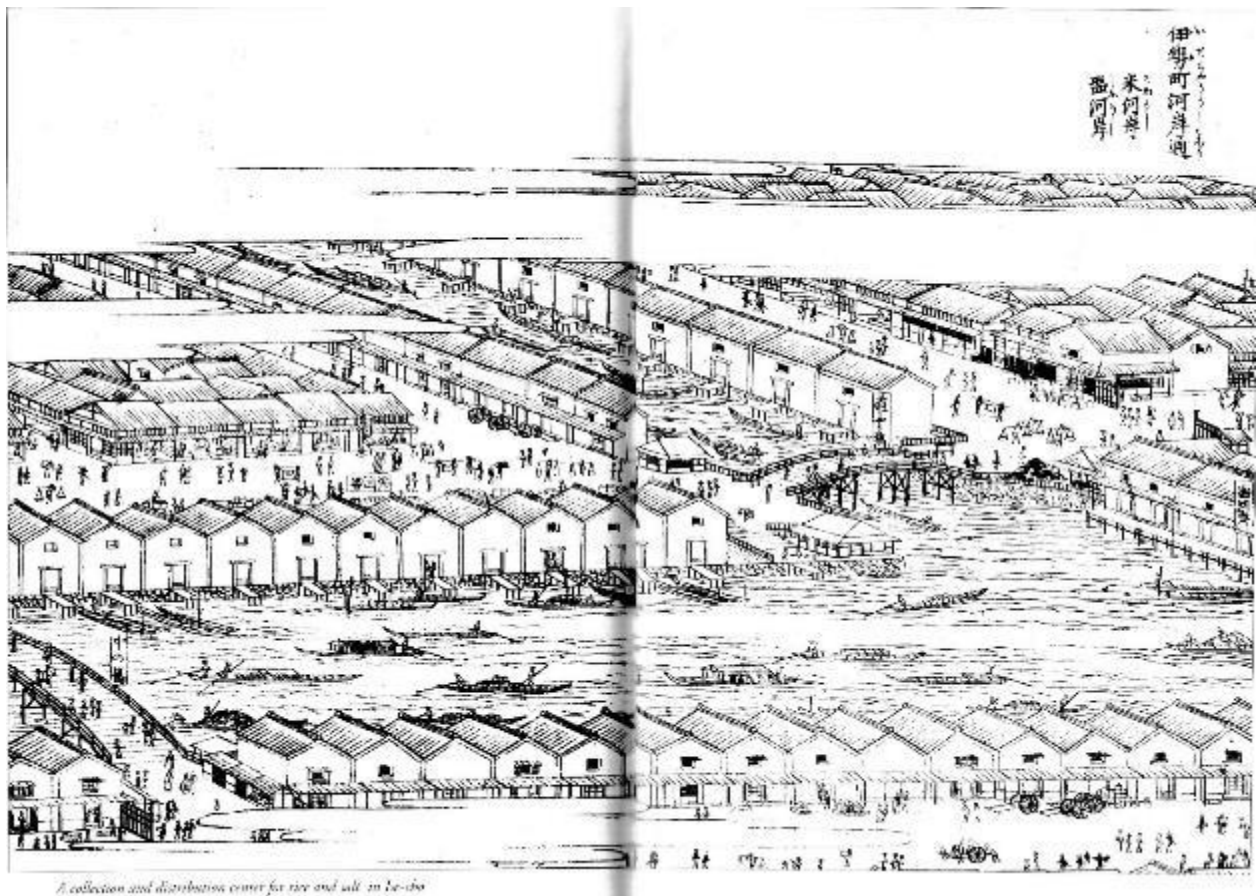


Abbildung 21: Wasserfronten Edos (Tokugawa 2009: S. 180f.).



A collection and distribution center for rice and salt in Edo

Abbildung 22: Yoshiwara 1642 (Naitō & Hozumi 2003: S. 92f.).

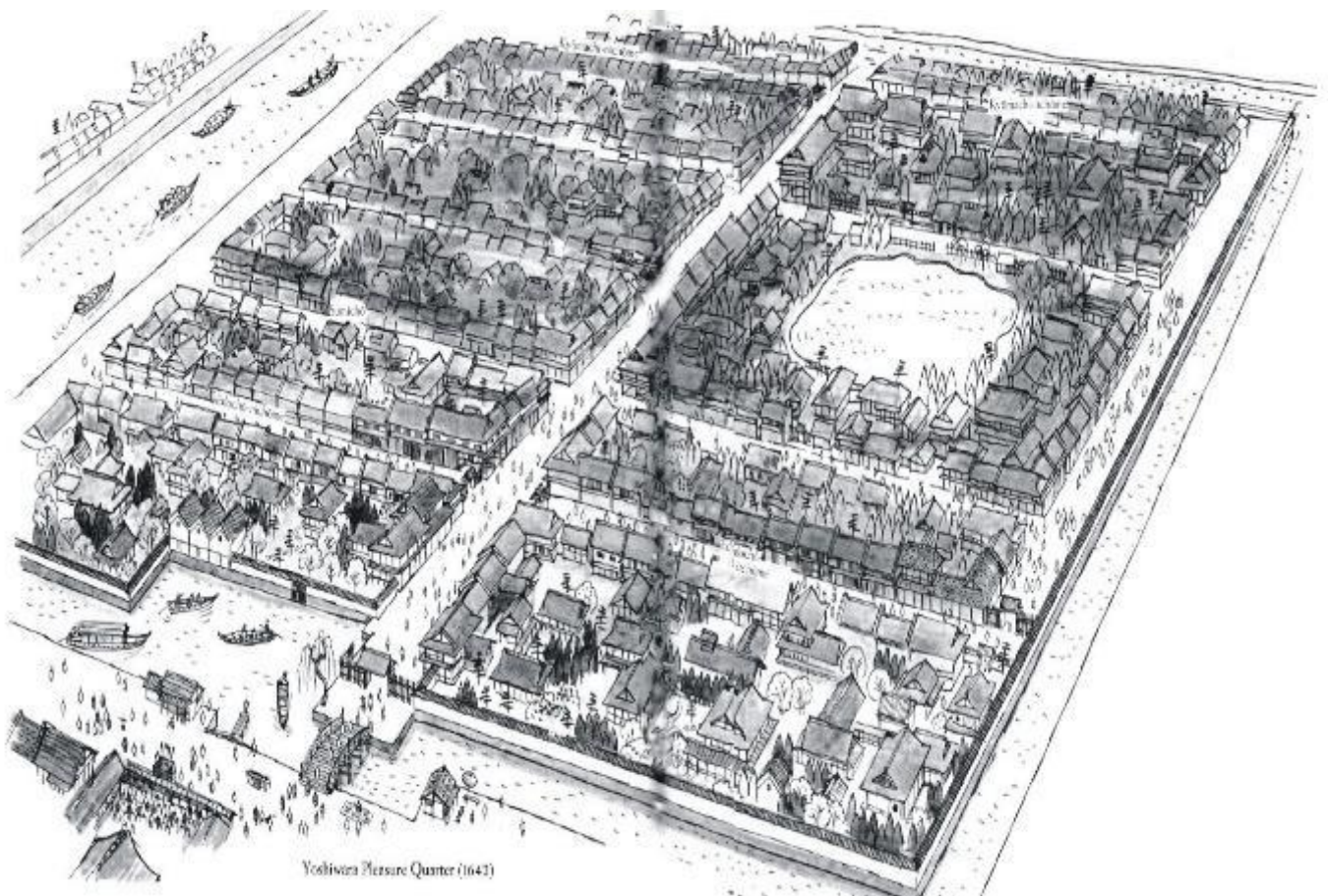


Abbildung 23: Hölzernes Aquädukt über den Kandagawa (Naitō & Hozumi 2003: S. 74f.).



Abbildung 23: Brunnensystem (Naitō & Hozumi 2003: S. 74).

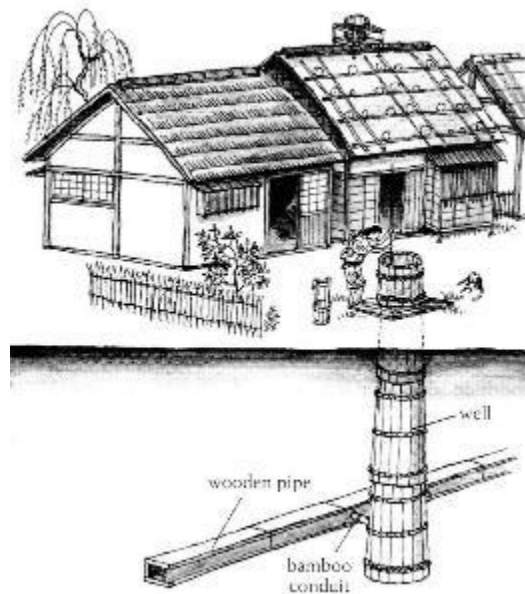


Abbildung 25: EinwohnerInnenzahl der drei größten Städte Japans (Fukuzawa 2008: S. 97). Die Einwohnerzahl aller drei Städte bezieht sich nur auf die einfache Bevölkerung ohne Samurai (siehe Kapitel 4, S. 35). Da Edo ungefähr zur Hälfte von Samurai bewohnt wurde, ist die angegebene Zahl zu verdoppeln (siehe Kapitel 9, S. 84).

	Kyôto	Ôsaka	Edo
1625		279.610	
1634	410.089		148.719
1657			258.814
1661	362.322		
1665		268.760	
1679		287.891	
1692		345.524	
1693			353.588
1703		351.708	
1711		379.513	
1719	341.464		
1721		382.866	501.394
1725			462.102
1729	374.449		
1738			468.446
1739		403.724	
1743		501.166	
1746			515.122
1750	526.225		
1753	526.222		
1768		410.642	508.467
1785		380.416	457.082
1792		376.009	481.669
1828		376.177	527.293
1841		341.906	563.639
1845		339.545	557.698
1862		301.093	
1867			539.618
1873	283.663	271.992	595.908

Glossar japanischer Begriffe

<i>akusho, akubasho</i>	„Orte des Schlechten“ – Vergnügungsviertel
<i>bakufu</i>	Shogunale Regierung – Militärisches Hauptquartier
<i>baku-han-System</i>	Politisches System aus <i>bakufu</i> und den <i>daimyō</i> -Domänen
<i>buke-shohatto</i>	Gesetze des <i>bushi</i> -Standes
<i>bushido</i>	„Weg des Kriegers“ (Art des Kriegers)
<i>chō</i>	Nachbarschaft, Stadtteil
<i>daimyō</i>	Fürst, wörtlich „Großer Name“
<i>edo meisho</i>	„berühmte Orte in Edo“ – berühmtes Buch mit Drucken
<i>edo-e</i>	Holzschnitt-Drucke, hergestellt in Edo
<i>edokko</i>	„Kinder Edos“, städtische Kultur
<i>eta</i>	Stand der „Unreinen“, alle, die mit „Tod“ zu tun hatten
<i>gekokujō</i>	„die Niederen überkommen die Höheren“
<i>goningumi</i>	Prinzip der gegenseitigen Verantwortung der Bewohner der <i>machi</i> füreinander
<i>han</i>	Domäne eines <i>daimyō</i>
<i>hinin</i>	Standeslose, „Nichtmenschen“, Arbeitslose, Kriminelle
<i>ie</i>	Typische japanische Familieneinheit
<i>ikkō</i>	Mitglied Buddhistischer Sekte der <i>Jōdo</i>
<i>ikkō-ikki</i>	Buddhistischer Aufstand
<i>ikkō-shū</i>	Buddhistische Sekte
<i>jōdo shinshū</i>	Buddhistische „wahre Schule des reinen Landes“
<i>jōkamachi</i>	Burgstadt
<i>kaitokudō</i>	Kaufmännische Akademie in Osaka
<i>kakubutsu-kyūri</i>	„erforsche die Dinge und durchsteige das Prinzip des <i>ri</i> “
<i>katana</i>	Schwert
<i>katana gari</i>	„Schwertjagd“ Entwaffnung der Bauern
<i>kenchi</i>	Vermessung
<i>kōgi</i>	oberste politische Autorität – öffentliche Angelegenheiten
<i>kono kuni no katachi</i>	„die Gestalt dieser Nation“ Autor Shiba Ryotaro, S. 66
<i>kuge</i>	Hofadeliger
<i>kuni</i>	Land, Herrschaftsgebiet
<i>machi</i>	Stadtteil, organisatorische Einheit in einer Stadt
<i>machi-bugyō</i>	Stadtmagistrat des <i>bakufu</i>
<i>machi-toshiyori</i>	Viertelvorsteher
<i>mura</i>	Dorfeinheit
<i>o-kimi</i>	„Großer König/Große Königin“ (fremder Kaiser)
<i>ōnin-Krieg</i>	Krieg um Kyoto (1467-1477)
<i>otona</i>	Vorsteher der <i>machi</i>
<i>ri</i>	Konfuzianische Denkströmung, „Muster oder Linie in Jade“
<i>sakoku</i>	Geschlossenes Land
<i>san'eiketsu</i>	„drei Helden“ – die drei Reichseiniger
<i>sankin-kōtai</i>	Alternierende Anwesenheit
<i>sengoku</i>	Die sich bekriegenden Staaten
<i>sengoku-daimyō</i>	Der Typ des <i>daimyō</i> der sich bekriegenden Staaten
<i>seppuku</i>	Ritueller Selbstmord
<i>shi-nou-kou-shou</i>	Hofadel in Kyoto

<i>shōen</i>	Lehenswesen
<i>sōson</i>	Unabhängige Dörfer des Mittelalters
<i>taikō</i>	Titel, Kanzler im Ruhestand
<i>tendō</i>	Konfuzianisches Prinzip „Weg des Himmels“
<i>tennō</i>	Göttliche_r KaiserIn (japanischer Kaiser)
<i>tōryō</i>	Militärischer Anführer
<i>uji</i>	Klan
<i>ukiyo</i>	„die schwebende Welt“ – „die fließende Welt“, urbane Kultur
<i>ukiyo-e</i>	„Bilder der fließenden Welt“ - Farbholzschnittdrucke
<i>yoshiwara</i>	„Glück bringendes Feld“ – Vergnügungsviertel Edos